

Außerschulische Bildung

Zeitschrift der politischen
Jugend- und Erwachsenenbildung

4/2020

THEMA IM FOKUS

Was wird aus den Parteien und der Parteiendemokratie?

4 | **Regierungszufriedenheit und
Protestdemos**

Parteiendemokratie und demokratische Stabilität nicht nur in Zeiten von Corona

von Ulrich Eith

12 | **Corona-Politik der Parteien**

Die deutsche Parteiendemokratie in Bewegung

von Karl-Rudolf Korte

20 | **Kommunal wählen gehen?!**

Die Wirkung von Interventionen politischer Bildung auf die Kenntnisse, Einstellungen und Motivationen von Erstwähler*innen zu Kommunalwahlen

von Thomas Waldvogel, Monika Oberle und Johanna Leunig

30 | **Mehr politische Bildung und
aktive Verantwortung der
Bürger*innen in der repräsentativen
Demokratie**

Warum für eine zukunftsfähige Transformation politische Verantwortung und Einmischung gelernt werden müssen

von Iris Witt

36 | **Beschimpft, beleidigt,
angegriffen**

Gewalt gegen Politiker*innen als Bedrohung für die Demokratie

von Beate Rosenzweig

und **Statements von
Politiker*innen**

Außerschulische Bildung
Zeitschrift der politischen
Jugend- und Erwachsenenbildung

4/2020

Zu diesem Heft

Deutschland verfügt über ein vergleichsweise stabiles System von Parteien, die miteinander im Wettbewerb stehen. Doch ebenso wie die Gesellschaft unterliegen auch die Parteien einem ständigen Wandlungsprozess. Auf längerfristige gesellschaftliche Veränderungen, aber auch auf aktuelle Herausforderungen wie die Corona-Pandemie müssen sie flexibel reagieren. Wie bewältigen sie diese Aufgabe?

Die Ergebnisse der letzten Wahlen im Bund und in den Ländern zeugen nicht nur vom Vertrauensverlust für die früheren Volksparteien und vom Aufstieg des Rechtspopulismus in Form der AfD, sie zeigen zudem grundsätzliche Bewegungen und Verschiebungen im Unterbau des auf Parteien beruhenden Repräsentationssystems der parlamentarischen Demokratie an, die Regierungsbildungen und das Schmieden von Koalitionen erschweren.

Die Erwartungen der Bevölkerung an die politischen Instanzen und Institutionen wachsen und werden von meinungsstarkem Hintergrundrauschen, sei es durch Kommentare und Aktionen im Internet oder durch Proteste auf der Straße, begleitet. Dazu nehmen die verbale und körperliche Gewalt gegen Politiker*innen, Hass und extremistische Bedrohung in einem Besorgnis erregenden Ausmaß zu.

„Was wird aus den Parteien und der Parteiendemokratie?“ fragt diese Ausgabe unserer Zeitschrift. Sie analysiert aktuelle Entwicklungen und Konfliktlinien und gibt Handlungsempfehlungen, wie pluralistische Gesellschaften erfolgreich funktionieren können. Ein Beitrag untersucht, wie Jungwähler*innen erfolgreich für die Teilnahme an kommunalen Wahlen mobilisiert und für deren Themen gewonnen werden können, ein weiterer fragt danach, was politische Bildung dazu beitragen kann, dass Menschen Verantwortung übernehmen und sich in den demokratischen Prozess aktiv einmischen. Schließlich kommen auch Politiker*innen zu Wort, die selbst von Anfeindungen und Hass bedroht sind.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen



Friedrun Erben

Friedrun Erben

Thema des nächsten Heftes:

Veränderungen in der Arbeitswelt und die Auswirkungen auf Politik und Gesellschaft

Thema im Fokus:

Was wird aus den Parteien und der Parteiendemokratie?

- 4 **Regierungszufriedenheit und Protestdemos** von Ulrich Eith
- 12 **Corona-Politik der Parteien** von Karl-Rudolf Korte
- 20 **Kommunal wählen gehen?!** von Thomas Waldvogel, Monika Oberle und Johanna Leunig
- 30 **Mehr politische Bildung und aktive Verantwortung der Bürger*innen in der repräsentativen Demokratie** von Iris Witt
- 36 **Beschimpft, beleidigt, angegriffen** von Beate Rosenzweig und **Statements von Politiker*innen**

Forum

- 45 **Die AfD und die Grenzen des Sagbaren** von Nadja Bilstein

Politische Bildung praktisch

- 49 **Mit Jugendlichen Geschichten von Vielfalt erzählbar machen – vor Ort und im Dialog der Generationen** von Christine Wehner und Luiza Kulenkampff

Jahresthema im AdB

- 54 **Erwachsenenbildung am Puls der Zeit?** von Sebastian Haas

Rezensionen

- 59 **Rezensionen**

AdB aktuell

- 68 **AdB aktuell**

Berichte, Hinweise, Nachrichten

- 80 **Personalien**
- 81 **Aus Profession und Politik**
- 91 **Ausschreibungen und Wettbewerbe**
- 92 **Veranstaltungen**
- 93 **Zeitschriftenschau**
- 95 **pb-digital**
- 96 **Impressum**

Ab der Ausgabe 1/2020 erscheint die Fachzeitschrift als Print- und Online-Ausgabe unter <https://fachzeitschrift.adb.de>

Die Ausgaben der Außerschulischen Bildung, deren Erscheinen mehr als zwei Jahre zurückliegt, können auf der AdB-Homepage über folgenden Link kostenlos abgerufen werden: www.adb.de/zeitschrift_ab

Regierungszufriedenheit und Protestdemos

Parteiendemokratie und demokratische Stabilität nicht nur in Zeiten von Corona

Deutschland verfügt über einen vergleichsweise stabilen Parteienwettbewerb, der eine wichtige Funktion für den Interessenausgleich hat. In diesem Beitrag wird eine ausführliche Analyse der Entwicklungen der letzten Jahre vorgenommen und es werden angesichts der Corona-Proteste daraus Handlungsempfehlungen zur Deeskalation abgeleitet. von Ulrich Eith

Jahrzehntelang bestand an der Stabilität der westlichen Demokratien kein Zweifel. In Deutschland galt das Grundgesetz mit seinen unveränderbaren Menschen-, Grund- und Freiheitsrechten lange Zeit als zentraler und überdies einziger Bezugspunkt demokratischer Entwicklungen und Forderungen. Selbst die außerparlamentarische Opposition der 1960er Jahre bezog sich in ihrer Kritik der Notstandsgesetzgebung auf die Freiheitsrechte des Grundgesetzes.

Inzwischen hat das Urvertrauen in die Stabilität demokratischer Systeme deutliche Risse bekommen. In der sich als Wertegemeinschaft verstehenden Europäischen Union hat sich der Aufschwung nationalistischer und rechtspopulistischer Parteien im letzten Jahrzehnt weiter verfestigt. Der schrittweise Abbau von Pressefreiheit und die Einschränkungen der Unabhängigkeit des Justizwesens etwa in Ungarn und Polen zeigen, dass demokratische Freiheitsrechte keineswegs eine ewig währende Bestandsgarantie haben. Selbst in den USA mit ihrem auf Stabilität und Gewaltenteilung ausgerichteten Institutionengefüge der *checks and balances* ist es dem populistisch agierenden Präsidenten *Donald Trump* inzwischen gelungen, das Land durch massive gesellschaftliche Polarisierung, überzogene Diffamierungen des politischen Gegners und die systema-

tische Verwendung von Halbwahrheiten und Lügen nahe an den Abgrund einer demokratischen Krise mit Rassenunruhen und Massenprotesten zu steuern.

Die Corona-Krise und die damit einhergehenden partiellen Einschränkungen von Freiheitsrechten haben nun auch in Deutschland die öffentliche und mediale Diskussion über die Stabilität der Demokratie auf die Tagesordnung gesetzt.

Doch rekapitulieren wir zunächst die Fakten: Weitgehend unbestritten ist, dass die im März 2020 von den Regierungen in Bund und Ländern getroffenen Maßnahmen zur Minimierung der Zahl der Infizierten und Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Gesundheitsversorgung in Deutschland außerordentlich erfolgreich waren im Vergleich zur Situation in anderen Ländern. Die Bilder aus Norditalien und dem Elsass im Februar und März 2020 waren erschütternd, eine entsprechend dramatische Zuspitzung konnte in Deutschland vermieden werden – durch entschlossenes Handeln der politisch Verantwortlichen, durch die hohe Bereitschaft der Bevölkerung, sich entsprechend diszipliniert und umsichtig zu verhalten und nicht zuletzt auch durch das Glück, in Europa nicht als erstes Land von der Pandemie betroffen zu sein.

Entsprechend sprunghaft ist die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit der Bundesregierung während der Corona-Krise auf über 80 % angestiegen. Und laut Politbarometer im August 2020 bewegt sich die Zufriedenheit seit März 2020 auf einer Skala von -5 bis +5 konstant zwischen 2,1 und 1,7 – ein im längerfristigen Vergleich außerordentlich hoher Wert. Selbst im August 2020 – als die Gegner der Corona-Schutzmaßnahmen bereits größere öffentliche Aufmerksamkeit erzielten – befürworten 60 % die aktuellen Maßnahmen als „so gerade richtig“ und weitere 28 % fordern sogar „härtere“ Maßnahmen. Demgegenüber halten lediglich 10 % die geltenden Einschränkungen „für übertrieben“ (vgl. Forschungsgruppe Wahlen 2020).

Dennoch erlangen seit Sommer 2020 die regelmäßigen Demonstrationen der entschiedenen Gegner der geltenden Sicherheitsmaßnahmen breite öffentliche Aufmerksamkeit. Die Teilnehmenden dieser Demonstrationen sind eine bunte Mischung ganz unterschiedlicher Gruppen, darunter Menschen, die sich in ihrer Bewegungsfreiheit ungerechtfertigterweise eingeschränkt sehen bis hin zu Verschwörungsideologen, die die gesamte Pandemie für inszeniert und lediglich einen Vorwand der Herrschenden halten, die Demokratie in Deutschland systematisch abzuschaffen. Weiterhin finden sich auf diesen Demonstrationen Impfgegner, Gesundheits-Esoteriker, durch die Pandemie massiv Verunsicherte oder auch ökonomisch existentiell Gefährdete, Reichsbürger sowie bekannte Rechtsextremisten. Insbesondere das politisch stramm rechte bis rechts-extreme Spektrum – parteipolitisch inklusive großer Teile der AfD – versucht mit diesem Thema und den inzwischen regelmäßigen Demonstrationen, politische Stimmungen gegen die sogenannten etablierten Parteien und weiterhin grundsätzlich gegen das politische System der Bundesrepublik zu schüren und für ihre Zwecke zu bündeln.

Diese öffentlichen Protestkundgebungen fanden in der medialen Berichterstattung große Aufmerksamkeit und führten vor allem in den täglichen TV-Sondersendungen und Talkshows der Republik im Sommer 2020 zu einer Omnipräsenz dieses Themas (vgl. Gräf/Hennig 2020). In Teilen der Gesellschaft konnte so durchaus der Eindruck entstehen, die Demokratie in Deutschland stünde tatsächlich auf der Kippe – ganz im Gegensatz übrigens zu den vielfachen Befunden der Meinungsforschungsinstitute, die ja übereinstimmend eine konstant hohe Zustimmung zum Krisenmanagement der Regierung und zu den angeordneten Corona-Maßnahmen ermittelten.

Dies demonstriert eindrücklich, wie schnell politische Stimmungen die wahrgenommene Realität verändern kön-

nen, auch unabhängig von den tatsächlichen Mehrheitsverhältnissen. Eine gewisse Korrektur und Relativierung solcher stimmungsdemokratischer Ausschläge erfolgt am ehesten durch einen funktionierenden pluralistischen Parteienwettbewerb. Parteien stehen aus dieser Perspektive für längerfristige gesellschaftspolitische Deutungsangebote aus unterschiedlichen wertbezogenen Perspektiven.

Die Corona-Krise und die damit einhergehenden partiellen Einschränkungen von Freiheitsrechten haben nun auch in Deutschland die öffentliche und mediale Diskussion über die Stabilität der Demokratie auf die Tagesordnung gesetzt.

Wie ist nun also die aktuelle Situation in Deutschland zu bewerten und einzuordnen? Ist Deutschland inzwischen eine Stimmungsdemokratie und die Krisenrhetorik kleiner Gruppen samt medialem Echo eine „self fulfilling prophecy“? Oder kommt dem gerade in Deutschland vergleichsweise stabilen Parteienwettbewerb noch immer eine deeskalierende Wirkung zu, indem die zentralen gesellschaftlichen Konfliktlinien längerfristig öffentlich repräsentiert, artikuliert und letztlich auch zu einem – politisch immer wieder neu auszuhandelnden – Ausgleich gebracht werden? Die nachfolgende Analyse zielt also letztlich auf die Frage nach dem Bedrohungspotenzial der Corona-Thematik für das Parteiensystem und die demokratische Stabilität. Daraus ableitbare Handlungsempfehlungen zur Deeskalation beschließen diesen Beitrag.

Stimmungsdemokratie und Medienlogik

Die institutionellen Rahmenbedingungen der Stimmungsdemokratie sind schnell benannt. Zum einen existiert nach wie vor der traditionelle Mediensektor, der auf professionellem Journalismus beruht. Zum anderen gibt es heute insbesondere in den digitalen Medien Arenen, Plattformen und Netzwerke, die unabhängig von der Arbeit und den Berufsstandards von Journalisten breitere Öffentlichkeit herstellen. Unabhängig von diesen Unterschieden erscheint die Welt durch die mediale Brille stets im Krisenmodus. Neuigkeitswert hat das Außergewöhnliche, das →

Dramatische, das Tragische. Das Alltägliche, das Gewöhnliche hingegen sind für die mediale Berichterstattung nur von nachrangiger Bedeutung.

Journalismus ist eine Profession und dementsprechend erfolgt die Arbeit von Journalistinnen und Journalisten nach professionellen Berufsregeln – zumindest in den Qualitätsmedien und insbesondere im öffentlich-rechtlichen Bereich. Wichtig ist es, sich vor Augen zu halten, dass Nachrichten und auch journalistische Reportagen zwar einerseits die vielschichtige Realität niemals vollständig und objektiv abbilden können, andererseits die Auswahl der Nachrichten und Informationen aber gleichwohl nach klaren und überprüfbaren Kriterien erfolgt. Von zentraler Bedeutung sind insbesondere die Nachrichtenfaktoren Aktualität, Relevanz und Neuigkeitswert, sachlich-faktische Überprüfbarkeit und Abbildung des Meinungspluralismus. Darüber hinaus sichert die Existenz einer freien, journalistenbezogenen Medienlandschaft die Verfügbarkeit ganz unterschiedlicher Darstellungen der Realität, jeweils in sich schlüssig entwickelt aus verschiedenen normativen Standpunkten und Grundpositionen heraus. Die Verfügbarkeit dieser pluralistischen Mediendarstellungen ist nach wie vor eine wichtige Voraussetzung für die individuelle Meinungsbildung.

Die Verfügbarkeit dieser pluralistischen Mediendarstellungen ist nach wie vor eine wichtige Voraussetzung für die individuelle Meinungsbildung.

Neben dieser traditionellen Medienöffentlichkeit haben sich – vor allem befördert durch die Verbreitung sozialer Netzwerke – inzwischen neuere Arenen der Öffentlichkeit herausgebildet. Diese verzichten weitgehend auf die Berufsstandards des Journalismus. Hinzu kommt, dass häufig jeder der Beteiligten zugleich als Sender und als Empfänger von Nachrichten und Realitätsdarstellungen aktiv werden kann. Insbesondere die fehlende Verpflichtung auf die Kriterien sachlich-faktische Überprüfbarkeit sowie Abbildung des Meinungspluralismus ermöglicht unter diesen Bedingungen die Herausbildung kontrafaktischer Situationsbeschreibungen und selbstreferenzieller Meinungsblasen ohne Korrektive durch andere, entgegengesetzte Sichtweisen und Perspektiven. Dies ist umso wirkungsmächtiger, je professioneller entsprechende Medienangebote in der

Aufbereitung und Darstellungsform ihrer Inhalte dem traditionellen Journalismus ähneln.

Geradezu dramatisch zugenommen mit der flächendeckenden Verbreitung der online-Medien hat die schiere Menge schnell verfügbarer Informationen. Nutzerinnen und Nutzer haben so einerseits beste Voraussetzungen, sich schnell in ganz unterschiedliche Themenbereiche einzuarbeiten. Andererseits kann diese Fülle an abrufbaren Informationen individuell auch zur Überforderung und zu Verunsicherungen führen, sowohl zu Formen der partiellen Desorientierung als auch zur Verfestigung von Halbwahrheiten und Vorurteilen.

Wenn eine konstant gründliche, systematische Recherche zur eigenen Meinungsbildung kaum mehr möglich ist, weil die eigenen begrenzten Ressourcen angesichts der nahezu unbegrenzten und auch widersprüchlichen Daten- und Informationsmengen nicht ausreichen, bestimmen in der Konsequenz Zufall, durch Algorithmen gesteuerte Internetfunde und bestenfalls noch die eigene Interessenslage immer mehr den individuellen Informationsstand von Bürgerinnen und Bürgern zu aktuellen Themen. Wem soll man noch, wem kann man noch glauben, wenn völlig gegensätzliche Problemdarstellungen jeweils für sich in Anspruch nehmen, auf empirischen Fakten und wissenschaftlichen Erkenntnissen zu beruhen? So haben Fake News und systematische Desinformationskampagnen in einer breitgefächerten, dezentralen Medienlandschaft gute Chancen, Anhänger zu finden – insbesondere bei Gruppen, die sich eher weniger informieren und dafür zudem noch einen nur kleinen, begrenzten Ausschnitt des breiten Angebotsspektrums nutzen. Wie erfolgreich systematische Desinformationskampagnen inzwischen sind, zeigt sich nicht zuletzt daran, dass sie bedauerlicherweise zum täglichen Handwerkszeug des amerikanischen und auch des sowjetischen Präsidenten gehören.

Veränderungen des Parteienwettbewerbs

Stabile Parteiensysteme beruhen auf der längerfristigen Repräsentanz und steten politischen Aktualisierung der zentralen gesellschaftlichen Konfliktlinien. Zugleich müssen die Parteien immer wieder auf neue Problemstellungen reagieren, politische Lösungen anbieten und diese mit ihren weltanschaulichen Parteitraditionen in Einklang bringen (vgl. Eith 2001). Dieses Zusammenspiel von gesellschaftlichem Strukturwandel und dem darauf bezogenen Verhalten von politischen Eliten lässt sich noch immer am besten mit Hilfe der historisch ausgerichteten, makrosoziologischen *Cleavage-Theorie* in der Tradition von *Seymour*



Größtmögliche Transparenz ist eine wichtige Voraussetzung für gelingendes Regierungshandeln – Spiegelungen im Berliner Regierungsviertel Foto: AdB

Lipset und Stein Rokkan (1967) analysieren. Demnach beruhen die europäischen Parteiensysteme in ihrem Ursprung auf zunächst vier gesellschaftlichen Grundkonflikten, die sich im Verlaufe der nationalen Revolutionen und Demokratisierungsprozesse sowie der industriellen Revolution herausgebildet haben: nationales Zentrum vs. Peripherie sowie Staat vs. Kirche um die kulturelle Hegemonie und politische Deutungshoheit im demokratischen Staat einerseits, andererseits die beiden ursprünglich ökonomischen Verteilungskonflikte städtisch-handwerkliche vs. ländlich-agrarische Interessen sowie Kapital vs. Arbeit. Bei allen vier Konflikten haben sich dann ökonomische, kulturelle und habituelle Aspekte miteinander verbunden und längerfristige Allianzen zwischen Parteien und den entsprechenden gesellschaftlichen Gruppen und Milieus hervorgebracht. Wichtig für die Analyse des heutigen Parteienwettbewerbs ist erstens, dass inzwischen weitere, politische Weltbilder begründende Grundkonflikte entstanden sind – etwa Ökologie vs. Ökonomie – und zweitens, dass den politischen Eliten bei der erfolgreichen Bearbeitung aktueller Konflikte und deren Integration in die längerfristigen Frontstellungen des jeweils nationalen Parteienwettbewerbs unter den heutigen medialen Bedingungen eine immer größere kommunikative Bedeutung zugewachsen ist (vgl. Eith/Mielke 2017).

Die Grundstrukturen des deutschen Parteienwettbewerbs haben sich als außerordentlich stabil erwiesen, gerade auch im europäischen Vergleich. CDU/CSU, SPD und FDP repräsentierten zunächst die zentralen sozialen

Gruppierungen und Konfliktlinien der deutschen Nachkriegsgesellschaft. Der in den 1970er Jahren immer stärker werdende Grundkonflikt Ökologie vs. Ökonomie führte 1980 dann zur Parteigründung der Grünen. Und die Linkspartei/PDS integrierte nach der deutschen Einheit zunächst die Reste des ostdeutschen sozialistischen Milieus sowie Vereinigungsskeptiker ins deutsche Parteiensystem, was als Erneuerung des *Zentrum/Peripherie-Konflikts* interpretiert werden kann (vgl. Mielke 2001). Protestparteien hingegen, wie etwa Schill-Partei, Republikaner oder auch Piraten, verpassten ihre Chancen, die anfänglichen Protestgründe zu einem tragfähigen politischen Programmangebot weiterzuentwickeln und verschwanden dementsprechend in der Bedeutungslosigkeit.

Als neuere Entwicklung des Parteienwettbewerbs ist festzuhalten, dass die Grünen in den Umfragen inzwischen die SPD als zweitstärkste Partei hinter der Union dauerhaft abgelöst haben. Laut der regelmäßig erhobenen Sonntagsfrage liegen die Sozialdemokraten seit Januar 2018 konstant unter der 20-Prozent-Marke, die Grünen überschritten diese erstmals im Herbst 2018 (vgl. Infratest dimap 2020). Im Sommer 2019 lagen die Grünen sogar kurzzeitig als stärkste Partei auch vor der Union. Ihr Aufschwung erfolgt zeitgleich mit der steigenden Bedeutung der Klimathematik wenige Monate vor der Europawahl im März 2019 und der Etablierung der *Fridays für Future-Bewegung*. Die Klimathematik hat ab Jahresbeginn 2019 die Ausländer- und Flüchtlingsthematik von der Spitze der wichtigsten →

Themen in Deutschland verdrängt (vgl. Forschungsgruppe Wahlen 2020), entsprechend verlor auch die AfD deutlich an Unterstützung.

Stabile Parteiensysteme beruhen auf der längerfristigen Repräsentanz und steten politischen Aktualisierung der zentralen gesellschaftlichen Konfliktlinien.

Noch zentraler für die aktuelle Situation des Parteienwettbewerbs ist die Entwicklung der Union und die Regierungspolitik der seit 2005 regierenden Bundeskanzlerin. Die Vormachtstellung der Union sicherte *Angela Merkel* – sehr zum Unmut großer Teile ihrer konservativen Traditionswähler – durch einen gesellschaftspolitischen Modernisierung- und Reformkurs. Kristallisationspunkte der konservativen Kritik waren insbesondere der Ausbau der Kleinkinderbetreuung seit 2005, die Abschaffung der Wehrpflicht 2011, der Atomausstieg 2011, die Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen 2015 sowie die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe 2017, ohne dass sich diese Kritik zunächst öffentlich artikuliert. So entstand letztlich ein Repräsentationsdefizit, zumal die Kanzlerin ihren Modernisierungskurs nur unzureichend öffentlich begründete und kommunizierte. Die Union erlebte einen schleichenden Frustrations- und Entfremdungsprozess traditioneller konservativer Stammwählergruppen, wie es bereits die SPD unter der Agenda 2010-Politik ihres Bundeskanzlers *Gerhard Schröder* hatte hinnehmen müssen. Andererseits belegen die Umfragen aber auch, dass über die gesamte Regierungszeit *Merkels* hinweg zwischen 70 und 80 % der Deutschen die Arbeit der Bundeskanzlerin als gut bewerteten, nur 2011 und 2018 lagen die Zustimmungswerte zeitweise zwischen 50 und 60 % (vgl. Forschungsgruppe Wahlen 2020).

Erst nach der Finanzkrise und zunächst als Protestpartei gegen die Maßnahmen zur Stabilisierung der gemeinsamen europäischen Währung Euro gründete sich 2013 mit der AfD eine konservative, nationalliberale Protestpartei. Mit dem Anstieg der Flüchtlingszahlen 2015/2016 fand die Partei ihr wählermobilisierendes Thema und wandelte sich von einer nationalliberal-konservativen zur rechtspopulistischen, inzwischen in großen Teilen auch rechtsextremen Partei. Mittlerweile ist die AfD im Bundestag und in sämt-

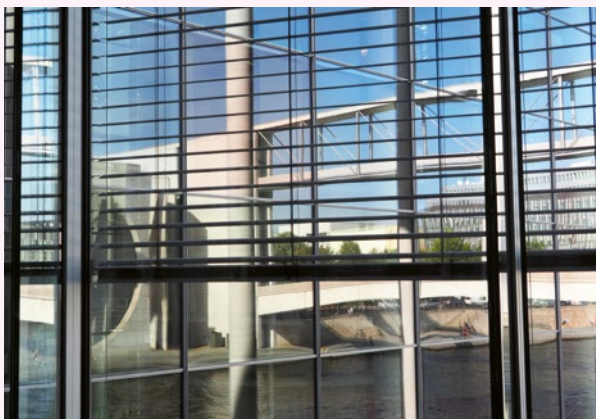
lichen Landtagen vertreten, in den fünf ostdeutschen Bundesländern sogar als jeweils zweitstärkste Partei.

Aus Sicht der *Cleavage-Theorie* hat die AfD derzeit durchaus Chancen, sich von einem Sammelbecken des politischen Protests weiterzuentwickeln zu einer Partei, die wegen ihrer politischen Inhalte und Positionen gewählt wird. Entgegen kommt ihr hierbei, dass sich im Verlaufe der globalen Krisen des letzten Jahrzehnts inzwischen eine weitere Konfliktkonstellation herausgebildet hat, kosmopolitische vs. nationale Ausrichtung (vgl. Bovens/Wille 2017; Merkel 2017; Eith 2018). In idealtypischer Zuspitzung stehen Kosmopoliten für offene Grenzen, gesellschaftliche Pluralität und kulturellen Wandel. Auf den Klimawandel und die Globalisierung kann aus ihrer Sicht wirkungsvoll nur durch supranationale Instanzen wie die EU oder multilaterale Regelungen reagiert werden. Demgegenüber fordern national Orientierte eine homogenere nationale Kultur, striktere Grenzsicherung und ein Ende des Multikulturalismus. Die Bekämpfung globaler Herausforderungen gelingt aus ihrer Sicht nur durch nationale Abschottung und die Rückbesinnung auf die Stärken des eigenen Nationalstaats. Parteipolitisch besetzen derzeit am klarsten Grüne und – bezeichnenderweise – AfD die entgegengesetzten Pole. Die AfD hat vor allem dann günstige Rahmenbedingungen, wenn die Themen Einwanderung und Integration erneut die öffentliche Agenda bestimmen. Intensive innerparteiliche Machtkämpfe hingegen wirken kontraproduktiv.

Die im Frühjahr 2020 auch Europa erreichende Coronapandemie hat nun zu drei zentralen Veränderungen des politischen Wettbewerbs in Deutschland geführt. Zum Ersten erleben wir eine Wiedererstarkung der Union bis knapp unter 40 % bei der Sonntagsfrage, was allerdings entscheidend von den hohen Zustimmungswerten zum Krisenmanagement der Bundesregierung und insbesondere der Bundeskanzlerin *Angela Merkel* getragen wird. Mit dem Bedeutungsverlust des Themas Klimawandel in der öffentlichen Wahrnehmung hat sich zugleich auch die Stärke der Grünen relativiert, die inzwischen wieder ausweislich der Sonntagsfrage eher unter der 20 %-Marke, aber immer noch vor den Sozialdemokraten liegen.

Zum Zweiten hat das erfolgreiche Corona-Krisenmanagement der Bundesregierung bei beiden Regierungsparteien die Intentionen des eingeleiteten Personalwechsels an den Parteispitzen ziemlich konterkariert, in besonderer Weise bei der SPD. Die Sozialdemokraten haben sich 2019 über ein halbes Jahr hinweg mit aller Energie auf die Frage eines neuen Parteivorsitzes konzentriert. Zumindest der Parteilinken kam es dabei darauf an, den als zu konservativ empfundene-

nen Finanzminister *Olaf Scholz* in weiteren Spitzenpositionen zu verhindern. Nun hat allerdings dieser als Finanzminister im Corona-Krisenmodus derart an politischer Statur und öffentlicher Anerkennung gewonnen, dass an ihm als SPD-Kanzlerkandidat für die kommende Bundestagswahl im Herbst 2021 zwischenzeitlich kein Weg mehr vorbeiging. Und auch bei der Union hat die Corona-Krise die Kandidatenkonstellation um die politische Nachfolge von *Merkel* kräftig durcheinandergewirbelt. Inzwischen wird sogar der bayerische Ministerpräsident *Markus Söder* aufgrund seines konsequenten Krisenmanagements von Teilen der Union als möglicher Kanzlerkandidat ins Gespräch gebracht.



„Demokratien sind stets unvollkommen: Dies gilt es mit aller Gelassenheit zu akzeptieren.“ Foto: AdB

Zum Dritten – und das ist mit Blick auf die Stabilität der Demokratie der bedenklichste Punkt – hat die Corona-Krise zu einer dramatischen Radikalisierung einer kleinen Minderheit von Gegnern der Schutzmaßnahmen, Corona-Leugnern, Verschwörungsideologen und grundsätzlichen Systemgegnern wie etwa den Reichsbürgern geführt. Bedenklich ist hierbei weniger deren inhaltlich kritische bis strikt ablehnende Haltung zur Corona-Politik von Bund und Ländern. Auch entschiedenen Widerspruch kann und muss eine pluralistische Demokratie aushalten. Bedenklich ist vielmehr die inzwischen verfestigte mentale, häufig auch verschwörungsideologische Radikalisierung, die auch die unverzichtbaren Spielregeln pluralistischer Demokratien zur gesellschaftlichen Mehrheits- und Willensbildung nicht mehr gelten lässt. Wer von einer Verschwörung der politisch Mächtigen überzeugt ist, mit der Corona-Politik die Demokratie in Deutschland abschaffen zu wollen, ist am politischen Dialog nicht mehr interessiert, betrachtet stattdessen zunehmend auch Gewalt als legitimes Mittel der politischen Konfliktaustragung – in eigener verdrehter Wahrnehmung

verstanden als demokratische Notwehr gegen die Demokratiefeinde in den Regierungen von Bund und Ländern.

Was also tun angesichts der aktuellen Herausforderungen?

Zunächst bleibt festzuhalten, dass die Demokratie in Deutschland derzeit in keiner Weise ernsthaft bedroht ist, weder durch eine Verschwörung der politischen Elite noch durch die bislang recht kleine Minderheit der Corona-Kritiker. Und auch bei der AfD sind die Erfolgsaussichten zumindest im Westen eher begrenzt, solange sie ihr Extremismusproblem nicht lösen kann und solange die Corona-Thematik die öffentliche Agenda bestimmt. Und dennoch besteht Grund zur Beunruhigung. Die durchaus legitimen Proteste gegen die Corona-Maßnahmen werden mit einer Rigidität und inzwischen auch Gewaltbereitschaft geführt, die mit demokratisch-pluralistischen Spielregeln nicht mehr vereinbar sind. Und Gewalt wird über kurz oder lang Gegengewalt erzeugen. Schließlich ist auch nicht auszuschließen, dass allein schon die Resonanz der medialen Begleitung in den verschiedenen öffentlichen Mediensektoren zu einer steigenden Krisenwahrnehmung in breiteren Bevölkerungskreisen führt.

Die Herausbildung eines parteipolitisch relevanten Corona-Cleavages Abschaffung vs. Erhalt der Demokratie ist in Deutschland nicht in Sicht.

Der Erfolg von Verschwörungsideologien nicht nur im rechtspopulistisch-rechtsextremen Spektrum zeugt überdies von großen Verunsicherungen in Teilen der Gesellschaft als Folge der enormen Häufung gesellschaftlicher und kultureller Veränderungen, verschärfter sozialer Schieflagen und nicht zuletzt auch der Übermacht des betriebswirtschaftlichen Profitdenkens in nahezu allen Lebensbereichen. Eine Reaktion darauf ist die ausgeprägte Sehnsucht nach Überschaubarkeit, nach Kontrolle und klaren Verantwortlichkeiten, nach einfacheren Antworten. In dieser Situation erscheint es angebracht, zentrale Handlungsempfehlungen für das erfolgreiche Funktionieren pluralistischer Gesellschaften nochmals in Erinnerung zu rufen. →

1. Größtmögliche Transparenz des Regierungshandelns herstellen:

Es kommt darauf an, faktenbasierte Informationen professionell und nutzerorientiert aufzuarbeiten und bereitzustellen, gerade auch in den digitalen Medien. Regierungshandeln muss nicht nur in Krisensituationen immer und immer wieder in aller Ausführlichkeit öffentlich erklärt und begründet werden. Und dazu gehört jetzt auch die schnellstmögliche Einbeziehung der Parlamente. Das wird den harten Kern der Corona-Kritiker zwar inhaltlich nicht überzeugen, bestärkt aber die ganz überwiegende, zustimmende Mehrheit und begrenzt so den Einfluss und die Reichweite von Verschwörungsideologien.



Handlungsempfehlung für das erfolgreiche Funktionieren pluralistischer Gesellschaften: „Immer wieder das direkte Gespräch mit den Menschen suchen.“ Hier: Blick auf das Kanzleramt Foto: AdB

2. Immer wieder das direkte Gespräch mit den Menschen suchen:

Politische Akteure, zivilgesellschaftliche Organisationen und insbesondere auch Einrichtungen der politischen Bildung sollten ihre Anstrengungen intensivieren, den schon vor Corona abreißenden Gesprächsfaden zu Teilen der Gesellschaft wieder in Gang zu bringen. Demokratie lebt vom streitenden Diskurs – und vom Respekt vor der Meinung anderer, vom Widerspruch gegen die eigenen Vorstellungen, den es als Demokratin und Demokrat auszuhalten gilt. Pluralistische Demokratien sind keine homogenen Gemeinschaften. Der Diskurs zwischen den teils sehr unterschiedlichen Wertvorstellungen und politischen Zielen, das Aushandeln, die Kompromissuche und der Wettbewerb um Mehrheiten gehören untrennbar zur Demokratie.

3. Strikte Beachtung von Regeln einfordern und durchsetzen:

Demokratien sind rechtsstaatliche, also regelbasierte Systeme. Dies gilt nicht nur für die geltenden Gesetze, deren Einhaltung die Sicherheitskräfte garantieren müssen. Dies gilt ausdrücklich auch für den öffentlichen politischen Streit in digitalen Medien sowie von Angesicht zu Angesicht, für Veranstaltungen wie Gemeinderats-, Gremien- oder Vereinssitzungen, für Begegnungen aller Art. Respekt und Wertschätzung im persönlichen Umgang trotz entgegengesetzter politischer Vorstellungen sind Voraussetzungen eines funktionierenden demokratischen Alltags.

4. Soziale Ängste ernst nehmen und Ursachen effektiver bekämpfen:

Angesichts gewaltig zugenommener Einkommensunterschiede und ökonomischer Unsicherheiten reichen Existenzängste heute bis in die Mittelschichten. Politik ist dem sozialen Zusammenhalt verpflichtet, fairere Lastenverteilungen und ein gerechteres Steuersystem dürfen keine Tabus mehr bleiben.

5. Demokratien sind stets unvollkommen:

Dies gilt es mit aller Gelassenheit zu akzeptieren – alleine schon deshalb, weil es in pluralistischen Gesellschaften keine Lösungen gibt, die alle zufriedenstellen. Immerhin aber sind Demokratien lernfähig, so Karl Popper, auch wenn es manchmal für Veränderungen einen langen Atem braucht. Föderale Aushandlungsprozesse sind oft mühsam und zeitraubend, sichern aber andererseits die Begrenzung und Aufteilung politischer Machtausübung. Entschlossen aber unaufgeregt sollten die Parteien daher ihre innerparteilichen Führungsfragen lösen und sich ansonsten erkennbar um die aktuellen Probleme der Bürgerinnen und Bürger kümmern.

Ohne Zweifel hat die Corona-Pandemie bestehende Defizite und soziale Benachteiligungen in Deutschland nochmals deutlicher hervortreten lassen. Dennoch ist das demokratiedestabilisierende Potenzial dieser Pandemie insgesamt eher begrenzt – eine umfassende und erfolgreiche Kommunikation allerdings vorausgesetzt. Die Herausbildung eines parteipolitisch relevanten Corona-Cleavages Abschaffung vs. Erhalt der Demokratie ist in Deutschland nicht in Sicht. Weitaus höher ist das Gefährdungspotenzial bei der Flüchtlings-, Migrations- und Integrationsthematik. Und deren Zeit wird sicherlich wiederkommen.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2020

Zum Autor



Professor Dr. Ulrich Eith, Direktor des Studienhauses Wiesneck in Buchenbach und Professor für Politikwissenschaft am Seminar für Wissenschaftliche Politik der Universität Freiburg.

ulrich.eith@wiesneck.de

Literatur

Bovens, Marc / Wille, Anchrit (2017): Die feinen Unterschiede. Nicht links oder rechts, nicht pro oder contra Migration, der Bildungsgrad entscheidet, wie gewählt wird. In: IPG Internationale Politik und Gesellschaft, 8/2017; www.ipg-journal.de/rubriken/europaeische-integration/artikel/die-feinen-unterschiede-2202 (Zugriff: 17.09.2020)

Eith, Ulrich (2001): Zur Ausprägung des politischen Wettbewerbs in entwickelten Demokratien. Zwischen gesellschaftlichen Konflikten und dem Handeln politischer Eliten. In: Eith, Ulrich / Mielke, Gerd (Hrsg.): Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme. Länder und Regionalstudien. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 17–33

Eith, Ulrich (2018): Stabilität und Wandel – regionale und sozialstrukturelle Parteienprofile bei der Bundestagswahl 2017 (Stabilité et changement. Portraits régionaux et socio-structurels des élections au Bundestag 2017). In: *Allemagne d'aujourd'hui* (Aa) Nr. 223 1/2018, S. 12–21

Eith, Ulrich / Mielke, Gerd (2017): Gesellschaftlicher Strukturwandel und soziale Verankerung der Parteien. In: Wiesendahl, Elmar (Hrsg.): Parteien und soziale Ungleichheit. Wiesbaden: Springer VS, S. 39–61

Forschungsgruppe Wahlen (2020): Zufriedenheit mit der Arbeit der Bundeskanzlerin; www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_II/#Arb_Merkel (Zugriff: 17.09.2020)

Gräf, Dennis / Hennig, Martin (2020): Die Verengung der Welt. Zur medialen Konstruktion Deutschlands unter Covid-19 anhand der Formate ARD Extra – Die Coronalage und ZDF Spezial; www.researchgate.net/publication/343736403 (Zugriff: 17.09.2020)

Infratest dimap (2020): Sonntagsfrage; www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/sonntagsfrage (Zugriff: 17.09.2020)

Lipset, Seymour M. / Rokkan, Stein (1967): Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction. In: Lipset, Seymour M. / Rokkan, Stein (Eds.): Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives. New York: Springer, pp. 1–64

Merkel, Wolfgang (2017): Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie. In: Harfst, Philipp / Kubbe, Ina / Poguntke, Thomas (Eds.): Parties, Governments and Elites. The Comparative Study of Democracy. Wiesbaden: Springer, pp. 9–23

Mielke, Gerd (2001): Gesellschaftliche Konflikte und ihre Repräsentation im deutschen Parteiensystem. Anmerkungen zum Cleavage-Modell von Lipset und Rokkan. In: Eith, Ulrich / Mielke, Gerd (Hrsg.): Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme. Länder und Regionalstudien. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 77–95

Corona-Politik der Parteien

Die deutsche Parteiendemokratie in Bewegung

Parteien sind ein Abbild der Gesellschaft und damit wandlungsfähig, was sich nicht zuletzt in der Corona-Politik zeigt. Auch wenn immer wieder vom Niedergang der Volksparteien die Rede ist, erweist sich das System doch als robust und belastbar. Seine resiliente Kernkompetenz besteht darin, divergierende Interessen auszugleichen. In diesem Beitrag werden die aktuelle Situation der Parteiendemokratie sowie die derzeitigen Konfliktlinien – auch angesichts der Corona-Pandemie – in den Blick genommen. von Karl-Rudolf Korte

Parteien als Abbild der Gesellschaft

Parteien sind ein Abbild der Gesellschaft. Sie verbinden den Staat mit der Gesellschaft (vgl. Katz/Mair 1995). Sie agieren als Problemlösungsagenturen. Sie sichern transparent organisiert die Ordnung der Freiheit. Sie tragen dazu bei – politisch legitimiert – Entscheidungen herbeizuführen, um Probleme abzuarbeiten. Rund zwei Prozent der Bevölkerung sind in Deutschland Parteimitglieder. Sie arbeiten stellvertretend für alle anderen Bürger*innen, die nicht parteipolitisch engagiert sind. Politische Willensbildung kann mit moderner Beteiligungsarchitektur und volatilem Engagement aber auch ohne Parteien zum Ausdruck kommen. Politisch legitimierte Entscheidungen bedürfen allerdings des Vollzugs von gewählten Repräsentanten, die sich in aller Regel über Parteimitgliedschaft rekrutieren lassen. Zur politischen Rationalität des Politikers/der Politikerin gehört es zudem, ein Problem so zu lösen, dass das Ergebnis möglichst eine Wiederwahl fördert.

Parteien sind auch Machterwerbsorganisationen, denn sie verteilen Macht auf Zeit. Sie fördern Patronagen als Führungsauslese, weil sie systematisch Amtsträger*innen vermitteln. Darüber hinaus sind sie aber auch immer Lebensstil-Bastionen, Gesinnungsgemeinschaften und

Rechthaber-Vereinigungen, die für moderne politische Willensbildung in einer freiheitlichen Demokratie unverzichtbar sind. In ihnen werden idealtypisch unterschiedliche Interessen gemanagt und für Entscheidungen gebündelt. Parteien sind nicht nur stets lernend unterwegs, um Mehrheiten zu organisieren und auf dem Wählermarkt zu mobilisieren. Sie ändern sich auch in ihrer Zusammensetzung, etwa in Bezug auf ihre Mitgliedschaften oder hinsichtlich der Strukturierung der internen Willensbildungsprozesse. Mehrdimensional gehen sie repräsentierend und regierend dabei vor: „Parteien erfüllen ihre generelle demokratische Funktion vor allem dadurch, dass sie die elektorale sowie die legislative und dann auch die exekutive Agenda ganz systematisch miteinander in Verbindung setzen, indem sie im Wahlkampf mit ihrem politischen Programm mobilisieren und dieses Programm im Erfolgsfall als parlamentarische Mehrheit bzw. als Regierung umsetzen, um mit Verweis auf diese Umsetzung (...) sowie auf das zukünftige Handlungsprogramm der Partei (...) im nächsten Wahlkampf erneut zu mobilisieren.“ (Manow 2020, S. 60) Durch die Option der prinzipiellen Abwahl sind dabei demokratische Responsivität und eine Verantwortlichkeit des Exekutivhandels systemisch gesichert.

Das deutsche Parteiensystem ist wandlungsfähig. Mit dem erstmaligen Einzug der AfD in den *Deutschen Bundestag* liegt seit 2017 auf der Achse des Parteiensystems eine Rechtsverschiebung vor (vgl. Korte/Schoofs 2019). Die Fragmentierung führt zu einem polarisierten Pluralismus, der für den Bundestag neu ist. Die Erosion der traditionellen Volksparteien ist auch Ausdruck einer Repräsentationslücke. Doch hier gilt es, Vorsicht zu bewahren: Man sollte die Volksparteien nicht vorzeitig abschreiben. Die Corona-Politik katapultierte die Regierungsparteien der Mitte im Bund und in den Ländern zu neuen Höhenflügen in der Wählergunst. Die politische Mitte sortiert sich neu. Was die einen Parteien an Themenhoheit verlieren, gewinnen die anderen hinzu. Das Parteiensystem als ein System kommunizierender Röhren ist lebendig, robust und belastbar. Defizitparteien leben von den Angebotslücken der anderen.

Parteien reagieren auch mit Organisationsreformen auf veränderte Erwartungshaltungen der Wähler*innen (vgl. Korte u. a. 2018). Hier lassen sich unterschiedliche Stoßrichtungen erkennen: partizipativer Natur, also im Sinne direkter Beteiligungschancen, deliberativer Natur, das heißt im Sinne kommunikativer Austausch- und Willensbildungsprozesse sowie liberaler Natur, also im Sinne einer Intensivierung der Verfahren der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie. Idealerweise verbindet eine Wiederbelebung der Parteidemokratie alle drei Richtungen. Dass dies gegenwärtig nicht ausreichend der Fall ist, ist erkennbar. Eine Lösung dessen könnte in der Stärkung von Parteien bestehen.

Das Parteiensystem als ein System kommunizierender Röhren ist lebendig, robust und belastbar. Defizitparteien leben von den Angebotslücken der anderen.

Zunächst gilt es dabei, die in ein Ungleichgewicht geratende Verschränkung von administrativer Macht und gesellschaftlicher Basis der Parteien zu korrigieren. Die Parteien experimentieren etwa mit einer Erweiterung ihres Mitgliederkonzeptes um flexible Aktivistenkonzepte, um die Gesellschaft und ihre Assoziationen in den eigenen Willensbildungsprozess wieder zu integrieren. Statt auf aktive Mitglieder zu warten, könnten andernorts engagierte Bürger*innen als Experten an der eigenen Willensbildung

beteiligt werden. Grundsätzlich sind parteipolitisches und zivilgesellschaftliches Engagement keine Gegensätze. Im Gegenteil: Es ist das dauerhafte Bemühen, konkurrierende Partikularinteressen in gesellschaftliche Allgemeinangelegenheiten zu überführen.

Der sanfte Wandel zu mehr direkter Demokratie in den Parteien ist Ausdruck einer gewandelten Einstellung zur Repräsentation, denn Parteien bilden die Gesellschaft ab (vgl. Korte 2017). Die ergebnisorientierte Mitwirkung der Bürger*innen im Sinne einer modernen Partizipation, der sich die Parteien stellen müssen, sichert nicht nur langfristig die Legitimität der Entscheidung. Sie erhöht ebenso auch die Qualität der Entscheidung, wenn nicht nur über Wissen, sondern auch über Partizipation und Teilhabe neue Akteure eingebunden werden. Die Entscheidungszumutungen gegenüber Politiker*innen werden – wenn sich unterschiedliche Kreise in differenzierten Formaten darin wiederfinden – erträglicher für politische Akteure. Wenn Krisenmanagement gravierende tägliche Entscheidungen verlangt, nutzt die diskursive Rückbindung an Öffentlichkeiten der Feinjustierung plebiszitärer Bedürfnisse. Risikokompetenz der Akteure in einer Regierung würde mithin im Prozess des Verkoppelns prozessualer Logiken beziehungsweise unterschiedlicher Entscheidungsarenen bestehen. Parteien wären aktive Spieler in all diesen Arenen, wenn sie auch als Netzwerkparteien ihre Zukunft gestalten.

Zurzeit wollen die Parteien durch Partizipationsanreize den Mehrwert einer Parteimitgliedschaft erhöhen. Sie versuchen, sich neue gesellschaftliche Netzwerke zu erschließen, um ihre Problemlösungskompetenzen zu erweitern und ihre gesellschaftliche Verankerung auszubauen. Professionelle Beratung soll das Wissen über kommunalpolitische Sachfragen erhöhen und die Kommunikationsfähigkeiten regionaler Untergliederungen stärken. Dass die Professionalisierung der kommunalen Ebene aber auch zu einer Zentralisierung und damit zu einer Schwächung der Mitgliederpartei führen kann, macht zugleich deutlich, dass die Zukunft der Parteien nicht eindeutig vorgezeichnet ist. Ob die Rückkehr des Plebiszitären tatsächlich zu einer neuen Beteiligungsarchitektur bei den etablierten Parteien führt, bleibt im Moment noch abzuwarten. Das hängt auch mit den Einschränkungen der Corona-Politik zusammen. Basisarbeit der Parteien ist unter den Bedingungen virtueller Kontakte nur eingeschränkt handhabbar. Innerparteiliche Demokratie ist mehr als formale Einhaltung des Parteienrechts. Versammlungsdemokratie lebt von der direkten Begegnung, die nicht durch Videokonferenzen ersetzt werden kann. →

Zugleich zeigen die Reformbemühungen, dass viele Parteien offenbar ihre Grenzen erkennen. Im Konzept des Parteienstaats sehen sie sich für alles zuständig und dehnen ihren Einflussbereich stetig aus – was zweifelsohne nicht mehr zeitgemäß ist. Die Parteien legen sich Selbstbeschränkungen auf. So gilt die Angebotslücke der etablierten Parteien systemimmanent und lässt sich in Teilen nicht schließen. Die Pluralisierung von Lebensstilen und die Individualisierung der Gesellschaft lassen sich auf dem Parteienmarkt überhaupt nur bedingt abbilden. Die Parteien verstehen sich selbst eben nicht als Anbieter für jeweilige individuelle Bedürfnisse. Sie sind in ihrem eigenen Selbstverständnis Organisationen für konzeptionelle Gesellschaftsentwicklungen, nicht für individuelle. Sie bieten den Mitgliedern eine Art Plattform zur Mitarbeit und bleiben auf Eingaben ihrer Mitglieder angewiesen. Dabei schmälert ein taktischer Teil-Rückzug nicht ihre grundsätzliche Bedeutung.

Die Parteienforschung konnte nachweisen, wie die Qualität der Demokratie sinkt, wenn der Wahlakt im Falle einer Ausweitung von alternativen Verfahren eine immer geringere Rolle spielt.

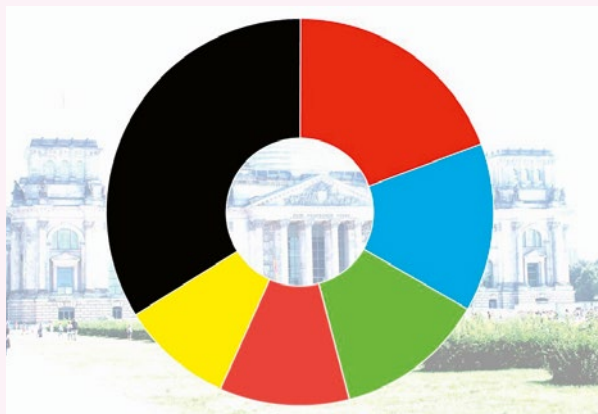
Parteien sind es, die bei Wahlen antreten. Die Repräsentativität des Wählerwillens bei Wahlen ist immer noch weitaus höher als bei allen anderen Formen politischer Beteiligung. Es lässt sich nachweisen, dass alternative Partizipationsformen das Ideal politischer Gleichheit gefährden können. In weitaus höherem Maße als Wahlen sind alle anderen Formen der politischen Beteiligung sozial verzerrt. Wahlen garantieren relativ gleiche Zugangschancen, weil der individuelle Aufwand gering ist. Alle anderen Beteiligungsformen verlangen dagegen mehr Zeitaufwand, mehr Bildung oder auch finanzielle Mittel zur Mobilisierung. Die Parteienforschung konnte nachweisen, wie die Qualität der Demokratie sinkt, wenn der Wahlakt im Falle einer Ausweitung von alternativen Verfahren eine immer geringere Rolle spielt (vgl. Schäfer 2010).

In Deutschland hat Parteienkritik eine lange Tradition. Doch trotz aller auch berechtigten Detailkritik: Parteien stehen für die modernste Form politischer Willensbildung

in repräsentativen Demokratien. Wer sollte stellvertretend für sie an freien Wahlen teilnehmen? Welche anderen repräsentativen Gruppen wären gleichermaßen politisch legitimiert, Entscheidungen für uns zu treffen? Wie könnten wir ohne Parteien politische Teilhabe fair organisieren, die nicht nur spontane Betroffenheit widerspiegelt? Die Parteien reagieren auf die Herausforderungen von Geschwindigkeit, Zeitdruck, Komplexität und Risiko. Sie bleiben Mittler und Transmissionsriemen beim Komplexitätsmanagement von Entscheidungen. Da Parteien das Personal für die politischen Spitzenämter stellen, sind sie relevant, wenn es sich um potenzielle Handlungsanleitungen im Umfeld einer sich entwickelnden Risikokompetenz dreht. Die volle Kraft durch Responsivität der Parteien wird man nutzen können, wenn man die konzeptionellen Suchbewegungen in Richtung einer Re-Integration in die Willensbildungsprozesse der Parteien lenkt. Denn die Parteiendemokratie hat als „Schleuse“ zwischen Staat und Gesellschaft nach wie vor großes Leistungspotenzial. Für die kontinuierliche Aggregation und Integration von Werten und Interessen, ihre Überführung in staatliches Handeln und für die Möglichkeit der Verortung demokratischer Verantwortung existieren bisher keine Alternativen. Ohne das Dach gemeinsamer Grundüberzeugungen muss das Wirkungsspektrum einer politikbezogenen Gesellschaftsberatung begrenzt bleiben. Erst wenn gemeinsame Werte mit lebensweltlichen Erfahrungen und wissenschaftlicher Expertise zusammengeführt werden, entfaltet sie ihr volles Potenzial. Dies können Parteien leisten. Wenn Risiko, etwa aufgrund von Komplexität oder Zeitdruck zum Regelfall der Politik mutiert, könnte zukunftsfähige Politik auch Konsequenzen auf die Struktur der Entscheidungen haben. Zukunftsfähigkeit könnte darin bestehen, grundsätzlich lernend, fehlerfreundlich und somit stets reversibel zu handeln. Auch die Qualität von Entscheidungsprozessen kann sich dadurch verbessern, weil die Fehlerfreundlichkeit von Entscheidungen in und zwischen den Parteien kommuniziert werden müsste.

Die Mitgliederparteien haben sich noch nicht aufgegeben. Auch das Konzept von Volksparteien hat in Zeiten antipluralistischer Stimmungen eine besondere demokratiefördernde Funktion. Denn die Kernkompetenz von Volksparteien besteht darin, Konflikte von berechtigten, aber divergierenden Interessen auszutarieren. Damit werden diese Interessenunterschiede zum Gemeinwohl hin ausgeglichen (vgl. Korte 2019). Das ist unerlässlich in einer repräsentativ verfassten Demokratie. Volksparteien sind Konsensmaschinen und ein Sicherheitsversprechen.

Schließlich reagieren die Parteien auf die Verschiebungen des Wählermarktes auf der parlamentarischen Ebene mit der Öffnung für neue Regierungsbündnisse. Innerhalb der tradierten parteipolitischen Lager sind häufig keine Bündnisse mehr kalkulierbar mehrheitsfähig. Ehemals große Volksparteien sind in den letzten Jahren im Bund und in den Ländern von Sieg zu Sieg geschrumpft. Bei der Bundestagswahl 2017 kommt eine Große Koalition nur noch knapp auf eine Mehrheit der Sitze, sie entspricht damit vielmehr inzwischen einer regulären kleinen Koalition (vgl. Korte/Schoofs 2019). Wie der Blick in einige Landtage zeigt, reichen sogar gelegentlich Koalitionen aus Union und SPD nicht mehr aus, um mehrheitsfähig zu werden. Bunte Koalitionsmuster kennzeichnen deshalb die Vielfalt von Mehrheitsfraktionen in deutschen Parlamenten. Fünf- und Sechs-Parteien-Parlamente in den Ländern kreieren eine bunte Republik. Die Parteien zeigen sich insofern beweglich, wenn es darum geht, aus dem Wählerauftrag am Wahltag eine Regierungsmehrheit zu bilden. Wird das Kurzfristige, das Flüchtige, das Unerwartete und die Permanenz des Dynamischen zum bleibenden Kennzeichen?



Farbenspiel – Prognose für 2021? „Bunte Koalitionsmuster kennzeichnen die Vielfalt von Mehrheitsfraktionen in deutschen Parlamenten.“ Collage: AdB

Wer stimmungsflüchtige Machtgrundlagen fürchtet, kann digital darauf reagieren. Wer am Delegations- und Repräsentationsprinzip für Willensbildung und Entscheidungsfindung festhält, sollte zeitgleich Kulturen des Mitentscheidens und ein Recht auf Feedback fördern. Wer die Labilität schätzt, freut sich über Neuanfänge. Trotz aller Unübersichtlichkeit bleibt eine erfreuliche Konstante: Die Parteien sind in der Mehrheit immer noch politisch extrem mitte-zentriert und weit entfernt vom antimodernen Rechtspopulismus. Innerparteiliche Demokratie ist zwar

nicht der Antriebsmotor all dieser Veränderungen, aber das veränderte Bedürfnis nach Teilhabe wird von den Parteiführungen antizipiert.

Parteien sind Begleiter des Wandels, sie sind lernende Organisationen mit extrem hoher Anpassungsflexibilität. Externe Schocks fördern ebenso den Wandel wie strategische Zentren in den Parteien. Die Parteien strotzen keineswegs vor Vitalität, zeigen sich aber extrem robust, krisenfest und wandlungsfähig. In ihren strategischen Zentren verfügen sie vielfach bereits über Risikokompetenz. Um Legitimität zu generieren, öffnen sie sich verstärkt auch Nichtmitgliedern.

Konfliktlinien und der Parteienmarkt der Corona-Politik

Noch immer gruppiert sich das Parteiensystem in Deutschland um drei wichtige große gesellschaftspolitische Konfliktlinien, sogenannte *Cleavages* (vgl. Korte 2018): um die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, um kulturelle Differenzen der politischen Partizipation sowie um das relative Gewicht von Staat und Markt. Doch seit einiger Zeit kommt eine neue, vierte wichtige gesellschaftspolitische Konfliktlinie wirkungsmächtig hinzu. Es ist das ideologische Konfliktpotenzial zwischen kosmopolitischen und kommunitaristischen Werten zwischen Öffnung und Schließung. Gemeint ist das Spannungsfeld zwischen globalisierten Weltbürgern und nationalkonservativen Gemeinschaften. Kommunitaristische Einstellungen favorisieren die Zugehörigkeit und Mitgliedschaft in nationalen und kommunalen Kontexten. Kosmopolitische Einstellungen betonen hingegen universelle Verpflichtungen.

Letztlich triumphiert im nationalen Kommunitarismus die Volksgemeinschaft gegenüber internationalen Verpflichtungen, die Idee, primär der eigenen Gesellschaft Verantwortung zu schulden gegen universelle Werte der global denkenden Eliten. Es wäre vereinfacht zu sagen, hier stehen Globalisierungsgewinner gegen Globalisierungsverlierer. Zumal nicht immer eine klare Dichotomie erkennbar ist, sondern eher ambivalente Spannungsfelder. Damit wird auch deutlich, dass die Dimension des Konfliktes nicht abnimmt, sondern eher noch zunehmen wird. Doch der Bedarf gerade in der verunsicherten Angst-Mitte der bürgerlichen Wähler*innen für eine Partei, die diese gesellschaftspolitische Konfliktlinie aktiv bedient, wächst. Gerade diese Konfliktlinie eines neuen gesellschaftlichen Diskurses verrät viel über widersprüchliches, paradoxes, auf jeden Fall nicht-rationales Wählerverhalten. Wie die Bürger*innen sich auf dieser Konfliktdimension positio- →

nieren, hat sehr viel mit weichen, aber eminent politisch wirkenden Faktoren zu tun: Anerkennungsverhältnisse, Wahrnehmungen, lebenskulturelle Modernisierung sowie moderne Artikulations- und Teilhabemöglichkeiten.



Wie dynamisch ist das Parteiensystem im Vorfeld des Superwahljahres 2021? Foto: AllzweckJack/photocase.com

Diese neue Konfliktlinie zwischen Öffnung und Schließung prägte nicht nur viele Jahre die Auseinandersetzung um die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung (vgl. Bieber u. a. 2016). Sie veränderte auch das gesamte Parteiensystem und öffnete der AfD nicht nur den Weg in den Bundestag, sondern auch in alle Länderparlamente. Die Konfliktlinie begleitet auch die Diskussionen um Klimaschutz und Nachhaltigkeit. Sie beförderte in den Jahren 2018 und 2019 den Höhenflug der Grünen, die sich kompromisslos bei den Themen Öffnung und internationale Kooperation sowie bei freiheitlich-liberalen, auf Verschiedenheit angelegten gesellschaftlichen Konzepten verorteten.

In den Bruchlinien der Corona-Pandemie kehrt das *Cleavage* im neuen Gewande zurück: Die Globalisierungsgegner finden im Virus die perfekte Bestätigung ihrer Warnungen vor ungebremsten grenzüberschreitendem Verkehr. Die liberalen Verfechter einer offenen Weltordnung sehen sich erneut in der Defensive. Oft wird dieser Konflikt in eine besondere Begrifflichkeit gebracht: Da streiten die mobilen „anywheres“ („Nirgendwos“) mit den ortsgebundenen „somewheres“ („Dagebliebenen“) (Goodhart 2017). Heute ziehen sich die einen effizient ins Homeoffice zurück, die anderen müssen sich im öffentlichen Raum der Ansteckungsgefahr stellen. Was macht das mit dem Parteiensystem – gerade im Vorfeld des Superwahljahres 2021 mit vielen Landtagswahlen und der Bundestagswahl?

Wähler belohnen Optimismus. Wahlen sind keine Erntedankfeste, sondern transportieren konkrete Zukunftser-

wartungen. Sie verhelfen der Handlungszuversicht zur demokratischen Mehrheit. Ein Gefühlsmanagement des Muts kommt insofern in Corona-Zeiten sicher an. Das galt vor allem für die zweite Phase, der Lockerung von Einschränkungen. Hier schien ein Kipp-Punkt erreicht zu sein, als die Ungeduld bröckelte. Der freiwillige Verzicht auf Freiheiten – anders als in Nachbarländern mit Ausgangssperren – bedurfte im Momentum des Exit-Horizonts noch intensiverer Begründungen als die Einschränkungen der Freiheit zu Beginn der Pandemie.

Demokratien mit einem funktionierenden Parteienwettbewerb haben hier enormes Potenzial. Sie legitimieren sich durch Kommunikation. Sprache als Medium kann Macht legitimieren. Das kann prinzipiell auch eine Opposition, wenn sie die Stunde der Legislative nutzt. Sollten die Parteien nicht vielstimmig mit erkennbarer Parteidifferenz der vitale Debattentreiber sein? Da ein evidenzbasierter informierter Einstieg in die Alltagsnormalität nicht als Masterplan vorlag, bedurfte es einer intensiven Debatte mit vielen Begründungen und Erklärungen, wie eine Rücknahme der Einschränkungen vorstellbar sein sollte. Die Maßnahmen sind die eine Seite, die Begründungen entlang von wertorientierten Parteitraditionen die andere Seite. Jeder konnte andere Expertisen für sich zu Recht in Anspruch nehmen. Die Begründungen und die Erzählungen sind wichtig, an denen wir uns als Bürger*innen orientieren können.

Doch der Vorzug der Demokratie besteht im Wettbewerb der Ideen und der Rückbindung der Politik an Interessenlagen der Bürger*innen, der besonders vor und bei Wahlen zum Ausdruck kommt. Diesen Vorsprung gilt es, im Wettbewerb begründeter Exit-Strategien und dem Corona-Alltag entlang der Traditionslinien der Parteien zu nutzen. So könnten Parlamente wieder debattieren und nicht nur Notgesetze auf dem Verordnungsweg legitimieren. Krisengewinner ist bislang der Staat. Krisenprofiteure sind in den Krisenmomenten des Entscheidens die Gesichter der Macht: Kanzlerin, Ministerpräsident*innen und die Minister*innen von Bund und Ländern stehen als Frontfiguren im Test des Krisenmodus. Ein Gefühlsmanagement des Muts kommt insofern in Corona-Zeiten sicher an.

Mit epochaler Drastik bahnte sich ein Virus den Weg in alle Gesellschaften der Welt. Die Herausforderungen für die Politik waren ohne historisches Vorbild. Das deutsche politische System hat mit robuster Funktionsfähigkeit und einer besonderen Gouvernamentalität darauf weitgehend professionell reagiert. Als zentrales Element dieser Resilienz erweist sich einmal mehr die Kombination aus Politik-

management und Verwaltungsaufbau: „Die Dualität von struktureller Fragmentierung im Organisatorischen und Vereinheitlichung über Rechtsetzung und weitere Mechanismen der Reintegration ist ihr wesentlicher Kern.“ (Seibel 2017, S. 173) Träger dieses deutschen Sonderwegs sind vor allem die drei gebietskörperschaftlichen Ebenen von Bund, Ländern und Gemeinden. Die robuste Funktionsfähigkeit dieses verwaltungstechnischen Politikmanagements lebt auch von der Parteiendemokratie, welche mit Mandatsträgern und parteipolitischem Personal die Schnittstellen im Krisenmanagement besetzte.

Die Parteien müssen mit dem Virus weiter rechnen. Die politische Corona-Gesellschaft verfügt idealerweise über kollektive Erfahrungen, die Pandemie als externen Schock eingeeht zu haben. Das sind nicht zu unterschätzende Identitäts-Angebote, die Zuversicht enthalten. Im „Rausch des Positiven“ (M. Horx) leben die Bundesbürger*innen nunmehr mit dem Gefühl der geglückten Angstüberwindung. Konstant hoch bewerten sie ihre eigene Lebenszufriedenheit und Wirtschaftslage viel positiver als die allgemeine Lage. Die Bewältigung stärkt nicht nur das Gemeinwohl und das republikanische Wir (vgl. Korte 2019), sondern die Corona-Erfahrungen machen auch kollektiv stark: Der Staat und seine Bürger*innen sind nicht ihren Ängsten erlegen. Das unterfüttert die politische Mitte. Das stärkt politische Widerstandskräfte gegen Extremismus. Daraus kann nicht nur eine generationsspezifische Corona-Kohorte werden, sondern auch eine Corona-Solidargemeinschaft. Die Bürger*innen haben erfahren, dass sich unser politisches System handlungsfähig und widerstandsfähig zeigt. Das schließt den Protest an den Maßnahmen – aus rationalen oder irrationalen Gründen – nicht aus, aber daran lässt sich aus dem Blickwinkel der Parteien und der Parteiendemokratie perspektivisch anknüpfen. Denn aus wieder neu gewachsener Responsivität und erkennbarem Vertrauen kann auch ein Steuerungsoptimismus für die Politik erwachsen. Politische Führung wird keinesfalls per se einfacher, aber die zu Führenden sind vermutlich weniger skeptisch als in Prä-Corona-Zeiten. Die Corona-Politik hat das Reservoir an Vertrauen als Handlungskredit der politischen Elite wieder aufgefüllt. Vom Vertrauen in Politiker*innen kann auch ein Transfer auf Systemvertrauen erfolgen. Denn Vertrauen führt.

Demokratische Resilienz stärken

Trotz der Krisenstabilisierung des Gemeinwesens erkennen wir gerade jetzt, wie reparaturbedürftig unsere Gesellschaft ist. Im wörtlichen Sinne ist das beispielsweise

bei den Bildungseinrichtungen und Schulen als sichtbarer Investitionsstau zu erkennen. Das Kaputte und Defekte der Prä-Corona-Zeit zeigt sich in der Post-Corona-Zeit noch aufdringlicher. Corona-Zeiten sind damit auch aufklärerische Zeiten, die vieles offenlegen, was jetzt mit entschleunigten Bewegungsabläufen klarer zu sehen ist. Sicherheitskonservative Muster des Bewahrens bleiben. Die Beispiele zeigen, dass durch die radikale Intervention und den Lockdown kein umfassender rapider Politikwechsel zu beobachten war, der auch nachhaltig Gesellschaft und Politik verändert. Die Corona-Gesellschaft ist nicht besser als die Gesellschaft vor Corona, sie ist lediglich anders. Keine völlig neue Realität; kein Danach, was sich wie ein Davor anfühlen wird; kein Parteienmarkt mit neuem Parteiangebot, aber akzentuierte Neuausrichtungen der einzelnen Programmatiken.

Parteien sind Begleiter des Wandels, sie sind lernende Organisationen mit extrem hoher Anpassungsflexibilität.

Ob das Primat der Politik und die Renaissance einer Staatsbedürftigkeit anhalten, wird davon abhängen, wie es die Politik schafft, die Schlüsselkategorie Vertrauen zu stabilisieren. Nur über begründete Kommunikation kann die notwendige Mitwirkung der Bürger*innen erreicht werden. Die Konturen des Neuen in einer „Coronakratie“ (Florack/Korte/Schwanholz 2021) könnten darin bestehen, dass – anders als bei der Flüchtlingskrise – die Spitzenpolitiker*innen und Parteien offensiver und transparenter für Verständnis werben. Das Lockern und Wiederhochfahren ist in der zweiten Phase sicher schwieriger als das Runterfahren in der ersten. Unter den Bedingungen von Unsicherheit, Nichtwissen und vielfach auch Unwissen fallen weiterhin Entscheidungen. Die Politiker*innen zeigen sich lernend und unentschlossener. Unsicherheiten artikulieren sie, Kehrtwendungen könnten möglich werden. Traditionell galt dies als Schwäche von Politik. Mit Corona-Kreativität könnte es jetzt als Stärke interpretiert werden. Die Akteure der Un-Wahrheitsmärkte werden sich allerdings auch davon nicht abhalten lassen, das System insgesamt infrage zu stellen.

Ins Zentrum rücken beim Primat der Politik auch Fragen der Verhältnismäßigkeit, vor allem in der Konsequenz des Grundrechtstaats. Wie stärken wir den Geltungscharakter von Grundrechten, über die wir als Bürger*innen alle →

konstitutiv und immerwährend verfügen? Abweichend von anderen Krisen sind in der Corona-Gesellschaft zunächst alle Bürger*innen betroffen. Die Wertschätzung der Freiheit kann sich neu ausbalancieren. Viele spürten erstmals in der Konsequenz des Runterfahrens wie wertvoll es ist, über das eigene Leben selbst bestimmen zu können. Das sind wichtige Erfahrungen und Diskussionen, die eine Post-Corona-Zeit begleiten können, um demokratische Resilienz zu stärken. Andererseits bleibt die erzwungene soziale Distanzierung heimtückisch. Denn ab wann setzt Gewöhnung und Umdeutung ein? Wann avanciert eine Einschränkung zum Ideal? Wer sich dem Erzwungenen bereitwillig hingibt, dem kann man vermutlich auch noch mehr an Freiheiten nehmen.

Wähler belohnen Optimismus. Wahlen sind keine Erntedankfeste, sondern transportieren konkrete Zukunftserwartungen. Sie verhelfen der Handlungszuversicht zur demokratischen Mehrheit.

Für das Superwahljahr 2021 stellen sich naheliegende Mobilisierungsherausforderungen. Rückblickend werden sich Wähler*innen fragen, warum die Politik nicht ausreichend für den Pandemie-Fall vorbereitet war. Können Schuldige ausfindig gemacht werden? Doch das ist eher rückwärtsgerichtet. Zukunftsmobilisierend spielen Themen eine Rolle, die strategisch die öffentliche Vorsorge ins Zentrum rücken. Kluge Strategen stärken alles, was zum Vorsorgestaat gehören sollte. Was soll über eine agile und kritische Infrastruktur hinaus an Daseinsvorsorge im existentiellen Bereich erhalten bzw. aufgebaut werden? Wer sich dabei besonders um politische Verlässlichkeit im ländlichen Raum kümmert, wird auf Resonanz stoßen und Vorsorge gegen politischen Extremismus betreiben. Es wird derjenige belohnt werden, der diese Fragen ins Zentrum rückt – im Lichte der großen Themen Sicherheit und Identität. Wähler*innen bewerten die Anmutung für Kompetenz in bestimmten inhaltlichen Feldern der Politik. Danach entscheiden sie sich für eine konkrete Partei, die dieser Anmutung an Kompetenz im Auge des Betrachters nahekommt.

Die entscheidende Frage wird sein: Welche Partei bietet am meisten sichernde Zukunft an? Krisengewinner können

Möglichkeitsmacher sein mit konkreter Zuversicht. Es geht um die Mobilisierung von Identitäten. Politische Führung mit Zuversicht wird belohnt. Sie erkennt man auch daran, dass sie etwas für möglich hält, was man gerne auch selber mitgestalten möchte. Entschlossene Krisenlotsen sind immer auch Hermeneuten der Wut, gerade in Zeiten, in denen Wutvorräte auf den Straßen und in den sozialen Medien offensiv abgebaut werden. Politiker*innen, die übersetzen, moderieren und Zukunft erzählen, profitieren. Die Siegerthemen im Umfeld von Sicherheit und Identität bilden sich jetzt heraus: Wer baut den Vorsorgestaat aus? Wie kann Politik wieder zum Mit-Produzenten von umfassender Sicherheit werden? Wer schafft glaubhaft moderne Daseinsvorsorge als strategische Sicherheit? Und: Wenn wir retten, welche Richtung geben wir der Rettung?



„Der Vorzug der Demokratie besteht im Wettbewerb der Ideen und der Rückbindung der Politik an Interessenlagen der Bürger*innen.“

Foto: kallejipp/photocase

Erneut zeigt sich in der Corona-Politik die Wandlungs- und Lernfähigkeit von Parteien. Sie transportieren Ängste der Bürger*innen ebenso wie Auswege in eine neue Normalität. Die politische Mitte sortiert sich wieder anders als in Zeiten der intensiven Klimadebatten. Die Krisen-Rhetorik über die Parteiendemokratie hat, wie die vorgestellten Beispiele und Entwicklungen der letzten Jahre zeigen, wenig Substanz. Die Parteien bleiben ein Abbild von uns selbst. Sie sind vital am Wählermarkt. Sie generieren nicht nur neue Themen, sondern auch neue Mitglieder, wie es besonders bei den Grünen der Fall ist. Schließlich zeigen sie sich reformbereit, wenn es darum geht, digitale und analoge Formate der innerparteilichen Willensbildung zu verzahnen. Sie sind in Bewegung.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2020

Zum Autor



Univ.-Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte hat seit 2002 eine Professur für Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen inne. Er ist dort außerdem Direktor der NRW School of Governance. Seine Forschungsschwerpunkte sind die moderne Regierungsforschung, die Wahl- und Parteienforschung.

krkorte@uni-due.de

Literatur

Bieber, Christoph / Blätte, Andreas / Korte, Karl-Rudolf / Switek, Niko (Hrsg.) (2016): Regieren in der Einwanderungsgesellschaft. Impulse zur Integrationsdebatte aus Sicht der Regierungsforschung. Wiesbaden: Springer

Florack, Martin / Korte, Karl-Rudolf / Schwanholz, Julia (Hrsg.) (2021): Coronakratie. Demokratisches Regieren in Ausnahmezeiten. Frankfurt am Main / New York: Campus (im Erscheinen)

Goodhart, David (2017): The Road of Somewhere. The Populist revolt and the Future of Politics. London: C. Hurst

Katz, Richard S. / Mair, Peter (1995): Changing models of party organizations and party democracy. The emergence of the cartel party. In: Party Politics, H. 1, pp. 5–28

Korte, Karl-Rudolf (2017): Wahlen in Deutschland. Grundsätze, Verfahren und Analysen. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung / bpb (9. Auflage)

Korte, Karl-Rudolf (2019): Gesichter der Macht. Über die Gestaltungspotenziale der Bundespräsidenten. Frankfurt am Main / New York: Campus

Korte, Karl-Rudolf / Michel, Dennis / Schoofs, Jan / Switek, Niko / Weissenbach, Kristina (2018): Parteiendemokratie in Bewegung. Organisations- und Entscheidungsmuster der deutschen Parteien im Vergleich. Baden-Baden: Nomos

Korte, Karl-Rudolf / Schoofs, Jan (Hrsg.) (2019): Die Bundestagswahl 2017. Wiesbaden: Springer

Manow, Philipp (2020): (Ent-)Demokratisierung der Demokratie, Berlin: Suhrkamp

Schäfer, Armin (2010): Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa. In: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, H. 4, S. 131–156

Seibel, Wolfgang (2017): Verwaltung verstehen. Eine theoriegeschichtliche Einführung. Berlin: Suhrkamp

Kommunal wählen gehen?!

Die Wirkung von Interventionen politischer Bildung auf die Kenntnisse, Einstellungen und Motivationen von Erstwähler*innen zu Kommunalwahlen

Wie können Jungwähler*innen erfolgreich für die Teilnahme an kommunalen Wahlen mobilisiert werden? Wie lassen sich ihre Kenntnisse und Einstellungen zur Kommunalpolitik sowie ihre kommunalpolitischen Motivationen wie Selbstwirksamkeitsüberzeugungen fördern? Der vorliegende Beitrag diskutiert diese Fragen am Beispiel der Erstwähler*innen-Kampagne der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg zur Kommunalwahl 2019. Er präsentiert empirische Ergebnisse einer Evaluationsstudie von kommunalpolitischen Lernangeboten in schulischen und außerschulischen Kontexten und diskutiert deren Implikationen für die politische Bildung zu Wahlen.

von Thomas Waldvogel, Monika Oberle und Johanna Leunig

Wie kann politische Bildung effektiv Erstwähler*innen zur aktiven Teilnahme an Kommunalwahlen befähigen und motivieren? Kommunales Wahlverhalten ist stark durch eine niedrige Wahlbeteiligung geprägt (vgl. Eith 1997; Gabriel 1997; Löffler/Rogg 2000; Nyhuis 2016). Gleichzeitig bieten Kommunalwahlen in vielen Bundesländern bereits Jugendlichen ab 16 Jahren die Möglichkeit der aktiven Wahlteilnahme – so auch seit 2014 in Baden-Württemberg. Die „Partei der Nichtwähler*innen“ war mit 41,3 % allerdings auch bei den Kommunalwahlen 2019 in Baden-Württemberg trotz einer merklichen Steigerung der Wahlbeteiligung um 9,6 Prozentpunkte erneut die stärkste Kraft. Unter kommunalen Nichtwähler*innen gilt besonders der Anteil junger Wahlberechtigter dabei als überdurchschnittlich hoch (vgl. Löffler/Rogg 2000). Ob dies Ausdruck einer abnehmenden Beteiligungsquote zwischen den Wahlalterskohorten oder vielmehr von Lebenszykluseffekten ist, ist empirisch umstritten (vgl. Cabarello 2014; Steinbrecher 2019). Normativ gilt eine Wahlbeteiligung jedoch als erstrebenswertes – wenngleich nicht erschöpfendes – Ziel politischer Bildung (zum Diskurs um Bürgerleitbilder vgl. z. B. Breit/Massing 2002), auch vor dem Hintergrund der zu erwartenden Prägekräft für die demokratische Sozia-

lisation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in dieser Lebensphase (vgl. Baumert et al. 2016; Esser/de Vreese 2007). Wie lassen sich Jungwähler*innen nun aber erfolgreich für die Teilnahme an kommunalen Wahlen gewinnen?

Der vorliegende Beitrag diskutiert diese Fragen am Beispiel der Erstwähler*innen-Kampagne 2019 der *Landeszentrale für politische Bildung* zur Kommunalwahl Baden-Württemberg und präsentiert empirische Ergebnisse einer Evaluationsstudie von kommunalpolitischen Lernangeboten in schulischen und außerschulischen Kontexten. **1** Neben der insgesamt sehr guten Veranstaltungsbewertung durch die Jugendlichen zeigen wir erstens, dass die durchgeführten Interventionen positiv auf die kommunalpolitischen Einstellungen der Teilnehmenden wirken. Zweitens wird deutlich, dass die spielerischen Lernangebote die Wissensbestände zur Lokalpolitik substantiell verbessern. Drittens können wir eine signifikante Steigerung

1 Ein besonderer Dank gebührt an dieser Stelle allen Mitarbeiter*innen und Teamer*innen, die mit ihrem Engagement maßgeblich zum Gelingen der Kampagne und der begleitenden Evaluationsstudie beigetragen haben.

im politischen Effektivitätsgefühl der Jungwähler*innen nachzeichnen ebenso wie eine Erhöhung des kommunalpolitischen Interesses. Viertens beobachten wir einen signifikanten Anstieg der intendierten Wahlteilnahme unter denjenigen Jugendlichen, deren Wahlbeteiligungsabsicht im Vorfeld der Veranstaltung gering ausgeprägt war, was zur Verringerung bestehender Partizipationsgaps beiträgt. Diese Muster unterscheiden sich dabei, fünftens, zwischen den durchgeführten Formaten zugunsten von Veranstaltungen, die zeitlich kompakt konkrete Informationen und Handlungsweisen vermitteln. Sechstens zeigen wir, dass die erzielten Effekte auch über den Wahlzeitpunkt hinaus Bestand haben und erhalten damit Hinweise auf die nachhaltige Wirkung der Interventionen.

Der Artikel ist wie folgt strukturiert: Der nächste Abschnitt stellt die Ziele und unterschiedlichen Angebote der Erstwähler*innen-Kampagne kurz vor. Darauf folgt die Präsentation der begleitenden Evaluationsstudie zu spielerischen Lernangeboten in schulischen und außerschulischen Kontexten. Der Beitrag schließt mit einer Diskussion der Ergebnisse und der Implikationen für die politische Bildung.

Die Erstwähler*innen-Kampagne zur Kommunalwahl in Baden-Württemberg 2019

Die Erstwähler*innen-Kampagne der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg zur Kommunalwahl 2019 verfolgte mehrere Ziele. Zum einen sollten möglichst viele Erst- und Jungwähler*innen über ihr Wahlrecht und die Grundlagen der Kommunalpolitik informiert werden. Zweitens zielte die Kampagne darauf, positive Einstellungen zur Demokratie im Allgemeinen und auf kommunaler Ebene im Besonderen zu befördern. Drittens sollten die Jugendlichen und jungen Erwachsenen motiviert und befähigt werden, ihr Wahlrecht ab dem Alter von 16 Jahren auch tatsächlich auszuüben. Viertens sollte durch die Vernetzung von schulischen und außerschulischen Bildungsträgern auf der kommunalen Ebene neben der Flächenwirkung auch eine möglichst große Nachhaltigkeit bei der Vermittlung politischer Kompetenz und der Stärkung der Eigenaktivität vor Ort erreicht werden.

Zielgruppe der vielfältigen Aktivitäten und Angebote waren Erstwähler*innen im Alter von 16 bis 22 Jahren, vorrangig die über 200.000 Jugendlichen im Alter von 16 bis 18 Jahren in Baden-Württemberg. Um alle Kommunen in Baden-Württemberg anzusprechen und eine möglichst hohe Akzeptanz bei den Jugendlichen zu erreichen, wurde ein breites überparteiliches Bündnis unter Federführung der *Landeszentrale für politische Bildung* und des Landes-

jugendrings, in enger Zusammenarbeit mit verschiedenen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen und Organisationen, gebildet, wobei Frau *Landtagspräsidentin Muhterem Aras* die Schirmherrschaft der Kampagne übernahm.

Im Rahmen der umfangreichen Kampagne wurden beispielsweise speziell auf Jugendliche ausgerichtete, audiovisuelle Medien (z. B. Filme und Filmwettbewerb) entworfen, Informationen online und in Print aufbereitet, eine Social-Media-Kampagne umgesetzt (z. B. Instagram, Facebook, Podcast, YouTube) und Online-Anwendungen entwickelt (z. B. Kommunal-O-Mat). Darüber hinaus wurden über 350 spielerische Lernangebote unter Einsatz handlungsorientierter Methoden (z. B. Planspiele, Speed-Dating, Testwahl) in schulischen und außerschulischen Kontexten durchgeführt. Darunter befanden sich 90-minütige Kurzveranstaltungen wie die beiden Workshops „Kommunal zur Wahl“ und „Das erste Mal im Wahllokal – so klappt’s bestimmt“, die darauf zielten, den Teilnehmenden in methodisch abwechslungsreicher Weise Aufgaben und Akteure der Kommunalpolitik zu vermitteln. In interaktiven Quizelementen stand hier der konkrete Alltagsbezug der Kommunalpolitik zu jugendlichen Lebenswelten im Vordergrund. Höhepunkt bildete die praktische Durchführung einer Probewahl am Beispiel fiktiver Listen von Kandidierenden, um die Besonderheiten des kommunalen Wahlrechts in Baden-Württemberg (Vielzahl der Stimmen, Panaschieren, Kumulieren) handlungsorientiert zu erproben, welche von einer Auswertung und Reflexion abgerundet wurde.

Wie können Jungwähler*innen erfolgreich für die Teilnahme an kommunalen Wahlen mobilisiert werden? Wie lassen sich ihre Kenntnisse und Einstellungen zur Kommunalpolitik sowie ihre kommunalpolitischen Motivationen wie Selbstwirksamkeitsüberzeugungen fördern?

Der Angebotskatalog der Kampagne umfasste aber auch Makromethoden wie das Planspiel „Du hast die Wahl in Wahlingen“, in welchem die Teilnehmenden am Beispiel des fiktiven Städtchens Wahlingen in die Kom- →

	Anzahl Items	Cronbachs α	χ^2	CFI/TLI	RMSEA	BEISPIELITEM
politisches Interesse generell	5	.89//.91	13.943(5)*// 18.863(5)**	1.00/1.00// 1.00/1.00	.05//.06	„Die Beschäftigung mit Politik ist für mich sehr wichtig – unabhängig von der Schule und anderen Personen.“
Interesse Kommunalpolitik	4	.88//.88	.590(2)ns// 7.448(2)*	1.00/1.00// 1.00/1.00	.00//.06	„Die Beschäftigung mit Kommunalpolitik ist für mich sehr wichtig – unabhängig von der Schule und anderen Personen.“
internes Effektivitätsgefühl (2-faktoriell): I = subjektives Wissen; II = diskursbezogenes Effektivitätsgefühl	I = 4 II = 3	I = .89//.83 II = .86//.87	44.264(13)***// 38.459(13)***	1.00/1.00// 1.00/1.00	.05//.05	I=„Alles in allem weiß ich über Kommunalpolitik Bescheid.“ II=„Ich kann meinen Standpunkt in einem politischen Streitgespräch zur Kommunalpolitik verteidigen.“
Partizipationsbereitschaft (2-faktoriell): I = basal; II = weitergehend	I = 2 II = 4	I = .74//.75 II = .71//.79	28.882(8)***// 13.741(8)ns	.99/.98// 1.00/1.00	.06//.03	„Es gibt verschiedene Möglichkeiten, sich kommunalpolitisch zu beteiligen. An welchen der Folgenden kannst du dir vorstellen, dich zu beteiligen?“ I= „bei der Kommunalwahl wählen gehen“ II= „an öffentlichen politischen Diskussionen zur Kommunalpolitik“
Alltagsbezug von Politik	3	.78//.84	.000(0); ns// .000(0); ns	1.00/1.00// 1.00/1.00	.00//.00	„Ich komme in meinem Alltag oft mit Kommunalpolitik in Berührung.“
Responsivitätsgefühl	3	.57//.69	.000(0); ns// .000(0); ns	1.00/1.00// 1.00/1.00	.00//.00	„Die Bürger/innen haben Einfluss auf die Entscheidungen der Kommunalpolitik.“
Zufriedenheit mit der Veranstaltung: I = generell, II = subjektiver Lernzuwachs, III = Interessens-/Motivationszuwachs	I = 9 II = 3 III = 5	I = .90 II = .81 III = .89	485.515(101)***	.97/.96	.07	I=„Alles in allem, wie zufrieden bist du mit der heutigen Veranstaltung?“ II=„Die Veranstaltung hat meine Kenntnisse über Kommunalpolitik erhöht.“ III=„Die Veranstaltung hat mein Interesse an Kommunalpolitik geweckt/erhöht.“
Objektives Wissen (Kommunalpolitik)	6	.46//.63	1.432	.61	.45-.68	„Wer wählt den Gemeinderat?“ „Was ist keine Aufgabe der Gemeindepolitik?“

Tabelle 1: Messmodelle und Beispielitems

munalpolitik eintauchten. Ob als Mitglied einer Partei oder Bürgerinitiative, Listenkandidat*in oder Lokaljournalist*in – in unterschiedlichen Rollen gestalteten die Jugendlichen einen kommunalpolitischen Wahlkampf. Dabei konnten sie verschiedene Positionen zu exemplarischen Problemen der Kommunalpolitik an selbsterstellten Wahlkampfständen vergleichen und lernten in einer Podiumsdiskussion unterschiedliche Argumente zu vertreten und zu beurteilen. Auch in diesem fünfständigen Veranstaltungsangebot bildete eine Probewahl den methodischen Höhepunkt, bevor eine gemeinsame Auswertung und Reflexion das Planspiel abschlossen. Im Folgenden werden wir die Wirkung dieser drei Lernangebote **1** näher betrachten, um beispielhaft Antwort auf die eingangs formulierten Leitfragen des Beitrags zu suchen.

Wirkungsanalyse von schulischen und außerschulischen Lernangeboten

Kernbestandteil der Kampagne waren spielerische Lernangebote für Erstwähler*innen, die sowohl in schulischen (66 %) als auch in außerschulischen (34 %) Kontexten durchgeführt wurden. Dabei wurde ein Teil der insgesamt über 350 Veranstaltungen mittels einer begleitenden Evaluationsstudie auf deren Effekte auf die jugendlichen Teilnehmer*innen untersucht, da wiederholt festgestellt

2 Die Materialien der drei beschriebenen Angebote können auf Nachfrage von den Autor*innen zugeschiedt werden.

wurde, dass über die Wirkungen und Gelingensbedingungen von Veranstaltungen der (außer-)schulischen politischen Bildung zu wenig empirisch gesichertes Wissen vorliegt (vgl. Hahn-Laudenberg/Oberle 2020; Becker 2011). Auch bezüglich außerunterrichtlicher Veranstaltungen wurden Chancen (z. B. Erreichen einer breiten Zielgruppe durch Schulpflicht) und Grenzen (z. B. mangelnde Freiwilligkeit, Zeitkorsett) zwar erörtert, doch der Bedarf an systematischen Studien unterstrichen (vgl. Oberle 2013). Gerade bei – auf Grund struktureller Bedingungen – pragmatisch kurzen Interventionen bleiben ihre Wirkungen fraglich. So ist unklar, ob (und wenn ja, von wem) Kenntnisse erworben werden und ob sich Motivationen und Einstellungen, Partizipationsbereitschaften oder sogar tatsächliche Partizipation (nachhaltig) verändern. Vor diesem Hintergrund erfolgte die begleitende Evaluation der Erstwählerkampagne der *Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg* anlässlich der Kommunalwahlen 2019 durch ein Forscherteam der Professur Politikwissenschaft/Didaktik der Politik an der *Georg-August-Universität Göttingen*.

Studiendesign

Insgesamt wurden 40 Veranstaltungen der Erstwählerkampagne 2019 begleitend evaluiert, in denen sieben unterschiedliche Veranstaltungsformate („Kommunal zur Wahl“, „Das erste Mal im Wahllokal“, „Du hast die Wahl in Wahlingen“, „Wie funktioniert Kommunalpolitik?“, „Höhere Freibadpreise in Neckardorf?“, „Kommu ... What?!“,

Konstrukte		Prätest	Posttest	Cohen's d*
politisches Interesse generell		2.49 (.71)	2.53 (.75)	.06
Interesse Kommunalpolitik		2.27 (.66)	2.53 (.70)	.38
internes Effektivitätsgefühl	subjektives Wissen	2.09 (.69)	3.03 (.58)	1.48
	diskursbezogenes Effektivitätsgefühl	2.01 (.74)	2.45 (.76)	.59
Partizipationsbereitschaft	basal	3.17 (.76)	3.19 (.76)	.03
	weitergehend	2.05 (.59)	2.22 (.67)	.27
Alltagsbezug von Politik		2.36 (.72)	2.75 (.76)	.53
Responsivitätsgefühl		2.82 (.57)	2.95 (.60)	.22
objektives Wissen		2.41 (1.46)	3.85 (1.66)	.92
Zufriedenheit mit Veranstaltung	generell		3.15 (.55)	
	subjektiver Lernzuwachs		3.19 (.65)	
	Motivations- bzw. Interessenzuwachs		2.76 (.71)	

Tabelle 2: Mittelwertvergleiche der erhobenen Konstrukte – Prä- vs. Posttest; Anmerkung: *Einteilung nach Cohen's d: $d \geq .20$ = schwacher Effekt; $d \geq .50$ = mittlerer Effekt; $d \geq .80$ = starker Effekt.

„Kommunalpolitik Spezial“) durchgeführt wurden. Die Datenerhebung erfolgte mittels eines standardisierten Fragebogens zu zwei bzw. drei Messzeitpunkten (MZP; Prä- und Posttest, zusätzlich für einen Teil der Befragten Follow-Up-Test). Das vorliegende Sample (2 MZP) umfasst 841 Jugendliche (52,3 % weiblich, Altersdurchschnitt 16,33 Jahre (SD = 2,27)), die sowohl an der Prä- als auch der Post-Erhebung teilgenommen haben. Die Befragung erfolgte stets unmittelbar vor bzw. nach Durchführung der Veranstaltung, wobei die Fragebögen dank eines von den Befragten selbst gewählten Codes anonymisiert und dennoch einander zugeordnet werden konnten. Zusätzlich erfolgte bei einigen Veranstaltungen 6 bis 8 Wochen nach Durchführung eine Follow-Up-Befragung (N=191; ca. 60 % zuordenbar zum Prä-Post-Sample, n=119). Die Angebote wurden überwiegend im schulischen Kontext durchgeführt (Gymnasium = 30 %, Realschule = 42 %, Berufsschule = 10,8 %, Gesamtschule = 9,3 %, Waldorfschule = 1,4 %). Einige Veranstaltungen erfolgten zudem im außerschulischen Rahmen (6,3 % – bspw. Jugendzentrum, Caritas, FSJ-Gruppen).

Der Fragebogen bestand aus geschlossenen Fragen zu politischen Dispositionen der Jugendlichen (politisches Interesse, Interesse an Kommunalpolitik, internes sowie externes politisches Effektivitätsgefühl, politische Partizipationsbereitschaften, wahrgenommener Alltagsbezug von Politik, objektives Wissen über Kommunalpolitik) und ihrer Veranstaltungsbewertung (3-faktoriell: generell, subjektivi-

ver Lerneffekt, Motivationszuwachs). Die Items der Batterien waren vierstufig Likert-skaliert (1 = stimme gar nicht zu, 4 = stimme voll zu). Die neu entwickelten Fragen mit kommunalpolitischem Bezug wurden in einer Vorstudie pilotiert. Trotz der zur Erleichterung der Durchführbarkeit gewählten Kürze des Fragebogens weisen alle verwendeten Messmodelle eine gute bis sehr gute Datenpassung auf (Fitwerte und Beispielitems siehe Tabelle 1).

Ergebnisse der Vor- und Nachbefragung

Insgesamt äußern die Teilnehmenden eine hohe Zufriedenheit mit den Veranstaltungen und ihren Effekten. So waren 87,7 % der Teilnehmenden zufrieden (35,6 % „sehr zufrieden“) mit der erlebten Veranstaltung. Besonders zufrieden waren sie mit der jeweiligen Leitung (91,3 %) und den zur Verfügung gestellten Materialien (91,0 %), aber auch der Durchführung insgesamt (89,8 %). Mit der Zeiteinteilung der Veranstaltung waren hingegen 23,3 % der Teilnehmenden eher bzw. sehr unzufrieden.

Während die Intervention den Jugendlichen durchaus auch „Spaß gemacht“ hat (80,4 %), findet die Aussage, dass die Veranstaltung ihre „Kenntnisse über die Kommunalwahl erhöht“ hat, die stärkste und breiteste Zustimmung (84,4 %). Auch geben die Teilnehmenden an, durch die erlebte Veranstaltung nun generell besser über Kommunalpolitik Bescheid zu wissen (80 %). Knapp drei Viertel der Jungwähler*innen (74,9 %) fühlt sich durch die Intervention zur Wahl motiviert. Bei 68,8 % wurde insgesamt →

Konstrukte	Kommunal zur Wahl (Workshop) n=245			Du hast die Wahl in Wahlgingen (Planspiel) n=287			Das erste Mal im Wahllokal (Workshop) n=200			
	Prä	Post	Cohen's d*	Prä	Post	Cohen's d*	Prä	Post	Cohen's d*	
politisches Interesse generell	2.42 (.67)	2.51 (.73)	.13	2.47 (.73)	2.46 (.76)	-.01	2.61 (.73)	2.63 (.74)	.03	
Interesse Kommunalpolitik	2.25 (.66)	2.60 (.68)	.52	2.29 (.71)	2.46 (.73)	.24	2.34 (.64)	2.55 (.63)	.33	
Internes Effektivitätsgefühl	subjektives Wissen	1.96 (.61)	3.06 (.59)	1.83	2.18 (.74)	2.98 (.57)	1.21	2.17 (.70)	3.12 (.55)	1.51
	diskursbezogenes Effektivitätsgefühl	1.99 (.70)	2.44 (.71)	.64	2.02 (.73)	2.46 (.76)	.59	2.06 (.78)	2.41 (.78)	.45
Partizipationsbereitschaft	basal	3.03 (.77)	3.13 (.73)	.13	3.21 (.74)	3.12 (.78)	-.12	3.36 (.68)	3.42 (.68)	.09
	weitergehend	2.05 (.59)	2.28 (.70)	.36	2.07 (.58)	2.19 (.65)	.20	2.05 (.61)	2.17 (.65)	.19
Alltagsbezug von Politik	2.22 (.67)	2.83 (.78)	.84	2.37 (.75)	2.61 (.75)	.32	2.49 (.74)	2.85 (.72)	.49	
Responsivitätsgefühl	2.75 (.52)	2.96 (.61)	.37	2.86 (.61)	2.88 (.62)	.03	2.89 (.51)	3.04 (.56)	.28	
objektives Wissen	1.78 (1.17)	3.62 (1.72)	1.25	2.70 (1.52)	3.78 (1.62)	.69	2.88 (1.47)	4.57 (1.17)	1.27	
Zufriedenheit mit Veranstaltung	generell									
		3.32 (.51)	II:I: -.61		2.99 (.57)	II:III: .38		3.20 (.52)	II:III: -.23	
	subjektiver Lerneffekt	3.33 (.61)	II:I: -.54		2.98 (.68)	II:III: .53		3.32 (.57)	II:III: -.02	
	Motivations- bzw. Interessenszuwachs	2.87 (.71)	II:I: -.38		2.60 (.73)	II:III: .34		2.84 (.65)	II:III: -.04	

Tabelle 3: Veränderung politischer Dispositionen und Veranstaltungsbewertung der Teilnehmenden nach Formaten (Mittelwertvergleiche). Anmerkung: *Einteilung nach Cohen's d: d ≥ .20 = schwacher Effekt; d ≥ .50 = mittlerer Effekt; d ≥ .80 = starker Effekt.

das Interesse an der Kommunalwahl geweckt bzw. erhöht, 65,4 % der Teilnehmenden fühlen sich dazu motiviert, sich nun im Vorfeld der Wahl über die Kandidat*innen zu informieren. Knapp die Hälfte der Jugendlichen (49,3 %) gibt an, dass die Veranstaltung sie darüber hinaus zur weiteren Auseinandersetzung mit Kommunalpolitik motiviert hat.

Auch die Mittelwerte der berechneten latenten Variablen zur Erhebung der Veranstaltungsbewertung in Tabelle 2 zeigen, dass die Veranstaltungen insgesamt positiv bewertet und die Lerneffekte von den Teilnehmenden als hoch eingeschätzt werden. Hinsichtlich der Fragen, ob die Veranstaltung das Interesse an Politik erhöht und zu politischer Beteiligung motiviert hat, ist eine mittlere Zustimmung zu verzeichnen, die stärker unter den Befragten variiert.

Die Prä-Post-Mittelwertvergleiche offenbaren darüber hinaus bei nahezu allen erhobenen politischen Dispositionen leichte bis mittlere, teilweise sogar sehr starke Effekte in die erwünschte Richtung. Lediglich die bereits im Vorfeld recht stark ausgeprägte basale Partizipationsbereitschaft (bei Kommunalwahlen „wählen gehen“ und „sich im Vorfeld über Kandidat*innen informieren“) sowie das generelle politische Interesse zeigen durch die Veranstaltungsteilnahme insgesamt keine bedeutsamen Veränderungen. Bemerkenswert ist, dass sich dagegen durchaus ein Anstieg im kommunalpolitischen Interesse der Teilnehmenden zeigt. Deutliche Veränderungen hin zu positiver ausgeprägten Werten verzeichnen das interne politische

Effektivitätsgefühl, der wahrgenommene Alltagsbezug von Kommunalpolitik sowie das objektive kommunalpolitische Wissen der Teilnehmenden (siehe Tabelle 2).

Betrachtet man das Single-Item zur Wahlbeteiligungsbereitschaft (wiederum mit vierstufiger Likert-Skala, 1=trifft voll zu, 4=trifft gar nicht zu) genauer, zeigt sich für das Gesamtsample zunächst eine leicht positive, jedoch statistisch nicht bedeutsame Entwicklung von einem Mittelwert von 1,69 zu M=1,61 (Cohen's d=0,1). Um festzustellen, wie sich die Veranstaltungsteilnahme bei Jugendlichen mit vorab gering ausgeprägter Wahlneigung auswirkte, wurden auf Basis der Prätestantworten zwei Gruppen mit „eher hoher Wahlbereitschaft“ (n=719) und „eher niedriger Wahlbereitschaft“ (n=115) gebildet und getrennt untersucht. Die Analysen geben Aufschluss, dass sich die Veranstaltungsteilnahme bei Jugendlichen mit vorab eher niedriger Wahlneigung sogar sehr stark (Effektstärke der Veränderung: Cohen's d=1,25) auf ihre Wahlbereitschaft auswirkte: In dieser Gruppe entwickelt sich die ablehnende Haltung (M=3,30, SD=0,46) deutlich hin zu mittleren, leicht positiven Werten (M=2,41, SD=0,90). Die Gruppe mit vorab hoher Beteiligungsbereitschaft verändert sich dagegen kaum (Prätest: M=1,44, SD=0,50; Posttest M=1,48, SD=0,71; Cohen's d=-0,7). Die Veranstaltungsteilnahme konnte also in der Tat dazu beitragen, bestehende Partizipationslücken zu verringern.

Detailliertere Analysen ermöglichen zudem eine Gegenüberstellung der unterschiedlichen Veranstaltungsformate.

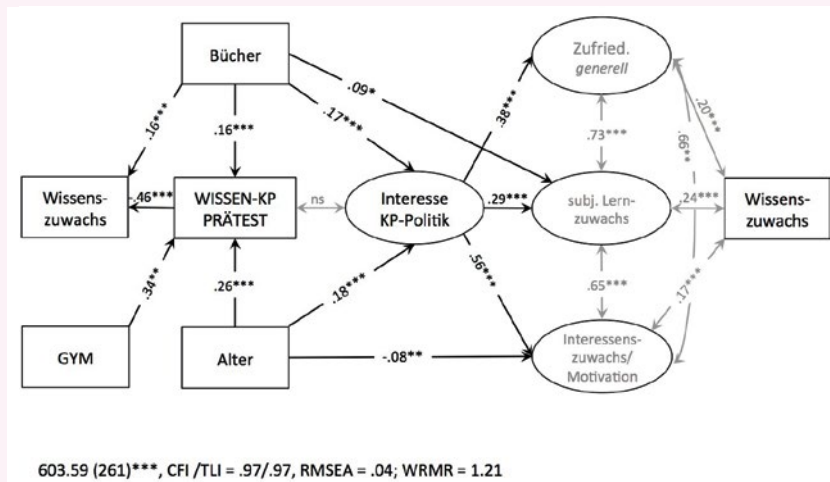


Abbildung 1: Latente Strukturgleichung: Veranstaltungsbewertung, kommunalpolitisches Wissen und Interesse (Berechnung für schulische Veranstaltungen; N=788)

Drei der insgesamt sieben evaluierten Formate verfügen über eine ausreichend große Gruppenstärke, um einen aussagekräftigen Vergleich vornehmen zu können (siehe Tabelle 3): Während sich die beiden Kurz-Workshops „Kommunal zur Wahl“ und „Das erste Mal im Wahllokal“ kaum hinsichtlich ihrer Teilnehmenden-Zufriedenheit unterscheiden, schneidet das Planspiel „Du hast die Wahl in Wahlen“ im Vergleich schlechter ab. Zwar fällt die Bewertung der Veranstaltung durch die Jungwähler*innen auch hier insgesamt positiv aus (generelle Zufriedenheit: $M=2,99$), jedoch ist die Zufriedenheit geringer ausgeprägt als bei den anderen beiden Formaten. Auch der Wissenszuwachs der Jugendlichen fällt bei „Du hast die Wahl in Wahlen“ deutlich geringer aus (Cohen’s $d=1.25$ bzw. Cohen’s $d=1.27$). Bei den Teilnehmenden des Formats „Kommunal zur Wahl“ zeigt sich zudem der mit Abstand größte Anstieg im empfundenen Alltagsbezug von Kommunalpolitik (Cohen’s $d=.84$). Allerdings ist festzustellen, dass das Planspiel sich durchaus positiv auf die weitergehenden Partizipationsbereitschaften der Schüler*innen ausgewirkt hat und auch der Zuwachs im diskursbezogenen Effektivitätsgefühl etwas stärker ausfällt als beim Workshop „Das erste Mal im Wahllokal“.

Während „Du hast die Wahl in Wahlen“ von den Teilnehmenden in allen positiv formulierten Kategorien („lehrreich“, „abwechslungsreich“, „interessant“ und „spannend“) schwächer bewertet wird, liegt dieses Format bei den eher negativ formulierten Attributen wie „zu

lang“ ($M=2,75$) oder „langweilig“ ($M=2,16$) deutlich vor den beiden Vergleichsformaten. Zudem kritisieren knapp 38% der Teilnehmenden die generelle Zeiteinteilung dieser Intervention – es lässt sich vermuten, dass hierin ein entscheidendes Problem dieses Planspiels lag.

Können wir einen Unterschied in den Effekten zwischen verschiedenen Untergruppen der Stichprobe feststellen? Multiple Regressionen zeigen, dass die Bewertung der erlebten Veranstaltungen insgesamt unabhängig vom Geschlecht ist. Dagegen geben Jugendliche mit einem höheren kulturellen Kapital des Elternhauses (Proxy-Indikator: Anzahl der Bücher zu Hause) einen etwas höheren Lerneffekt sowie Motivations- bzw. Interessenszuwachs an, auch unter Kontrolle ihres Ausgangsinteresses.

Allgemein gilt: Jugendliche mit einem höheren Ausgangsinteresse an Kommunalpolitik bewerten die Veranstaltungen grundsätzlich positiver. Das kommunalpolitische Vorwissen der Teilnehmenden hat dagegen keinen Einfluss auf ihre Veranstaltungsbewertung. Allerdings korreliert der objektive Wissenszuwachs der Teilnehmenden durchaus positiv mit ihrer Veranstaltungsbewertung. Zudem haben die Jugendlichen mit einem geringeren Ausgangswissen insgesamt einen höheren Wissenszuwachs erfahren. Dies lässt sich einerseits durch einen „Deckeneffekt“ erklären, da sich die Jugendlichen mit einem sehr hohen Wert im Ausgangswissen nicht mehr deutlich steigern können, zugleich weist dieser Befund aber auch darauf hin, dass Teilnehmende mit einem geringen Vorwissen in →

Interesstypen* Kommunalpolitik			
	Typ 1 (n=155) geringes Interesse	Typ 2 (n=416) eher mittleres Interesse	Typ 3 (n=266) hohes Interesse
Interesse-KP PRÄTEST	1.67 (.71)	2.20 (.43)	2.74 (.62)
Interesse-KP POSTTEST	2.12 (.75)	2.45 (.56)	2.91 (.67)
<i>Cohen's d**</i>	.62	.50	.26
Geschlecht (weiblich)***	19.5 %	50.1 %	30.4 %
Geschlecht (männlich)***	18.7 %	48.4 %	32.9 %
Alter	15.77 (1.63)	16.31 (2.10)	16.68 (2.75)
kulturelles Kapital	4.03 (1.48)	4.41 (1.35)	4.48 (1.37)
Interesse gen PRÄTEST	2.11 (.74)	2.41 (.62)	2.84 (.67)
Interesse gen POSTTEST	2.15 (.82)	2.45 (.64)	2.88 (.72)
<i>Cohen's d**</i>	.05	.06	.06
Wissen PRÄTEST	2.16 (1.40)	2.42 (1.44)	2.53 (1.52)
Wissen POSTTEST	3.30 (1.69)	3.88 (1.65)	4.12 (1.57)
<i>Cohen's d**</i>	.74	.94	1.03

*LCA Fit-Werte: im Vergleich niedriger BIC, Entropiewert = .80, mittlere Zuordnungswahrscheinlichkeit = .89-97
**Einteilung nach Cohen's d: d ≥ .20 = schwacher Effekt; d ≥ .50 = mittlerer Effekt; d ≥ .80 = starker Effekt
*** Alle Prozentwerte einer Zeile summieren sich zu 100%.

Tabelle 4: Typen kommunalpolitischen Interesses (latente Klassenanalyse; Mittelwertvergleiche)

den Lernprozessen nicht „abgekoppelt“ wurden (vgl. Abbildung 1). Detaillierte Analysen zu den unterschiedlichen Schulformen zeigen, dass die Jugendlichen an Gymnasien über ein höheres Ausgangswissen verfügen. Erwähnenswert ist zudem, dass diese Jugendlichen durch die Veranstaltung dennoch einen starken Wissenszuwachs erfahren haben. Andere Schulformen wie bspw. die Gesamtschule (M=1,65) und die Realschule, die ein vergleichsweise geringes Vorwissen der Lernenden aufweisen, konnten jedoch größere Wissenszuwächse verzeichnen.

Um zu untersuchen, ob sich die Wirkungen und Bewertungen der erlebten Veranstaltung bei Jugendlichen mit unterschiedlichem Ausgangsinteresse an Kommunalpolitik unterscheiden, wurde eine latente Klassenanalyse berechnet, die drei Typen von kommunalpolitisch Interessierten ergab (Tabelle 4). Das Geschlechterverhältnis unterscheidet sich in den drei Gruppen kaum voneinander, jedoch sind die desinteressierten Jugendlichen etwas jünger und verfügen über ein geringeres kulturelles Kapital als die kommunalpolitisch interessierteren Jugendlichen. Latente Strukturgleichungen offenbaren, dass auch die Gruppe der vorab kommunalpolitisch sehr desinteressierten Jugendlichen von der Intervention profitieren konnte. So sind diese Teilnehmenden insgesamt mit der Veranstaltung durchaus zufrieden und bestätigen einen erlebten Lerneffekt. Auch wenn diese Teilnehmenden letztlich das Niveau der kommunalpolitisch interessierteren Jugendlichen nicht erreichen, zeigen sie nach der Intervention doch den

höchsten Zuwachs an kommunalpolitischem Interesse. Dagegen unterscheiden sich die drei Typen der kommunalpolitisch Interessierten kaum hinsichtlich ihres Zuwachses an generellem politischen Interesse (keine bedeutsame Veränderung) und kommunalpolitischem Wissen (starke Wissenszuwächse).

Ergebnisse der Follow-Up-Erhebung (Längsschnitt über drei Messzeitpunkte)

Die Analysen der Erhebungen zum dritten Messzeitpunkt (ca. 6–8 Wochen nach der jeweiligen Veranstaltung) zeigen, dass von den 191 befragten Jugendlichen der Follow-Up-Erhebung zum Zeitpunkt der Wahl rund 152 Teilnehmende wahlberechtigt waren. Von diesen beteiligten sich 63,8 % nach der Intervention tatsächlich an der Kommunalwahl. Als Grund für eine Wahlabstinenz wurde am häufigsten Zeitmangel genannt (72,1 %). Auch gaben 53,5 % der (wahlberechtigten nicht-wählenden) Jugendlichen zu, „keine Lust“ gehabt zu haben. 45,5 % der Jugendlichen hatten die Wahl schlicht vergessen, und 43,6 % fühlten sich nach wie vor nicht genügend informiert, um wählen zu gehen. 9,3 % von ihnen gaben an, aus Protest nicht wählen gegangen zu sein.

Von den Jugendlichen, die an der Wahl teilgenommen haben, gaben 60,4 % an, dass die LpB-Veranstaltung im Rahmen der Erstwähler*innen-Kampagne ihnen bei ihrer Wahlentscheidung geholfen habe. Etwas über die Hälfte (52,4 %) wurde zudem in ihrer Wahlentscheidung bestärkt.

Konstrukte	Prätest	Posttest	Follow-Up	Cohen's d* (Prä-Post)	Cohen's d* (Post-FU)	Cohen's d* (Prä-FU)
Interesse POLITIK	2.52 (.65)	2.63 (.65)	2.58 (.69)	.17	-.08	.09
Interesse Kommunalpolitik	2.37 (.67)	2.70 (.71)	2.42 (.64)	.48	-.41	.08
Internes Effektivitätsgefühl	1.95 (.63)	3.13 (.49)	2.89 (.50)	2.09	-.49	1.65
subjektives Wissen	1.96 (.71)	2.54 (.87)	2.30 (.72)	.73	-.30	.48
diskusbezogenes Effektivitätsgefühl	1.96 (.71)	2.54 (.87)	2.30 (.72)	.73	-.30	.48
Partizipationsbereitschaft	3.33 (.64)	3.36 (.60)	3.36 (.57)	.05	0	.05
basal	2.13 (.56)	2.32 (.73)	2.11 (.57)	.29	-.32	-.04
weitergehend	2.13 (.56)	2.32 (.73)	2.11 (.57)	.29	-.32	-.04
Alltagsbezug von Politik	2.42 (.74)	2.91 (.77)	2.61 (.75)	.65	-.40	.26
Responsivitätsgefühl	2.92 (.51)	3.13 (.47)	2.93 (.53)	.43	-.40	.02
Objektives Wissen	2.45 (1.46)	4.08 (1.46)	3.66 (1.59)	1.62	-.28	.79
generell		3.31 (.53)	3.07 (.59)		-.43	
Zufriedenheit mit Veranstaltung		3.41 (.57)	3.19 (.71)		-.34	
subj. Lernzuwachs		2.92 (.63)	2.60 (.61)		-.52	
Motivations- bzw. Interessenszuwachs		2.92 (.63)	2.60 (.61)		-.52	

Tabelle 5: Mittelwertvergleiche der erhobenen Konstrukte (3MZP, N=119; Likert-Skala: 1=geringe Zustimmung; 4=hohe Zustimmung); Anmerkung: *Einteilung nach Cohen's d: d ≥ .20 = schwacher Effekt; d ≥ .50 = mittlerer Effekt; d ≥ .80 = starker Effekt.

Bei manchen hat die Intervention auch zu einer Veränderung der Wahlentscheidung geführt (15,9 %).

Wird nun der Längsschnittdatensatz über drei Messzeitpunkte (N=119) hinweg betrachtet, fällt zunächst auf, dass sich die Zusammensetzung des Samples von dem Sample 2MZP leicht unterscheidet. Obwohl sich keine bedeutsamen Differenzen im Altersdurchschnitt zeigen, variiert das Alter im Prä-Post-Sample stärker (SD=2,27 vs. SD=1,28). Gleichzeitig sind Mädchen im 3MZP-Sample etwas häufiger vertreten (59,4 % vs. 52,3 %) und die Jugendlichen verfügen hier insgesamt über ein höheres kulturelles Kapital (Cohen's d>20). Bezüglich der Schulformen ist ein höherer Anteil an Gesamtschulen (19,3 % vs. 9,3 %) und ein deutlich geringerer Anteil an Berufsschulen (1,7 % vs. 19,3 %) zu verzeichnen. Zudem ist der Anteil der außerschulischen Veranstaltungen etwas höher (13,4 % vs. 6,3 %). Hinsichtlich der Ausgangswerte ihrer politischen Dispositionen weisen die Teilnehmenden beider Samples jedoch große Übereinstimmungen auf. Lediglich in der basalen Partizipationsbereitschaft sowie im subjektiven Wissen gibt es bedeutsame Unterschiede (Cohen's d>.20): Während die Jugendlichen im 3MZP-Datensatz eher bereit sind, basal zu partizipieren (M=3,33 vs. M=3,17), verfügen die Teilnehmer*innen des Prä-Post-Samples über ein etwas höheres subjektives Wissen (M=2,09 vs. M=1,95). Es fällt auf, dass die Jugendlichen des 3MZP-Samples mit ihrer jeweiligen Intervention auf allen drei Facetten etwas zufriedener sind (Cohen's d>.20) als der Durchschnitt des 2MZP-Samples.

Die Mittelwertvergleiche des Prä-Post-Follow-Up-Samples offenbaren nun durchaus nachhaltige Veränderungen in den politischen Dispositionen der Jugendlichen (siehe Tabelle 5). Erwartungskonform gehen die Werte nach dem Posttest zwar messbar zurück. Der Vergleich von Prätest und Follow-Up-Befragung zeigt jedoch weiterhin bedeutsame Veränderungen im internen Effektivitätsgefühl, im wahrgenommenen Alltagsbezug von Kommunalpolitik sowie im objektiven Wissen der Jugendlichen über Kommunalpolitik.

Diskussion der Ergebnisse und Implikationen für die politische Bildung

Insgesamt bestätigen die präsentierten Ergebnisse, dass die Bildungsinterventionen der Erstwähler*innen-Kampagne bei den Teilnehmenden zahlreiche der avisierten Wirkungen auf politische Dispositionen – vor allem politisches Wissen, Motivationen, Einstellungen, Handlungsbereitschaften – erzielen konnten. Bemerkenswert ist, dass die Veranstaltungsteilnahme tatsächlich dazu beitragen konnte, bestehende Partizipationsgaps zu verringern. Die Analysen zeigen insgesamt also deutliche und auch nachhaltige Effekte der Veranstaltungen, die aber sowohl zwischen Veranstaltungsformaten als auch nach Schülerspezifika variieren. So können neben dem generellen Erfolg der Erstwählerkampagne auch besondere Potenziale und Schwierigkeiten der eingesetzten Formate beleuchtet werden.

Gleichzeitig unterliegen die hier dargestellten Ergebnisse unterschiedlichen Einschränkungen. Erstens beinhaltet das Studiendesign keine Kontrollgruppe zur Absicherung der tatsächlichen Wirkung der durchgeführten Interventionen. Zweitens fand keine Randomisierung, d. h. eine zufällige Zuordnung von Proband*innen zu den Untersuchungsgruppen statt. Drittens unterschieden sich die Erhebungssettings vor dem Hintergrund der Vielfalt der Veranstaltungsangebote und ihrer Durchführungssettings (z. B. regulärer Schulunterricht vs. offene Jugendarbeit) teilweise deutlich. Dies verletzt einerseits zentrale Voraussetzungen eines experimentellen Studienprotokolls mit Einschränkungen der internen Validität und Generalisierbarkeit der Befunde. Andererseits ermöglicht unser quasi-experimenteller Ansatz eine höhere Authentizität der Intervention in alltäglichen Situationen, wodurch sich die Akzeptanz unter den Adressat*innen ebenso erhöht wie die externe Validität der Befunde, während er gleichzeitig einen erheblichen Grad an Standardisierung und Kontrolle im Prozess der Datenerhebung gewährleistet. Darüber hinaus kontrollieren unsere statistischen Analysen auch sozio-demografische Hintergrundvariablen und andere potenzielle Einflussfaktoren, sodass sich die Befunde zu den interventions-induzierten Veränderungen der erhobenen politischen Dispositionen durchaus fundiert plausibilisieren lassen (vgl. Oberle 2018).

Klassische, auf analoger Präsenz beruhende Veranstaltungen, die methodisch interaktiv ausgestaltet sind und eine Lebensweltorientierung aufweisen, können signifikante, substanzielle und nachhaltige Effekte, nicht nur auf politische Kognitionen, sondern auch auf kommunalpolitische Einstellungen und Motivationen von Erstwähler*innen haben.

Vor dem Hintergrund der eingangs formulierten Leitfrage beinhalten unsere Ergebnisse verschiedene Implikationen für die politische Bildung zu (kommunalen) Wahlen. Wir können erstens belegen, dass klassische, auf analoger Präsenz beruhende Veranstaltungen, die methodisch in-

teraktiv ausgestaltet sind und eine Lebensweltorientierung aufweisen, signifikante, substanzielle und nachhaltige Effekte, nicht nur auf politische Kognitionen, sondern auch auf kommunalpolitische Einstellungen und Motivationen von Erstwähler*innen haben können. Zweitens finden wir Hinweise, dass zeitlich kompakte Interventionen, die kommunalpolitische Problemstellung anhand konkreter Beispiele vermitteln, besonders wirksam sind und von den Teilnehmenden auch besonders positiv bewertet werden. Drittens wird deutlich, dass eine Messung des „Erfolges“ von Interventionen politischer Bildung zu Wahlen anhand von Beteiligungsquoten zu kurz greift, da sie die Wirkungen auf politische Interessenslagen, Wissensbestände, Selbstwirksamkeit und Handlungskompetenz nicht adäquat erfasst, welche gleichzeitig aber wichtige Voraussetzungen für demokratische Teilhabe über elektorale Partizipation hinaus bilden. Künftige politikdidaktische Interventionsforschung könnte die Gelingensbedingungen von Veranstaltungen der (außer-)schulischen politischen Bildung zu Wahlen auch mithilfe qualitativer Interviews weiter ergründen (vgl. Oberle/Leunig 2018).

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2020

Zum Autor / zu den Autorinnen



Thomas Waldvogel ist pädagogischer Fachreferent der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg.

thomas.waldvogel@lpb.bwl.de



Dr. Monika Oberle ist Professorin für Politikwissenschaft/Didaktik der Politik an der Georg-August-Universität Göttingen und derzeit Sprecherin der Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE).

monika.oberle@sowi.uni-goettingen.de



Johanna Leunig ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Politikwissenschaft/Didaktik der Politik an der Georg-August-Universität Göttingen.

johanna.leunig@sowi.uni-goettingen.de

Literatur

Baumert, Jürgen / Becker, Michael / Cortina, Kai S. / Köller, Olaf / Kropf, Michaela / Maaz, Kai (2016): Die Entwicklung des politischen Interesses und des Selbstkonzepts der politischen Kompetenz vom Jugend- bis in das Erwachsenenalter. In: Schippling, Anne / Grunert, Cathleen / Pfaff, Nicolle (Hrsg.): Kritische Bildungsforschung: Standortbestimmungen und Gegenstandsfelder. Opladen: Budrich, S. 323–354

Becker, Helle (2011): Praxisforschung nutzen, politische Bildung weiterentwickeln. Studie zur Gewinnung und Nutzbarmachung von empirischen Erkenntnissen für die politische Bildung in Deutschland; www.adb.de/node/248 (Zugriff: 30.08.2020)

Breit, Gotthard / Massing, Peter (Hrsg.) (2002): Die Rückkehr des Bürgers in die politische Bildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag

Cabarello, Claudio (2014): „Nichtwahl“. In: Handbuch Wahlforschung; herausgegeben von Jürgen W. Falter und Harald Schoen. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 437–488

Eith, Ulrich (1997): Kommunales Wählerverhalten in Ost- und Westdeutschland: Brandenburg, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen im Vergleich. In: Gabriel, Oscar (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im Vereinigten Deutschland. Wiesbaden: Springer, S. 377–400

Esser, Frank / de Vreese, Claes H. (2007): Comparing Young Voters' Political Engagement in the United States and Europe. In: American Behavioral Scientists, 9, pp. 1195–1213

Gabriel, Oscar W. (1997): „Kommunales Wahlverhalten: Parteien, Themen und Kandidaten“. In: Gabriel, Oscar (Hrsg.): Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt. Wiesbaden: Springer, S. 147–168

Hahn-Laudenberg, Katrin / Oberle, Monika (2020): Evaluation. In: Achour, Sabine / Busch, Matthias / Massing, Peter / Meyer-Heidemann, Christian (Hrsg.): Wörterbuch Politikunterricht. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag

Löffler, Berthold / Rogg, Walter (2000): Kommunalwahlen und kommunales Wahlverhalten. In: Pfizer, Theodor / Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): Kommunalpolitik in Baden-Württemberg. Stuttgart: Springer, S. 109–136

Nyhuis, Dominic (2016): Partei oder Person? Parteispezifische Wahlmotive bei baden-württembergischen Kommunalwahlen. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, H. 3/2016, S. 657–669

Oberle, Monika (2013): Chancen und Probleme projektorientierter politischer Bildung an Schulen. In: Juchler, Ingo (Hrsg.): Projekte in der schulischen und außerschulischen politischen Bildung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung / bpb, S. 101–114

Oberle, Monika (2018): Politikdidaktische Interventionsforschung. In: Weißeno, Georg / Nickolaus, Reinhold / Oberle, Monika / Seeber, Susan (Hrsg.): Gesellschaftswissenschaftliche Fachdidaktiken – Theorien, empirische Fundierungen und Perspektiven. Wiesbaden: Springer VS, S. 103–117

Oberle, Monika / Leunig, Johanna (2018): Wirkungen politischer Planspiele auf Einstellungen, Motivationen und Kenntnisse von Schüler/innen zur Europäischen Union. In: Ziegler, Béatrice / Waldis, Monika (Hrsg.): Politische Bildung in der Demokratie. Interdisziplinäre Perspektiven. Wiesbaden: Springer VS, S. 213–237

Steinbrecher, Markus (2019): „Wahlbeteiligung“. In: Faas, Thorsten / Gabriel, Oscar W. / Maier, Jürgen (Hrsg.): Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 325–347

Mehr politische Bildung und aktive Verantwortung der Bürger*innen in der repräsentativen Demokratie

Warum für eine zukunftsfähige Transformation politische Verantwortung und Einmischung gelernt werden müssen

Wir befinden uns in einer Zeit des Wandels und die derzeitigen politischen Entscheidungen werden das Leben der zukünftigen Generationen so tiefgehend verändern, wie es bisher noch nie in der Geschichte der Menschheit der Fall war. Je mehr Menschen sich verantwortungsvoll für unsere Demokratie einsetzen, umso zukunftsfähiger wird unsere Gesellschaft sein. Politische Bildung muss deswegen die Notwendigkeit von und die Befähigung zur Einmischung in die Breite der Bevölkerung vermitteln. In der repräsentativen Demokratie sollte es Ziel sein, möglichst viele Menschen für ein Wahlamt zu motivieren und die aktive Einmischung in die Politik zu fördern. von Iris Witt

Meine tiefe Überzeugung ist, dass politische Bildung Menschen befähigen und darin stärken kann, sich als politische Menschen für das Gemeinwohl verantwortlich zu fühlen und sich für ein friedliches, gerechtes und zukunftsfähiges Zusammenleben einzusetzen. Ich nutze daher jede Gelegenheit, eine Stärkung der politischen Bildung einzufordern. In Deutschland genießt politische Bildung eine besondere Stellung: Unsere gemeinwohlorientierte Bildungslandschaft der politischen Bildung ist vielfältig und weltweit einzigartig. Deutschland steht in besonderer Verantwortung, nie wieder Faschismus und staatlich tolerierte, verordnete Menschenfeindlichkeit zuzulassen. In der Schule hat politische Bildung Verfassungsrang. Zudem können wir nach Beendigung der Schule auf eine Vielzahl von Angeboten mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung zurückgreifen (vgl. Hufer 2015).

Soweit der Anspruch. In der Praxis müssen wir aber beobachten, dass politische Bildung in der Schule und den außerschulischen Bildungsangeboten nicht die finanzielle und ideelle Unterstützung genießt, die ihr zustehen müsste. Aktuell werden z. B. in Nordrhein-Westfalen mehr Ressourcen in die Neueinführung eines Schulfachs Wirtschaft gesetzt, anstatt die politische Bildung an der Schule

zu stärken. Bei aller Vielfalt der Angebote erreichen wir noch lange nicht die repräsentative Vielfalt der Menschen in unserer Gesellschaft. Vor allem einkommensschwache, bildungsferne Bürger*innen werden zu selten von unseren Bildungsangeboten erreicht. Gleichzeitig sind diese Bevölkerungsschichten auch nicht repräsentativ im Parlament vertreten und machen seltener von ihrem Wahlrecht Gebrauch.

Ich werde darlegen, warum wir als repräsentative Demokratie, gerade auch angesichts der aktuellen Herausforderungen, auf eine politisch gebildete Mehrheit bauen sollten. Für eine sich ständig verändernde Gesellschaft benötigen wir die begründete Urteilskraft, kritische Begleitung und konkrete Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung. Wir müssen unser Menschenbild überdenken und mehr Menschen befähigen, sich in Parlamenten und politischen Gremien zu engagieren.

Vorab ein Gedankenspiel – mich interessiert Ihre Einschätzung: Inwieweit können die aktuellen globalen Herausforderungen, wie der Anstieg der Welttemperatur, das vermehrte Artensterben und die Zunahme der Verschmutzung von Gewässern und Böden bei gleichzeitigem Erstarken von autokratischen Staaten und einer vermehrten Rückwendung

zu Nationalismus und Ressentiments mit den Methoden einer repräsentativen Demokratie und mit unserer Bevölkerung bewältigt werden? Inwieweit gelingt uns dies als repräsentativer Demokratie unter Beachtung unserer Verfassung, der Menschenrechte und der globalen Entwicklungsziele? Wenn wir bei diesen Fragen ins Grübeln gekommen sind, hat es mit unserer Einschätzung der repräsentativen Demokratie zu tun, aber auch mit unserem Menschenbild. Und beides hängt miteinander zusammen. Ich rege dazu an, unser Menschenbild und die Rolle der Menschen in unserer repräsentativen Demokratie zu überdenken.

Die aktuellen Herausforderungen erfordern die Teilhabe der Mehrheit

Als leitende Fragen für meinen Text wurde mir vom Redaktionsbeirat mit auf den Weg gegeben, zu erarbeiten, welche Aufgaben auf die politische Bildung angesichts aktueller Herausforderungen zukommen und wie sie diesen gerecht wird. Zu den sicherlich drängendsten Herausforderungen für die heute lebenden Menschen gehört die Verhinderung der von der Wissenschaft ausgemachten Kippunkte, an denen das System Erde aus der Balance zu geraten droht. Damit diese Kippunkte erst gar nicht erreicht werden, sind tiefgreifende Veränderungen in der Gesellschaft und dazu schnelle und zukunftsweisende politische Entscheidungen notwendig. Die wichtigste Frage wird sein, ob wir diese Transformation mit den Methoden einer repräsentativen Demokratie nachhaltig, sozial und zukunftsweisend gestalten können.

Finden tiefgreifende Veränderungen ohne Zustimmung und Beteiligung der Mehrheit der Bevölkerung statt, schwindet das Vertrauen der Menschen in die Handlungsfähigkeit des Staates und in die Demokratie und eine friedliche Transformation der Demokratie gelingt nicht.

Diese Veränderungen betreffen alle Menschen und daher benötigen wir bei möglichst allen auch eine politische Urteilskraft und gesellschaftliche Deutungskompetenzen, um die Zusammenhänge zu verstehen, sie einordnen zu

können und die politischen Entscheidungen mit voranzubringen oder sie zumindest mitzutragen. Finden tiefgreifende Veränderungen ohne Zustimmung und Beteiligung der Mehrheit der Bevölkerung statt, schwindet das Vertrauen der Menschen in die Handlungsfähigkeit des Staates und in die Demokratie und eine friedliche Transformation der Demokratie gelingt nicht. Begründetes Vertrauen in den Staat, seine Vertreter*innen wie auch seine Institutionen ist notwendig, um Veränderungen und den Wandel gemeinsam mit Bürger*innen gestalten und umsetzen zu können. Die aktuelle COVID-19-Pandemie zeigt exemplarisch auf, wie wichtig das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit und Gemeinwohlorientierung eines Staates ist, wenn z. B. Einschränkungen oder grundlegende Veränderungen in vielen Lebensbereichen vorgegeben werden. Steht die Mehrheit der Bevölkerung hinter den Entscheidungen und kann ihre Begründung nachvollziehen, werden sogar tiefgreifende kurzfristige Einschränkungen nicht nur akzeptiert, sondern aktiv mitgetragen und durch private Initiative gestützt. Das Vertrauen wächst, wenn Menschen sich als bedeutenden Teil des Ganzen sehen und aktiv in verschiedenen Bereichen Einfluss nehmen können. An erster Stelle geht das als gewähltes Mitglied in einem Parlament. Bürger*innen nehmen aber auch Einfluss durch persönliche Kontakte zu Parteien und Politiker*innen, durch aktive Mitgliedschaft in Vereinen, durch Tätigkeit in Verbänden, bei Gewerkschaften und weiteren Initiativen.

Welche Rolle kommt der politischen Bildung in einer repräsentativen Demokratie zu? Sie hat zunächst die grundlegende Aufgabe, die Menschen zu befähigen, sich als bedeutenden Teil der Demokratie wahrzunehmen, sich innerhalb der politischen Welt zu orientieren, eine eigene Haltung zu entwickeln und sich wirkmächtig in die Gesellschaft einzubringen. Definieren wir in unserer repräsentativen Demokratie die Wirkmächtigkeit einseitig bei den gewählten Eliten und steht die Mehrheit der Bürger*innen als Zuschauer*innen am Rande und kann höchstens bei Wahlen Entscheidungen beeinflussen, dann überrascht es kaum, wenn dies auch so in unseren politischen Bildungsangeboten sichtbar wird. Oder sehen wir andererseits Bürger*innen vielmehr als potenzielle Politiker*innen, die sich in Kommunalparlamente oder sogar hauptberuflich in Landes-, Bundes- und Europaparlamente wählen lassen können? Dieses passive Wahlrecht steht jedem Menschen zu, der seit mindestens einem Jahr die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt und volljährig ist. Und motivieren und befähigen in diesem Fall unsere Bildungsangebote Menschen, sich aktiv für ein politisches Amt zur Wahl zu →

stellen? Inwieweit befähigen politische Bildungsangebote Menschen, sich wirkmächtig in die Politik einzumischen? Ja, es ist an der Zeit, dass wir die Rolle der Bürger*innen in unserer repräsentativen Demokratie überdenken.

Für ein lebendiges, friedliches und gemeinwohlorientiertes Zusammenleben sind wir darauf angewiesen, dass es ein grundsätzliches Einverständnis über den Umgang miteinander, über die uns zustehenden Rechte, aber auch die notwendigen Pflichten bei jedem Einzelnen gibt.

Politik bedeutet die Regelung der Angelegenheiten unseres Gemeinwesens durch verbindliche Entscheidungen (vgl. Fuchs/Roller 2009). Wir wählen für einen bestimmten Zeitraum aus unserer Mitte Vertreter*innen, die diese Entscheidungen zum Wohle der Allgemeinheit treffen. So steht jeder Bürgerin und jedem Bürger die Möglichkeit offen, sich für ein politisches Amt zur Wahl zu stellen. Dies ist für mich eine der wichtigsten Errungenschaften unserer Demokratie. Jede und jeder kann sich selbst zur Wahl stellen, um die Geschicke unseres Staates und unseres gesellschaftlichen Miteinanders mitzubestimmen. Hierbei geht es immer um Dinge, die alle Menschen betreffen und damit ist eine Zuschauerrolle gar nicht möglich.

Wir benötigen mehr Angebote zur politischen Teilhabe in der repräsentativen Demokratie

Den politischen Parteien kommt bei der Aktivierung der Bevölkerung für ein politisches Mandat eine besondere Rolle zu, da sie nach Artikel 21 bei der politischen Willensbildung mitwirken. ¹ Alle Parteien bieten Informationen und Schulungen für Menschen an, die sich für ein politisches Amt zur Wahl stellen lassen wollen. Im Jahr 2019 waren in Deutschland etwa 1,2 Millionen Personen

¹ Grundgesetz: Artikel 21: (1) Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben.

Mitglied einer politischen Partei, die auch im Bundestag vertreten ist (vgl. Niedermayer 2017, S. 2). Die Seminare der Parteien stehen zwar allen Interessierten offen, orientieren sich jedoch parteinah und sprechen damit nicht alle Menschen an. Die Bundeszentrale und die Landeszentralen für politische Bildung bieten parteineutral vielfältige Informationen, auch zum Wahlrecht und zu den unterschiedlichen Wahlen. Darüber hinaus bieten die politischen Stiftungen ein vielfältiges Bildungsangebot für alle Bürger*innen. Sie sind von den ihnen nahestehenden Parteien rechtlich und tatsächlich unabhängig (vgl. BMI o. J.). Sie bieten in verschiedenen Formaten, von allgemeinen Informationen zur Kommunalpolitik bis zu konkreten Qualifizierungsseminaren für Menschen, die sich in der (Kommunal-)Politik engagieren, ein breites Repertoire an. Um mehr Menschen in der Breite und in ihrer Vielfalt zu erreichen, wären aber mehr Angebote notwendig, die zum passiven Wahlrecht informieren und motivieren. Hier sind beispielhaft die Volkshochschul-Seminarreihe „Mehr Frauen für unsere Stadt“ ² und die Schulungen zu Integrationsratswahlen des *Landesintegrationsrats NRW* zu erwähnen. ³

Ein Format, welches für mich immer noch einzigartig ist und das junge Menschen sowohl theoretisch wie auch praktisch-konkret zur Einflussnahme in der eigenen Kommune befähigt, ist der *Demokratieführerschein*. ⁴ Der *Demokratieführerschein* ist ein außerschulisches Konzept, bei dem junge Menschen eigene Anliegen festhalten und dann erfahren, wo und wie sie kommunalpolitisch tätig werden müssen, um ihr Anliegen umsetzen zu können. Ebenso wie bei den Jugendparlamenten werden konkrete Anliegen und politisches Handeln nicht in einer Simulation vermittelt, sondern direkter erlebbar gemacht in der realen Kommunalpolitik. Der *Demokratieführerschein* vermittelt nicht nur ein realistisches Bild von Kommunalpolitik, sondern ermöglicht auch die Befähigung zur aktiven Einflussnahme. Solche Formate werden auch mehr für die Erwachsenenbildung benötigt.

Aktiv Verantwortung übernehmen schafft Vertrauen

Für ein lebendiges, friedliches und gemeinwohlorientiertes Zusammenleben sind wir darauf angewiesen, dass

² Vgl. Landesverband der Volkshochschulen Nordrhein-Westfalen o. J.

³ Vgl. <https://landesintegrationsrat.nrw/aktuelles-2/veranstaltungen-3-2>; Zugriff auf diesen und alle weiteren in diesem Beitrag genannten Links: 07.09.2020

⁴ Vgl. www.volkshochschule.de/verbandswelt/projekte/politische_jugendbildung/demokratiefuehrerschein/index.php

es ein grundsätzliches Einverständnis über den Umgang miteinander, über die uns zustehenden Rechte, aber auch die notwendigen Pflichten bei jedem Einzelnen gibt. Unser demokratischer Staat organisiert sich föderal, und auf Bundesebene, Landesebene wie auch Kommunalebene werden Entscheidungen durch Volksvertreter*innen eigenverantwortlich getroffen. Unsere Gesellschaft kann sich umso mehr in Richtung Gemeinwohlorientierung und Resilienz zum Wohle aller orientieren, je mehr Menschen aus unterschiedlichen Milieus und unterschiedlichen Generationen sich als wirkmächtige Bestandteile unserer repräsentativen Demokratie wahrnehmen, sich verantwortlich fühlen und sich einmischen. Oder mit den Worten von *Oskar Negt* ausgedrückt: „Das Schicksal einer lebendigen demokratischen Gesellschaftsordnung hängt davon ab, in welchem Maße die Menschen Sorge tragen, dass das Gemeinwesen nicht beschädigt wird, in welchem Maße sie bereit sind, politische Verantwortung zu übernehmen.“ (Negt 2011, S. 139)



Abbildung: Eigene Darstellung

Eine Tendenz des Menschen, konkrete gemeinwohlorientierte Ideen für eine Welt von morgen zu entwickeln und dementsprechendes Handeln aktiv einzufordern, zeigt sich aktuell in vielen Veröffentlichungen von meist jüngeren Autor*innen. Die Politikökonomin und Generalsekretärin des *Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderung*, *Maja Göpel*, formuliert es so: „Wir haben vergessen, unsere Denkmuster auf ihre Tauglichkeit für die Gegenwart zu prüfen. Sie zu hinterfragen macht den Blick auf die Hebel frei, mit denen wir aus der Krise in die Zukunftsgestaltung im 21. Jahrhundert kommen.“ (Göpel 2020, S. 15)

Es stellt sich nun die grundlegende Frage: Trauen wir den Menschen zu, die Welt neu zu denken und die notwendigen Veränderungen einer Transformation zu einer

gerechten und nachhaltigen Gesellschaft nachzuvollziehen, mitzutragen und aktiv mitzugestalten? Mein Plädoyer ist: Es ist an der Zeit, das aktuell vorherrschende Menschenbild darauf zu befragen, wie weit es positiv orientiert ist. Ich gehe hierbei von der jüngsten anthropologischen und soziopolitischen Forschung aus. Sie ist geprägt von dem Menschenbild, das *Rutger Bregman* in seinem aktuellen Buch „Im Grunde gut“ beschreibt, als Idee, die eine Revolution entfesseln könnte, nämlich, dass die meisten Menschen im Grunde zur Kooperation bereit sind (vgl. Bregman 2020, S. 19). *Bregman* demontiert, von jüngsten Forschungsergebnissen aus einer breiten Wissenschaftspalette untermauert, unser bisher tief verankertes Bild des durchgängig egoistischen und auf den eigenen Vorteil bedachten Menschen: „Erst seit Jahren kommen Wissenschaftler aus völlig unterschiedlichen Disziplinen zu dem Schluss, dass unser düsteres Menschenbild reif für eine vollständige Überarbeitung ist.“ (Ebd., S. 36) *Bregman* drängt darauf, die Geschichte der Menschheit neu zu denken und unser eigenes Menschenbild zu überdenken. Nicht Eifersucht, Wut und Hass sind *Bergmans* Erkenntnissen zufolge die bestimmenden Eigenschaften der Menschen, sondern im Gegenteil ist das, was uns von anderen Lebewesen unterscheidet, unsere Fähigkeit zu einem vertrauensvollen Miteinander, gemeinsamer Produktivität und zu einer naiven Zuversicht in die Zukunft.

Eine Demokratie kann die aktuellen Herausforderungen nur bewältigen, wenn sich die Mehrheit generationen- und milieuübergreifend dafür in der Verantwortung sieht und bereit ist, sich politisch einzubringen.

Dieses Menschenbild wird auch sichtbar, wenn wir uns die Ergebnisse von Bürgerräten und Bürgerbeteiligungsverfahren anschauen, die unsere repräsentative Demokratie erweitern. Repräsentativ zur Gesamtbevölkerung werden dabei Bürger*innen für einen bestimmten Zeitraum in die politische Verantwortung genommen. So treffen Bürger*innen unterschiedlichster Herkunft aufeinander, hören einander zu und treffen gemeinsam Entscheidungen. In Deutschland wird nach dem „Bürgerrat Demokratie“ ein zweiter bundesweiter losbasierter Bür- →

gerrat „Deutschlands Rolle in der Welt“ stattfinden. Die ausgelosten Menschen fühlen sich als wertvoller Teil eines politischen Prozesses, fühlen sich wertgeschätzt und sind in den unterschiedlichen europaweiten Bürgerräten zu erstaunlichen, die Gesellschaft weiterbringende Ergebnissen gekommen (vgl. www.buergerrat.de).

Die politische Bildung kann Raum und Zeit bieten, die Welt neu und zukunftsfähig zu denken und befähigen, sich aktiv und wirkmächtig dafür in unserer repräsentativen Demokratie einzusetzen.

Ebenso wichtig wie das Vertrauen in die repräsentative Demokratie ist das Vertrauen in die Mitmenschen, wenn Veränderungen zum Beispiel den Lebensstil oder Ressourceneinschränkungen betreffen und gemeinsames Handeln gefragt ist. Bemerkenswert ist, dass die Menschen nord-europäischer Staaten (Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden) nicht nur weitgehend ihren nationalen Regierungen vertrauen, sie vertrauen auch sehr stark ihren Mitmenschen und haben insgesamt vergleichsweise hohe Zustimmungswerte, was Zufriedenheit mit ihrem Staat anbelangt (vgl. Jochem 2014, S. 108).

Eine Demokratie kann die aktuellen Herausforderungen nur bewältigen, wenn sich die Mehrheit generationen- und milieuübergreifend dafür in der Verantwortung sieht und bereit ist, sich politisch einzubringen. Die Gesamtverantwortung liegt in der Summe aller Einzelnen und je stärker sich die einzelnen Mitglieder als maßgeblicher und verantwortungsvoller Teil der Gesellschaft wahrnehmen, umso widerstandsfähiger und lebendiger kann diese Demokratie sein.

Mut zur Einmischung

Doch wie sieht die Praxis noch häufig aus? Aktuelle Studien und Analysen zeigen, dass die Beurteilung von Politik und der Arbeit von Politiker*innen häufig nicht positiv ist. So lesen wir beispielsweise in der Studie von 2019 der *Friedrich-Ebert-Stiftung*, dass weniger als die Hälfte der Bevölkerung mit dem Funktionieren unserer Demokratie zufrieden ist. Diese Unzufriedenheit bezieht sich einerseits auf die Funktionsweise des Systems und andererseits auf

die Ergebnisse der Politik. Mehr als zwei Drittel sind in Bezug auf die Zukunft pessimistisch. Besonders finanziell schlechter Gestellte haben wenig Vertrauen in Staat und Politik (vgl. Decker/Best/Fischer/Küppers 2019, S. 66). Aussagen wie „die da oben machen doch, was sie wollen“ oder „Lobbyisten diktieren Gesetze“ zeigen exemplarisch auf, wie Teile der Bevölkerung sich nicht als wirkmächtig empfinden. Je stärker eine solche Sichtweise zu werden droht, umso wichtiger ist es, die beschriebenen konkreten Möglichkeiten und Chancen der politischen Bildung zu fördern, um sie unserer Gesellschaft in der Breite anbieten zu können. Ein möglicher Ansatz, eine solche politische Bildung verbreiten zu können, findet sich in der Aussage, mit der die *Heinrich-Böll-Stiftung* gerne ihre Veranstaltungen und Seminare bewirbt, einem Zitat des Literaturnobelpreisträgers *Heinrich Böll*: „Einmischung ist die einzige Möglichkeit, realistisch zu bleiben.“ (Böll 1977, S. 17)



Wie kann politische Bildung Menschen motivieren, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen? Foto: kallejipp/photocase.de

Mit diesem nüchtern anmutenden Zitat zeigen wir auf, dass es Möglichkeiten gibt, sich in dieser komplexen Welt und unserer repräsentativen Demokratie auf soziale Änderung hin zu orientieren und das eigene politische Handeln danach auszurichten. Die Menschen in Deutschland haben unterschiedliche Wahlmöglichkeiten. Sie können sich angesichts der aktuellen Herausforderungen von der Politik abwenden und in ihr Privatleben zurückziehen, sie können sich denjenigen anschließen, die einfache Antworten anbieten und sich damit dem wissenschaftlichen Diskurs verschließen oder aber sie begeben sich auf den mühevollen, eben realistischen Weg, die komplexen Herausforderungen mit demokratischen Mitteln anzugehen, sich als Teil dieser Demokratie verantwortlich zu fühlen und sich dementsprechend einzumischen. Wie sieht es eigentlich

bei uns, den Akteur*innen der politischen Bildung mit dem Wissen um wirkmächtige Einmischung aus? Kennen die in der politischen Bildung Tätigen ihre Interessenvertretungen und Verbände? Wir müssen uns auch selber wieder intensiver und aktiv für eine Stärkung der politischen Bildung organisieren und einsetzen. Denn nur mit der aktiven Verantwortung und Einmischung der vielen politischen Bildner*innen wird die Stärkung der politischen Bildung gelingen. Die politische Bildung muss auch dafür werben, sich aktiv für das Gemeinwohl einzusetzen und sich die notwendigen Kompetenzen für eine wirkungsvolle Einmischung anzueignen.

Die politische Bildung kann Raum und Zeit bieten, die Welt neu und zukunftsfähig zu denken und befähigen, sich aktiv und wirkmächtig dafür in unserer repräsentativen Demokratie einzusetzen. Dabei müssen möglichst alle Menschen erreicht werden.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2020

Zur Autorin



Iris Witt ist seit 2014 Geschäftsführerin bei der Heinrich Böll Stiftung Nordrhein-Westfalen. Zudem ist sie stellvertretende Landesvorsitzende der DVPB-NW und arbeitet als Moderatorin und Referentin in der politischen Bildung. Den Humor hat sie nicht verloren und ist Ensemble-Mitglied der politischen Kabarettgruppe Muita Merda.

Iris.Witt@boell-nrw.de

Foto: Privat

Literatur

BMI – Bundesministerium des Innern für Bau und Heimat (o. J.): Politische Stiftungen; www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/gesellschaftlicher-zusammenhalt/politische-stiftungen/politische-stiftungen-node.html

Böll, Heinrich (1977): Einmischung erwünscht. Schriften zur Zeit. Köln: Kiepenheuer & Witsch

Bregmann, Rutger (2020): Im Grunde gut. Eine neue Geschichte der Menschheit. Hamburg/Berlin: Rowohlt

Decker, Frank / Best, Volker / Fischer, Sandra / Küppers, Anne (2019): Vertrauen in Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik? Für ein besseres Morgen. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung

Fuchs, Dieter / Roller, Edeltraud (2009): Politik. In: Dies. (Hrsg.): Lexikon Politik. Hundert Grundbegriffe. Leipzig: Reclam, S. 205–209

Göpel, Maja (2020): Unsere Welt neu denken. Berlin: Ullstein Verlag

Hufer, Klaus-Peter (2015): Erwachsenenbildung; www.bpb.de/gesellschaft/bildung/politische-bildung/193229/erwachsenenbildung

Jochem, Sven (2014): Die nordischen Demokratien. In: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Der Bürger im Staat. Stuttgart: LZpB BW

Landesverband der Volkshochschulen Nordrhein-Westfalen (o. J.): Mehr Frauen für unsere Stadt; www.vhs-nrw.de/themenfelder/weitere-themen/abgeschlossene-projekte/mffus

Negt, Oskar (2011): Der politische Mensch. Göttingen: Steidl Verlag

Niedermayer, Oskar (2017): Parteimitglieder in Deutschland: Version 2017. In: Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum. Nr. 27, Freie Universität Berlin

Beschimpft, beleidigt, angegriffen

Gewalt gegen Politiker*innen als Bedrohung für die Demokratie

In den letzten Jahren nimmt die verbale und körperliche Gewalt gegen Politiker*innen eindeutig zu. Der rechtsextremistisch motivierte Mord am Kassler Regierungspräsidenten Walter Lübcke im Juni 2019 markiert den traurigen Höhepunkt von Hasskriminalität gegen Amts- und Mandatsträger*innen. Bevor verschiedene Politiker*innen – überwiegend aus der Kommunalpolitik – selbst zu Wort kommen, wird in diesem Beitrag eine Analyse der gegenwärtigen Situation vorgenommen und werden die zentralen Herausforderungen für ein entschlossenes Handeln gegen Hasskriminalität und extremistische Bedrohung benannt. von Beate Rosenzweig

Auf allen Ebenen des demokratischen Systems, von der Bundes- über die Landes- bis hin zur Kommunalpolitik, werden Politiker*innen mittlerweile beschimpft, bedroht und immer wieder tätlich angegriffen. Die Messerattacken gegen die Kölner Oberbürgermeisterin *Henriette Reker* (parteilos) im Oktober 2015 und gegen den Bürgermeister von Altena *Andreas Hollstein* (CDU) im Juni 2017, der Angriff gegen den Bremer AfD-Landesvorsitzenden *Frank Magnitz* (Januar 2019), die Schüsse auf das Abgeordnetenbüro des SPD-Bundestagsabgeordneten *Karamba Diaby* in Halle (Januar 2020), die jüngsten Morddrohungen u. a. gegen die Bundestagsabgeordneten *Claudia Roth* und *Cem Özdemir* und die hessische Landtagsabgeordnete der Linkspartei *Janine Wissler*, oder auch die massiven sexistischen Beleidigungen u. a. gegen die Grünen-Politikerin *Renate Künast* haben die öffentliche Wahrnehmung für das Problem deutlich geschärft. Für 2019 geht das Bundeskriminalamt von 1.674 politisch motivierten Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger*innen aus.

Die meisten der politisch zuordenbaren Straftaten kommen aus dem rechtsextremen Spektrum (609), 310 Straftaten wurden von Linksextremist*innen verübt. Vergleichsweise gering fallen Straftaten aus, die dem Bereich

„ausländische Ideologie“ (19) oder „religiöse Ideologie“ (9) zugeordnet wurden. Insgesamt wurden 2019 89 Gewaltdelikte gegen Amts- und Mandatsträger*innen erfasst, davon 20 Körperverletzungsdelikte. Im Vergleich zu 2018 bedeutet dies nicht nur einen Anstieg der Straftaten insgesamt, sondern auch eine Verdopplung der Gewaltdelikte gegen Politiker*innen. ¹ Betroffen von den statistisch erfassten Straftaten sind, wie eine kleine Anfrage des FDP-Bundestagsabgeordneten *Konstantin Kuhle* ergab, Vertreter*innen aller Parteien, vor allem CDU-Politiker*innen, gefolgt von Politiker*innen der AfD, der SPD, der Grünen, der Linken, der CSU und der FDP. ² Erweitert man den Blick auf die vom *Bundesamt für Verfassungsschutz* registrierten Straf- und Gewalttaten im Bereich „Politisch motivierte Kriminalität“, so zeigt sich, dass rechtsextremistische Straf- und Gewalttaten insgesamt erheblich überwiegen, wobei auch linksextremistische Straf- und Gewalttaten im Vergleich

¹ Seit 2019 werden Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger*innen gesondert erfasst (vgl. BMI 2020a).

² Vgl. www.zeit.de/politik/deutschland/2019-12/politische-angriffe-politiker-straftaten-cdu-rechtsextremismus (Zugriff auf diesen und alle weiteren in diesem Beitrag genannten Links: 24.08.2020).

zum Vorjahr deutlich gestiegen sind. Der Verfassungsschutzbericht verzeichnet für 2019 insgesamt 21.290 Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund und 6.449 Straftaten aus dem linksextremistischen Spektrum. Während rechtsextremistische Straf- und Gewalttaten überwiegend aus fremdenfeindlichen und antisemitischen Motiven erfolgen, richten sich linksextremistische Gewalttaten in erster Linie „gegen den Staat, seine Einrichtungen und Symbole“ (BMI 2020b). Die erfassten Straf- und Gewalttaten im Bereich Hasskriminalität gehen fast ausschließlich auf das Konto von rechtsextremistischen Täter*innen. ³

Wie gravierend der politische Alltag von Amts- und Mandatsträger*innen inzwischen von verbalen und körperlichen Bedrohungen geprägt ist, zeigen aktuelle Untersuchungen. So ergab eine von *Report München* durchgeführte Befragung unter weiblichen Bundestagabgeordneten, an der sich 77 (von 221) Frauen beteiligt haben, dass die überwiegende Mehrheit bereits Opfer von rechtsextremem Hass bzw. sexistischen und rassistischen Gewalt- und Morddrohungen im Netz waren. Angesichts der anhaltenden Bedrohungen äußerten 11% der befragten Frauen Zweifel daran, ob sie ihr Amt unter diesen Bedingungen überhaupt weiterhin ausüben wollen. ⁴

Auch die bislang größte bundesweite Umfrage zum Thema „Gewalt gegen Kommunalpolitiker*innen“, an der jede/r vierte Bürgermeister*in Deutschland teilgenommen hat, ergab, dass die Zahl der von Hasskriminalität betroffenen Kommunen und Politiker*innen deutlich zugenommen hat. Zwei Drittel der befragten 2.294 Bürgermeister*innen (64%) gab an, im Rahmen ihrer Tätigkeit bereits selbst beleidigt, beschimpft, bedroht oder sogar tätlich angegriffen worden zu sein. Jede/r 11. Bürgermeister*in wurde körperlich bedrängt, bespuckt oder geschlagen. Selbst in kleinen Gemeinden sind mehr als die Hälfte der Bürgermeister*innen, aber auch Verwaltungsmitarbeitende und Gemeindevertreter*innen, betroffen (vgl. Eberhardt 2020). Gefragt nach ihren persönlichen Erfahrungen berichten die Kommunalpolitiker*innen von Angriffen auf öffentlichen Versammlungen und in Diensträumen, von Bedrohungen und Einschüchterungsversuchen, wie gelockerten Radmuttern am Auto, Kot im Briefkasten, eingeschlagenen Fensterscheiben, von nächtlichen Drohanru-

fen, von Hassbriefen sowie diffamierenden Kommentaren in den sozialen Medien, die sich explizit auch gegen Kinder und weitere Familienangehörige richten. Der Vergleich zu einer früheren Befragung (2016) zeigt, dass sich die Form der Bedrohungen in den letzten Jahren deutlich verschärft hat. Ging es in einer ersten Welle von rechtsextremen Hass-Angriffen auf Kommunalpolitiker*innen im Zuge der Aufnahmen von Geflüchteten (ab 2015) vor allem um anonyme Drohungen in den sozialen Medien, so berichten betroffene Politiker*innen aktuell von direkten persönlichen Angriffen (vgl. hierzu insbesondere Heinrich-Böll-Stiftung o. J.). „Der Hass hat sich seinen Weg aus der Anonymität des Netzes in die Rathäuser gebahnt“ (Lauter 2020), so der Chefredakteur des *Kommunal-Verlages*, Christian Erhart, der die *KOMMUNAL-Umfrage* zusammen mit dem *Meinungsforschungsinstitut Forsa* realisiert hat (vgl. Erhardt 2020).

Die zunehmenden Anfeindungen haben nicht nur erhebliche persönliche Folgen für die auf extreme Weise angegriffenen Politiker*innen, sondern auch strukturelle Konsequenzen für das kommunale politische Ehrenamt.

Die zunehmenden Anfeindungen haben nicht nur erhebliche persönliche Folgen für die auf extreme Weise angegriffenen Politiker*innen, sondern auch strukturelle Konsequenzen für das kommunale politische Ehrenamt. Rücktritte betroffener Politiker*innen häufen sich, auch die Zahl derjenigen, die bereit sind unter diesen Bedingungen ein politisches (Ehren-)Amt zu übernehmen, ist rückläufig. ⁵ Die Bedrohung, die damit für die Demokratie einhergeht, hat Bundespräsident *Frank-Walter Steinmeier* anlässlich einer Diskussionsveranstaltung mit Kommunalpolitiker*innen auf den Punkt gebracht: „(...) die Übergriffe (haben) ein Ausmaß und eine Häufigkeit erreicht, die für mich nur eine Schlussfolgerung erlauben: Wir dürfen nicht zulassen, dass Kommunalpolitiker und →

³ Vgl. www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/pmk-2019-hasskriminalitaet.pdf?__blob=publicationFile&v=4

⁴ Vgl. www.br.de/mediathek/video/hass-gewalt-und-sexphantasien-angriff-auf-politikerinnen-im-netz-av:5d9cf92394cd3b001abe8e44

⁵ Vgl. u. a. www.mdr.de/sachsen/bautzen/bautzen-hoyerswerdakamenz/arnsdorf-spd-buergermeisterin-100.html

-kommunalpolitikerinnen in unserem Land zu Fußabtretern der Frustrierten werden. Wir brauchen all die Menschen, die bereit sind, Verantwortung vor Ort zu übernehmen und zu tragen. Sie sind das Fundament, auf dem das Gebäude der Demokratie ruht. Deshalb: wir müssen Zivilität verteidigen, Anstand und Vernunft zurückgewinnen.“⁶

Steinmeier verweist damit auch auf das entscheidende Motiv, das hinter den Bedrohungen gegen Politiker*innen steht: die mehr oder weniger gezielte Destabilisierung der Demokratie durch persönliche Einschüchterung sowie durch die bewusste Beschränkung von Meinungspluralität und demokratischer Streitkultur. Demokratie gründet auf der Bereitschaft zum politischen Engagement, zur partizipativen Teilhabe und zum offenen und begründeten politischen Meinungsstreit. Sie gegen Hasskriminalität und extremistische Bedrohung zu verteidigen, erfordert ein entschlossenes Gegenhandeln auf mindestens drei Ebenen:



Gewalt gegen Politiker*innen als Bedrohung für die Demokratie
Foto: Jon Tyson / unsplash

Erstens gilt es im Rahmen der „wehrhaften Demokratie“ die Regeln des Rechtsstaates konsequent durchzusetzen und Amts- und Mandatsträger*innen sowie Mitarbeitende der öffentlichen Verwaltungen soweit wie möglich zu schützen. Das von der Bundesregierung im Juni 2020 verabschiedete „Gesetzespaket gegen Rechtsextremismus und Hasskriminalität“ weist in diese Richtung und stellt Kommunalpolitiker*innen und Personen, die aufgrund ihrer beruflichen oder ehrenamtlichen Tätigkeit Anfeindungen und Bedrohungen ausgesetzt sind, unter besonderen Schutz. Zudem wird das Strafmaß auf bis zu drei

Jahre Freiheitsstrafe bei Beleidigungen zu Lasten von Kommunalpolitiker*innen erhöht und eine Informationspflicht und Auskunftserteilung sozialer Netzwerke im Falle von Morddrohungen, volksverhetzenden und antisemitischen Äußerungen sowie anderen strafbaren Inhalten an das Bundeskriminalamt eingeführt. Eine durchgreifende Wirkung können diese Regelungen jedoch nur dann entfalten, wenn eine konsequente gerichtliche Verfolgung und strafrechtliche Sanktionierung sichergestellt ist. Dafür ist es auch notwendig, wie insbesondere das jüngste Beispiel gezielter rechtsextremistischer Drohmails von „NSU 2.0“ zeigt, innerhalb der Polizeibehörden konsequent gegen Fehlverhalten vorzugehen. Nur so kann das Vertrauen in die staatlichen Institutionen gestärkt werden.

Neben einer konsequenten strafrechtlichen Verfolgung und Sanktionierung von Straf- und Gewalttaten geht es um eine breite zivilgesellschaftliche Anerkennung und Unterstützung des politischen Engagements von Amts- und Mandatsträger*innen.

Neben einer konsequenten strafrechtlichen Verfolgung und Sanktionierung von Straf- und Gewalttaten geht es zweitens um eine breite zivilgesellschaftliche Anerkennung und Unterstützung des politischen Engagements von Amts- und Mandatsträger*innen. Mit der für demokratische Systeme konstitutiven Kritik an politischen Eliten haben persönliche Bedrohungen und tätliche Übergriffe nichts gemein. Hier gilt es vielmehr, sich mit Betroffenen zu solidarisieren und genau das Gegenteil von dem zu tun, was Extremist*innen beabsichtigen: demokratische Haltung zeigen, das heißt, der Bereitschaft, politische Aufgaben zu übernehmen, Respekt zu zollen und politische Partizipation als demokratisches Grundrecht zu würdigen. Eine breite zivilgesellschaftliche Unterstützung von Amts- und Mandatsträger*innen entlarvt dann ganz nebenbei auch die populistische Verlautbarung eines dualistischen Gegensatzes zwischen „denen da oben“ und „uns dem Volk“ als eine simple Form von rhetorischer Inszenierung.

Darüber hinaus gilt es drittens, die demokratische Streitkultur gegen Versuche diskriminierender Ausgren-

⁶ www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Reden/2020/03/200310-Zwickau-Kommunalpolitiker.pdf?__blob=publicationFile

zung und Abwertung zu stärken. Der immer wieder vertretenen Ansicht, „man dürfe in Deutschland seine Meinung nicht (mehr) frei aussprechen“, ist entschieden zu widersprechen. Politischer Meinungsstreit ist vielmehr konstitutiv für die demokratische Willens- und Urteilsbildung. Das bedeutet allerdings nicht, dass eine „streitbare Demokratie“ keine Grenzen der Meinungsfreiheit kennt. Persönliche Bedrohungen, rassistische, sexistische oder antisemitische Beleidigungen und tätliche Angriffe sind schlicht und einfach kriminell. Für eine demokratische Streitkultur gelten andere Regeln: Sie ist geprägt von einer offenen und begründeten Auseinandersetzung über unterschiedliche Standpunkte. Das bedeutet, andere Meinungen als prinzipiell diskussionswürdig anzuerkennen und das eigene Urteil kritisch zu hinterfragen. Die Bereitschaft dazu, anderen gegenüber die eigene Meinung zu begründen und sie argumentativ überzeugen zu wollen, bei gleichzeitiger Offenheit dafür, sich von anderen (besser begründeten) Argumenten überzeugen zu lassen, sind Grundvoraussetzungen demokratischer Streitkompetenz. Wer bereit ist, sich auf diese Weise demokratisch zu streiten, der/die streitet auch grundsätzlich für die Demokratie und gegen Hass und Gewalt.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2020

Zur Autorin



Hon.-Prof'in Dr. Beate Rosenzweig, Politikwissenschaftlerin, ist stellvertretende Direktorin des Studienhauses Wiesneck – Institut für Politische Bildung Baden-Württemberg e. V., Buchenbach, und Honorarprofessorin am Seminar für Wissenschaftliche Politik der Universität Freiburg.

beate.rosenzweig@wiesneck.de

Literatur

BMI – Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hrsg.)

(2020a): Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2019. Bundesweite Fallzahlen; www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/pmk-2019.pdf?__blob=publicationFile&v=8

BMI – Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hrsg.)

(2020b): Verfassungsschutzbericht 2019; www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/publikationen/verfassungsschutzberichte/vsbericht-2019

Eberhardt, Christian (2020): Kommunalpolitiker: Bedrohungen sind an der Tagesordnung; <https://kommunal.de/kommunalpolitiker-umfrage-2020>

Heinrich-Böll-Stiftung (o. J.): Kommunalwiki: Hass Angriffe auf Kommunalpolitiker/innen; https://kommunalwiki.boell.de/index.php/Hass-Angriffe_auf_Kommunalpolitiker/innen

Lauter, Rita (2020): „Mir wurde empfohlen, sehr gut auf meine Kinder aufzupassen“. Beschimpft, bespuckt, bedroht: Laut einer neuen Studie haben zwei Drittel der Bürgermeister schon solche Angriffe erlebt. Viele überlegen, ihr Amt ganz aufzugeben. In: ZEIT online; www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-03/hass-politiker-bedrohungsuebergriffe-buergermeister-kommunalpolitik

Statements und Erfahrungsberichte von Politiker*innen

Es begann im Jahr 2012 ... An der frisch sanierten Fassade eines Hauses im Ort stand: „Der beste Platz für einen Bürgermeister ist das Wahlplakat. Dort ist er tragbar, geräuschlos, erfolgreich und leicht zu entfernen.“ Ich erkundigte mich bei einem Anwalt, ob ich eine Chance habe, diesen Spruch entfernen zu lassen. Er verneinte: „Das musst du aushalten, wenn du in der Öffentlichkeit stehst.“

Besagter Hauseigentümer, der einige Jahre zuvor aus dem Westen Deutschlands kam, lies keine Gelegenheit aus, seine Meinung auf Plakate zu schreiben und diese über die Mauer seines Grundstückes zu hängen. Einmal war es die Beschwerde über den schlechten Straßenzustand einer Kreisstraße, ein anderes Mal war es seine Meinung gegen die Einführung des Euro und die Zusammenarbeit in Europa. →

Er wurde führendes Mitglied der AfD im Landkreis. Im Jahr der Flüchtlingskrise und der anstehenden Bürgermeisterwahl im Ort richtete er 2015 eine Facebookseite ein. Es wurde massiv gegen Flüchtlinge, die Gemeinde und mich persönlich gehetzt. Man rief zu einem Bürgerbegehren mit dem Ziel eines Bürgerentscheides gegen eine geplante Flüchtlingsunterkunft auf. In einer Veranstaltung der Sächsischen Polizei im Ort unter dem Thema: „Wie schütze ich mich vor Einbrüchen?“ kündigten Versammlungsteilnehmer die Gründung einer Bürgerwehr an. Bürgerversammlungen waren zu dieser Zeit massiv von Wut und Hetze gekennzeichnet.

Ich erreichte bei der Bürgermeisterwahl trotzdem 75,2 % der Stimmen.

Auf der Facebookseite drohte man mir, eine Demo vor meinem Haus im 20 km entfernten Dresden zu machen. Die Anschaffung von Kampfhunden und Armbrüsten wurde gepostet. Gleichzeitig häuften sich Anträge auf „kleine Waffenscheine“. Am 21. Mai 2016 kündigte man die Bildung einer Bürgerwehr an, wenn sich der Gemeinderat und ich mich nicht für das Ende der geplanten Asylunterkunft einsetzen würden. Am selben Nachmittag fesselten vier Männer einen irakischen Kunden im Nettomarkt, der sich mit der Verkäuferin nicht verständigen konnte. Der Geflüchtete wurde von den Männern überwältigt, verprügelt und vor dem Markt an den Baum gebunden, obwohl er niemanden bedroht hatte. Einer der vier Männer war der CDU-Bürgermeisterkandidat des vergangenen Jahres. Die vier Männer, wie auch ihre Anwälte bezeichneten diese Tat als Zivilcourage. Eine Woche nach dem Vorfall wurde ein Video im Internet hochgeladen, welches den Vorgang zeigt. Das Medieninteresse war bundesweit innerhalb von Stunden präsent. Ich bezeichnete die Tat als Selbstjustiz.

Die Staatsanwaltschaft ermittelte und im April 2017 war ein Prozess gegen diese vier Männer angesetzt. Eine Woche vor Prozessbeginn fand man die Leiche des Geflüchteten im Tharandter Wald. Die Anwälte der Männer (Maximilian Krahe, früher CDU, heute Europaabgeordneter der AfD, und Frank Hannig, Stadtrat der Freien Wähler in Dresden, Ex-Verteidiger im Lübcke-Mordprozess) riefen zu Spenden für die vier Männer bei PEGIDA in Dresden, bei „1%“ und der Identitären-Bewegung auf. Der Staatsanwalt wurde mit dem Tode bedroht. Das Verfahren endete ohne Beweisaufnahme nach Einigung zwischen Staatsanwaltschaft, Richter und Verteidigung nach nur einem halben Tag, obwohl 10 Prozesstage angesetzt waren. Unter anderem wurde die Einstellung des Verfahrens mit zu geringem öffentlichen Interesse begründet. Noch am selben Abend feierte man bei PEGIDA „diesen Sieg“ wie einen Freispruch und forderte

mich in der Sitzung des Gemeinderates auf, zurückzutreten und mich bei ihnen zu entschuldigen. Ich zeigte dies an. Über die Anzeige wurde bisher nicht entschieden. 20.000 EUR gesammelte Spenden verteilte man großzügig an Vereine des Ortes. Nur ein Verein nahm die Spende nicht an.

Der Ort ist gespalten. In den Vereinen zieht rechtes Gedankengut ein. Landkreis und Gemeindeverwaltung werden mit Dienstaufsichtsbeschwerden beschäftigt, die sich als haltlos erweisen. Standhafte Gemeinderäte fühlen sich bedroht und ziehen weg. Bis zu meinem Ausscheiden aus dem Amt wird im Netz gegen mich gehetzt, werde ich diffamiert. Die Mitte der Gesellschaft schweigt dazu. Im Februar 2019 erkrankte ich an Burnout. Um auf die Vorgänge aufmerksam zu machen wählte ich die Öffentlichkeit. Wieder ist das Medieninteresse sehr groß und ich erhalte viel Zuspruch aus der ganzen Bundesrepublik.

Im Oktober 2019 beantragte ich meine vorzeitige Versetzung in den Ruhestand, der der Landrat zum Ende November 2019 zustimmte. Zuvor hatte die AfD einen Antrag gestellt, mich abzuwählen, da ich dem Ort ihrer Meinung nach geschadet habe. Rechtsanwalt Hannig und ein Mitglied der Bürgerwehr zeigten mich gleichzeitig wegen Verleumdung an. Das Verfahren wurde Ende Juni 2020 mit Verfügung der Staatsanwaltschaft Görlitz eingestellt, da meine Unschuld festgestellt wurde.

Wegen der zahlreichen Übergriffe und Beleidigungen gegen Kommunalpolitiker*innen hat der Bundestag den § 188 des Strafgesetzbuches dahingehend geändert, dass auch sie nun unter seinen besonderen Schutz fallen.

Es geht mir inzwischen viel besser, ob ich wieder voll belastbar werde, weiß ich nicht. Stress vertragen ich nicht.

Im September 2020 findet nach Verschiebung wegen Corona die neue Bürgermeisterwahl statt. Neben einem Kandidaten des ortsansässigen Bürgerforums kandidiert ein Bewerber für die CDU und der am Netto-Vorfall Beteiligte ehemalige CDU-Gemeinderat für die AfD. Man darf gespannt sein wie die Wahl ausgeht. **17**

Seit Jahren ermahnt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier eindringlich, unsere Demokratie zu schützen. Im Wissen um die Geschichte in der Weimarer Republik und die Vorgänge im Nationalsozialismus ist dies aus meiner Sicht momentan unsere wichtigste Aufgabe!

Martina Angermann, Bürgermeisterin a. D. in der Gemeinde Arnsdorf in Sachsen

7 Anmerkung der Redaktion: Der CDU-Kandidat Frank Eisold hat im zweiten Wahlgang mit 48 % die Wahl zum Bürgermeister gewonnen.

„Demokratie leben ist manchmal ein steiniger Weg.“

Ein feiner Unterschied zwischen einer Diktatur und einer freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie besteht ja darin, dass man bei einer Demokratie mitmachen kann – wohingegen man in einer Diktatur mitmachen muss. Erstere funktioniert indes bei weitem besser, wenn zivilgesellschaftliches Engagement (egal ob in Sportvereinen, Verbänden der sozialen Wohlfahrtspflege, in Gewerkschaften, bei der Feuerwehr, in Kirchen oder in demokratischen Parteien) auf ein hohes Maß an positiver Resonanz in der Öffentlichkeit stößt und von vielen Schultern getragen wird. Beides ist mit Blick auf parteipolitisches Engagement zunehmend seltener der Fall. Durch den seit einigen Jahren andauernden Rechtsruck innerhalb der bundesrepublikanischen Gesellschaft ist auch die Rhetorik in der politischen Auseinandersetzung, aber ebenso im Gespräch mit Vertreter*innen bestimmter Bevölkerungsmilieus, schärfer geworden. Öffentliche Debatten werden oft nicht mehr mit dem eleganten Florett des gut begründeten Arguments ausgetragen, sondern eher mit der verbalen Streitaxt der Diffamierung und des persönlichen Angriffs.

Ein feiner Unterschied zwischen einer Diktatur und einer freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie besteht ja darin, dass man bei einer Demokratie mitmachen kann – wohingegen man in einer Diktatur mitmachen muss.

Diesen tendenziellen Qualitätsverlust demokratischer Streitkultur empfinde ich als kommunalpolitisch Engagierter im Ehrenamt als außerordentlich bedauerlich. Denn er führt dazu, dass immer weniger Menschen Lust darauf bekommen, bei gesellschaftlichen Herausforderungen vor Ort mit anzupacken. Hinzu kommt, dass gesellschaftspolitische Gegner zwischen den wichtigen Kategorien „Rolle“, „Person“, „Qualifikation“ und „Funktion“ kaum noch Unterschiede machen. Regelmäßig zielen insbesondere übellaunige Hasskommentatoren und Trolle in den sozialen Netzwerken mit ihren feindseligen Tiraden auf die Desintegration und Denunziation der gesamten Person. Dies begann bei mir bereits vor über acht Jahren: In der rechtsextremen Online-Postille „Mecklenburg und Pommern-Info“ wurde

ich als linker „Reißzahn der Demokratie“ verunglimpft. Andere Blogger und ultranationale Autoren wie Michael Klein, Heike Diefenbach und Norbert Höfs (u. a. „ScienceFiles“, „PI-News“ oder „MyHeimat“), rücken meine Kolleg*innen und mich als Person immer wieder bewusst in die Nähe linksextremistischer Attitüden. Hauptberuflich leite ich ein Demokratiezentrum in Westmecklenburg. Im Team sind wir im ländlichen Raum zwischen Ostsee und Elbe unterwegs, um bürgerschaftliches Engagement zu stärken, Demokratiepädagogik und Menschenrechtsarbeit an Schulen weiterzuentwickeln, aber ebenfalls dabei mitzuhelfen, Verwaltungen, Vereine und Verbände in ihren Partizipations- und Diversityansätzen sowie in ihrer pluralen Kommunikations- und Organisationskultur voranzubringen. Dies macht sehr viel Freude, bringt indes auch Herausforderungen mit sich: Zerstoebene Reifen, Nazi-Symbolschmierereien auf dem Privat-PKW, wiederholte Pöbeleien, Gewaltandrohungen, Brüllattacken und Stiefeltritte von Neonazis gegen die Türen unserer Büros, öffentliche Einschüchterungsversuche bis hin zu tätlichen Übergriffen – dies alles ist in der Vergangenheit bereits vorgekommen. Manches ist indes nicht einmal justitiabel. Wenn beispielsweise am Rande einer Demonstration, an der auch gewaltaffine Rechtsextreme teilnehmen, gebrüllt wird: „Trepdsdorf, wir kennen dich, auch du hast Familie!“, dann ist in der Tat eine rote Linie überschritten, deren Querung und die damit verbundenen, potenziellen Konsequenzen ich niemandem wünsche.

Nichtsdestotrotz bin ich der Überzeugung, dass sich konstruktives gesellschaftliches Engagement in unserer Demokratie unbedingt lohnt! Denn „Demokratie entsteht dort, wo Menschen sich mit Wertschätzung begegnen, wo sie ohne Furcht vor Benachteiligung freie Entscheidungen treffen können. Demokratische Räume sind Lern- und Lebensräume, die die Bedürfnisse, Eigenarten und Rechte des Gegenübers im Blick behalten. Als demokratisch gelten ergo gesellschaftliche Beziehungsgefüge, bei denen Individuen selbstwirksam, emanzipiert und akzeptiert – miteinander und füreinander – Verantwortung übernehmen.“ (Daniel Trepdsdorf: „Aufstand der Umlaute“)

Dr. Daniel Trepdsdorf, ehrenamtlicher Kommunalpolitiker der Partei DIE LINKE in der Landeshauptstadt Schwerin, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Vorsitzender des Kulturausschusses, Mitglied im Hauptausschuss, ehrenamtlicher Richter am Schweriner Arbeitsgericht, Unterstützer von Amnesty International und der Sea Shepherd Conservation Society. Hauptberuflich leitet er das RAA-Demokratiezentrum Westmecklenburg.



Habe ich Bedrohungen erlebt? Ja, sowohl im Netz als auch in der analogen Welt. Lasse ich mir davon meinen Gestaltungswillen nehmen? Nein!

„Die Stadt gehört allen Menschen, die dort leben. Debatte und Streit der Meinungen sind zentraler Teil der Demokratie. Grundregeln der demokratischen Kultur und des angemessenen Umgangs müssen eingehalten werden. Denn es darf nicht sein, dass es besonderen Mut erfordert, sich ehrenamtlich oder hauptberuflich in der Stadtpolitik oder für die Gesellschaft zu engagieren.“ Diese Sätze stammen aus einer Resolution, die der Deutsche Städtetag Ende 2019 formuliert hat, und sie fassen sehr gut zusammen, worum es geht.

Nach meiner Wahl zum Oberbürgermeister von Hannover am 10. November 2019 gingen die Hasskommentare im Sekundentakt ein – auf Twitter, Instagram und Facebook. Es war alles dabei: von beleidigenden und rassistischen Kommentaren bis zu Morddrohungen mit dem Hinweis, dass ich es jetzt auf eine „Abschussliste“ geschafft hätte. Solche strafrechtlich relevanten Nachrichten habe ich angezeigt. Das Internet ist kein rechtsfreier Raum und man kann dort nicht ungefiltert seine Ansichten verbreiten und Drohungen aussprechen. Wer als Politiker*in mit rechtspopulistischen Anfeindungen konfrontiert ist, sollte dies nicht auf sich beruhen lassen. Wir dürfen solche Äußerungen nicht unkommentiert stehen lassen, dann sie sind pures Gift für unsere demokratische Gesellschaft.

Meinungspluralismus gehört zu einer liberalen Demokratie. Ich muss nicht mit allem einverstanden sein, was andere denken und sagen, aber ich muss es aushalten. Immer vorausgesetzt, dass diese Meinungen sich im demokratischen Rahmen bewegen.

Meinungspluralismus gehört zu einer liberalen Demokratie. Ich muss nicht mit allem einverstanden sein, was andere denken und sagen, aber ich muss es aushalten. Immer vorausgesetzt, dass diese Meinungen sich im demokratischen Rahmen bewegen. Nicht hinnehmen dürfen wir, wenn Menschen in unserem Umfeld aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Religion oder ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert

oder bedroht werden. Es ist nicht akzeptabel – auch nicht im Internet! Ich wünsche mir eine Debattenkultur, die ein respektvolles und offenes Miteinander pflegt und ermöglicht.

Wirken sich Anfeindungen und Bedrohungen auf mein Leben und meine Arbeit aus? Hier muss man zunächst unterscheiden zwischen digitaler und analoger Welt. Wenn ich mir die Nachrichten in den sozialen Netzwerken angeschaut habe – wozu ich derzeit aus Zeitmangel nicht mehr so oft komme –, dann konnte manchmal der Eindruck entstehen, draußen stünden Menschen mit Mistgabeln und Fackeln. Gehe ich dann raus und suche den persönlichen Kontakt, dann sind die Begegnungen nett. Das muss man also schon einmal trennen. Wenn ich persönlich beleidigt werde, wie es in diesem Mai im Rahmen einer Demonstration passiert ist, oder wenn ich eine Drohmail bekomme, die mit „NSU 2.0“ unterzeichnet ist, dann lässt mich das natürlich nicht kalt. Ich versuche aber, damit gelassen umzugehen und mir nicht ständig darüber Gedanken zu machen. Diese Hetze zielt darauf, Angst zu machen. Das möchte ich vermeiden. Ich habe für Hannover viel vor und setzte meine Energie lieber für die Themen ein, die unsere Stadt voranbringen werden, wie den Ausbau der Digitalisierung und die Mobilitätswende.

Belit Onay, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover

Ich habe leider auch die Erfahrung einer Drohung mit den Worten „Sie und ihre Kinder werden brennen Madame“ gemacht. Kommentare voller Hass wie „Hoffentlich verreckst du. Missgeburt!“ „Geh zurück wo du gekommen bist“ „Du bist nur geduldet hier“ oder Verspottung über meinem anders klingenden Namen höre ich nicht selten.

Ich bin einiges an Diskriminierung in den sozialen Medien gewöhnt und habe gelernt, die Hasskommentare „wegzudenken“, auch wenn es mir nicht immer leichtfällt. Ich bewahre lieber positive Berichte und Zuspruch für meine Öffentlichkeitsarbeit, die mir viel mehr wert sind, in meinem Herzen. Negatives würde mir die Kraft rauben, meinen Weg weiterzugehen. Das lasse ich nicht zu, denn es gibt noch viel zu tun.

Wir können unterschiedliche Meinungen haben, zusammen diskutieren, uns kritisieren, aber ich frage mich, was in den Köpfen von Menschen vorgeht, dass sie bereit sind Menschenleben auszulöschen, nur weil es nicht zu ihrem Weltbild passt. Niemand hat das Recht, Menschen in Angst und Schrecken zu versetzen.

Nach einer schlaflosen Nacht und Angst um meine Familie habe ich nach der Morddrohung eine Anzeige gemacht.

Wie jede Mobbingbetroffene fragte ich mich auch, warum jemand so eine Morddrohung ausspricht. Störte es ihn, dass ich einen Migrationshintergrund habe, eine Muslimin, eine Frau oder Nationalratskandidatin bin? Auf jedenfall wollte ich, dass er keinem anderen Menschen das Gleiche antut.

Ich werde niemandem die Freude machen und mich vom öffentlichen Leben zurückziehen. Wir müssen jetzt erst recht mehr Öffentlichkeitsarbeit leisten, um Vorurteile abzubauen und die Menschen für ein friedliches Zusammenleben ermutigen – denn wir gehören zur Schweizer Gesellschaft und leisten unseren Beitrag dazu. Die Schweiz ist meine zweite Heimat und die SP mein politisches Zuhause, weil sie meine Werte vertritt.

Ich danke allen Menschen, die sich für die Gerechtigkeit und gegen Rassismus einsetzen. Ich weiß: Wir sind mehr. Wir müssen uns alle überall gegen Rassismus wehren. Es darf nicht sein, dass Minderheiten wegen ihrer Herkunft, Religion, Hautfarbe oder geschlechtlichen Orientierung diskriminiert werden. Wenn jemandem mein Aussehen, meine Religion oder mein Migrationshintergrund nicht gefällt, ist es sein Problem und nicht meins.

Ich werde meine Lebensfreude nicht von Rassisten verderben lassen.

Ich wünsche allen Leser*innen eine schöne Zeit und bleibt alle gesund.

Mit freundlichen Grüßen aus der Schweiz,

Alime Kösecioğulları

Alime Kösecioğulları ist politisch interessierte Kulturvermittlerin im Kanton Aargau in der Schweiz und Lokalpolitikerin der Sozialdemokratischen Partei (SP).

Ich brenne für die Kommunalpolitik. Meinen Ort mitgestalten, mitreden, mitentscheiden wofür unsere, meine, Gelder ausgegeben werden, wie wir das Miteinander, die Gemeinschaft gestalten. Klar, da gab es schon immer viele andere Meinungen und harte Diskussionen. Seit Beginn meines politischen Engagements und der damit verbundenen Öffentlichkeit, begegne ich leider mehr und mehr einem Hass, den ich zuvor nicht für möglich gehalten hatte. Von Online-Kommentaren über persönliche Beleidigungen bis hin zu Gewalterlebniswünschen, das ganze Spektrum an psychologischer Gewalt, das niemand erleben möchte und das ich hier, im kommunalen Umfeld, nie für möglich gehalten hätte.

Dabei ist es inzwischen völlig egal, um welches Thema es geht. Ob mir bei einem Beitrag zum Thema sexualisierte

Gewalt, bei der der Täter nicht-deutscher Herkunft war, gewünscht wird, mir oder meiner Familie möge das doch auch mal widerfahren, oder ob es um eine Kundgebung zur Verkehrswende geht und mir mit unschönen Worten vorgeworfen wird, durch eine idiotische Veranstaltung nur unnötigen Stau zu produzieren: Auffällig ist, dass die Wortwahl immer härter wird, sachliche Diskussionen oft nicht mehr möglich sind, die Hemmschwelle für verletzende und unangebrachte Kommentare immer weiter sinkt. Besonders nachdenklich macht mich, dass viele Kommentierende, insbesondere in den sozialen Medien, Menschen sind, die ich kenne.

Die Wucht mit der einige dabei ihre Wut auf alles und jede*n jederzeit und ungezügelt zum Ausdruck bringen, macht mich oft fassungslos. Diese Verrohung, das unreflektierte Herausschreien persönlicher Unzufriedenheiten auf andere, die sich in dem Moment gar nicht wehren können.



„Meinungpluralismus gehört zu einer liberalen Demokratie.“ Foto: Gerd Altmann/pixabay

Ich schätze mich glücklich, in einer Demokratie zu leben, in der ich meine Meinung frei äußern kann, in der ein echter Schlagabtausch der Meinungsvielfalt erfolgen kann. Doch zu welchem Preis?

Ich suche gerne das Gespräch mit Menschen, auch mit denen, die eine andere Meinung haben. Das kostet nicht nur Zeit, sondern auch viel Überwindung. Für mich aber ist das unerlässlich, auch wenn es viel Kritik beinhaltet und auch nicht immer schön ist. Nur: Das allein wird unsere Demokratie nicht retten. Wir brauchen insgesamt viel mehr Transparenz. Viel mehr öffentliche Information. Und vor allem: Viel mehr Bürgerbeteiligung! Von Informationsprozessen über Mitbestimmung. Auf allen Kanälen, für alle Altersgruppen entsprechend. Denn genau die- →

se Meinungsvielfalt aller Bürger*innen, die brauchen wir dringend in den Kommunalparlamenten. Wir können und dürfen die Entscheidungshoheit über Aspekte unseres täglichen Lebens, über unser Miteinander, nicht einigen wenigen Gleichgesinnten und/oder Privilegierten überlassen. Wie also können wir künftig alle Gesellschaftsschichten, alle Geschlechter – insbesondere Frauen leiden unter den persönlichen Anfeindungen! – motivieren, sich auf kommunalpolitischer Ebene zu engagieren? Und wie können wir verhindern, dass die wenigen, die sich überhaupt noch einbringen, nicht resigniert aufgeben? Mehr Wertschätzung? Von wem, wie? Mehr Bezahlung? Mehr Sicherheit? Wie soll das aussehen? Selbst nach vielen Jahren in der Kommunalpolitik weiß ich darauf keine gute Antwort.

Veronika Jones, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN MURNAU, ist Gemeinderätin in Murnau und Fraktionssprecherin sowie Kreisrätin Garmisch-Partenkirchen und dort Stellv. Fraktionssprecherin.

Nicht jeder hat im Leben die gleichen Startbedingungen. Aber es ist die Aufgabe der Politik, jeder und jedem die bestmöglichen Chancen auf Bildung und für eine sichere Zukunft zu ermöglichen. Oft ist es ein hehres Ziel und leider nicht in jedem Fall erreichbar. Aber es muss unser aller Antrieb sein. Für jeden, der sich engagiert und der sich bei uns zuhause fühlen möchte, egal, ob hier geboren, egal, welcher Herkunft. Seit 2017 sitzt jedoch eine politische Kraft im Deutschen Bundestag, deren Ziel genau das Gegenteil ist. Ihr Ziel ist Ausgrenzung, Nationalismus, Egoismus und Zersetzung unserer demokratischen Zivilgesellschaft. Garniert mit Lügen und Hetze.

Meine Fraktion sitzt leider in Reichweite zu diesen Menschen. Zwischen meinem Tisch und dem eines Abgeordneten aus der Abteilung Hass und Hetze befindet sich nur ein schmaler Gang. Meine Fraktion und ich bekommen daher die unappetitlichen Ausfälle unserer unerwünschten Nachbarn täglich und hautnah mit. Wenn Frauen zum Rednerpult gehen, dann feixen die Damen und Herren vom rechten Rand wie am Skattisch. Ich würde mich als eine gestandene Frau im besten Alter bezeichnen, die so etwas abkann, aber wenn es um jüngere, noch unerfahrenere Kolleginnen geht, ärgert mich dieses Vorgehen in besonderer Weise und maßlos.

Eine junge Kollegin bspw., die ihre erste Rede hält, fühlt sich dann wirklich und zurecht als Opfer und leidet unter diesem Gefeiße sehr. Rechtsradikalen in einem deutschen Parlament wieder ausgesetzt sein zu müssen, ist unerträglich. Wir dürfen nicht zulassen, dass so etwas dauerhaft

zur Norm wird. In diesem Kontext ist Jugend- und Erwachsenenbildung besonders wichtig.

Diskursverschiebung, steigende Gewalt von rechts und Faschisten in deutschen Parlamenten haben ein erschreckendes Wertevakuum in unserer Gesellschaft entstehen lassen, sachliche Debatten wurden von Menschenfeindlichkeit gekapert. In den Nachwendejahren sind Einrichtungen der Jugendbildung regelrecht zusammengebrochen. In diese Lücken sind rechte Gruppierungen unter dem Deckmantel von ehrenamtlichen Vereinen gestoßen. Anstatt aber junge Menschen und die Zivilgesellschaft für die Demokratie zu sensibilisieren und gegen rechts zu stärken, sind seit Jahrzehnten die schulische und außerschulische politische Bildung sowie Erwachsenenbildung in zunehmend prekäre Ausstattungen gedrängt worden. Dabei kann man nur mit Bildung und mit der Chance auf lebenslanges Lernen die Menschen immun machen gegen Menschenfänger, Hetzer und Extremisten, die das Blaue vom Himmel versprechen.

Zur großen Empörung vieler wurde nach dem Attentat von Halle bekannt, dass Mittel zur Stärkung des demokratischen Bewusstseins und entsprechende Programme drastisch gekürzt worden sind. Das müssen wir dringend wieder rückgängig machen. Die schulische Bildung ist leider immer noch zu schwach, um diese Lücken aufzufangen. Daher gilt es nicht nur, wieder mehr Mittel für Programme zur Stärkung des demokratischen Bewusstseins in der Zivilgesellschaft zur Verfügung zu stellen, sondern entsprechende Programme und Ansprechpartner auch in den Schulen und außerschulischen Bildungsstätten gleichermaßen zu fördern, zu finanzieren und einzurichten. Insbesondere die Lücke an einem Interesse für demokratische Strukturen zwischen den verschiedenen Bildungsgraden ist immer noch viel zu groß. Auch da muss dringend angesetzt werden. Denn nur mit einer umfassenden und anständig finanzierten Jugend- und Erwachsenenbildung können wir uns der Gefahr des Populismus entgegenstemmen.

Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, MdB, ist Mitglied des FDP-Bundesvorstandes

Die AfD und die Grenzen des Sagbaren

Versuche der Grenzverschiebung aus dem Deutschen Bundestag heraus

Nationalsozialistischer Sprachgebrauch (auch in Parlamenten), antisemitische, islamfeindliche und rassistische Hetze, Verächtlichmachen demokratischer Institutionen und von Politiker*innen, Geschichtsrevisionismus und Verschwörungstheorien – zunehmend gelangen Positionen in die öffentliche Diskussion, die vor einigen Jahren noch vermeintlich unsagbar waren. Wie verschiebt die AfD die Grenzen des Sagbaren und fordert die Demokratie heraus? Der Beitrag versucht eine Annäherung. von Nadja Bilstein

Seit einigen Jahren sprechen Medien, Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit über eine vermeintliche „neue soziale Bewegung von rechts“ (Häusler/Virchow 2016), einem Rechtsruck in Deutschland und einer damit einhergehenden Krise der repräsentativen Demokratie, immer vermeintlich bestätigt durch Wahlerfolge der AfD in Ländern und im Bund. Dies geht einher mit einer Ausweitung des Sagbaren. Aktuelle Entwicklungen führen dies eindrücklich vor Augen, wie der Brückenschlag zu Reichsbürgern und Rechtsextremisten auf Querdenker-Demonstrationen, was – gewollt oder schlicht in Kauf genommen – die gesellschaftliche Akzeptanz dieser Gruppen befördert.

Alexander Gauland (AfD) erklärte mehrfach in Interviews, dass die AfD versuche, „die Grenzen des Sagbaren auszuweiten“ (vgl. z. B. Eppelsheim 2018). Damit proklamiert er das klare Ziel, auf die Gesellschaft und politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland Einfluss zu nehmen, um sie zu verändern. Das Feld des Sagbaren scheint in Bewegung zu sein, seine Begrenzungen werden neu verhandelt.

Mit Einzug der AfD in das Bundesparlament und die Länderparlamente hat die Partei deutlich größere finanzielle Mittel zur Verfügung, besitzt eine größere Reichweite durch eine noch größere mediale Aufmerksamkeit sowie

eine vermeintliche Legitimation im Meinungsspektrum. 2017 ist die AfD im Deutschen Bundestag und damit im „zentrale(n) Forum des politischen Diskurses“ (Ismayr 2012, S. 300) angekommen.

Seitdem erscheinen erste Publikationen zur Parlamentarischen Praxis der AfD in kommunalen Parlamenten, Landtagen und dem Bundestag, die empirisches Wissen zu den Inhalten, Argumenten, Strategien und Sprachmustern der AfD liefern.

Quellenbasis und Untersuchungszeitraum

Dieser Beitrag basiert auf einer Untersuchung der Aktivitäten der AfD im Deutschen Bundestag vom 16. Mai 2018 bis zum 25. Oktober 2019 und schließt damit unmittelbar an den von Häusler et al. untersuchten Zeitraum an (vgl. Häusler/Puls/Roeser 2018).

Ausgehend von der Annahme, dass Anträge, Anfragen, Gesetzesentwürfe und Debattenbeiträge Mittel der Fraktionen sind, Öffentlichkeit herzustellen, Regierungshandeln zu diskutieren und eigene Politikvorstellungen zu präsentieren (vgl. Hafenecker/Jestädt/Klose/Lewek 2018), sollen im Folgenden diese Aktivitäten der AfD-Fraktion im Bundestag näher betrachtet werden. Im Fokus steht die →

Kategorie/Politikfeld	Dokumente gesamt	Anträge	Kleine Anfragen	Große Anfragen	Gesetzesentwürfe
Kultur- und Medienpolitik	461	8	452	1	
Außenpolitik	194	11	180	3	
Migrationspolitik	123	4	115	2	2
Sicherheitspolitik	101	5	94	1	1
Sozialpolitik	87	9	78		
Verkehrspolitik	75	7	68		
Digitalpolitik	72	2	69		1
Umweltpolitik	56	10	45		1
Verteidigungspolitik	54	6	47		1
Europapolitik	50	14	36		
Gesundheitspolitik	48	15	32	1	
Finanzpolitik	45	19	23	2	1
Wirtschaftspolitik	45	4	37		4
Arbeitsmarktpolitik	42	1	41		
Justizpolitik	27	2	9		16
Bildungspolitik	26	6	20		
Landwirtschaftspolitik	19	7	12		
Frauenpolitik	7		7		
Kommunales/Föderales	4	2	2		
Familienpolitik	4	2			2
Sportpolitik	2	2			
Wohnungspolitik	2	2			
Tourismuspolitik	1	1			
Gesamtzahl	1545	139	1367	10	29

Quelle: Parlamentarische Dokumente der AfD-Bundestagsfraktion; 19. Wahlperiode, Zeitraum: 16.05.2018 bis 25.10.2019 (eigene Erhebung und Darstellung)

Frage, welche Themen die AfD im Deutschen Bundestag tatsächlich einbringt. Welche Schwerpunkte setzt sie? Und wie fordert sie die Grenzen des Sagbaren dabei heraus?

Die AfD im Bundestag – Von Überraschungen und weniger Überraschendem

Insgesamt entsteht das Bild einer komplexen und kontinuierlichen Herausforderung der Grenzen des Sagbaren durch vielfältige Strategien und Formen. Die Tabelle soll einen Überblick zu den Themensetzungen durch die AfD im Deutschen Bundestag liefern.

Man sieht sehr gut, dass sich die AfD von ihrem ursprünglichen Kernthema Europa verabschiedet hat. Außen-, Migrations- und Sicherheitspolitik liegen an der Spitze der aufgebrachten Themen im Bundestag, mit etwas Abstand folgen Sozial-, Verkehrs- und Umweltpolitik.

Überrascht zunächst die hohe Zahl von Dokumenten in der Kultur- und Medienpolitik, so stellt man schnell fest, dass es sich im Wesentlichen um 406 gleichlautende *Kleine Anfragen* handelt, die nach Korrekturbitten von Berichterstattungen in den Medien durch die Bundesregierung, Bundesministerien, ihrer Behörden oder nachgeordneten Einrichtungen fragen (BT-Drs. 19/6995; BT-Drs. 19/11517).

Der Schluss liegt nahe, dass – ähnlich dem Bemühen der Fraktion um Vollständigkeit bei Plenardebatten zu Beginn der Legislaturperiode – das Bild großer Aktivität für die eigenen Anhänger*innen generiert werden soll. Es entsteht ebenfalls der Eindruck, dass die Instrumente der Re-

gierungskontrolle dazu genutzt werden, Verwaltung und Regierung unter Druck zu setzen. So entbehrt die große Menge an *Kleinen Anfragen* zu Korrekturbitten, wie die ersten Antworten zeigen, eigentlich jedweder Grundlage, die Beantwortung bindet aber Zeit und Kapazitäten in den Ministerien. Ein ähnliches Vorgehen wurde auch schon in den Landesparlamenten festgestellt (vgl. Schroeder/Weßels/Neusser/Berzel 2017).

„Wir“ und die „Anderen“ – Das immerwährende Thema Migration

Die bisher erschienenen Studien weisen alle darauf hin, dass die Themen Migration, Flucht und Asyl auch in anderen Politikfeldern als Bezugspunkte herangezogen werden (vgl. Häusler/Puls/Roeser 2018; Butterwegge/Hentges/Wiegel 2018; Schroeder/Weßels/Neusser/Berzel 2017; Hafenerger/Jestädt 2020). So begründet *Stephan Brandner* in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag einen Antrag auf Verkürzung der Amtszeit des/der Bundeskanzler*in unter anderem mit Rückgriff auf diese Kernthemen der AfD: „Es hätte wohl keine illegale wahnwitzige Grenzöffnung gegeben. Millionen Menschen aus fremden Kulturen wären nicht in unser Land und unsere Sozialsysteme geflutet. Viele Menschen – Mädchen, Frauen, Jungen, Männer – würden noch leben. Sie wären nicht Opfer der Messerzuwanderung, sie wären keine Opfer von Mord und Terror geworden. Die rund 40 Milliarden Euro jährlich, die für den Multikultiwahn verpulvert werden, würden für deutsche

Belange eingesetzt werden. Es würde keine katastrophale Sicherheitslage in unserem Land geben.“ (BT-PIPr 19/86, S. 10182 B-10183 D, S. 10182 D)

Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Beschwören von Etabliertenvorrechten, Skandalisierung und Schüren von Angst: Verdichtet findet man hier konstant wiederholte und durch die AfD geprägte Überschreitungen des Sagbaren. Migration wird ausschließlich unter Betonung von Kosten und dem Eindringen Fremder gesehen, die abgewehrt werden müssen. So befassen sich auch zwei *Große Anfragen*, die sich besonders für das Agenda-Setting eignen, mit den „fiskalischen Lasten der Zuwanderung“ (BT-Drs. 19/11733) und der „Abwehr illegaler Einwanderung“ (BT-Drs. 19/5630).

Auch vor massiven Einschnitten in Grundrechte scheut die AfD nicht zurück, wie sich u. a. in ihrem Entwurf „Gesetz zur Verbesserung der Inneren Sicherheit – Verfahrensbeschleunigungsgesetz und verbesserte Eingriffsgrundlagen der Justiz“ (BT-Drs. 19/5040) zeigt. Die AfD verfolgt hier neben der Neuformulierung des Staatsbürgerrechts und des Entzugs der Staatsbürgerschaft – auch bei drohender Staatenlosigkeit – massive Einschnitte in die Rechte von Angeklagten durch Aushebelung der Rechtswegegarantie, Einrichtung einer Präventivhaft und von Haftanstalten im Ausland. Im Entwurf schafft die AfD letztlich ein Sonderstrafrecht für Ausländer und Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft. Trotz mehrfacher Aufforderung im Ausschuss, den Entwurf aufgrund zahlreicher rechtsstaatlicher Mängel zurückzuziehen, hielt ihn die AfD aufrecht (vgl. BT-Drs. 19/10050). Die fremdenfeindliche Einstellung der AfD ist offenbar, die ideologische Grundlage ihres Agierens deutlich.

Überschreitet die AfD publikumswirksam in öffentlichen Reden Grenzen, so zeichnen sich viele Anfragen und Anträge durch einen spezifisch erzeugten Subtext aus, mit dem eben jene Grenzen herausgefordert werden. Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn sie in ihrer Anfrage zu „Ursachen für den Zugang in Erwerbsminderungsrente“ (BT-Drs. 19/12218) nach soziodemographischen Merkmalen, wie Herkunftsländern der Bezieher*innen sowie nach der Höhe volkswirtschaftlicher Verluste durch „die nicht genutzten Erwerbspotentiale von Menschen mit psychischen Erkrankungen“ fragt. Bezieher*innen von Erwerbsminderungsrente erscheinen so als Kostenfaktor.

Medien und Zivilgesellschaft – Andersdenkende als Zielscheibe

Neben der bereits erwähnten Flut *Kleiner Anfragen* zu Korrekturbitten, die die medienkritische bis -feindliche Position der AfD andeutet, wendet sie sich auch immer wieder

deziert gegen missliebige Medienakteure oder Akteure der Zivilgesellschaft und fordert eine Überprüfung, Kürzung oder Streichung der öffentlichen Förderung. So im Falle der *Neuen deutschen Medienmacher*innen* (BT-Drs. 19/4707), einem Netzwerk von Medienschaffenden mit und ohne Migrationsgeschichte, die auf eine „ausgewogene Berichterstattung und eine stärkere Präsenz von Migrant*innen in den Medien hinarbeiten“, oder *Reconquista Internet*, eine Netzbewegung, die sich im Internet gegen Hass und rechte Parolen einsetzt (BT-Drs. 19/4011). Daneben nimmt die AfD weitere Akteure der Zivilgesellschaft in den Blick, die sich für freien Journalismus, Menschenrechte, Seenotrettung oder digitale Zivilcourage einsetzen oder sich kritisch zur AfD geäußert haben, wie zum Beispiel die *Amadeu Antonio Stiftung*, *Amnesty International*, *Correctiv*, *#Ichbinhier*, *Internationale Organisation für Migration*, *Initiative Transparente Zivilgesellschaft*, *netzpolitik.org* oder *Transparency International* (vgl. BT-Drs. 19/4707). Auch Träger der politischen Bildung (BT-Drs. 19/1787 oder 19/13469), die Arbeit der politischen Stiftungen (BT-Drs. 19/3857 oder 19/3858) oder die Förderung bestimmter Träger durch große Demokratieförderprojekte wie „Demokratie leben!“ (BT-Drs. 19/14196 oder 19/12160) werden zu Gegenständen von *Kleinen Anfragen* der AfD im Bundestag. Dabei stehen Fragen nach der Anzahl von Veranstaltungen zu Links- und Rechtspopulismus, nach der Eignung von geförderten Trägern oder Personen sowie der Vorwurf des Linksextremismus oder der Verletzung der staatlichen Neutralitätspflicht im Raum. Auch werden gängige wissenschaftliche Erklärungsansätze und Konzepte wie die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (BT-Drs. 19/4974) in Frage gestellt.

Im Kulturbereich macht die AfD die „Mittelvergabe für Projekte der kulturell-künstlerischen Vermittlungsarbeit und Diversitätsentwicklung“ (BT-Drs. 19/3565) zum Thema und brandmarkt die Förderung von Diversität als „Ideologie des cultural mainstreaming“ (BT-Drs. 19/3565, S. 2). So erscheint es, dass das Instrument der *Kleinen Anfrage* genutzt wird, um Druck auf Akteure auszuüben oder Verunsicherung zu erzeugen sowie im vorpolitischen Raum Fuß zu fassen. Sehr deutlich wird die Ansicht der AfD in ihrer *Kleinen Anfrage* zum *Nationalen Aktionsplan Integration* und dessen Auswirkungen auf das Politikfeld Kultur (BT-Drs. 19/4779). Hier schreibt sie in ihrer Vorbemerkung, dass es „nicht Ziel staatlicher Politik sein (könne), mittels ‚aktivierender Kulturpolitik‘ eine gesellschaftliche Entwicklung, die auf eine gravierende Veränderung der kulturellen Identität der ‚Deutschen ohne Migrationshintergrund‘ (NAI, S. 66) (hinauslaufe), mittels einseitiger edukatorischer, ideo- →

logisch aufgeladener Kulturpolitik zu befördern.“ (BT-Drs. 19/4779) Vielmehr müsse die „kulturelle (...) Identität der autochthonen deutschen Bevölkerung“ (BT-Drs. 19/4779) bewahrt werden. Diversität und Integration werden als linke Ideologie verunglimpft und sollen durch völkisch-nationalistisches Denken verdrängt werden. Es wird deutlich, dass auch in der Kulturpolitik migrationsfeindliche Positionen und völkisch-nationalistische Aussagen ins Feld des Sagbaren gerückt werden. Der Kulturbereich, der als Diskursraum fungiert, in dem Gesellschaft verhandelt wird, soll für die politische Einflussnahme genutzt werden, um stückweise das Feld des Sagbaren zu erweitern (vgl. Amadeu-Antonio-Stiftung 2019).

Mittel dieses Kampfes ist unter anderem, „die Förderkriterien grundlegend zu untersuchen und die bisherige Förderung politisch korrekter Projekte herunterzufahren“ (Spiegel Online 2018). Die öffentliche Förderung soll als Hebel einer politischen Einflussnahme auf den Kunst- und Kulturbetrieb dienen.

Insgesamt erhält man so den Eindruck, dass dezidiert versucht wird, eine alternative Wirklichkeitsauffassung in die Mitte der Gesellschaft zu tragen. Ganz im Sinne des Strebens nach kultureller Hegemonie wird versucht, die eigene Position im gesellschaftlichen Diskurs tiefer zu verankern, und so meinungsbildend auf sie einzuwirken. Die Veränderung der Gesellschaft basiert demnach auf der Veränderung der öffentlichen Meinung. „Da die Gestaltung der öffentlichen Meinung vor allem sozialen Schlüsselrollen, wie Medien, Publizisten, Wissenschaftler*innen, obliegt, ist eine Strategie des rechten kulturellen Hegemoniebestrebens, diese entweder zu vereinnahmen oder zu diskreditieren.“ (Walther/Isemann 2019, S. 7)

Umso mehr sollten politisch Verantwortliche und Parteien aufmerksam für Strategien der AfD sein und bleiben und dabei auch die vermeintlich „weichen“ Politikfelder, denen meist weniger Beachtung geschenkt wird, wie Familie, Bildung, Jugend und Kultur nicht aus dem Blick verlieren.

AUßERSCHULISCHE BILDUNG 4/2020

Zur Autorin



Nadja Bilstein ist Fachbereichsleiterin der Politischen Akademie in Haus Neuland. Im Zuge des berufsbegleitenden Masterprogramms „Politisch-Historische Studien“ an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität befasste sie sich in ihrer Masterarbeit näher mit der „AfD und den Grenzen des Sagbaren“.

n.bilstein@haus-neuland.de

Literatur

Amadeu-Antonio-Stiftung (Hrsg.) (2019): Demokratie in Gefahr. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD. Berlin: Amadeu-Antonio-Stiftung

Butterwegge, Christoph / Hentges, Gudrun / Wiegel, Gerd (2018): Rechtspopulismus im Parlament. Polemik, Agitation und Propaganda der AfD. Frankfurt am Main: Westend

Eppelsheim, Philip (2018): „Wir versuchen, die Grenzen des Sagbaren auszuweiten“. AfD-Chef Gauland im Interview. In: faz.net, aktualisiert am 07.06.2018; www.faz.net/social-media/instagram/gauland-interview-afd-will-grenzen-des-sagbaren-ausweiten-15627982.html?premium (Zugriff: 19.03.2019)

Hafenecker, Benno / Jestädt, Hannah / Klose, Lisa-Marie / Lewek, Philine (2018): AfD in Parlamenten. Themen, Strategien, Akteure. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag

Hafenecker, Benno / Jestädt, Hannah (2020): AfD im Hessischen Landtag. Ein neuer Politikstil und seine Auswirkungen. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag

Häusler, Alexander / Puls, Hendrik / Roeser, Rainer (2018): Letzte evolutionäre Chance für unser Land? Parlamentarische und politische Praxis der AfD. Eine Zwischenbilanz zum einjährigen Wirken der AfD im Deutschen Bundestag, DGB-Diskurs; <https://dgb-shop.bw-h.de/media/products/0749111001550668723.pdf> (Zugriff: 12.11.19)

Häusler, Alexander / Virchow, Fabian (Hrsg.) (2016): Neue soziale Bewegung von rechts? Hamburg: VSA-Verlag

Ismayr, Wolfgang (2012): Der Deutsche Bundestag, 3., völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage. Wiesbaden: Springer

Schroeder, Wolfgang / Weßels, Bernhard / Neusser, Christian / Berzel, Alexander (2017): Parlamentarische Praxis der AfD in deutschen Landesparlamenten, WZB Discussion Paper SP V 2017–102. Berlin: WZB

Spiegel Online (2018): Kulturpolitik der AfD. „Wir wollen die Stimmung im Land drehen“, 20. Januar 2018; www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/afd-marc-jongen-will-kulturpolitik-entideologisieren-a-1188771.html (Zugriff: 28.11.19)

Walther, Eva / Isemann, Simon D. (2019): Einleitung: Psychologische Erklärungen für den Erfolg der AfD. In: Dies. (Hrsg.): Die AfD – psychologisch betrachtet. Wiesbaden: Springer, S. 1–26

Mit Jugendlichen Geschichten von Vielfalt erzählbar machen – vor Ort und im Dialog der Generationen

Das Projekt „1939.2019 – Vielfalt lokaler Erinnerungen“ des Anne Frank Zentrums

Lokalgeschichtliche und generationsübergreifende Projekte haben im Anne Frank Zentrum eine lange Tradition. Ziel dieser Vorhaben ist es, Akteur*innen aus Bildung und Verwaltung zu qualifizieren und darin zu unterstützen, lokale Dialogräume für eine kritische Auseinandersetzung mit Geschichte aufzubauen und zu verstetigen. Das aktuelle zweijährige Projekt „1939.2019 – Vielfalt lokaler Erinnerungen“, deren praktische Ansätze in diesem Beitrag beschrieben werden, stellt eine Fortsetzung und Weiterentwicklung der in den bisherigen Projekten gesammelten Erfahrungen dar.

von Christine Wehner und Luiza Kulenkampff

Seit 2011 entwickelt das *Anne Frank Zentrum* lokalgeschichtliche und generationsübergreifende Projekte: Lokale Akteur*innen aus Bildung und Verwaltung werden qualifiziert und begleitet, um Dialogräume zur kritischen Auseinandersetzung mit Geschichte zu schaffen. Im Mittelpunkt stehen die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen und die aktive Einbeziehung junger Menschen vor Ort. Der Ansatz des Lernens mit konkreten Biografien erleichtert hierbei den Zugang zur Geschichte des Zweiten Weltkriegs und des Nationalsozialismus sowie ihrer Bedeutung für die Gegenwart. Ziel ist es, lebensweltnahe und auch in Zukunft umsetzbare Formate des Erinnerns und des Gedenkens partizipativ mit Jugendlichen zu erarbeiten und ihre demokratische Teilhabe zu fördern.

Das zweijährige Projekt „1939.2019 – Vielfalt lokaler Erinnerungen“ stellt seit Januar 2019 eine aktuelle Fortsetzung und Weiterentwicklung dieser Erfahrungen dar. Der historische Anknüpfungspunkt war der Herbst 2019, an dem sich der Überfall auf Polen und somit der Beginn des Zweiten Weltkriegs zum 80. Mal jährte. Den inhaltlichen Schwerpunkt bildeten die Sichtbarmachung von Lebensgeschichten und die Sensibilisierung für Lebenswege diverser NS-Opfer.

Der organisatorische Rahmen des Projekts

Die Teilnahme am Projekt war für kleine und mittelgroße Städte deutschlandweit möglich – in einem besonderen Modell der Zusammenarbeit: Lokale zivilgesellschaftliche Akteur*innen aus Vereinen oder Bildungseinrichtungen sollten das Projekt gemeinsam mit Vertreter*innen der kommunalen Verwaltung umsetzen. Jeweils eine Person aus der Verwaltung und eine Person aus einer zivilgesellschaftlichen Organisation bildeten ein Tandem, welches das Projektvorhaben verantwortete und koordinierte. Ziel dabei war es, unterschiedliche Kompetenzen und Erfahrungen zu bündeln und ein Netzwerk aufzubauen, das im Idealfall auch nach Projektende handlungsfähig und aktiv blieb. Wichtige Voraussetzung für die Teilnahme eines Ortes war der Zugang zu Jugendlichen durch die beteiligten Organisationen. Die Perspektiven der jungen Menschen sollten möglichst früh einbezogen werden, um einen wirklich partizipativen und demokratischen Prozess der Auseinandersetzung zu ermöglichen und die Frage zu klären: „Welches Projekt wollen wir hier gemeinsam gestalten?“ Einen Höhepunkt der Projektarbeit stellte in allen Orten die öffentliche Präsentation der Projektergebnisse im Stadtraum dar. Um die Relevanz des Projekts →

zu unterstreichen, wurde bereits bei der Bewerbung zur Teilnahme die Schirmherrschaft der*s Bürgermeister*in angestrebt.

Multiplikator*innen sensibilisieren und stärken – die Begleitung durch das Anne Frank Zentrum

Am Projekt „1939.2019 – Vielfalt lokaler Erinnerungen“ nahmen fünf Orte teil: Brühl (Nordrhein-Westfalen), Drebkau (Brandenburg), Gotha (Thüringen), Landkreis Göttingen (Niedersachsen) und Löbnitz (Sachsen). Das Wirkungsfeld der teilnehmenden lokalen Koordinator*innen war so vielfältig wie die geografische Verteilung: Vom Jugendkulturhaus über ein Museum zur Geschichte der sorbischen Minderheit bis zur Stadtbibliothek – vom Fachdienst Kinder- und Jugendarbeit bis zum Sachgebiet Öffentlichkeitsarbeit, Kultur und Tourismus.



Im Rahmen des Projekts entstand ein kurzer Film, der Einblicke in die Projektarbeit vor Ort ermöglicht: www.annefrank.de/1939.2019
Foto/Video: Anne Frank Zentrum / Dreikantfilm

Das Projekt startete frühzeitig mit einer insgesamt vierteiligen Fortbildungsreihe in der ersten Projektphase. Ziel war es, die teilnehmenden Koordinator*innen aus den fünf Orten zu vernetzen und in den Austausch zu bringen.

Das *Anne Frank Zentrum* verstand sich als begleitende Institution, die inhaltlich-konzeptionelle und methodische Anregungen und Inputs gab und den lokalen Akteur*innen im Rahmen der Fortbildung und im gesamten Projektverlauf beratend zur Seite stand.

Die Fortbildungsreihe fand v. a. in Berlin statt und hatte u. a. folgende thematische Schwerpunkte:

- Lokale Netzwerkarbeit und nachhaltiges Engagement
- Kennenlernen des Ansatzes des biografischen Lernens in der historisch-politischen Bildung

- Auseinandersetzung mit „vergessenen Biografien“ und einer multiperspektivischen Erinnerungskultur
- Vorbereitung von Zeitzeug*innengesprächen
- Inklusive und lebensweltnahe Formate des Erinnerns

Durch die Teilnahme an der Fortbildungsreihe und die Erfahrungen, die sie als Projektverantwortliche sammelten, wurden die Koordinator*innen zu lokalen Multiplikator*innen. Sie erlangten Wissen und Kompetenzen, die es ihnen ermöglichen, vor Ort ein eigenes Jugendgeschichtsprojekt umzusetzen.

Jugendliche unterstützen, persönlich zu forschen

Für die Gestaltung einer nachhaltigen Erinnerungskultur ist die aktive Einbeziehung von jungen Menschen in die Auseinandersetzung mit der Geschichte notwendig. Mit zunehmendem Zeitabstand und jeder neuen Generation verändern sich die Aneignungsformen von Geschichte. Die pädagogische Praxis muss daher ständig modernisiert werden (vgl. Welzer 2010). Die Frage, wie Geschichte für Jugendliche interessant und greifbar werden kann, bleibt somit immer aktuell.

Im Folgenden werden die im Projekt „1939.2019 – Vielfalt lokaler Erinnerungen“ angewandten Ansätze dargestellt und am Beispiel eines Projektortes vertiefend beschrieben.

Generationen im Dialog über lokale Geschichte und Gegenwart

Die Beschäftigung mit Geschichte schafft Anlässe, Menschen über Generationen hinweg ins Gespräch zu bringen. Durch ein Treffen mit Zeitzeug*innen werden große geschichtliche Ereignisse lebendig und in ihrer zeitlichen Dimension für Jugendliche greifbar. Jugendliche formulieren und stellen Fragen an die Zeitzeug*innen und werden so in ihrer aktiven Rolle der Forschenden gestärkt. Werden Jugendliche dazu ermutigt, Fragen zu entwickeln, die einem persönlichen Interesse und möglichen Verbindungen zur eigenen Biografie entspringen, bekommen sie die Chance, das Gespräch maßgeblich mitzugestalten. Ein intergeneratives Treffen bietet außerdem Raum für Dialog über die heutige Lebenswelt der Jugendlichen, die aktuelle gesellschaftliche und politische Situation und das Nachdenken über Kontinuitäten innerhalb der Geschichte an.

Aus und mit Biografien lernen

Ein bewährter Ansatz des *Anne Frank Zentrums*, Jugendlichen zunächst abstrakte Themen anschaulich zu

vermitteln und zugänglich zu machen, ist die Annäherung über Biografien. Durch die Auseinandersetzung mit einer Biografie zeigt sich, wie zeitgeschichtliche Ereignisse auf einzelne Lebensläufe Einfluss nehmen. Zugleich werden Ereignisse in ihrer Komplexität und ihrer unterschiedlichen Bedeutung für Individuen erkennbar. Die Beschäftigung mit konkreten Lebensläufen, persönlichen Einschnitten und Wendepunkten von Menschen öffnet Jugendlichen einen Zugang zu der Zeit, in der diese Menschen gelebt und individuelle Erfahrungen gemacht haben. Der Frage „Wie hat sich dieses zeithistorische Ereignis auf das Leben eines bestimmten Menschen konkret ausgewirkt?“ sollte hier genauso Raum gegeben werden wie „Was haben diese Ereignisse mit mir heute zu tun und der Zeit und dem Ort, an dem ich lebe?“

Jugendliche auf den Spuren der Geschichte vor der Haustür

Lokale Aktionsräume, in denen sich Jugendliche auskennen und die ihre Biografie prägen, können ein Ausgangspunkt für eine persönliche Forschung sein. Die Recherche „vor der Haustür“ bietet die Chance, Kontinuitäten von Zeitgeschichte im regionalen Raum sichtbar und vorstellbar werden zu lassen. Auch wenn es keine eindeutigen wissenschaftlichen Belege für besonderes Interesse an Lokalgeschichte bei jungen Menschen gibt (vgl. John 2019), zeigt unsere Bildungspraxis, dass die Auseinandersetzung mit lokaler Geschichte großes pädagogisches Potenzial besitzt und eine zentrale Rolle in der Demokratieentwicklung und dem konkreten zivilgesellschaftlichen Wirken vor Ort einnimmt. Die Fragen „Was war hier früher?“, „Wer hat hier gelebt?“, „Was ist mit diesen Menschen passiert?“ bieten dabei einen niedrigschwelligen Einstieg in die Beschäftigung mit der Geschichte des eigenen Ortes.

Lebensweltnahe Formate des Erinnerns partizipativ entwickeln

Mit der steigenden zeitlichen Distanz zum Nationalsozialismus und dem Zweiten Weltkrieg erhöht sich der Bedarf nach zeitgemäßen und innovativen Formaten des Erinnerns. Basierend auf der Methode der Projektarbeit übernehmen die Jugendlichen eine aktive Rolle in der Umsetzung der lokalen Spurensuche (vgl. Sauer 2014). Die Jugendlichen erarbeiten ihre Forschungsfragen und bestimmen, wie die Ergebnisse ihrer Arbeit aufgearbeitet und vorgestellt werden. Sie orientieren sich dabei an ihren eigenen Interessen und Erfahrungen. Insbesondere bei der Präsentation der Ergebnisse bewährt es sich, auf die Talen-

te und Hobbies der Jugendlichen zurückzugreifen und Elemente ihres Alltags, z. B. durch Nutzung digitaler Medien, zu integrieren. Jugendliche werden ermutigt, ihre eigenen Perspektiven, Gedanken und Gefühle in die Ergebnisse der Projektarbeit einzubeziehen.

Der Ansatz des Lernens mit konkreten Biografien erleichtert hierbei den Zugang zur Geschichte des Zweiten Weltkriegs und des Nationalsozialismus sowie ihrer Bedeutung für die Gegenwart.

Praktische Umsetzung vor Ort – Beispiel Brühl

In Brühl wurde das Projekt v. a. vom *Jugendkulturhaus Passwort CULTRA* koordiniert. Die Teilnehmer*innen waren Schüler*innen des Leistungskurses Geschichte. Das Projekt hatte dennoch einen außerschulischen Charakter und basierte somit auf dem Prinzip der Freiwilligkeit. Im Mittelpunkt der Forschung standen die Lebensgeschichten von drei Menschen aus Brühl, die in der NS-Zeit verfolgt wurden. In einem 2-tägigen Workshop erarbeiteten die Jugendlichen ihre Forschungsfragen und bildeten Kleingruppen, die sich mit jeweils einer Biografie auseinandersetzten. Mit Mitteln der kulturellen Bildung gelang es den Gruppen auf ganz unterschiedliche Art, ihre bei der Begegnung mit den konkreten Biografien entstandenen Eindrücke und Gefühle für andere festzuhalten.

Was bleibt? Jugendliche Perspektiven auf ein Zeitzeugengespräch

Mit *Georg Zwi Rejzewski*, der als Jude verfolgt wurde und seit 1949 in Israel lebt, führten die Jugendlichen ein Skype-Interview. Die Jugendlichen waren von der großen Offenheit und den konkreten Schilderungen *Rejzewskis* sehr beeindruckt und überführten diese Erfahrungen und Emotionen in den Prozess der kreativen Auseinandersetzung. Ein Ergebnis war der Poetysong „Mein Tagebuch der Flucht“. Ein junger Mann verarbeitete hierin den beschwerlichen Weg, die Verhaftungen und persönlichen Rückschläge, die der damals jugendliche *Rejzewski* bewältigen musste, bis er schließlich 1949 nach Israel kam. Außerdem entstand ein „Reaktionsvideo“ der Gruppe auf das Skype- →

Gespräch. Diesem Dokument gelingt ein erfrischender Perspektivwechsel. Es enthält zwar auch Interviewausschnitte mit *Rejzewski*, im Vordergrund stehen aber die jungen Menschen, die nach dem Gespräch davon berichten, wie es ihnen damit ergangen ist und wie sie das Gehörte aufnehmen und auf ihre aktuelle Lebenswelt übertragen.

Für die Gestaltung einer nachhaltigen Erinnerungskultur ist die aktive Einbeziehung von jungen Menschen in die Auseinandersetzung mit der Geschichte notwendig.

Ausstellung als Präsentationsraum und Nutzung von Jahrestagen

Die Präsentation der Auseinandersetzung mit den drei Biografien fand im Rahmen einer Ausstellung statt. Das Projektteam schaffte es, jeder Biografie einen individuellen Raum zu geben, der mit teils abstrakten, teils mit konkreten Mitteln wie einer angedeuteten Wohnzeilereinerichtung, Ausschnitte aus dem Leben der drei Menschen erzählte und ihnen eine Stimme gab. Hier zeigte sich auf wenig Fläche die große Sorgfalt und Empathie, mit der die Jugendlichen die Geschichten erzählten und das hohe Maß an Kreativität, mit denen den Besucher*innen verdeutlicht wurde, dass Begriffe wie „asozial“ und „Zuschreibungen von außen“ bis in die Gegenwart wirken.

Die Ausstellungseröffnung fand am 9. November 2019 statt und war bewusst an den Gedenktag zur Reichspogromnacht geknüpft. Im Anschluss an den Ausstellungsbesuch nahmen viele Gäste am Schweigegang der Stadt Brühl teil, einer jährlichen Veranstaltung zur Erinnerung an die Brühler Opfer des Nationalsozialismus. So wurde der Ausstellungsbesuch ein wichtiger Teil der lokal verankerten Erinnerungspraxis.

Beobachtungen bei der Einbeziehung von Verfolgungsbiografien

Herausforderung, vielfältig zu erzählen

Die Erfahrungen der bisherigen lokalen Dialogprojekte zeigen, wie schwer es den Akteur*innen oft fällt, Lebensgeschichten von Verfolgten in die Projektumsetzung zu

integrieren. Dies hat vielfältige Gründe. Das lokale Gedächtnis zeigt häufig Lücken auf, die den Zugang zu Verfolgungsbiografien erschweren. Menschen, die als lokale Zeitzeug*innen gewonnen werden können, bringen größtenteils die Perspektive der mehrheitsdeutschen Dominanzgesellschaft mit ein. Wesentlich hierfür ist, dass diejenigen, die von der NS-Verfolgungs- und Vernichtungspolitik betroffen waren, größtenteils ermordet wurden oder heute nicht mehr an ihren Geburtsorten leben. Somit kann die Perspektive der Verfolgten nur in seltenen Fällen durch ein persönliches Gespräch mit einbezogen werden. Dadurch besteht das Risiko, Erfahrungen von Vertreibung, Bombardierung und Besetzung in den Vordergrund der Erzählung zum Zweiten Weltkrieg und zum Nationalsozialismus zu stellen. Gleichzeitig stellen Zeitzeug*innengespräche weiterhin eine für Jugendliche sehr ansprechende Methode der Annäherung an Geschichte dar. Um dieser Schiefelage entgegenzuwirken, ist es wichtig, die Multiperspektivität für die Jugendlichen erfahrbar zu machen und sie dabei für die unterschiedlichen Handlungsoptionen der Menschen in der Zeit des Nationalsozialismus zu sensibilisieren (vgl. Anne Frank Zentrum 2013, S. 3 ff.). Für das Kennenlernen von Menschen mit Verfolgungsbiografie bieten sich verschiedene Methoden und Möglichkeiten der Annäherung an, wie z. B. Gespräche mit ihren Nachfahren, Archivrecherche, Gedenkstättenbesuche oder das Einbeziehen von Orten als Quelle vielfältiger Geschichten und Lebensstationen.



Die Ausstellung in Brühl: Ein Element war das fiktive Zimmer der als „asozial“ verfolgten und ermordeten jungen Frau Sibilla Rombach. Foto: Anne Frank Zentrum

Stichwort: Leerstelle

Das Hinweisen auf Leerstellen ist bei dem Vorhaben, von diversen Lebenserfahrungen zu erzählen, ein wichtiges

Mittel der Reflexion tradierter Geschichten und Gedächtnisse. Zugleich sollte hiermit ein Bewusstsein darüber entstehen, dass bei der Benennung fehlender Geschichten als „Leerstelle“ immer auch die eigene Perspektive inkludiert ist. Denn für Menschen, die selbst zur Gruppe ehemals Verfolgter oder zu ihren Nachfahren zählen, sind diese Geschichten überaus präsent und wirken bis heute.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2020

Zu den Autorinnen



Christine Wehner ist Europäische Ethnologin und seit vielen Jahren in der historisch-politischen Bildung tätig. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich lokalgeschichtlicher Erinnerungsprojekte, Generationendialog, Flucht und Migration. Im Anne Frank Zentrum leitet sie den Arbeitsbereich „Entwicklung – Neue Lernformate“.

wehner@annefrank.de

Foto: Ruthe Zuntz



Luiza Kulenkampff, Erziehungswissenschaftlerin und Erwachsenenpädagogin, arbeitet im Anne Frank Zentrum im Bereich „Entwicklung – Neue Lernformate“.

kulenkampff@annefrank.de

Foto: Ruthe Zuntz



Literatur

Anne Frank Zentrum (2013): Einseitigen Geschichtsbildern entgegenwirken. In: Anne Frank Zentrum (Hrsg.): Kriegskinder – Lebenswege bis heute. Materialien für einen Dialog der Generationen. Berlin: Anne Frank Zentrum, S. 3–7

John, Anke (2019): Lokales Geschichtswissen statt „Lebendige Lokalgeschichte“; <http://lernen-aus-der-geschichte.de/Lernen-und-Lehren/content/14354> (Zugriff: 25.08.2020)

Sauer, Michael (2014): Spurensucher. Ein Praxisbuch für historische Projektarbeit. Hamburg: Körber-Stiftung, S. 9–18

Welzer, Harald (2010): Erinnerungskultur und Zukunftsgedächtnis. In: Dossier. Geschichte und Erinnerung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung / bpb; www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/geschichte-und-erinnerung/39868/zukunftsgedaechtnis (Zugriff: 22.09.2020)

Das Projekt „1939.2019 – Vielfalt lokaler Erinnerungen“ wird durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ gefördert.

Erwachsenenbildung am Puls der Zeit?

Wirtschaftswelt im Umbruch als Thema in der Akademie Frankenwarte

Wie verändern sich politische Bildung, ihre Formate und Rahmenbedingungen angesichts aktueller Herausforderungen? Wie kann Erwachsenenbildung im Strudel weltweiter Megatrends erkenntnisreich, am Puls der Zeit und für ihre Zielgruppen erreichbar bleiben? Ein Seminarbericht aus der Akademie Frankenwarte Würzburg / Gesellschaft für Politische Bildung e. V. über Ideen für eine soziale, ökologische und demokratische Wirtschaft zeigt, wie das aktuelle Jahresthema des AdB „Transformationen. Globale Entwicklungen und die Neuvermessung der politischen Bildung“ in der Praxis politischer Bildung aufgegriffen werden kann. von Sebastian Haas

Es war so schön geplant zu Beginn des Jahres 2020: Ein Bericht aus einer Tagungsstätte, die zum großen Thema „Soziale Gerechtigkeit jenseits von Wirtschaftswachstum“ in sommerlich-entspanntem Rahmen mit methodischer Vielfalt glänzt. Doch die Realität funkte dazwischen – in Form der COVID-19-Pandemie und zeitgleich in Form der Ankündigung des Trägervereins der *Akademie Frankenwarte*, in ein Insolvenzverfahren zu steuern. So spielte sich die Planung der Veranstaltung auf drei Ebenen der Neuvermessung politischer Bildung ab: in Bezug auf die Bewältigung der Corona-Einschränkungen, in Bezug auf ein Bildungshaus im Kampf um seine Existenz und in Bezug auf den thematischen wie didaktischen Umgang mit weltweiten Transformationsprozessen.

Die Ebenen der Neuvermessung

Herausforderung I: Corona

Im Zuge des allgemeinen Shutdowns fanden in der *Akademie Frankenwarte* ab Mitte März 2020 fast drei Monate lang keine Veranstaltungen statt. Vorbereitet durch ein ausgeklügeltes Hygiene- und Sicherheitskonzept fanden in der zweiten Juniwoche die ersten Gäste wieder den Weg

auf den Würzburger Nikolausberg. Die Stimmung bei den ersten Bildungsurlauber*innen? Mal so, mal so. Reduzierte Teilnehmereinzahlen, Sicherheitsabstand selbst beim Mittagessen, Videoschalten ins Seminar, abgesperrte Weinstube und Sauna sowie eine Kaffeemaschine, die nur zu den Arbeitszeiten des Küchenteams von eben diesem bedient werden darf – das schafft einfach keine bahnbrechend gute Lern- und Erholungsatmosphäre, vor allem nicht, wenn auf der anderen Straßenseite die Bänke im Biergarten teils eng besetzt sind. Doch wir konnten nachbessern und zum Seminar Ende Juni zum Beispiel wieder Gruppenarbeit im Freien, die Öffnung der Aufenthaltsräume und vor allem des Frankenwein-Schranks möglich machen – in Griffweite natürlich immer: Desinfektionsspray und Masken zum Schutze aller sowie der Zollstock zum Abmessen der Sicherheitsabstände.

Herausforderung II: Ein Tagungshaus im Umbruch

Ende März 2020 hatte die *Gesellschaft für Politische Bildung e. V.*, Trägerverein der *Akademie Frankenwarte*, einen Antrag auf Einleitung eines Insolvenzverfahrens gestellt. Trotz enormer Einnahmensteigerung und Ausgabenreduzierung konnte die Finanzierungslücke letztlich nicht

geschlossen werden, die nach dem Wegfall langjähriger Fördermittel entstanden war. Da aber keinerlei Verbindlichkeiten bestanden und inzwischen Insolvenzgeld (statt dem regulären Gehalt) an die Mitarbeitenden floss, konnten wir uns vergleichsweise entspannt dem Risiko aussetzen, den ein wenig gefülltes Tagungshaus für die eigene Kasse bedeutet. Zeitgleich führten die Vorstandsvorsitzenden des Trägervereins und unsere Akademieleiterin Gespräche mit politischen Mitsstreiter*innen, mit Institutionen der Zivilgesellschaft, mit lokaler und regionaler Politik und der Insolvenzverwaltung. Festes und realistisches Ziel bleibt, unsere politische Bildungsarbeit auch über den Herbst 2020 hinaus fortzusetzen – wenn auch mit Sicherheit unter veränderten organisatorischen und finanziellen, personellen wie räumlichen Rahmenbedingungen.

Herausforderung III: Neue Konzepte für die Wirtschaft

Veränderte Rahmenbedingungen führen nun endlich zu den Inhalten des Seminars – und zur Frage: Wie gehen wir damit um, dass unsere Wirtschaft nicht immer weiter wachsen kann? „Nötig ist eine Diskussion über soziale und ökologische Gerechtigkeit und neue Wirtschaftsmodelle, wenn es keine Option ist, auf Wirtschaftswachstum als Allheilmittel für gesellschaftliche Probleme zu hoffen“, erläutern *Nadine Kaufmann* und *Esther Wawerda* vom Konzeptwerk Neue Ökonomie e. V. in Leipzig (<https://konzeptwerk-neue-oekonomie.org>), die beiden Hauptreferentinnen des Seminars.

Das *Konzeptwerk Neue Ökonomie* ist vor allem eines: Ein Denkort, in dem interessante Ansätze und erprobte Alternativen zum kapitalistischen Wirtschaften diskutiert werden, mit einem Team, das ermutigen will, an der sozial-ökologischen Transformation mitzuwirken sowie Denkstrukturen, Lebensweisen und politische Rahmenbedingungen zu hinterfragen. Das gelingt durch die Vernetzung verschiedenster Akteure in der Projektarbeit, durch die Verbindung von wissenschaftlicher Forschung und aktiver Öffentlichkeitsarbeit – und vor allem durch Bildungsarbeit online wie offline.

Herausforderung IV: Ein Methodenfeuerwerk

So haben *Nadine Kaufmann* und *Esther Wawerda* gemeinsam mit der und für die *Akademie Frankenwarte Würzburg* ein Seminar entwickelt, das sich um die Fragen dreht: Wie kann Lebensqualität für alle gesichert werden, wenn sich Arbeitswelten und ganze Regionen verändern? Wie lässt sich ein solcher Umbau ökologisch, sozial und demokratisch gestalten? Zentral war bei der Konzeption

des Seminars neben der Diskussion aktueller Ideen auch der Austausch eigener Erfahrungen aus dem Kreis der Teilnehmenden sowie das Hinzuziehen lokaler Expert*innen.

Kein VWL-Meisterkurs und keine Upcycling-Werkstatt also. Stattdessen jede Menge Anpackmomente, die zum Mitgestalten anregten, und ein wahres Methoden-Feuerwerk: aus Gruppendiskussionen oder Spaziergängen zu zweit, aus Vortrag und Fragerunden oder Arbeitsgruppenphasen, aus Filmabend und Video-Schalten, aus Lesezeiten und Bewegungspausen, aus Open Space und Power Poetry. Auffallend – und für so manche Teilnehmenden sichtlich ungewohnt – war es, dass der inhaltliche Input vonseiten der Seminarleitung auf ein Minimum reduziert war und Wissen, Erkenntnisse und Meinungen zum größten Teil selbst erarbeitet wurden. Fünf Tage intensives Nachdenken zu einem weltumspannenden Thema machten aber deutlich: Eine ständige Vermittlung von Detailwissen ist in der Erwachsenenbildung tatsächlich nicht (mehr) nötig. Die Teilnehmenden können sich auch selbst tief in ein Thema eingraben. Und sie fordern das auch: Regt uns an, unseren eigenen Verstand zu bedienen. Vermittelt uns die Kompetenz, um Themen miteinander zu verknüpfen und uns eine eigene Meinung zu bilden.

Nachhaltigkeit hat Vorrang, Werte und Denkmuster sowie Lebens- und Produktionsweisen müssen sich ändern.

Grundlagen von Wachstumskritik

Also stellen Sie sich doch einmal selbst die Fragen: Was ist das Ziel unseres Wirtschaftens? Geht es wirklich um das Befriedigen materieller Bedürfnisse? Oder wird nur um des Produzierens willen produziert? Brauchen wir all den Luxus? Was macht ein gutes Leben aus? Und von wessen Leben reden wir hier eigentlich, auch von dem der pakistanischen Näherin und dem Leben der Menschen, die hier vor Ort prekär leben müssen? Oder dem der Tiere und Pflanzen auf dieser Erde?

Hier setzen Wachstums-Kritik und Post-Wachstums-Diskurse an. Dies ist ein Sammelbegriff für vielfältige Konzepte und konkrete Projekte, die weit über ökologische Aspekte hinausgehen. Da gibt es kulturelle Kritik am Lebensgefühl des Schneller-Höher-Weiter-Mehr, da →

gibt es sozioökonomische Kritik am kapitalistischen Wirtschaftskreislauf mit seinen dazugehörigen Krisen, da gibt es feministische Kritik an un- und unterbezahlter Sorge-Arbeit, da gibt es Kritik an der Ausbeutung von Menschen und Natur im Globalen Süden. Doch drei Ziele einen die Post-Wachstums-Bewegung: ökologische und soziale Gerechtigkeit sowie die Unabhängigkeit von wirtschaftlichem Wachstum. Denn dieses hält im Post-Wachstums-Denken eben nicht, was es verspricht – auch nicht hierzulande, wo trotz kontinuierlichem Wirtschaftsaufschwung die sozialen Sicherungssysteme gestutzt wurden, die Staatsverschuldung weiter steigt, industrielles Wachstum meist auf Kosten der Umwelt geht oder durch Subventionen überhaupt erst zustande kommt.

Die sozial-ökologische Transformation ist ein demokratischer Prozess, an dem alle teilhaben können.

Wer dieser Argumentation nun entgegenhält, dass Bildung, Gesundheit, Altersvorsorge und der gesamte Sozialstaat nur mit einer boomenden Wirtschaft finanziert werden kann, oder dass eine Schrumpfung der Wirtschaft fatale Folgen für die öffentlichen Finanzen hat (weil dann die Steuereinnahmen sinken, der Konsum stagniert, der Staat noch mehr Geld für neue Kredite samt Zinsen ausgeben muss) – dem kann man wiederum erwidern: „Eure Krise ist nicht unser Postwachstum“ – und glücklich macht Wirtschaftswachstum auch nicht! In Deutschland zum Beispiel ist das BIP in den vergangenen Jahren auf ein Vielfaches gestiegen, doch das Niveau der Lebenszufriedenheit ist unverändert. Außerdem befördern auch negative Ereignisse die Wirtschaft – das reicht vom Autounfall, in dessen Folge Werkstätten und Ärzte konsultiert werden, über Umweltzerstörung, gegen die Schutzmaßnahmen implementiert werden müssen, bis zum Krieg, von dem Waffenindustrie oder am Wiederaufbau beteiligte Institutionen profitieren.

Wie wollen wir arbeiten?

Es gibt also viele gute Argumente auf beiden Seiten des Wirtschaftswachstums-Blattes. Und so bieten die beiden Seminarleiterinnen neue Gedankenspiele an: „Statt neuen Reichtum zu schaffen – wäre es nicht sinnvoller zu fragen, wie ein gutes Leben für alle möglich sein kann? Und was brauche ich wirklich für ein glückliches Leben?“ Eine

Neubewertung und Neuverteilung von Arbeit zum Beispiel. Denn sowohl die Umfragen im Großen als auch die im kleinen Seminarraum zeigen: Die meisten von uns arbeiten mehr als sie eigentlich wollen. Wie wäre es also, den Tag idealtypisch in möglichst gleich große Teile aufzuteilen und diese zu verbringen zum Beispiel mit Erwerbsarbeit für uns selbst, kultureller Arbeit für die Gesellschaft, Sorgearbeit für unsere Umgebung und politischer Arbeit für das große Ganze? Ziele sind die gerechtere Verteilung von Erwerbs- und Sorgetätigkeiten innerhalb unserer Gesellschaft und Zeitwohlstand, indem wir souverän mit den 24 Stunden eines jeden Tages umgehen, diese mit uns ausfüllenden Tätigkeiten nutzen, und dabei immer noch Freizeit, Urlaub und Muße haben, auch mal nichts zu tun.

Muße hatten auch die 15 Teilnehmenden des Seminars an der *Akademie Frankenwarte*. Sie begaben sich in kleine Utopie-Zirkel und entwarfen Schlagzeilen aus dem Jahr 2038. Diese lauteten unter anderem: „Skandal: Wieder mehr Männer in Führungspositionen!“, „Mieten komplett abgeschafft“, „Bedingungsloses gleiches Einkommen für alle“, „24-Stunden-Arbeitswoche umgesetzt“, „Wir sind energieautark“, „Letzte Burnout-Patientin offiziell genesen“, „Letztes Gefängnis zu Konzerthaus umgebaut“ oder „Kindergärten und Seniorenheime sind jetzt Mehrgenerationen-Häuser“.

Wie Post-Wachstum gestaltet werden kann

Schöne Utopien, doch wie können sie Realität werden? Der Gestaltung von (Post-Wachstums-)Wirtschaft und zivilgesellschaftlichem Engagement widmete sich ein kompletter Seminartag. Zunächst zur Theorie – und damit zur Theorie der sozial-ökologischen Transformation. „Diese bedeutet nicht, dass ein bestehendes, ausbeuterisches System und die Privilegien einiger weniger mit neuen Mitteln stabilisiert werden sollen“, erläutert *Nadine Kaufmann*. „Die Lösungen sollen über die heutige Situation hinausweisen.“ Nachhaltigkeit hat Vorrang, Werte und Denkmuster sowie Lebens- und Produktionsweisen müssen sich ändern – angeleitet durch die Frage: Was bedeutet ein gutes Leben für alle wirklich?

Die sozial-ökologische Transformation ist ein demokratischer Prozess, an dem alle teilhaben können. Das bedeutet: Alternativen aufbauen und sichtbar machen, positive Leitbilder vermitteln, den politischen Rahmen schrittweise verändern und heutige Nischen unterstützen, gesellschaftliche Wahrheiten anzweifeln, Bildungsangebote anpassen, Machtfragen stellen und Scheinlösungen thematisieren.

Klingt in der Theorie ganz gut. Doch was hindert uns,

selbst aktiv zu werden und dem immerwährenden Konsum- und Leistungsdruck den Kampf anzusagen? Gründe fanden sich im Seminar-Rund genug: Eigene Gewohnheit, Trägheit und Bequemlichkeit; die Angst vor Verzicht und Verlust, vor Repression oder der eigenen Ohnmacht. Zum Glück wurden auch genügend Antworten auf die Anschlussfrage gegeben: Wie schaffe ich es doch? Gibt es nicht genug Positivbeispiele für gesellschaftlichen Wandel? Oh ja, die gibt es: Vernetzung und die demokratische Mitgestaltung von Planungsprozessen; Transparenz, Bildung und Information; die Möglichkeit, Veränderung positiv zu besetzen und erfolgreiche Projekte zu zeigen – und die reichen von der schrittweisen Ächtung von Plastiktüten und Einwegdosen über die Eröffnung eines Repaircafés vor Ort bis hin zum Atomausstieg. Denn er kommt, langsam zwar, aber er kommt.



Wie lässt sich ein gesellschaftlicher Umbau ökologisch, sozial und demokratisch gestalten? Suche nach Antworten in der Akademie Frankenwarte Foto: Sebastian Haas

Doch was geschieht bereits 2020? Zwei Beispiele aus dem räumlichen Umfeld der *Akademie Frankenwarte* stellten sich vor: *Zukunftshaus* und *Verbraucher-Erzeuger-Gemeinschaft Würzburg*.

Wirtschaft ohne Wachstum im Alltag

Matthias Pieper ist derzeit Geschäftsführer des *Weltladen Würzburg* – und meint: „Wenn alle fairen Handel betreiben, löst man zwar soziale Probleme, aber nicht das Ressourcenproblem.“ Da die Erde uns tatsächlich klare Grenzen setzt und in den Industrienationen große Angst vor Verzicht herrscht, werde technischer Fortschritt immer durch unsere Art des Konsums aufgefressen. „Das Elektroauto, der energiesparende Kühlschrank oder das energetisch sanierte Haus auch in 20 Jahren so zu nutzen wie jetzt – das hilft unserem Planeten auch nicht“, sagt *Pieper*,

und hat deshalb die *Initiative Zukunftshaus* ins Leben gerufen. Das *Zukunftshaus* möchte eine Alternative für Menschen mit hohem ökologischen und sozialen Bewusstsein sein; an einem Ort (den man bereits gefunden, aber noch nicht bezogen hat), bequem zu erreichen und alltagstauglich. Kaufen und mieten, tauschen und reparieren soll hier ebenso möglich sein wie Gastronomie und Co-Working-Angebote. Sozial und ökologisch – das soll hier etwas nicht nur für Personen mit dickem Geldbeutel werden.

Markus Leisegang ist Physiker, aber auch engagierter Förderer einer regionalen und umweltverträglichen Lebensmittel-Erzeugung. Er führte den Seminarteilnehmenden vor Augen, dass der Lebensmittelmarkt weltweit geprägt ist von Marktkonzentration und Marketingkampagnen, von Verarbeitung und Verpackung. Die Fragen in diesem Zusammenhang lauten: Warum bewegen wir Lebensmittel über so weite Strecken? Wieso verkaufen wir so viel Milch ins Ausland, wenn wir gleichzeitig große Mengen einführen müssen, um den Bedarf der Bevölkerung zu decken? Benötigen wir wirklich Trauben im Frühling oder Erdbeeren im Winter? Warum ernten wir unsere Kirschbäume nicht ab? Muss es so viel Kaffee sein? Fakt ist: Umgerechnet auf die genutzte Agrarfläche wird der deutsche Lebensmittelkonsum zu 60% im Ausland be- und erwirtschaftet. 12 Millionen Tonnen Lebensmittel werden hierzulande jährlich weggeworfen. Unfassbare 30 der 50.000 essbaren Pflanzen auf dieser Erde machen 95% der weltweit umgesetzten Nahrungsenergie aus.

Dass es anders gehen kann, beweist die *Verbraucher-Erzeuger-Gemeinschaft Würzburg*: Man setzt auf direkten Kontakt zwischen Erzeuger*innen und Verbraucher*innen in der Region, ermöglicht über einen Solidarbeitrag auch Mitgliedern mit kleinem Geldbeutel den Konsum ökologischer Lebensmittel, bietet Vorträge, Kochabende und Filmvorführungen zu Umwelt- und Naturschutz an. Klingt vernünftig und unterstützenswert, hat aber natürlich auch Haken: Landwirte zum Beispiel, die auf Pestizide verzichten und den Böden Zeit lassen zum Regenerieren, müssen mehr für ihren Ertrag tun (in diesem Falle übrigens auch die Vereinsmitglieder). Und das Risiko für Ernteauffälle ist höher.

Politische Maßnahmen auf dem Weg zum Post-Wachstum

So viel zum Engagement in der direkten Umgebung. Aber auch die große Politik muss die sozial-ökologische Transformation von Anfang an begleiten und gerecht gestalten. Zehn Szenarien auf dem Weg in die Post-Wachstums-Gesellschaft (entwickelt vom Forschungsnetzwerk →

Research & Degrowth) haben die Teilnehmenden des Seminars an der *Akademie Frankenwarte* zu guter Letzt diskutiert und bewertet:

1. Ein Schuldenschnitt für alle (mal abgesehen von denen, die mit ihrem Geld spekulieren);
2. Ein Grund- bzw. Maximaleinkommen;
3. Die optimierte Nutzung von Gebäuden, das Vermeiden von Leerständen, auf dass sich der Immobilienmarkt beruhigt;
4. Die gerechte Aufteilung von Arbeit in Unternehmen – durch Teilzeit, flexible Arbeitszeit und andere Arbeitsmodelle;
5. Die Förderung von alternativen Wirtschaftsformen;
6. Die drastische Reduktion von Werbung;
7. Eine „Grüne“ Steuerreform, die umweltfreundliches Verhalten fördert;
8. Der Stopp umweltschädlicher Subventionen;
9. Die Einführung verbindlicher Emissionsgrenzen für alle, ohne Emissionshandel durch die Hintertür;
10. Die Abschaffung des Bruttoinlandsprodukts als Indikator für den Wohlstand einer Nation.

Sie finden das alles unrealistisch? Das ist es womöglich. Doch, so mahnt *Esther Wawerda* vom *Konzeptwerk Neue Ökonomie*: „Warum sollten diese Ideen unvorstellbar sein? Ich kann mir keine Welt vorstellen, in der in 50 Jahren alles noch ebenso läuft wie jetzt.“ Und genau darum ging es an der *Akademie Frankenwarte*: Sich bewusst zu machen, was wir für unmöglich halten und warum – und dadurch den Spielraum dessen zu erweitern, was möglich sein könnte.

Zum Autor



Dr. Sebastian Haas ist Referent an der Akademie Frankenwarte Würzburg. 2010–2019 verantwortete er die Öffentlichkeitsarbeit der Akademie für Politische Bildung in Tutzing und organisierte Seminare zu Journalismus und Digitalisierung. Er war Aufbauhelfer für das Media Lab Ansbach. Er studierte Geschichte, Politikwissenschaften und Anglistik an der Universität Passau und promovierte über die Wirkungsgeschichte der Preußischen Jahrbücher in der Reichsgründungszeit. Er absolvierte ein Zeitungsvolontariat bei der Passauer Neuen Presse.

sebastian.haas@frankenwarte.de

Interessantes Material zum Thema

Dion, Cyril / Laurent, Mélanie (2016): Tomorrow – Die Welt ist voller Lösungen. Ein Film; www.tomorrow-derfilm.de (Zugriff auf diesen und alle folgenden Links: 20.08.2020)

Herrmann, Ulrike (2020): Nachhaltigkeit im Kapitalismus? Ein Vortrag der Wirtschaftsjournalistin; www.youtube.com/watch?v=1XsTaSz_8H4

Konzeptwerk Neue Ökonomie (Hrsg.) (2013): Zeitwohlstand. Wie wir anders arbeiten, nachhaltig wirtschaften und besser leben. Freiburg: oekom Verlag; <https://konzeptwerk-neue-oekonomie.org/themen/zeitwohlstand/buch-oekom-zeitwohlstand>

Langen, Kristin / Sontheimer, Leonie (2020): Vom Zauber einer Zahl – Die Erfindung des Wirtschaftswachstums. Zeitfragen-Feature; www.ardaudiothek.de/zeitfragen-feature/vom-zauber-einer-zahl-die-erfindung-des-wirtschaftswachstums/74718794

Schmelzer, Matthias / Vetter, Andrea (2019): Degrowth/Postwachstum zur Einführung. Hamburg: Junius Verlag; www.junius-verlag.de/Programm/Degrowth-Postwachstum-zur-Einfuehrung.html

Tagesspiegel Causa (2020): Schlägt in der Krise die Stunde der Postwachstumsökonomie – eine Debatte; <https://causa.tagesspiegel.de/gesellschaft/schlaegt-in-der-krise-die-stunde-der-postwachstums-oekonomie>

Ausgewählte, weiterführende Links

- www.netzwerk-oekonomischer-wandel.org
- www.regiogeld.de
- www.degrowth.net
- www.foodsharing.de
- www.teamglobal.de
- www.globaleslernen.de
- www.wir-haben-es-satt.de
- www.mehr-demokratie.de

Rezensionen

Philip Manow: (Ent-)Demokratisierung der Demokratie

Ein Essay



Berlin 2020
edition suhrkamp, 215 Seiten

VON PAUL CIUPKE Eine Krise der Demokratie wird schon länger und in unterschiedlicher Ausdeutung diagnostiziert. Auf den ersten Blick scheint der Bremer Politikwissenschaftler Philip Manow nur eine weitere Facette hinzuzufügen. Sein im essayistischen Stil gehaltener und bisweilen auf den ersten Blick sonderbar argumentierender Beitrag enthält aber interessante Beobachtungen, Perspektivwechsel und Thesen, schlägt einige Volten und enthält auch Widersprüche, aber all dies macht die Lektüre umso lohnenswerter, auch weil so manche verbreitete und mittlerweile stereotyp gewordene Interpretation hinterfragt wird. Dazu gehört u. a. das Paradigma von der Postdemokratie, das die Aushöhlung bzw. Okkupation demokratischer Formen durch technokratische und wirtschaftliche Eliten konstatiert: Die Demokratie inszeniert sich zwar noch als solche, ist aber längst nur noch ein Schatten derselben.

Manows Gegenthese lautet, dass das aktuelle Problem unter anderem in einer zum Teil paradox verlaufenden Demokratisierung der Demokratie besteht, also in einer Steigerung des inhärenten Potenzials der Freisetzung von Mitsprache- und Anerkennungsansprüchen in der Gesellschaft und in den politischen Parteien.

Er demonstriert das zum einen am Beispiel der Parteiendemokratie. Parteien zerlegen sich und ihre erprobten Kommunikationswege, es erfolgt eine sukzessive Zerstörung von innen aber auch unterstützt von außen etwa durch die sozialen Medien. Manow erläutert dies anschau-

lich am Beispiel der Labour-Partei in Großbritannien, der Republikaner in den USA, der SPD und an der teilweisen Implosion des Parteiensystems in Frankreich. In den USA z. B. kann die republikanische Partei offenbar ihre Nominierungsverfahren kaum mehr steuern, der später erfolgreiche Präsidentschaftskandidat Trump machte eine Politik an der Partei vorbei in den verschiedenen Medienöffentlichkeiten.

Auch werden in manchen westeuropäischen Gesellschaften die Parteien durch die zunehmende Entkopplung von (traditionellen) Milieus und aufgrund ihrer engen Verwobenheit mit dem Staat und den damit verbundenen Kompromissen immer weniger unterscheidbar. Gleichzeitig verschärfen sich aber die Konflikte innerhalb der Parteien. Die SPD etwa hat eine zunehmende Zahl an Mitgliedervoten praktiziert und versucht, so die parteiinterne Demokratie und Legitimationsbasis zu stärken, was Manow umgekehrt aber auch als eine Entfernung der Partei von der Gesellschaft und eine Schwächung der Parteienkonkurrenz interpretiert. Denn mit der Inflation der innerparteilichen Selbstbefragungen werden die bisherigen Zwischenstufen von Kontrolle und Rücküberlegungen zunehmend ausgeschaltet.

Diese Entwicklungen werden zusätzlich von der Dominanz der Netzmedien befeuert, denn diese üben inzwischen „die Herrschaft über die Themenagenda“ (S. 114) aus. Der Diskurs ist gewissermaßen ortlos geworden, findet immer weniger Rückbindung in die traditionellen kleinen Öffentlichkeiten, wo reale Kommunikation inzwischen auch über eine Twitterwall simuliert wird. Der innere Aufbau öffentlicher Diskurse ist aus der Balance geraten, Formen der Kontrolle und des Abcheckens, um Themen und Probleme kommunikativ und interaktiv einzuhegen, verflüchtigen sich immer mehr.

Die Demokratisierung der Demokratie bringt nicht nur mehr Partizipation hervor, sondern auch den „Pöbel“. Der Begriff Pöbel rekurriert auf das lateinische Wort *Populus* bzw. *Plebs*, das ist das gemeine Volk. In einem Rückblick erläutert Manow die historischen Ausschlüsse der Unterschichten, das Volk war zweigeteilt in den Teil, der Mitspracherechte reklamieren konnte, und einen Teil – eben den Pöbel –, der draußen gehalten werden sollte. Demokratie kennt immer auch die ständige Wiederkehr gerade derjenigen Kräfte, die sich nicht wiederfinden im System →

des Austarierens von Interessen und anerkennungsfähigen handlungsleitenden Normen: ein Kampf um die Grenzen des Repräsentierbaren bzw. Repräsentierten und Nichtrepräsentierbaren bzw. Nichtrepräsentierten. Manow erinnert an den Lynchmob der Französischen Revolution, an die alten Ängste vor den Massen, was dazu führte, dass man sehr wohl überlegte, wie man diese kontrollieren oder marginalisieren konnte. Der heutige Pöbel aber, so Manow, greift die Demokratie im Namen der Demokratie an. Ein Dilemma? Es ist aus seiner Sicht eine „Konsequenz der massiven Ausweitung politischer Partizipationschancen“ (S. 13).

Es wird aber nicht überzeugend klar, warum der Autor den äußerst ambivalenten, sehr auf politische Distinktion gerichteten Begriff des Pöbels aus der Geschichtskiste holt. Die Verteidigung der repräsentativen Demokratie, aber auch die Warnung vor den Massen, ist eigentlich eine Domäne der liberal-konservativen Seite gewesen, während die linken, linksliberalen und grünen Kräfte für weitere Demokratisierungsprozesse, mehr Partizipation und stetige Öffnung politischer Institutionen zur zivilen Gesellschaft eintraten. Manow kann zwar plausibel machen, dass immer öfter in den Sphären der Öffentlichkeit und der politischen Institutionen die mäßigenden Filter und überprüfenden Instanzen fehlen, er merkt auch an, dass die Verachtung der Politik zugunsten des Politischen (also der sozialen Bewegung und des Protestes) anwächst, aber soll man das jetzt auch als Plädoyer gegen eine deliberative Politik und den nachhaltigen Einbezug der Zivilgesellschaft in die politischen Diskurse lesen?

Sicher gilt es naive oder gar identitäre Demokratieverständnisse zu dekonstruieren und praktisch zu meiden. Manow sensibilisiert für die Gefahren unkontrollierter Öffnungen und verweist darauf, dass politische Kompetenzen auch eingeübt und reflektiert werden müssen. Das ist eine wichtige Aufgabe für die Akteure im Feld der politischen Bildung, in dem mitunter ein simples und unbekümmertes Partizipationsverständnis kultiviert wird.

Everhard Holtmann (Hrsg.): Umdeutung der Demokratie Politische Partizipation in Ost- und Westdeutschland



Frankfurt / New York 2019
Campus Verlag, 374 Seiten

VON KLAUS WALDMANN Die Demokratie ist elementar auf die Unterstützung durch Bürger*innen angewiesen. Die Zufriedenheit damit, wie die Demokratie funktioniert, und die Einstellung zur Demokratie als System sind wichtige Gradmesser für Anerkennung und Legitimation demokratischer politischer Systeme. Nach den Landtagswahlen zwischen 2015 und 2017 sowie der Bundestagswahl 2017 hat der Arbeitsstab für die neuen Bundesländer im Bundeswirtschaftsministerium eine Gruppe um den Hallenser Politikwissenschaftler Everhard Holtmann beauftragt, in einer Studie Formen politischer Partizipation in Ost- und Westdeutschland zu untersuchen.

Die Studie wurde zwischen 2017 und 2019 durchgeführt. Leitende Fragestellung war, ob das unterschiedliche Wahlverhalten in Ost und West verschiedenen Motivlagen entspricht und ob sich jenseits der Wahlergebnisse im Bereich der politischen Partizipation in Ostdeutschland Einstellungen und Verhaltensmuster identifizieren lassen, die sich von denjenigen in Westdeutschland unterscheiden.

In sieben unterschiedlich umfangreichen Kapiteln werden Indikatoren der Untersuchung begründet, politikwissenschaftliche Bezugsmodelle sowie Ergebnisse präsentiert und erläutert. Äußerst hilfreich für die Arbeit mit der Studie ist, dass nach jedem Kapitel jeweils ein Zwischenergebnis formuliert wird, das die Essentials aus Sicht der Autor*innen festhält.

Die Analyse von Kommentaren in Zeitungen zu Wahlergebnissen in Ostdeutschland, zeigt, dass das Wahlverhalten mit den Motiven der Unzufriedenheit, fehlender Bürgernähe und dem Gefühl, auf politischer Ebene nicht

hinreichend repräsentiert zu sein, erklärt wird. Im Längsschnitt sehen die Autor*innen der Studie durchaus konvergente Tendenzen der politischen Partizipation in Ost und West. Für den Osten wird allerdings ein größeres Responsivitätsdefizit (Offenheit der Politik für Interessen, Wahrnehmung und Anerkennung von Anregungen) und ein geringeres Vertrauen in Regierung, Parteien und Politik festgestellt. In Ostdeutschland äußern sich im Jahr 2018 mit 20,3 % nur etwa halb so viele Menschen wie im Westen mit 38,5 % (S. 126) als zufrieden mit der Demokratie, wie sie bei uns funktioniert. Allerdings wird die Demokratie als Idee von 90 % im Westen und von 85 % im Osten befürwortet.

Die Autorengruppe interpretiert diese Unterschiede vor dem Hintergrund der These des doppelten Transformationschocks. Der erste ist mit den krisenhaften Prozessen nach der Vereinigung insbesondere im Wirtschaftssystem in Ostdeutschland verbunden, der zweite Schock ist durch die Finanzkrise 2008/2009 ausgelöst. Nach einem mühsamen Prozess der Stabilisierung stellte die Krise des Finanzsystems das Erreichte in Frage und weckt Angst vor Verlusten. Sozialstaatliche Leistungen minderten dieses Gefühl, doch spätestens mit dem enormen Anstieg der Zuwanderung 2015/2016 seien die Ängste und Befürchtungen im politischen Raum (z. B. durch Pegida und Zustimmung zur AfD) öffentlich geworden. Deutlich wird, dass insbesondere von Bürger*innen im Osten die Daseinsvorsorge als zentrale Aufgabe der Politik betrachtet wird. Im Vordergrund ständen Wünsche nach Sicherheit und Gerechtigkeit. Mit 51 % haben überdurchschnittlich viele Ostdeutsche den Eindruck, dass es im Land „nicht gerecht zugeht“ und 40 % der Ostdeutschen sind der Meinung, dass sie weniger als ihren gerechten Anteil erhielten.

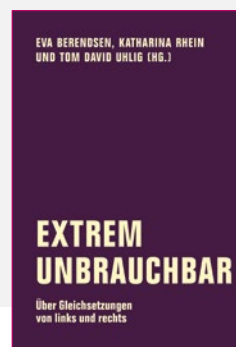
Besonders interessant zur Erklärung der Bereitschaft zur politischen Partizipation ist ein Kapitel zu den Effekten des Lebensumfelds für die Beteiligung. Die These ist, dass Anreize für politische Aktivitäten aus dem lokalen Umfeld kommen oder dort auf Hemmnisse treffen. Für eine lebensweltorientierte politische Bildung sind hier viele Anregungen zu gewinnen. Problematisiert wird in der Studie auch, dass es in Ostdeutschland kaum intermediäre Organisationen gibt, die Meinungen und Interessen bündeln können. Darin sehen die Autor*innen die Vorstellung der Bürger*innen begründet, sich unmittelbar an die Politik wenden zu müssen oder die Erwartung verankert, dass die Politiker*innen direkt mit ihnen kommunizieren müssen. „Umdeutung“ der Demokratie bedeutet, dass Ostdeutsche die Wahl nutzen, um Ärger, Protest und Unzufriedenheit

zum Ausdruck zu bringen, eher als zu einer regierungsfähigen Mehrheit im Parlament beizutragen.

In der Studie werden zahlreiche weitere Faktoren (Umbruchs- und Transformationserfahrungen, Relevanz von Gemeindetypen oder der Mediennutzung) betrachtet, die Einfluss auf die politische Partizipation haben, die in dieser Rezension nicht ausführlicher gewürdigt werden können. Die Studie ist eine Fundgrube an Erkenntnissen zur Erklärung politischen Engagements, von Protest oder Nichtwahl. Beim Lesen ist allerdings etwas Geduld erforderlich, um die zahlreichen Indikatoren in ihren Wechselverhältnissen und die identifizierten Unterschiede in ihrer Differenziertheit einordnen zu können.

Eva Berendsen / Katharina Rhein / Tom David Uhlig (Hrsg.): *Extrem Unbrauchbar*

Über Gleichsetzungen von links
und rechts



Berlin 2020
Verbrecher Verlag, 304 Seiten

VON TIM KLAUSGRABER Das Buch „Extrem unbrauchbar – Über Gleichsetzungen von rechts und links“ versammelt vielfältige Essays von Autoren*innen unterschiedlicher Professionen, die am Phänomen der „Extremismustheorie“, die auch als „Hufeisentheorie“ bekannt ist, eine umfassende Kritik vollziehen. Diese „Extremismustheorie“ greift das politische Links-Rechts-Schema auf, um jede gesellschaftspolitische Regung zu verorten und zu bewerten. In der ausformulierten „Extremismustheorie“ aus dem Umfeld des „Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung“ finden sich an den jeweiligen linken und rechten Enden die Extreme, die auf die Zerstörung der demokratischen →

Mitte hinwirken. Zur Verdeutlichung dieses Extremismus wird die vorhandene Achse zu einem Hufeisen verbogen, dessen Enden sich aufeinander zubewegen. Das Bild suggeriert die Nähe von Links- und Rechtsextremismus zueinander. Zugleich setzt es den Scheitelpunkt des Hufeisens mit der gesellschaftlichen Mitte gleich, mit der Folge, dass das linke und das rechte Ende in gleicher Distanz zur Mitte liegen (Äquidistanz). Die Folgen der unkritischen Anwendung dieses Analysewerkzeugs erzeugen ein permanentes Bedrohungsszenario für die sogenannte Mitte und eine Gleichsetzung von Linksextremismus und Rechtsextremismus. So einfach das Bild ist, so absurd ist das, was daraus folgt: „Die Extremismustheorie behauptet (...), es gäbe eine Mitte der Gesellschaft, die völlig unbedenklich im Einklang mit allen demokratischen Ansprüchen sei, während sich alle Probleme an linken und rechten Rändern verorten ließen, die es folglich in gleicher Weise zu bekämpfen gälte. Dass die einen auf die vollständige Abschaffung der Demokratie zielen und die anderen versuchen, im Kern demokratische Ansprüche auszuweiten, spielt in dieser Logik keine Rolle.“ (S. 81)

Das vorliegende Buch gliedert sich in eine Einleitung und fünf Kapitel, die wiederum in unterschiedlichen Beiträgen die Besonderheiten der „Extremismustheorie“ kritisch ausleuchten. Das erste Kapitel „Eine Theorie, die keine ist“ unternimmt eine Einordnung der „Extremismustheorie“. Dabei wird verdeutlicht, dass der Anspruch, eine Theorie zu sein, durch die mangelnde Differenzierung grundlegender Begriffe und die Vermeidung einer Einbettung in bestehende wissenschaftliche Diskurse, nicht erfüllt wird. Im Nachvollziehen der historischen Einbettung werden die Wurzeln des Hufeisenmodells in der völkischen Ideologie offensichtlich.

Das zweite Kapitel „Im Dickicht der Institutionen“ enthält Beiträge zur aktuellen Rezeption der „Extremismustheorie“. Die Beiträge veranschaulichen an zahlreichen Beispielen, dass die „Extremismustheorie“ eingesetzt wird um den Kampf gegen rechts zum Erliegen zu bringen. Dies ist auf den formelhaften und inhaltsleeren Umgang mit zentralen Begriffen der Theorie als Analysewerkzeug zurückzuführen. Hervorzuheben ist der Beitrag „Das hat nichts mit dem Islam zu tun“ (S. 155 ff.), der die Unsinnigkeit des Versuchs nachzeichnet, islamistischen Extremismus über die „Hufeisentheorie“ greifbar zu machen.

Das dritte Kapitel „Das Recht des Stärkeren“ vertieft besondere Aspekte der Extremismustheorie im Hinblick auf die Verfassung. Dabei werden die Konzepte der „freiheitlich demokratischen Grundordnung“ und der „wehrhaf-

ten Demokratie“ untersucht. Sie stellen zentrale Anknüpfungspunkte für die „Extremismustheorie“ im Grundgesetz dar. Die Analyse bestätigt den postulierten Extremismusbegriff als „ein Einfallstor für reaktionäre Kräfte, um den Handlungsmöglichkeiten einer emanzipatorischen Politik Schranken zu setzen“ (S. 177).

Das vierte Kapitel „Mythos Mitte“ untersucht den Bereich des Hufeisenmodells, an dem die Demokratie zuhause sein soll. Dabei wird die Einflussnahme der „Neuen Rechten“ auf die Mitte thematisiert. Deren grundlegende Diskursstrategien werden skizziert, wobei deutlich wird, dass es sich bei der „Neuen Rechten“ eindeutig um demokratiefeindliche Kräfte handelt. Die weiteren Essays bieten vertiefende Auseinandersetzungen mit dem sozialen Gefüge der gesellschaftlichen Mitte. Eine gendertheoretische Analyse offenbart „(d)ie Extremisierung der ‚Anderen‘ als diskursive Strategie“ (S. 244) der Rechten um die Deutungshoheit über den „richtigen“ Gebrauch von Freiheitsrechten zu erlangen.

Das abschließende fünfte Kapitel „Nachtritt“ versammelt satirische Blüten und Betrachtungen zum „Links-Rechts-Spektrum“ und lädt zum weiteren Nachdenken ein.

Der Sammelband bietet eine anregende Lektüre und bisweilen erschütternde Einsichten. Die Essays sind so kurzweilig wie lesenswert und eignen sich gut zum Einstieg in das Thema. Doch auch für Leser*innen mit Vorkenntnissen bietet das Buch ein sehr gutes Kompendium mit originalen Beiträgen, die es dank der umfangreichen Anmerkungen leichtmachen, tiefer in die Materie einzusteigen. Der politischen Bildungspraxis ist das Buch beim derzeitigen Hype um die Extremismusprävention ebenfalls zu empfehlen. Die Lektüre ist zwar bisweilen aufwühlend, aber das ist angesichts des Themas unvermeidlich.

Naika Foroutan: Die postmigrantische Gesellschaft

Ein Versprechen der pluralen Demokratie



Bielefeld 2019
transcript Verlag, 279 Seiten

VON NORBERT REICHEL Der erste Satz diagnostiziert: „Die deutsche Gesellschaft ist polarisiert.“ Die gesellschaftlichen Debatten zeugen von „Gereiztheit“, es gibt „eine teilweise dystopische Stimmung (...) in akutem Identitätsstress.“ Als Ursachen gelten u. a. „Globalisierungängste“, „Elitenkritik“, „Islamisierungängste“ (S. 11 f.).

Naika Foroutan bietet einen ausgezeichneten Überblick über Forschungslage und politische Debatten aus der Perspektive des Themas „Migration“, die „nach demographischen Parametern zu einem Wesensmerkmal der gesellschaftlichen Realität geworden“ ist. (S. 73) Sie möchte die Bedeutung des Themas relativieren, denn „die große Gereiztheit liegt vielmehr daran, am eigenen Anspruch einer weltoffenen, aufgeklärten Demokratie zu scheitern. Die Migration ist dabei der Spiegel, in dem wir diese Gewissheit erkennen: Wir sind hässlich geworden und wir schieben die Wut auf den Boten, der uns das übermittelt.“ (S. 13)

Die Autorin definiert den Begriff des „Postmigrantischen“ neu, den Shermin Langhoff im Berliner Ballhaus Naunynstraße eingeführt und popularisiert hatte. „Das Postmigrantische verweist auf eine stetige Hybridisierung und Pluralisierung von Gesellschaften, die zwar nicht allein durch Migration erzeugt, jedoch an ihr entlang verhandelt werden.“ (S. 49) Ihr geht es nicht um das (Selbst-)Bewusstsein der zweiten und dritten Generation ein- und zugewanderter Menschen, sondern um das unerfüllte Gleichheitsversprechen demokratischer Gesellschaften. „Die Gesellschaft scheitert nicht an der Migration – sondern post-migrantisch: am Umgang mit der Gleichheitsfrage, die durch die Migration *pars pro toto* gestellt wird.“ (S. 215)

Es geht um „Pluralität“ und die Auflösung von Hierarchien zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, nicht nur zwischen Migrant*innen und Nicht-Migrant*innen, auch zwischen Männern und Frauen, West- und Ostdeutschen, Stadt- und Landbewohner*innen. „Pluralität“ und die damit verbundene Anerkennung der Rechte von Minderheiten sowie soziale Gleichheit sind somit zwei Seiten derselben Medaille.

Solange Migrant*innen sich unterordnen, werden sie akzeptiert. Ein gängiges Beispiel ist das Kopftuch, das bei Putzfrauen nicht problematisiert wird, wohl aber bei Frauen, die in der sozialen Hierarchie aufsteigen möchten. (S. 96 ff.) „Wenn diese ‚neuen‘ Deutschen aufsteigen, in Führungspositionen gelangen, ihre Kinder Bildungsaufstiege verzeichnen und sie die Popkultur, Politik und Zivilgesellschaft mitprägen, dann führt das nicht automatisch zu einer Erhöhung von Akzeptanz. Vielmehr kann das mit Konkurrenz- und Verteilungskampf einhergehen und weitere soziale Spannungen erzeugen.“ (S. 156)

Diese Entwicklung nennt Naika Foroutan u. a. in Anlehnung an Axel Honneth ein „normatives Paradox“. Die plurale Demokratie verspricht Gleichheit, die sie „empirisch nachweisbar nicht gewährt“ (S. 23). „Dieses wirkt auf die migrantischen Kinder demotivierend, behindert Aufstiegsträume und führt zu Abkapselung. Gleichzeitig wird dagegen rebelliert. Das normative Paradoxon erzeugt somit eine Spannung in der postmigrantischen Gesellschaft.“ (S. 88) „Anti-Liberalität“ wird mehrheitsfähig, weltweit (S. 14 ff.) und in Bestätigung des Tocqueville-Paradoxes unabhängig davon, ob der Wohlstand steigt (S. 27 f.). „Die Maxime scheint also weniger ‚Gleichheit für alle‘ (...) zu sein als vielmehr ‚Mehr Gleichheit für mich und meinesgleichen und weniger für die Fremden und ihre Kinder!‘“ (S. 170 f.)

Das „normative Paradox“ ließe sich auflösen, wenn wir lernten, besser mit „Ambivalenz“ und „Uneindeutigkeit“ umzugehen. Naika Foroutan bezieht sich u. a. auf Thomas Bauer und Jürgen Habermas, „Pluralität“ nicht „als Unordnung“ (S. 116), sondern als Chance zu verstehen: „Jene, die mit der Hybridisierung und Ambivalenz besser umgehen können, sind auch stärker bereit Pluralität progressiv zu begreifen, während die gleiche soziale Realität anderen Angst macht oder aggressiv abgewehrt wird.“ (S. 123)

Zu wünschen wäre die Entwicklung von „Allianzen der Mitte“, die es in der Zeit der sogenannten „Willkommenskultur“ gab (S. 209 f.). Abschottung und Exklusion gefährden die Demokratie. Sie schüfen allenfalls das, was Amyrta Sen „pluraler Monokulturalismus“ nannte. →

Angesichts der absehbaren Klimaveränderungen und einer aggressiven Ausbeutungspolitik der Länder des Südens durch die wirtschaftlichen Großmächte USA, Europäische Union und China erleben wir zurzeit nur Vorboten der Migrationsbewegungen und Verteilungskämpfe der Zukunft. Viele Migrant*innen erreichen nur andere Regionen ihres Landes, manche ihr Nachbarland, eine geringe Zahl Europa, die USA, Kanada, Australien, Neuseeland. Das, was zwischen Staaten auszuhandeln ist, gilt für jeden einzelnen Staat und umgekehrt. Liberalität ist unteilbar. Das „normative Paradox“ bleibt, der Weg zur „Ambiguitätstoleranz“ (Thomas Bauer) ist noch lang.

Andreas Kost / Peter Massing / Marion Reiser (Hrsg.): Handbuch Demokratie



Frankfurt am Main 2020
Wochenschau Verlag, 368 Seiten

VON KLAUS WALDMANN Die Demokratie ist seit einigen Jahren massiv unter Druck geraten. Demokratiefeindliche und rechts-populistische Kräfte nutzen aktuelle Krisen, um danach zu streben, zentrale Grundlagen der Demokratie wie Gleichheit, Freiheit und Gerechtigkeit einzuschränken. Gleichzeitig gibt es eine breite Debatte um die Krise der Demokratie, die sich auf Konzepte der Post-Demokratie, der simulativen Demokratie bezieht, zunehmende Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie konstatiert und konstatiert, dass untere sozialen Schichten von demokratischer Teilhabe exkludiert sind oder sich exkludiert haben.

In diesen Kontext ist das ambitionierte Projekt eines Handbuchs Demokratie einzuordnen. Die Beiträge folgen einem systematischen Konzept, das von der Ideengeschichte, über Kernbegriffe der Demokratie, den Typen moderner

Demokratien, dem Demokratiemodell in Deutschland, Fragen der Europäisierung der Demokratie, nach der Zukunft der Demokratie bis hin zur Relevanz von Politikdidaktik und politischer Bildung für demokratische Gesellschaften reicht. Die Publikation enthält ein umfangreiches, gemeinsames Literaturverzeichnis und ein die vielfältigen Aspekte der Demokratiedebatte erschließendes Sachregister, was für die Nutzung des Bandes in der politischen Bildung, aber auch in alltäglichen Debatten äußerst hilfreich ist.

Demokratie wird als dynamisches System gezeigt, das aufmerksame Sorge benötigt, da sie wohl nie ihren perfekten Zustand erreicht, sondern aufgrund gesellschaftlicher, technologischer und kultureller Veränderungen immer weiterentwickelt werden muss. Eine kritische Debatte, Kontroversen über politische Fragen sind das Lebenselixier einer vitalen Demokratie, es bedarf einer kontinuierlichen diskursiven Auseinandersetzung um Grundlagen, Gestaltung und Teilhabe in der Demokratie. Sie ist also keine fixierte Herrschaftsform, sondern bleibender Auftrag (S. 57).

Im Anschluss an die Einleitung gibt Bernd Ladwig einen pointierten und informativen Überblick über die Geschichte der Idee der Demokratie von der Versammlung in der Antike auf der Agora über Ansätze der Gewaltenteilung bis hin zu repräsentativen Modellen in den Flächenstaaten moderner Gesellschaften. Als Kernelemente einer Demokratie bestimmt Franziska Martinsen eine Verfassung, die Garantie von Grundrechten und die Entscheidungsfindung in kollektiven Prozeduren (Wahlen, Abstimmungen) und lässt die Frage nach den Subjekten in der Demokratie aufscheinen.

Frank Decker befasst sich mit demokratischen und nicht-demokratischen Regierungsformen. Er differenziert zwischen liberalen Demokratien, hybriden quasi autoritären Regimen und totalitären Systemen bevor er in einem weiteren Beitrag auf die Unterschiede zwischen parlamentarischen, präsidentiellen und semipräsidentiellen Regierungsformen eingeht. Andreas Kost analysiert die Konzepte der direkten und repräsentativen Demokratie und vertritt die These, dass in modernen, komplexen Gesellschaften die unterschiedlichen Elemente direkter Demokratie das System der repräsentativen Demokratie nur ergänzen könnten, Parlamentarier würden in allgemeinen und freien Wahlen gewählt. Für die Prozesse der Entscheidungsfindung und der Konfliktregelung in Demokratien interessiert sich Marcel Solar. Er untersucht Modelle der Konsens- und der Mehrheitsdemokratie und damit auch, wie Macht in Demokratien ausbalanciert wird. Nach dem reinen Mehrheitsprinzip würde sich die Mehrheit immer

durchsetzen in Konsensdemokratien würden verschiedene Akteure und Ebenen – z. B. in föderativen Systemen – in die Entscheidungsfindung einbezogen. Auf diese Weise würde Macht in Demokratien ausbalanciert, jedoch bekämen auch sogenannte Vetoplayer Gewicht.

Das Demokratiemodell der Bundesrepublik Deutschland wird im umfangreichsten Kapitel in mehreren Beiträgen differenziert dargestellt. Es geht um historische Grundlagen, die grundlegenden Prinzipien des Grundgesetzes werden interpretiert, das Institutionengefüge im Regierungssystem erläutert, die Relevanz der kommunalen und regionalen Ebene herausgearbeitet. Aufgezeigt wird die Bedeutung intermediärer Organisationen und sozialer Bewegungen für die Demokratie, aspektreich wird geschildert, wie die Demokratie in einer Einwanderungsgesellschaft und durch die europäische Einigung herausgefordert wird. Das Kapitel Zukunft der Demokratie widmet sich der Debatte um die Postdemokratie, der Veränderung demokratischer Öffentlichkeit durch Social Media und empirischen Befunden zur Krisendebatte der Demokratie.

Zum Abschluss des Bandes greift Peter Massing die Frage nach der Rolle der Bürgerin und des Bürgers auf und argumentiert, dass die Demokratie politische Bildung braucht. Nach einem knappen Durchgang durch zentrale Debatten der politischen Bildung seit den 1950er Jahren, plädiert er für eine Hinwendung zur politischen Realität und zu einem komplexen Demokratiemodell als Bezugssystem. Erst auf dieser Grundlage könne sich eine notwendige Systemkritik entwickeln, die eine Weiterentwicklung der Demokratie befördere.

Das Handbuch ist ein gewichtiges Werk zum Verstehen der modernen liberalen Demokratie in ihrer Komplexität und ihrem Anspruch einer gleichen Beteiligung aller. Es bietet eine facettenreiche, kundige und instruktive Darstellung der vielfältigen Formen demokratischer Systeme und eröffnet eine Vielzahl an Perspektiven auf Grundlagen, Funktionsweisen und Herausforderungen der Demokratie. Für alle, die sich in politischer Bildung und Demokratiebildung engagieren und in den Debatten um Demokratie informiert Position beziehen wollen, ist es ein sehr empfehlenswerter Beitrag für die Auseinandersetzung mit Populismus, mit Ideen der illiberalen Demokratie und autoritären Systemen.

Valentin Dander / Patrick Bettinger / Estella Ferraro / Christian Leineweber / Klaus Rummeler (Hrsg.): Digitalisierung – Subjekt – Bildung

Kritische Betrachtungen der digitalen Transformation



Opladen u. a. 2020
Verlag Barbara Budrich,
280 Seiten

VON SEBASTIAN HAAS Was kann aus einer Arbeitsgruppe bei einem Kongress von Erziehungswissenschaftlern nicht alles entstehen – ein Sammelband über den „diffusen (Diskurs-) Gegenstand Digitalisierung in seinen mannigfaltigen Verflechtungen“ zum Beispiel, gespickt mit „theoretischen, dezidiert kritischen Perspektiven (...)“, die bildungspolitisch kaum Gehör finden“ (S. 7). Zwölf Beiträge beschäftigen sich mit den Mechanismen digitaler Transformation, deren Tendenz zur Vereinnahmung kompletter wirtschaftlicher und technischer Prozesse, deren umwälzender Wirkung auf Gesellschaft, Medien und Institutionen aller Art – und dem Verhältnis des einzelnen Menschen dazu, der doch irgendwie darauf reagieren muss.

Die Bildung kommt ins Spiel, da jede/r auf die Digitalisierung des gesamten Lebens vorbereitet werden muss – und die Bildung selbst digitalisiert wird. „Sofern wir jedoch in Wissenschaft und Bildungspraxis weiterhin auf eine Gesellschaft hinarbeiten wollen, die sich Setzungen wie Gleichheit, Mitbestimmung und Solidarität verschreibt, bliebe weiterhin die Frage zu bearbeiten, auf welche Weise in diesen Widersprüchen Kritik, Subversion und Gestaltbarkeit der Umstände behauptbar bleiben können. (...) In welchem Verhältnis steht Transformation als Bildungsanforderung zu einem ‚Position-Beziehen‘ als Bildungsziel? In welchen Erfahrungsräumen können widerständige, subversive, kritische Praktiken erlebt und geübt werden?“ (S. 12) Die Autor*innen stellen mehr Fragen, als sie selbst →

beantworten können – und schaffen so den Raum für neue Ideen und weitere Diskussionen über Kapitalismuskritik, Handlungsmacht in digitalen Öffentlichkeiten, Gaming und Partizipation, ästhetische Medienkritik, Medienpädagogik und die Praxis wissenschaftlichen Publizierens. Im Folgenden weitere Beispiele:

Estella Ferraro untersucht, wie sich Subjekte in Anbetracht ewiger Speicherung digitaler Daten selbst positionieren (S. 57 ff.). Denn die eigene Meinung kann sich ja ändern – das Netz aber vergisst selbst die kleinste öffentliche Äußerung aus womöglich lange vergangenen Zeiten nicht. Kritik wird erschwert, weil die Bedingungen des Digitalen gleichsam das Recht auf Vergessen behindern und Momente ewiglich machen können. Menschen reagieren mit Selbstzensur, Anonymisierung und einem Gefühl, sowieso nicht mehr Herr*in über eigene Daten zu sein – und spätestens hier wird es dann „demokratiepolitisch bedenklich“.

Allesandro Barberi und Christian Swertz zeigen Größe (S. 77 ff.) – nämlich in Bezug auf die Denker, an denen sie sich in ihrem Beitrag orientieren: Über Horkheimer, Adorno, Weber, Bourdieu, Benjamin und viele weitere führt der Weg zur Erkenntnis, wie sich eine individuelle und auch kollektive Souveränität in digitalen Strukturen erhalten kann – durch Medienaktivismus, Widerstand, Subversion und politisches Handeln nämlich. Die Konsequenz ist ein „Medienkompetenzbegriff, der zentral auf einem Dualismus zwischen öffentlicher Kritik und privater Gestaltung von Medien, Macht, Herrschaft und Ideologie aufbaut“ (S. 14).

Maximilian Waldmann geht in seinem Beitrag auf Fake News ein, die viel mehr sind als gezielte Falschmeldungen, nämlich „ein aktuelles Problem, das gesellschaftliche, digital-mediale, wahrnehmungs- und gruppenpsychologische sowie letztlich auch politische Dynamiken umfasst“. Sie bieten daher Gelegenheit „für die Auseinandersetzung mit der eigenen Verstrickung in mediale Dynamiken“ (S. 98) und letztlich für ein politisches, die eigene Rolle ständig hinterfragendes Verständnis von Medienbildung. Denn kein Faktencheck dieser Welt kommt zum Beispiel an gegen den „Fake“-Diskurs um angeblich gewalttätige muslimische Männer, gegen dessen Täuschungsabsichten und dessen Versuch eines exklusiven Community-Buildings.

Ann-Kathrin Stoltenhoff und Kerstin Raudonat widmen sich digitalen Gestaltungsmöglichkeiten aus der Perspektive des Cyber-Feminismus (S. 118 ff.). Diskutiert werden institutionell verankerte Angebote und neue Praktiken im World Wide Web, um technisch-mediale sowie Diskursfähigkeiten von Frauen zu fördern. Vor allem aber zeigen die Autorinnen, dass antifeministische Attacken auf solche

Initiativen noch viel zu gleichgültig hingenommen werden. Vor diesem Hintergrund ist die Schlussfolgerung äußerst pragmatisch: Trotzdem weitermachen!

Heidrun Allert berichtet aus einer Studie über sogenannte digitale Nomaden, die ein selbstbestimmtes Leben möglichst außerhalb staatlichen Zugriffs und Ländergrenzen führen – aber dennoch mit den Widersprüchen ihres Lebensmodells leben müssen. Sie sind nämlich enorm abhängig, zum Beispiel von technischen Infrastrukturen und den daten-kapitalistischen Erlösmodellen der Online-Plattformen von Amazon über YouTube bis Instagram. Allert stellt spannende Überlegungen darüber an, „welche Praktiken der Digitalisierung in öffentlichen Bildungseinrichtungen eingesetzt werden können“ (S. 16), um auf „Individualisierung, Privatisierung, Entstaatlichung und Internetökonomie“ (S. 209) zu reagieren – und so den Lebensmodellen digitaler Nomaden solche entgegensetzen, die sich „Demokratie und Gemeinschaftlichkeit“ (S. 16) verschreiben.

Anja Hirsch: Gemeinwohlorientiert und innovativ?

Die Förderung politischer Jugendbildung durch unternehmensnahe Stiftungen



Bielefeld 2019
transcript Verlag, 304 Seiten

VON NORBERT TILLMANN Die zentrale These von Anja Hirsch in der hier vorliegenden Dissertation lautet: Die unternehmensnahen Stiftungen in Deutschland tragen mit ihrem Bildungsprogramm für benachteiligte Jugendlichen zur Aufrechterhaltung bestehender Herrschaftsverhältnisse bei. Die Autorin hinterfragt die angeblich neutrale Rolle,

wie z. B. die der Bertelsmann-Stiftung, bei der Förderung sogenannter sozial benachteiligter Jugendlicher mit dem Anspruch soziale Ungleichheiten abzubauen.

Dabei geht Hirsch von einem entgrenzten Politikbegriff aus, der nicht nur die Alltagsverhältnisse der Jugendlichen thematisiert, sondern auch die Ungleichheits- und Herrschaftsverhältnisse selbst, in denen sie leben.

In den theoretischen Grundlagen ihrer Arbeit greift die Autorin im Wesentlichen auf das Theoriegebäude des „Neomarxisten“ Antonio Gramsci zurück. So fragt dessen Hegemonietheorie danach, wie die Zustimmung der unterworfenen gesellschaftlichen Gruppen immer wieder neu hergestellt wird. Dabei geht es Hirsch in Anlehnung an Gramsci darum, wie die Herrschenden ihre Vormachtstellung sichern und fortsetzen. Dies muss nicht nur durch Zwang und Gewalt geschehen, sondern durch ein System von Institutionen und Alltagspraxen.

In diesem Zusammenhang verweist Hirsch auf das integrale Staatsverständnis Gramscis, das den Staat, die politische Gesellschaft und die Zivilgesellschaft als eins betrachtet, ganz im Gegensatz zum liberalen Staatsverständnis, das den Staat als neutral ansieht, der letztlich dem Allgemeinwohl verpflichtet ist. Hier hält die Autorin fest, dass sie die unternehmensnahen Stiftungen als Teil des erweiterten Staates versteht. Nach Hirsch sind diese Stiftungen als zivilgesellschaftliche Akteure nicht neutral, sondern verfolgen ihre eigenen Interessen und können nicht per se als gemeinwohlorientiert angesehen werden.

Anja Hirsch fordert eine Hinwendung zur Alltagspraxis als Gegenstand der politischen Bildung. Der Alltagsverstand als die Selbst- und Weltauffassung der Einzelnen werde nicht als kritischer Ausgangspunkt zur Aufdeckung von Machtinteressen genutzt. Daher bleibt für sie die politische Bildung in Herrschaftsverhältnisse verstrickt. Nach Auffassung der Autorin kann selbst die Reflexion darüber sich nicht von der Eingebundenheit in die bestehenden Verhältnisse freimachen. Aus Sicht der kritischen politischen Bildungsforschung kommt der emanzipatorische Anspruch zu kurz.

Anja Hirsch untersucht das deutsche Stiftungswesen und deren Programme zur Überprüfung ihrer Ausgangsthese und will dabei die Verflechtungen von Stiftungen und Unternehmen aufzeigen. Stiftungen nehmen Einfluss auf die politische Bildung, ohne dazu demokratisch legitimiert zu sein. Sie sind keine gewählten Institutionen, die Eigentumsverhältnisse sind häufig unklar und sie werden steuerlich subventioniert – eine insgesamt fehlende Transparenz der Stiftungen.

Am Beispiel der Robert Bosch Stiftung, mit dem Schwerpunkt der politischen Bildung für sogenannte politikferne Zielgruppen, macht die Autorin deutlich, dass gesellschaftlich kritische Themen zwar angesprochen werden, aber die Auseinandersetzung mit realen Herrschaftsverhältnissen außen vor bleibt. Mit zielgruppenadäquaten Programmen wie im Projekt Lernort Stadion der Robert Bosch Stiftung werden benachteiligte Jugendliche mit Methoden der Erlebnispädagogik, Kompetenzförderung, Ressourcenorientierung und Empowerment sowie dem Appell nach Eigenverantwortung und Aktivierung erreicht bzw. konfrontiert, aber die subjektiven und gesellschaftlichen Bedingungen der Jugendlichen spielen nur eine untergeordnete Rolle. Damit werden Ungleichheitsverhältnisse fortgeschrieben und nicht aufgehoben. Dies sei keine kritische Demokratiebildung, so Anja Hirsch.

Die Arbeit stellt einen wichtigen Beitrag zu einem bislang offenbar wenig beachteten und erforschten Förder- und Bildungssektor dar. Die hinter den Stiftungen stehenden partikularen Interessen und Weltanschauungen müssen benannt werden. Allerdings bleibt unverständlich, warum sich die Autorin in den theoretischen Grundlagen überwiegend auf Gramsci bezieht. Beispielsweise findet sich in der gesamten Arbeit keine einzige Erwähnung von Jürgen Habermas. Er gilt als Weiterentwickler der kritischen Theorie und in einem seiner Hauptwerke, der Theorie des kommunikativen Handelns aus dem Jahr 1981, zeigt er auf, dass es der Eigensinn der kommunikativen Alltagspraxis ist, der den Systemimperativen Einhalt gebieten kann. Alltagspraxis und Alltagsverstand können Herrschaft zumindest begrenzen. Das ist doch eine Chance für die politische Bildung.

Vielleicht sind es gerade die sogenannten benachteiligten Jugendlichen, die sich durch ihre eigenwillige, alltagsweltliche Lebensführung dem System und der Herrschaft entziehen. Das Verständnis dieser Jugendlichen fällt dem mittelständischen Denken schwer.

AdB Aktuell

Politische Bildung mit Kindern – (Wie) geht das?

Auftakttagung zum Modellprojekt „Demokratie-Profis in Ausbildung!“ hat online stattgefunden



Ina Bielenberg, AdB-Geschäftsführerin, und die Projektleiterin Rebecca Arbter eröffnen die Veranstaltung Foto: AdB

Am 2. September 2020 fand die Online-Auftakttagung des Modellprojekts „Demokratie-Profis in Ausbildung! Politische Bildung mit Kindern“ mit dem Titel „Voraussetzungen & Gelingensbedingungen für die non-formale politische Bildung mit Kindern im Grundschulalter“ statt. Die Fachtagung bot den thematischen Einstieg in die Arbeit des Modellprojekts. Der Fokus des Programms lag auf bereits bestehenden Erfahrungen in der politischen Bildung mit Kindern und der Auseinandersetzung mit den entwicklungspsychologischen Voraussetzungen und Fähigkeiten von Kindern.

Ina Bielenberg, Geschäftsführerin des AdB, und Rebecca Arbter, Projektleiterin des Modellprojekts, eröffneten die Fachtagung. Gemeinsam begrüßten sie aus der „Botschaft für Kinder“ in Berlin die rund 80 Teilnehmer*innen an den Bildschirmen. Zum Einstieg richtete Thomas Hepener, Leiter des Referats Demokratieförderung im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), ein Grußwort an die Teilnehmer*innen. Er betonte die Bedeutung früher Demokratieförderung. Diese helfe Kindern von Anfang an, eine eigene Meinung zu entwickeln, demokratische Prozesse mitzugestalten und somit Selbstwirksamkeit zu erfahren.

Nach einer kurzen Vorstellung der Kernvorhaben und Zielsetzungen des auf fünf Jahre angelegten Modellprojekts

referierte Professor Dr. Thomas Goll von der Technischen Universität Dortmund zum Thema „Evidenzbasiert oder deklarativ – was wissen wir wirklich über die politische Bildbarkeit von jungen Kindern?“ Er gab einen Einblick in den wissenschaftlichen Stand der Erkenntnisse im Feld der politischen Bildung mit Kindern. Gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen, dass Kinder zwar über politisches (Fach-)Wissen verfügen, dass sie jedoch auch Fehlvorstellungen darüber haben, was Politik ist, und es ihnen schwerfällt, ihre konzeptuellen Vorstellungen sprachlich darzulegen. Es mangle an Studien zur Förderung politischen Kompetenzerwerbs in der Kindheit und dessen Einfluss auf späteres politisches Engagement. Insbesondere der Einfluss politischer Bildung mit Kindern im außerschulischen Bereich sei bisher in der Wissenschaft nicht beleuchtet worden. Aus den wissenschaftlich bestehenden Erkenntnissen lasse sich schließen, dass in der politischen Bildung mit Kindern dem Aufbau eines domänenspezifischen Wortschatzes Bedeutung zukommen muss, sodass Kinder sich die Sprache aneignen können, die sie zur Beschreibung ihrer Vorstellungen benötigen. Daneben sei es wichtig, die Empirie zukünftig weiter auszubauen, um zu gesicherten Erkenntnissen im Bereich der politischen Bildung mit Kindern zu kommen.

Im zweiten Vortrag „Politische Bildung mit Kindern im Grundschulalter – (wie) geht das? Eine Einschätzung aus entwicklungspsychologischer Perspektive“ beleuchtete Professorin Dr. Sabina Pauen von der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg den kognitiven Entwicklungsstand von und die daraus resultierenden Bedingungen für politische Bildung mit Kindern im Grundschulalter. Das Gelingen politischer Bildung hänge aus ihrer Sicht eng mit der sozialen Entwicklung zusammen. Während Kinder von der Säuglings- bis zur Grundschulzeit Selbstwirksamkeit erfahren, Autonomie sowie ein soziales Normenverständnis entwickeln, sei die Grundschulzeit darauf aufbauend von besonderer Bedeutung. Es gehe hier weniger um die Vermittlung von „Wissen über“, sondern vielmehr um das Einüben sozialen Handelns, das mit den Grundprinzipien

demokratischen Bewusstseins übereinstimmt. Diese Erfahrungen seien die Grundlage, auf der abstraktes Wissen über Politik und Gesellschaft verinnerlicht werden könne.

In der anschließenden Gesprächsrunde hoben beide Referent*innen insbesondere die Bedeutung einer wissenschaftlichen Begleitung des Modellprojektes hervor. Da der außerschulische Bereich bisher wenig universitäre Anbindung habe, sei die Begleitung des Projektes essenziell, um basierend auf erweiterten Erkenntnissen politische Bildung mit Kindern im außerschulischen Bereich zu stärken.

Am Nachmittag hatten die Teilnehmer*innen die Gelegenheit an verschiedenen Online-Workshops teilzunehmen. Es wurden anhand unterschiedlicher Themen Ansätze und Methoden der politischen Bildung mit Kindern vorgestellt. Folgende Online-Workshops standen zur Wahl:

- Antisemitismus als Thema in der historisch-politischen Bildung mit Kindern (Veronika Nahm, Anne Frank Zentrum e. V.)
- Migration und Vielfalt als Themen in der politischen Bildung mit Kindern (Bettina Dettendorfer, Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e. V.)
- Vorstellung des Anti-Bias Ansatzes am Beispiel Adultismus (Žaklina Mamutovic, Anti-Bias-Netz)
- Minetestbildung – mit Kindern spielend Politik lernen (Tobias Thiel, Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt)
- Alle(s) gleich (viel Wert)?! Klassismuskritische Bildung mit Kindern (Dana Meyer, ABC Bildungs- und Tagungszentrum e. V.)

Im abschließenden Teil der Tagung wurden Eindrücke aus zwei der Online-Workshops vorgestellt. Anschließend reflektierten Sebastian Bock, Stellvertretender Geschäftsführer des AdB, und Rebecca Arbter Eindrücke und Erkenntnisse der Tagung für den weiteren Projektverlauf. Es ist wichtig, Fachkräfte mit einzubeziehen und die eigene Bildungspraxis infrage zu stellen. Politische Bildung mit Kindern passiert zumeist über Beziehungsarbeit. Somit ist es eine notwendige Bedingung für Fachkräfte, die Perspektive der Kinder einzunehmen. Kinder erfassen die Welt durch Erfahrung, deshalb ist auch die Zusammenarbeit mit Schulen bedeutsam. Durch eine solche Zusammenarbeit können demokratische Schulstrukturen gestärkt werden, sodass Demokratie nicht nur als Begriff erlernt, sondern als Lebensform erlebt werden kann. Das bedeutet für die Weiterarbeit im Projekt, dass für die geplanten Fortbildungsveranstaltungen auch Themen gewählt werden, die sowohl die Kompetenzen von Fachkräften in dieser Hin-

sicht erweitern und stärken als auch spezifische Themen und Methoden, wie bspw. zu rassismuskritischer Bildung, in den Fokus stellen.

Trotz der kurzfristigen Verschiebung der zunächst hybrid geplanten Veranstaltung in den digitalen Raum ist es gelungen, eine spannende und kurzweilige Tagesveranstaltung umzusetzen.

Anfang Oktober ist dann die Website zum Modellprojekt online gegangen. Unter www.demokratie-profis.adb.de sind ab sofort Informationen zum Projektvorhaben, den beteiligten Pilotstandorten sowie zu Veranstaltungen und Publikationen zu finden. Die Website richtet sich an politische Bildner*innen, Lehrer*innen, Erzieher*innen, in der Kinder- und Jugendhilfe und an anderen Bildungsorten Tätige, sowie an alle, die sich im Feld der politischen Bildung mit Kindern engagieren und/oder weiterbilden möchten.

Zukünftig werden auf der Website Aktivitäten im und Erkenntnisse aus dem Projekt präsentiert sowie Veranstaltungen im Projekt und im Themenfeld veröffentlicht. Die sieben Pilotstandorte werden vorgestellt und berichten zu ihren Vorhaben. Auch Publikationen anderer Träger zum Thema politische Bildung mit Kindern sind auf der Seite zu finden. Sukzessive wird so neben der Berichterstattung zum Modellprojekt auch eine Wissenssammlung zum Thema entstehen.

Der AdB und seine Mitgliedseinrichtungen erproben mit dem Modellprojekt deutschlandweit Formate der politischen Bildung mit Kindern im Alter von 6 bis 12 Jahren. Im Vordergrund steht das Ziel, politische Themen für Kinder altersgerecht erfahrbar und zum Bildungsgegenstand zu machen. In der fünfjährigen Projektlaufzeit (2020–2024) entstehen an Pilotstandorten zusammen mit den AdB-Mitgliedseinrichtungen und -trägern sowie mit lokalen Kooperationspartner*innen Formate der politischen Bildung für Kinder. Darüber hinaus werden im Rahmen des Projektes Veranstaltungen für Fachkräfte der non-formalen und formalen politischen Bildung und der Kinder- und Jugendhilfe sowie für Multiplikator*innen angeboten. Diese haben zum Ziel, die Teilnehmenden zu politischer Bildung mit Kindern zu qualifizieren.

Das Modellprojekt wird gefördert vom BMFSFJ im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ sowie von der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb.

Diversität in der politischen Bildungslandschaft stärken

Fortbildung: „Projekte in der politischen Bildung erfolgreich finanzieren“



Teilnehmende der Fortbildung im Hof der Alten Feuerwache e. V. in Berlin Foto: AdB

Die zweitägige Fortbildung, die im Rahmen des AdB-Projektes „Polyphon! Diversität in der politischen Bildung stärken“ vom 11. bis 12. September 2020 in der Alten Feuerwache e. V. in Berlin stattfand, richtete sich an neue Kolleg*innen in der politischen Bildung und an Menschen, die ihre Expertise zur Antragsstellung auffrischen wollten.

„Die beste Fortbildung seit langem!“ – So einen Satz erwartet man als Rückmeldung zu einem scheinbar trockenen Thema wie der Antragsstellung für Projekte in der

politischen Bildung eher weniger. Ein großes Interesse an dieser Thematik und der Bedarf, sich näher mit Fragen der Antragstellung und Förderlogiken zu beschäftigen, zeigten sich bereits bei der Ausschreibung der Fortbildung, die sofort ausgebucht war.

Zum Erfolg der Weiterbildung, trug vor allem die Referentin Ute Seckendorf bei. Sehr lebendig und mit viel Fachwissen und Erfahrung konnte sie die inhaltlichen Aspekte wie z. B. Bewertungskriterien von Anträgen und die Erwartungen, die „die andere Seite“, also die Mittelgeber an einen „guten“ Antrag haben, veranschaulichen.

Mit dem Fortbildungsangebot möchte der AdB zu einer Diversifizierung und zu mehr Vernetzung zwischen ganz unterschiedlichen Akteuren in der politischen Bildungslandschaft beitragen. Das beides gelingen konnte, zeigte die Fortbildung deutlich: Die Teilnehmenden nahmen viele wichtige Hinweise mit, die für eine erfolgreiche Antragstellung entscheidend sein können und wollen weiterhin im Austausch bleiben.

Die Fortbildung wird aufgrund des hohen Interesses in 2021 nochmals durchgeführt.

Das Projekt Polyphon! und damit auch diese Fortbildung werden von der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb gefördert.

Räume und Beteiligung für alle

Haus der Jugendarbeit und Jugendhilfe e. V. führt Jugendpolitische Fachveranstaltung durch



Grafik: ec.europa.eu/youth/policy/youth-strategy/youthgoals_de

Am 14. September 2020 fand die diesjährige Jugendpolitische Fachveranstaltung des Haus der Jugendarbeit und Jugendhilfe e. V. (HdJ) statt. Aufgrund der aktuellen

Lage wurde die Veranstaltung digital angeboten. Die über 100 Anmeldungen zeigten das große Interesse der Kolleg*innen aus der Jugendverbandsarbeit, der Kinder- und Jugendhilfe und der politischen Bildung.

Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Räume und Beteiligung für alle“. Damit wurde das neunte der elf Youth Goals (Europäische Jugendziele), die den inhaltlichen Rahmen des EU-Jugenddialogs bilden, aufgegriffen: Wie kann die demokratische Beteiligung und Autonomie von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den verschiedenen Bereichen gestärkt und wie können sie in unterschiedliche Beteiligungsverfahren eingebunden werden? Wie lassen sich eigene Bereiche junger Menschen

in allen Sphären der Gesellschaft etablieren? Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sind in die sie betreffenden Entscheidungsprozesse oftmals nicht ausreichend eingebunden. Die Bereitstellung von Räumen und die Stärkung der Beteiligung junger Menschen ist daher eine Querschnittsaufgabe aller Felder der Jugendarbeit und Jugendhilfe. Bei dieser Veranstaltung wurde demzufolge gefragt, was getan werden kann und muss, damit das Engagement der jungen Menschen für die Demokratie und für Europa zum Tragen kommt.

Begrüßt wurden die Teilnehmer*innen vom Vorsitzenden des HdJ, Mike Corsa, und von der HdJ-Geschäftsführerin, Ina Bielenberg, die auch durch die Veranstaltung führte.

Der Einstieg in das Thema gelang durch ein Gespräch über die Bedeutung der Jugendziele und das, was die Jugendlichen in Europa bewegt, zwischen Marius Schlageter, stellvertretender Vorsitzender des DBJR, und Clara Drammeh, ehemalige Jugendvertreterin (bis Ende Juni 2020) und aktiv in der Bundesleitung für das Referat Jugendpolitik beim Verband Christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder (VCP):

Die Jugendziele konnten so formuliert werden, weil über 50.000 junge Menschen nach ihren Themen befragt wurden. Damit sei es gelungen, die jungen Menschen selbst zu Wort kommen zu lassen. Diese Themen würden nun in den unterschiedlichsten Kontexten aufgegriffen und somit – verbunden mit ihren konkreten Forderungen – im Gespräch bleiben. Die zentrale Frage dabei sei aber, wie Veränderungen wirklich gelingen können.

Die Deutsche Ratspräsidentschaft sei eine gute Möglichkeit, Dinge zu benennen und auf den Weg zu bringen, dennoch seien sechs Monate ein zu kurzer Zeitraum. Daher begrüßten die beiden Gesprächspartner den Zusammenschluss der Länder Deutschland, Portugal und Slowenien in einer übergreifenden Präsidentschaft, um mehr erreichen zu können. Es müssen konkrete Forderungen und Ideen mit allen europäischen Beteiligten gesammelt und zusammen mit den Entscheidungsträger*innen umgesetzt werden.

Seit Ausbruch der Corona-Pandemie habe sich gezeigt, so Marius Schlageter, dass die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen nicht gesehen würden. Ihr Lebensalltag und ihre Sorgen würden kaum wahrgenommen und die vor-

handenen Beteiligungsformate seien in der Krisensituation nicht ausreichend.

Beteiligung hat viele Gesichter: Jugend im ländlichen Raum und deren Möglichkeiten, sich bei Entscheidungsprozessen einbringen zu können; jugendgerechte Formate in der politischen Bildung; digitale Beteiligungsformate, die gerade in Zeiten der Corona-Pandemie noch einmal mehr Bedeutung bekommen, Angebote in Zusammenarbeit mit Schulen etc. Bei alledem muss im Blick sein, möglichst alle möglichst früh zu erreichen und einzubeziehen. Diese unterschiedlichen Bereiche und Themen konnten dann im weiteren Verlauf der Veranstaltung in den folgenden vier digitalen Sessions näher beleuchtet werden:

- Landesweite Interessenvertretung von jungen Menschen in Angebotsformen der stationären Hilfen zur Erziehung: Gelingensfaktoren und Stolpersteine
- Politische Bildung für alle: Maßstäbe, Fallstricke und gute Ideen
- Jugenddialog: Wirksame Beteiligung mit europäischer Tragweite
- Online-Beteiligung und Digitalisierung – der Blick des Kinder- und Jugendschutzes in virtuelle (Jugend) Räume

In einer Fishbowl-Diskussion mit Vertreter*innen der beteiligten Organisationen und der Anbieter*innen der Sessions wurden im Anschluss die wichtigsten Diskussionspunkte und Erfahrungen zusammengetragen:

Deutlich wurde in allen Diskussionen, dass es konkrete Teilhabeerfahrungen und Kompetenzen der Teilhabe braucht, um sich wirksam einbringen zu können. Dafür sind geschützte Räume notwendig sowie niedrigschwellige Beteiligungsmöglichkeiten. Als Problem wurde erkannt, dass viele Teilhabemöglichkeiten und -rechte nicht bekannt sind. Gerade bei digitalen Formaten sind die technischen Voraussetzungen und die Zugänglichkeit ausschlaggebend.

Die Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe müssen den eigenen Informationsauftrag wahrnehmen und den jungen Menschen den Zugang zur Interessenvertretung ermöglichen.

Was braucht gelingende Beteiligung? Jugendliche müssen ernst genommen und gehört werden. Der Mehrwert der Beteiligung muss sichtbar sein und die Themen müs- →

sen von den Jugendlichen – analog zu den Youth Goals – selbst gesetzt werden können. Diese Prozesse müssen einhergehen mit dem Abgeben von Macht. Gelingende Beteiligung braucht Vertrauen, Zeit, Wissen, Verbündete und kritische Reflexion.

Diese Veranstaltung konnte sicher einen kleinen Anstoß geben und Prozesse der Jugendbeteiligung sichtbar machen. Dass dies aber keine abschließbare Aufgabe ist, sondern alle Beteiligten – die Organisationen und die Jugend-

lichen – dauerhaft herausfordert, versteht sich von selbst.

Das Haus der Jugendarbeit und Jugendhilfe e. V. ist die Heimat für wichtige bundeszentrale Organisationen der Kinder- und Jugendhilfe: Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ; Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB); Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (BAJ); Deutsche Bundesjugendring (DBJR).

„Pics or didn't happen“ – Wie bekommen wir gute Fotos für die Öffentlichkeitsarbeit in der politischen Bildung?

Fortbildung des AdB-Netzwerks Öffentlichkeitsarbeit



Foto: AdB

Gute Fotos für die politische Bildung sind ein wichtiges Thema für alle, die in ihrer Öffentlichkeitsarbeit versuchen, Projekte, Veranstaltungen, Themen oder auch Stimmungen darzustellen und zu zeigen, was die politische Bildung ausmacht. Um sich diesem Ziel anzunähern, kamen 13 Kolleginnen aus AdB-Mitgliedseinrichtungen vom 14.–16. September 2020 zur Fortbildung „Pics or didn't happen – Wie wir gute Fotos für die Öffentlichkeitsarbeit in der politischen Bildung schaffen“ in die Jugendbildungsstätte Bremen – LidiceHaus gGmbH.

Andi Weiland, Pressesprecher bei Sozialhelden e. V. und freier Fotograf in Berlin, gab den Teilnehmerinnen fundierte Einblicke in die Grundlagen der Fotografie und teilte sein Wissen und seine Erfahrungen großzügig: Wie kommen wir an gute Fotos von Teilnehmenden? Was ist wichtig bei der Auswahl von Fotos für Veröffentlichungen? Was sind die wichtigsten Regeln? Wie läuft eine Fotodo-

kumentation ab? Welche Technik ist nötig, welches Licht brauchen wir? Seine Erläuterungen zur Wirkung von Perspektive und Fotokomposition enthielten auch wesentliche Anhaltspunkte für die Auswahl passender Fotos für die Öffentlichkeitsarbeit.

Neben einem ausgiebigen Praxisteil, in dem die Teilnehmerinnen ihre Kameras und das Zusammenspiel von Blende, Belichtungszeit und ISO-Wert ausprobieren konnten, nahm auch die Postproduktion, d. h. die Fotobearbeitung und -entwicklung, einen wichtigen Raum ein.

Die ersten Ergebnisse sind beeindruckend, auch wenn einige der Teilnehmerinnen zum ersten Mal eine Kamera in der Hand hatten. Die Fotos wurden stolz präsentiert und vom Referenten – verbunden mit weiteren Tipps – ausführlich kommentiert. Am Ende war allen klar: Gute Fotos sind vor allem eine Frage der Übung. Dafür bietet der Bildungsstättenalltag viele Gelegenheiten.

Das Feedback auf diese Fortbildung und die Inputs des Referenten war sehr positiv und alle fuhren mit der Hoffnung im Gepäck nach Hause, dass es in Zukunft nicht mehr (so oft) notwendig sein wird, auf Stockfotografien zurückzugreifen.

Der Sozialhelden e. V. ist ein Netzwerk ehrenamtlich engagierter Menschen, die sich mit verschiedenen Aktionen für soziale Gerechtigkeit einsetzen. Ein Projekt des Vereins ist die Fotodatenbank gesellschaftsbilder.de, ein Angebot für alle Interessierten, die Fotos jenseits von Klischees suchen, die Vielfältigkeit der Gesellschaft abbilden.

30 Jahre Deutsche Einheit – Bilanz des Ostbeauftragten der Bundesregierung

Der AdB fordert die Stärkung der politischen Bildung



Foto: AdB

Bei der Vorstellung der Studie „Vielfalt der Einheit – wo Deutschland nach 30 Jahren zusammengewachsen ist“, die vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung erstellt wurde, konnte der Ostbeauftragte der Bundesregierung Marco Wanderwitz 30 Jahre nach der Wiedervereinigung auf viele positive Entwicklungen verweisen. Die Unterschiede zwischen den Bundesländern verwischen, die Herausforderungen sind ähnlich. Dennoch zeichnen sich die Neuen Bundesländer durch vielfältige Besonderheiten und spezifische Probleme aus.

Auffällig ist das mangelnde Vertrauen in die Institutionen und die geringe Zufriedenheit mit der praktischen Umsetzung der Demokratie in Deutschland. Mitspracherechte

und Mitgestaltungsmöglichkeiten werden nur wenig wahrgenommen, die Menschen fühlen sich nicht gesehen, die Polarisierung in der Gesellschaft schreitet voran.

„Um den Zusammenhalt in Deutschland und das Demokratieverständnis zu stärken, ist es – wie der Ostbeauftragte es fordert – notwendig, einander zuzuhören, miteinander zu reden und sich über das Zusammenleben in unserer Gesellschaft zu verständigen“ – so der Vorsitzende des AdB Boris Brokmeier. „Ideale Orte für diese Auseinandersetzungen sind Einrichtungen der politischen Bildung, wie z. B. die Mitgliedseinrichtungen des AdB.“

Die politische Bildung braucht gerade in den Neuen Bundesländern mehr Anerkennung, Unterstützung und Wertschätzung, denn sie bildet einen wichtigen Baustein für das Funktionieren von Demokratie. Die Träger der politischen Bildung benötigen eine kontinuierliche Förderung ihrer Arbeit. Diese ist in Ostdeutschland wesentlich schwächer ausgeprägt als in Westdeutschland.

Karin Pritzel, Stellvertretende Vorsitzende des AdB und in Dresden zu Hause, sagt: „Politische Bildung kann nur dort Wirkung entfalten, wo die dafür nötigen Orte und Strukturen bereitgestellt werden.“ Der AdB fordert die Landesregierungen auf, gerade in den Neuen Bundesländern bessere Rahmenbedingungen für eine verlässliche politische Bildung zu schaffen und damit die Demokratie zu stärken.

Digital oder analog?

AdB-Kommission Europäische und Internationale Bildungsarbeit tagt hybrid



Foto: Melanie Haase

Vom 17. bis 18. September 2020 tagte die AdB-Fachkommission Europäische und Internationale Bildungsarbeit bei der Stiftung wannseeFORUM in Berlin. Die Mitglieder der Kommission hatten sich im Vorfeld für eine hybride Tagungsvariante entschieden, da sich bereits im Frühsommer abzeichnete, dass die Covid-19-Pandemie Auswirkungen auf die Teilnahmemöglichkeiten der Mitglieder hat.

Angesichts der Herausforderungen, vor denen internationale Begegnungsarbeit im Covid-19-Kontext steht, war das hybride Konzept, nach Online-Tagungen und physischen Treffen der Mitglieder eine weitere Alternative, die sich auch in der internationalen Begegnungsarbeit als gangbare Variante abzeichnet. Dazu braucht es aber Erfahrungen, die die Mitglieder der Kommission eben mit der hybriden Variante der Sitzung selbst konkret sammeln konnten.

Technisch und materiell unterstützt von Henning Wötzlherber vom ABC Bildungs- und Tagungszentrum e. V., haben sich 16 Mitglieder im wannseeFORUM mit 10 weiteren Kommissionsmitgliedern für die komplette Sitzung online vernetzt und eine interaktive Sitzung – soweit das eben bei Hygiene- und Abstandsregeln geht – durchgeführt. Zudem waren zeitweise weitere Referent*innen und Gesprächspartner*innen online zugeschaltet, sodass die Sitzung eine gute Simulation einer Begegnungsmaßnahme bot.

Die Kommissionsmitglieder haben sich mit der EU-Ratspräsidentschaft und der geplanten neuen Programmgeneration von EU-Programmen beschäftigt, daneben stand der aktuelle Erfahrungsaustausch zur Lage der eigenen Begegnungsarbeit auf der Tagesordnung und der Schwerpunkt „Sprung ins Digitale“.

Nach wie vor herrschen bei den Kommissionsmitgliedern recht unterschiedliche Ausgangslagen, um die Internationale Jugendarbeit und die eigene Arbeit wieder aufnehmen zu können. Auch scheint die Logik der Arbeit der Bildungsstätten wie auch die Finanzierungslogik der Begegnungsarbeit in vielen Programmen in der aktuellen Lage nicht wirklich das Ausprobieren, Konzipieren und Experimentieren neuer Konzepte für Begegnungsformate bzw. deren digitale Umsetzung zu befördern. Mit Ausnahme der in den Längerfristigen Förderungen der Internationalen Jugendarbeit ermöglichten Aktivitäten, tun sich Förderstrukturen schwer, digitale, digital-analoga, blended und mixed Formate zu unterstützen. Die Kommissionsmitglieder haben daher mit Spannung die Berichte zu den ersten Erfahrungen aus dem Kolleg*innenkreis hinsichtlich der Lern-/Begegnungskonzeption verfolgt – in Bezug auf die technische Dimension, aber auch in Bezug auf die Rolle der Teamenden in den Prozessen.

Es zeichnet sich ab, dass gerade in der Internationalen Jugendarbeit – aber vermutlich auch im nationalen Kontext – eine Rückkehr von „Normalität“ i. S. eines zurück auf die Vor-Covid-19-Situation, in absehbarer Zukunft wenig wahrscheinlich ist. Träger politischer Bildung sind daher dringend aufgefordert, Alternativen für ihre Bildungsarbeit zu entwickeln, sich mit der Digitalisierung viel intensiver zu beschäftigen und ihren Pädagogen*innen jetzt die Möglichkeiten zu schaffen, sich technisch und konzeptionell mit den Möglichkeiten digital unterstützter Formate auseinanderzusetzen.

Digital unterstütztes politisches Bilden bedeutet bei weitem nicht nur das beste Tool für die Übertragung analoger Praxis in eine Online-Variante derselben zu suchen, sondern sich grundlegend mit politischem Lernen in individualisierten und gruppenpädagogischen Settings neu auseinanderzusetzen und politische Bildungs- und Lernprozesse neu zu gestalten und zu entwerfen. Als sehr hilfreiches Instrument, diese Prozesse neu zu durchdringen, haben wir die von Darko Mitevski (naturkultur e. V.) mitinitiierte *trainers library* kennengelernt, die auf dem Kompetenzmodell der *European Training Strategy for Youth Workers* fußt.

Es war eine interessante Sitzung, die sowohl technisch wie auch im Mix der offline und online beteiligten Gruppen gut gelungen ist. Adäquates technisches Equipment vorausgesetzt, bieten hybride Tagungsformate eine gangbare Alternative.

Immer noch: Corona und die Auswirkungen auf Bildungsträger

AdB-Kommission Verwaltung und Finanzen trifft sich online



Foto: Ivonne Meißner

Die Kommission Verwaltung und Finanzen des AdB traf sich am 22. September 2020. Die ursprünglich im Studienhaus Wiesneck geplante Sitzung wurde aufgrund der wieder steigenden Infektionszahlen als Videokonferenz durchgeführt. Im Mittelpunkt stand erneut die Pandemie, die alle Träger noch immer fest im Griff hat. Vor der Sitzung wurde abgefragt, welche Themen in besonderer Weise unter den Nägeln brennen und auf welche Fragen gemeinsam Antworten gesucht werden sollten.

Diskutiert wurden dann die verschiedenen Förderprogramme und Überbrückungshilfen, Fragen zu Versicherungen und Allgemeinen Geschäftsbedingungen. Darüber hinaus ging es um ganz konkrete Anliegen, wie z. B. die Berechnung eines Online-Teilnehmertages, die Gestaltung von Stornorechnungen oder die Berechnung der Umsatzsteuer bei pauschalierten Angeboten. Aber auch um die Frage, wie es denn weitergehen kann im kommenden Jahr, wenn doch der „Normalbetrieb“ noch immer in weiter Ferne ist, wurde diskutiert.

Deutlich wurde, dass alle Träger unter einem enormen Druck stehen. Nicht nur, dass die meisten Gastbelegungen wegfallen, Kooperationspartner, vor allem Schulen, absagen, und die Planungen daher auf wackeligen Füßen ste-

hen. Auch ein gesteigener Verwaltungsaufwand macht zu schaffen, da Anträge an Förderprogramme und für Überbrückungshilfen gestellt werden müssen und das veränderte Buchungsverhalten der Teilnehmenden, die Bearbeitung von Stornierungen und das Tätigen von Umbuchungen zu deutlicher Mehrarbeit führen.

Mehrheitlich wurde beklagt, dass vor allem die Überbrückungshilfen den Trägern wenig bringen. Die Beantragung muss über einen Steuerberater erfolgen, die Richtlinien sind nicht auf gemeinnützige Organisationen zugeschnitten und die Förderhöhe bleibt oft hinter den Erwartungen zurück.

Das wichtigste Instrument zur „Lebensrettung“ der Einrichtung ist noch immer die Kurzarbeit. Auch aktuell ist der Anteil in den Einrichtungen noch sehr hoch. Aber auch hier zeigt sich allmählich die Schattenseite, da die anfängliche Akzeptanz unter den Mitarbeitenden zu schwinden droht. Die Einrichtungsleiter sind gefordert, mit einer hohen kommunikativen Dichte und Transparenz bei Entscheidungen das Verständnis für die Situation zu erhalten.

Ein Lichtblick stellt für einige Bildungsträger der Bildungsurlaub dar. Hier wird eine rege Nachfrage verzeichnet, was ausgesprochen erfreulich ist, da es nicht nur Teilnehmende in die Einrichtungen bringt, sondern auch zeigt, dass es nach wie vor ein hohes Interesse an Bildung gibt.

Die Kommission will ihre nächste Sitzung in der Akademie Biggensee in Attendorn stattfinden lassen und hofft, dass dies die erste Präsenzveranstaltung der Kommission werden wird. Die Chance auf ein Regionaltreffen haben die Kolleg*innen aus Berlin, Brandenburg und Sachsen genutzt, die sich gemeinsam in die Videokonferenz der Gesamtkommission eingeschaltet und noch den Vormittag des Folgetages genutzt haben, um regionale Fragen und Probleme miteinander zu besprechen.

Im Fokus: Rassismus und Rassismuskritik

AdB-Kommission Erwachsenenbildung tagt in der Jugendbildungsstätte Bremen LidiceHaus



Tagen unter Corona-Bedingungen Foto: AdB

Vom 28. bis 30. September 2020 kam die AdB-Fachkommission in der Jugendbildungsstätte Bremen – LidiceHaus gGmbH zu ihrer zweiten Sitzung in dieser Legislatur zusammen. Die Kommissionsmitglieder hatten sich trotz widriger Umstände für eine Präsenzveranstaltung entschieden, da ein zentraler Programmpunkt ein ganztägiger Workshop zum Thema „Rassismus erkennen, reflektieren, entgegenwirken – Einführung in die Rassismuskritik“ war, für den der direkte Austausch und die persönliche Begegnung wesentlich waren.

Der Einstieg in die Sitzung erfolgte mit einem ausführlichen Austausch über die Hintergründe, Erfahrungen und Pläne in Zeiten der Corona-Pandemie. Die Kommissionsmitglieder hatten sich zuvor in zwei Online-Treffen darüber ausgetauscht, wie es den Einrichtungen und den Kommissionsmitgliedern in Corona-Zeiten geht. Wie ist der aktuelle Stand? Wo ist Unterstützung besonders wichtig? Und was sind vielleicht auch Chancen, die in den außergewöhnlichen Herausforderungen liegen? Anknüpfend an diesen virtuellen Austausch reflektierten die Teilnehmer*innen bei dieser Sitzung die aktuellen Arbeitsweisen – besonders die Herausforderungen durch das Homeoffice und durch die notwendigen Hygienekonzepte – und die Frage, wie es gelingen kann, in Zeiten, in denen die gewohnten Angebote der Bildungsstätten und Bildungswerke in Frage gestellt sind, die nebenamtlich Beschäftigten nicht aus den Augen zu verlieren. Weitere Aspekte waren das Thema Digitalisierung und die Notwendigkeit, über Niveau und Qualität der Angebote, über Datenschutz, über neu entstehende Barrieren und die Bedeutung der Räume für Begegnungen zu

sprechen. Eine Sammlung neu entstandener Angebote und Formate zeigte, wie kreativ und angepasst an die aktuelle Situation die politischen Bildner*innen reagieren.

Diese Themen waren unmittelbar anschlussfähig an einen weiteren wichtigen Tagesordnungspunkt, der Projektvorstellung des internationalen Projekts „DIGIT-AL: Digital Transformation and Adult Learning for Active Citizenship“, das vom AdB koordiniert wird und zum Ziel hat, die digitale Transformation für die politische Erwachsenenbildung handhabbar zu machen. Nils-Eyk Zimmermann, Mitarbeiter in der AdB-Geschäftsstelle und Projektleiter, stellte die Ideen und Vorhaben des Projekts vor. Digitale Transformation ist ein sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Prozess, in dem Dinge – technisch ermöglicht – anders gemacht werden als bisher: Was verändert sich dank der neuen Technologie? Welche Wirkungen hat diese in der Gesellschaft? Politische Bildung hat eine wichtige Funktion, wenn es darum geht, Rahmenbedingungen zu definieren, Haltungen zu reflektieren und zu verändern und Veränderungen anzuregen. Die Kommissionsmitglieder werden weiter an diesem Thema arbeiten, die Projektvorhaben begleiten und die Erkenntnisse in die eigene Arbeit transferieren.

Der mittlere Tag war ganz dem Themenschwerpunkt: „Rassismus erkennen, reflektieren, entgegenwirken – Einführung in die Rassismuskritik“ gewidmet. Die Gruppe wurde durch die Referent*innen Kiana Ghaffarizad und Tobias Linnemann durch den Tag begleitet. Beide sind seit langem in der politischen Bildung aktiv, arbeiten u. a. zu den Schwerpunkten Rassismuskritik, Antisemitismuskritik, Empowerment, rassismuskritische Öffnung, politisch-historische Bildung zu Kolonialismus und Nationalsozialismus.

In der Fortbildung ging es um die Klärung des Rassismusbegriffs, um Selbstreflexion und die Auseinandersetzung mit der eigenen Positionierung sowie um den Transfer der Erkenntnisse in die eigene Arbeit. Die Kommissionsmitglieder waren sich einig: Es ist ein – nicht nur für die politische Bildung – wichtiges Thema, das mehr Auseinandersetzung benötigt, als an einem solchen Tag möglich ist. So war dieser Tag ein erster, bescheidener Anfang. Daher wird die Kommission das Thema Rassismuskritik weiterhin beschäftigen, nicht zuletzt auch in Begleitung und aktiver Mitgestaltung des AdB-Modellprojekts „Polyphon! Diversität in der politischen Bildung stärken“. Auch dafür war die ausführliche Reflexion des Fortbildungstags notwendig –

um Bilanz zu ziehen und die Weiterarbeit zu verabreden, nahm sich die Gruppe am dritten Tag ausgiebig Zeit.

Am Abend des Fortbildungstages nahmen die Kommissionsmitglieder an einem postkolonialen Fortbildungsrundgang am Bremer Hafen mit den Referent*innen Lilli Hasche und Janne Jensen teil.

Für alle Teilnehmer*innen waren diese drei Tage eine lohnende, spannende und anregende Auseinandersetzung mit den verschiedenen Themen, die alle die eigene Arbeit in der politischen Erwachsenenbildung unmittelbar berühren und die die Praxis politischer Erwachsenenbildung langfristig verändern werden.

Romnja Power nutzen – Netzwerke ausbauen

Die AdB-Kommission Geschlechterreflektierte Bildung tagt zu den Themen Intersektionalität und Diversität



Mitglieder der AdB-Kommission „Geschlechterreflektierte Bildung“
Foto: HochDrei e. V.

Die Kommission Geschlechterreflektierte Bildung hat sich am 8. und 9. Oktober 2020 bei HochDrei e. V. – Bilden und Begegnen in Brandenburg in Potsdam zur zweiten Sitzung innerhalb der neuen Kommissionperiode getroffen. Leider konnten aufgrund der aktuell wieder sehr schnell steigenden Corona-Fallzahlen nicht alle Kolleg*innen zur Sitzung anreisen. Aus diesem Grund fanden Teile der Sitzung hybrid statt.

Der Bedarf nach Austausch und Vernetzung war gerade nach den vielen Umbrüchen und Herausforderungen der vergangenen Monate groß. Im Fokus der Sitzung standen neben dem Austausch die Themen Intersektionalität und Diversität.

Der Start in die Sitzung erfolgte mit einem Austausch zur aktuellen Situation in den Einrichtungen. Die Teilnehmer*innen arbeiteten dazu in drei Gruppen im Wechsel zu verschiedenen Fragestellungen. Es gab einen regen Austausch zu den aktuellen Situationen in den Einrichtungen, die aktuellen Bedingungen und Herausforderungen für die Bildungsarbeit unter Hygiene-, Abstands-

regeln und immer wieder kehrenden Reisebegrenzungen und zu digitalen Möglichkeiten.

Am ersten Tag der Sitzung hat Isidora Randjelović, Mitinitiatorin des feministischen Romnja* Archivs RomaniPhen (www.romnja-power.de), im Rahmen des Projektes „Polyphon!“ einen Input zur Arbeit des Vereins und zum Thema Antirassismus/Gadjé-Rassismus gegeben. Zentrale Themen und Angebote des Vereins sind rassismuskritische Fortbildungen für Fachkräfte und Multiplikator*innen sowie die Erarbeitung und Vermittlung von Bildungsmaterialien. Im Zentrum der Arbeit stehen darüber hinaus feministische Mädchenarbeit, romani bezogene Veranstaltungen, die Vernetzung von Aktivist*innen sowie die Wertschätzung und Verbreitung von romani Wissensbeständen.

Diskutiert wurde u. a. wie eine bessere Vernetzung von (post-)migrantischen Organisationen mit den etablierten (mehrheitlich weißen) Strukturen erreicht werden kann und welche Gelingensbedingungen es dafür braucht. Viele Fragen wurden gestellt, es wurde viel diskutiert und neue Ideen und Anregungen für Netzwerke und mögliche Zusammenarbeiten sind entstanden.

Zu Gast in der Kommission war zudem Narmada Saraswati, Referentin für Diversität in der Erwachsenenbildung in der AdB-Geschäftsstelle. Sie hat am zweiten Tag der Sitzung einen Einblick in den aktuellen Stand zum Projekt „Polyphon! Diversität in der politischen Bildung stärken“ gegeben. Es ist ein Modellprojekt zur nachhaltigen Stärkung und Diversifizierung der politischen Erwachsenenbildung. Gemeinsam erarbeitet wurden Antworten auf die Frage: Welche Aspekte des bisherigen Gender-Mainstreaming könnte man für einen Übertrag auf ein rassismuskritisches Mainstreaming übernehmen?

Politische Bildung digital gestalten

Online-Fortbildungsreihe gab Anregungen zu Materialien, Inklusion und digitaler Moderation für die Bildungsarbeit



Fotos: Lea Jaenicke, Andi Weiland / gesellschaftsbilder.de, Stefanie Meyer

Das AdB-Fachreferat „Religiös begründeter Extremismus“ hat den Auftrag, politischen Bildner*innen, Respekt Coaches und anderen Praktiker*innen der politischen Bildung und pädagogischen Praxis konkrete Hilfestellungen und Expertise zugänglich zu machen. Dies geschieht nicht nur über die Plattform politischbilden.de sondern auch über offene Fortbildungsangebote. Drei dieser Fortbildungen fanden im September und Oktober online statt.

Die 2020 durch Corona vielfach erzwungene Umstellung von Präsenz-Veranstaltungen auf Online-Formate auch in der politischen Bildung hat viele Referent*innen und Aktive vor Herausforderungen gestellt. Neben technischen, organisatorischen und datenschutzrelevanten Aspekten sind die großen Fragen dabei: Wie lassen sich Lern- und Bildungsformate ins Netz übertragen? Wie ist die Vertrauens- und Beziehungsarbeit, die eine so wichtige Rolle spielt, in die Fernlehre übertragbar?

Das Fachreferat griff diese Fragen mit einer kleinen Reihe digitaler Fortbildungen auf. In den einzelnen Seminaren, ging es um konkrete Konzepte für politische Bildung („Flucht im Lebenslauf – Biografisches Lernen mit Jugendlichen“ mit Ilanga Mwaungulu vom Anne Frank Zentrum), um einen Blick auf die inklusive Gestaltung unserer Arbeit („Disability Mainstreaming – Inklusive und barrierefreie Online-Seminare“ mit Judyta Smykowski von den SOZIALHELDEN e. V.) und schließlich um ganz grundsätzliche Tipps und Methoden für das eigene Agieren vor der Kamera beim Durchführen und Moderieren von Online-Veranstaltungen („Vom Film lernen – Kameraperformance und soziale Interaktion online“ mit Cornelia Fleck, freiberuflich in der politischen Bildung tätig).

Die Angebote richteten sich an politische Bildner*innen, Respekt Coaches und weitere Fachkräfte aus Jugend(sozial)arbeit und Bildung und erreichten eine entsprechend vielfältige Gruppe von Akteur*innen. Neben Kolleg*innen aus AdB-Mitgliedsorganisationen und Respekt Coaches, waren es vor allem freiberufliche politische Bildner*innen sowie Fachkräfte aus der Jugendverbandsarbeit, die sich jeweils an zwei aufeinanderfolgenden Tagen für zweieinhalb Stunden im digitalen Raum trafen.

Die Fortbildungsreihe wurde genutzt, um zugleich die Bildungsplattform politischbilden.de vorzustellen. Zum Teil waren die Referent*innen bereits Autor*innen auf politischbilden.de und hatten Materialien eingereicht, die auch in der Fortbildung zum Einsatz kamen, zum Teil waren die Fortbildungen Anlass, entsprechende Materialien im Nachgang einzustellen.

Neben den eigentlichen Inhalten der Veranstaltungen gab es wiederholt Momente, in denen das eigene Verhalten gemeinsam reflektiert und gegenseitige diversitätssensible Aufklärung und Weiterbildungsarbeit geleistet wurde. Dies unterstreicht, dass gerade Seminare im Kontext der politischen Bildung auch im digitalen Raum Flexibilität und Raum für spontane Bedarfe nach Austausch und Klärung brauchen und nicht zu eng geplant sein sollten.

Das Feedback der Teilnehmenden war durchweg positiv und letztlich gaben sowohl die Inputs der Referent*innen, als auch die Erfahrungen mit dem Format der Online-Fortbildung allen Beteiligten vielfältige Anregungen für die eigene Arbeit.

Lernmaterialien und Hintergrundbeiträge dieser Fortbildungen sind auf politischbilden.de zu finden. Einen ausführlichen Bericht finden sie hier: www.adb.de/content/politische-bildung-digital-gestalten.

Aus den Mitgliedseinrichtungen

Am 27. August 2020 wurde in einem kleinen Kreis in Weimar der diesjährige Weimarer-Dreieck-Preis an die *Europäische Akademie Otzenhausen* verliehen. Die Auszeichnung erhielt die Akademie für ihren Einsatz zur Verständigung zwischen Polen, Frankreich und Deutschland. Die Laudatio hielt Malte Krückels, Thüringer Staatssekretär für Medien und Bevollmächtigter des Freistaats Thüringen beim Bund. Zu den Gästen gehörten unter anderem Vertreter der polnischen und französischen Botschaft sowie des Auswärtigen Amtes. Der Weimarer-Dreieck-Preis ist mit 2.000 Euro dotiert und wurde zusammen mit einer Skulptur des Holzbildhauers Thomas Kretschmer sowie einer Ehrenurkunde überreicht.

Für demokratische Gesellschaften stellt sich die Frage, wie Gleichheit, Diskriminierungsfreiheit und Selbstbestimmung ermöglicht werden können, wenn mehr und mehr Aspekte des täglichen Lebens durch Technologien beeinflusst oder kontrolliert werden. Smart City, Algorithmen, ePartizipation und neue Arbeitsmodelle (Gigwork) zählen zu den drängendsten Aspekten des komplexen Themenfeldes Digitalisierung. Das Problem ist aber, dass Technologie und die Diskussion darüber oft sehr abstrakt geführt werden, oft dominieren technische Aspekte und Fragen. *basa e. V. Bildungsstätte Alte Schule Anspach* hat in Kooperation mit *mediale pfade.org* ein Bildungskonzept und eine Methode entwickelt, um die technischen Fragen zu politisieren und für die Jugendbildung zugänglich zu machen. Herausgekommen ist *Canvas City*, ein mobiles, geodatenbasiertes Augmented Reality-Multiplayerspiel für den Bildungsbereich. Das Spiel ist ein Türöffner und macht Dilemmata von Technologieeinsatz erfahr- und verstehbar. Der Einsatz von AR (bekannt etwa durch *Pokemon Go* oder der *Ikea Place App*) macht *Canvas City* zu einem hochinnovativen Bildungskonzept. *Canvas City* kann ab sofort (auch mit Unterstützung seitens *basa e. V.*) probegespielt werden. Weiteres Infomaterial findet sich unter www.gocanvas.city; Anfragen an christian.kirschner@basa.de

Die *Bildungsstätte Anne Frank* in Frankfurt am Main hat die Sonderausstellung „Hingucker? Kolonialismus und Rassismus ausstellen“ eröffnet. Die Ausstellung lädt zur kritischen Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit ein, die Teil der deutschen Geschichte ist und oft

fälschlich als historische Randnotiz abgetan wird. Parallel dazu hat im Historischen Museum Frankfurt die Stadtlabor-Ausstellung „Ich sehe was, was Du nicht siehst“ eröffnet – als Kooperationspartner ist die Bildungsstätte an einem gemeinsamen Begleitprogramm zu beiden Ausstellungen beteiligt.

Das *Max Mannheimer Studienzentrum* in Dachau will mit seiner historisch-politischen Bildungsarbeit Jugendliche für die Demokratie und gegen Antisemitismus stärken. Das aktuelle Modellprojekt „Verschwörungsmymthen – Bildungsmaterialien zur Antisemitismusprävention“ wird mit Bildungsmaterialien an Hand von historischen Beispielen ein Bezug zu aktuellen Formen des Antisemitismus herstellen. Es soll für die Existenz und Funktionsweisen antisemitischer Verschwörungsfantasien – damals wie heute – sensibilisieren und unter anderem auf Studientagen und in internetbasierten Formaten für Jugendliche und junge Erwachsene zum Einsatz kommen.

Die *Bildungsstätte Bredbeck – Heimvolkshochschule des Landkreises Osterholz* hat im September den Shimon-Peres-Preis 2020 der Stiftung Deutsch-Israelisches Zukunftsforschung für ein Austauschprojekt von Jugend- und Sozialarbeitern vom Sapir College Sderot und der Universität Bremen zur Theorie und Praxis von Inklusion verliehen bekommen. Schwerpunktthemen der Treffen mit jeweils rund 20 Teilnehmenden sind Fragen der Ausgrenzung etwa im Zusammenhang mit Religion, Flucht, Rassismus, Bildung oder Behinderung.

Die *Hanns-Seidel-Stiftung* hat ein neues Kompetenzzentrum „Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Interkultureller Dialog“ gegründet, um dort ihre Aktivitäten zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu bündeln. Damit trägt die politische Stiftung den aktuellen Herausforderungen Rechnung, einer zunehmenden Spaltung durch Feinde der Demokratie und wachsender Heterogenität unserer Gesellschaft im sozialen, kulturellen oder politischen Bereich entgegenzuwirken. Eine der ersten Aktivitäten ist die Vereinbarung einer Kooperation mit dem Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe.

Berichte, Hinweise, Nachrichten

Personalien

Am 2. Oktober 2020 wurde der neue Vorstand des Pres-
senetzwerks für Jugendthemen gewählt. Vorsitzende ist
DR. TANJA KASISCHKE, Stellvertretende Vorsitzende sind **ALIDA
OTT**, **ROBERT FILGNER** und **STANLEY SILEWU**. Als Revisoren wur-
den **WOLFGANG HERDER** und **FRANK HARTUNG** gewählt.

DR. PHILIPP W. HILDMANN ist Leiter des neu geschaffenen
„Kompetenzzentrums Gesellschaftlicher Zusammenhalt
und Interkultureller Dialog“ der CSU-nahen Hanns-Seidel-
Stiftung. Künftig sollen dort alle Aktivitäten der Stiftung
zu Themen wie Rechts- und Linksextremismus, Islamismus
und Antisemitismus gebündelt werden.

HEIDRUN KAISER, seit 2006 Leiterin des LWL-Bildungszent-
rums Jugendhof Vlotho, ist aus dem Dienst ausgeschie-
den. **CHRISTIAN PEITZ** hat zum 1. November 2020 die Leitung
des Hauses übernommen. Die Verwaltungsleiterin ist **ROMY
BLANKE**.

Am 1. Dezember 2020 hat **DEBORAH HARTMANN** die Leitung
der Gedenk- und Bildungsstätte „Haus der Wannseekon-
ferenz“ in Berlin übernommen. Sie war seit 2015 die Lei-
terin der deutschsprachigen Abteilung der „International
School for Holocaust Studies Yad Vashem“ in Jerusalem.
Sie ist die Nachfolgerin von **HANS-CHRISTIAN JASCH**, der Ende
Juli in das Innenministerium zurückgekehrt ist. Seit dem 1.
August 2020 hatte die stellvertretende Direktorin, **DR. ELKE
GRYGLEWSKI**, die Leitung des Hauses interimistisch inne.

SABA-NUR CHEEMA, pädagogischer Leiterin der Bildungs-
stätte Anne Frank e.V. ist zusammen mit weiteren 11
Vertreter*innen aus Wissenschaft und Praxis vom Bundes-
minister des Innern, für Bau und Heimat, Horst Seehofer,
in den Unabhängigen Expertenkreis Muslimfeindlichkeit
(UEM) berufen worden. Der UEM soll aktuelle und sich
wandelnde Erscheinungsformen von Muslimfeindlichkeit
analysieren und auf Schnittmengen mit antisemitischen
Haltungen sowie anderen Formen gruppenbezogener
Menschenfeindlichkeit hin untersuchen.

Aus Profession und Politik

Politische Jugendbildung in Corona-Zeiten – Stellungnahme der Gemeinsamen Initiative der Träger politischer Jugendbildung

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB) hat am 14. September 2020 zusammen mit den weiteren Trägern der GEMINI – Gemeinsame Initiative der Träger politischer Jugendbildung die Stellungnahme „Politische Jugendbildung in Corona-Zeiten“ veröffentlicht. Sie wendet sich insbesondere an die Verantwortungsträger*innen im parlamentarischen Raum und bittet sie, die in der Stellungnahme benannten Themen und Schlussfolgerungen in ihren Beratungen und Haushaltsplanungen zu berücksichtigen. Im Folgenden die Stellungnahme im Wortlaut:

Verschärfung gesellschaftlicher Konfliktlinien aus der Sicht junger Menschen

Die Corona-Pandemie hat das Leben von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen einschneidend verändert. Erste aussagekräftige Studien verdeutlichen die zentrale Notwendigkeit einer Vielfalt von schulischen und außerschulischen politischen Bildungsangeboten und Handlungsräumen.

Das Fazit der Studien: Die politische Problem- und Krisenwahrnehmung von Jugendlichen geht einher mit dem Eindruck, in den politischen Entscheidungen zum Umgang mit der Corona-Pandemie nicht gehört worden zu sein (bundesweite JuCo Studie, Universität Hildesheim 2020). Die weitgehende Schließung von schulischen und außerschulischen Räumen stellt viele Jugendlichen nicht nur vor die Herausforderung, neue Alltagsroutinen zu entwickeln wie z. B. das Homeschooling. Sie führt auch zu weitreichenden Einschränkungen ihres sozialen Lebens und ihrer persönlichen Freiheiten. Ganz überwiegend verbinden Jugendliche mit der Corona-Krise negative Gefühle wie Angst, Verunsicherung, Ohnmacht und Zukunftssorgen (85 % der Nennungen, Sinus-Jugendstudie 2020). Selbst wenn ein hohes Maß an Vertrauen in die Demokratie und in das politische Corona-Krisenmanagement besteht, fühlen sich viele Jugendlichen mit ihren Sorgen und Interessen politisch nicht ernst genommen (bundesweite JuCo Studie, Universität Hildesheim 2020). In der politischen Wahrnehmung sehen sie sich im Wesentlichen auf ihre Rolle innerhalb des formalen (Aus-) Bildungssystems reduziert und nicht als demokratisch Mitgestaltende mit einbezogen. Die schon vor der Corona-Krise vielfach at-

testierte geringe politische Einflussenerwartung (Shell Studie 2019) verfestigt sich damit. Insbesondere Jugendliche aus sozial benachteiligten Verhältnissen artikulieren ein geringes Vertrauen in die Politik und haben dementsprechend geringe Erwartungen an eine mögliche demokratische Teilhabe oder die Repräsentation ihrer Interessen im politischen Raum. Selbst Jugendliche, die sich politisch interessieren und engagieren, stehen einem konventionellen politischen Engagement skeptisch gegenüber. Insgesamt verstärken sich in der Corona-Krise die gesellschaftlichen und sozialen Ungleichheiten und Polarisierungen in den Lebenswirklichkeiten von Jugendlichen, die bereits vor der Krise sichtbar waren. Dies betrifft zum Beispiel Zugänge zu digitalen Lernmaterialien, die Unterstützungsangebote im Homeschooling, Rückzugsmöglichkeiten im eigenen Zuhause, aber auch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit in der Familie. Diskussions-, Erfahrungs- und Handlungsräume junger Menschen werden zudem eingeschränkt.

Die Bedeutung non-formaler Bildungsgelegenheiten und außerschulischer Lern- und Begegnungsorte für junge Menschen

Die Lebenswelten junger Menschen sind durch eine große Vielfalt von Lernorten und Bildungsgelegenheiten geprägt. Im öffentlichen Diskurs werden diese Lebenswelten meist auf Familie und Schule verengt. Dies hat sich in den letzten Monaten der Pandemie nochmals deutlicher gezeigt. Bildungsprozesse geschehen jedoch nicht nur in formalen Bildungssystemen, wie Schule, Berufsschule oder Hochschulen. Non-formale Bildungsgelegenheiten ergeben sich im Jugendtreff, in digitalen Räumen, im Sportverein und auch in der politischen Jugendbildung. Sie geben wichtige Impulse für die politische Sozialisation und die gesellschaftliche Teilhabe junger Menschen. Die Absage nahezu aller non-formaler Bildungsaktivitäten und der verordnete Rückzug schulischer Partner setzen die etablierte Zusammenarbeit und Kooperationen zwischen schulischen und außerschulischen Akteuren bis auf weiteres außer Kraft. Das gilt aktuell in einigen Bundesländern bereits bis zum Ende des nächsten Schuljahres 2021. Dies kommt einem „Shutdown“ für die außerschulischen Aktivitäten gleich. →

Vor dem Hintergrund der weiterhin angespannten Lage angesichts der Corona-Pandemie muss ein grundlegendes Umdenken einsetzen. Non-formale politische Jugendbildung bietet jungen Menschen gerade in Zeiten großer Verunsicherung Räume für Begegnung, Gemeinschaftserfahrungen und gemeinsame Reflexion.

Die Träger der außerschulischen politischen Bildung sind bereits seit mehreren Jahren in der Entwicklung von digitalen Ansätzen, Methoden, Angeboten der Medienbildung engagiert. Bei den freien Trägern der politischen Jugendbildung der GEMINI gibt es spezialisierte Fachgruppen zur digitalen Bildung. Hier zeigt sich ein großes, bisher nicht ausreichend gehobenes Potenzial der Zusammenarbeit im Hinblick auf mediengestützte politische Bildung und digitale Lernräume.

Jedoch bleiben die Begegnung und das gemeinsame Lernen vor Ort zentrale Voraussetzungen für intensive und nachhaltige Bildungsprozesse. Sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag, um strukturelle Ungleichheiten und Bildungsbenachteiligungen abzubauen, die durch die Krise nochmals verstärkt worden sind. Insbesondere die politische Jugendbildung befähigt junge Menschen dazu, sich in geschützten pädagogischen Räumen ein eigenständiges politisches Urteil zu bilden, ihre Interessen einzubringen und demokratische Handlungsfähigkeit zu gewinnen.

Non-formale außerschulische Jugendbildung ist deshalb kein verzichtbares Add-On, zumal Kinder und Jugendliche ein im Kinder- und Jugendhilfegesetz verbrieftes Recht auf außerschulische Jugendbildung haben.

Aufgaben politischer Jugendbildung in gesellschaftlichen Krisen und Umbruchsituationen

Krisen bringen gesellschaftliche Themen an die Oberfläche, die schon vorher existierten und verstärken sie. Diese Brennglas-Wirkung erfordert gerade in Krisen mehr politische Bildung. Gerade junge Menschen brauchen in diesen Zeiten Unterstützungsangebote. Krisen können auch den Blick auf notwendige gesellschaftliche Veränderungen öffnen. Politische Bildungsangebote unterstützen junge Menschen gerade in Situationen großer Zukunftsängste dabei, zusammen mit Gleichaltrigen ein Nachdenken über die eigene und die gesellschaftliche Zukunft anzuregen und zu begleiten. Zugleich verweist die Corona-Pandemie auf neue Inhalte politischer Bildung, die von den Trägern der politischen Jugendbildung jetzt verstärkt aufgenommen werden. Dazu gehören Fragestellungen zu Fake News und aktuellen Verschwörungserzählungen, zu bestehenden sozialen Ungerechtigkeiten in unserer Gesellschaft, zum

Umgang mit Grundrechten und ihrer Einschränkung, zur Bedeutung von Demokratie bzw. der Rolle von Parlament und Exekutive in Krisenzeiten, Fragen nach gesellschaftlichen Werten und Solidarität, nach dem Verhältnis von Gesundheitssystem und Wirtschaftlichkeit oder dem Verhältnis von Wissenschaft und Politik bis hin zur Auseinandersetzung mit den weitgehend nationalen Reaktionen auf eine globale Krise.

Auch die eigenen Erfahrungen mit den Beteiligungsmöglichkeiten und der Interessenvertretung junger Menschen in gesellschaftlichen Krisen sind Gegenstand politischer Bildungsangebote. Dabei geht es vor allem um die Stärkung der eigenen politischen Handlungsfähigkeit und um die demokratische Auseinandersetzung zur Lösung gesellschaftlicher Konflikte. Politische Jugendbildung trägt dazu bei, die Beteiligung junger Menschen in gesellschaftlichen Krisen zu stärken und ihre Stimmen im öffentlichen und jugendpolitischen Diskurs künftig hörbarer zu machen. Die Erfahrungen mit den Einschränkungen und die Wahrnehmung des Nicht-Gehört Werdens in der Corona-Krise können zum Kern der gemeinsamen Reflexion gemacht werden.

Schlussfolgerungen

- Non-formale Bildungsangebote und außerschulische Lern- und Begegnungsorte erhalten und ausweiten

In Zeiten großer Verunsicherung brauchen junge Menschen mehr und nicht weniger Bildungsorte für Begegnung, Austausch und die Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Veränderungen und den eigenen Erfahrungen. Um die Stimmen junger Menschen auch in Krisenzeiten hörbar zu machen, müssen gemeinsam mit ihnen, den politisch Verantwortlichen sowie den Trägern der politischen Jugendbildung Mittel und Wege gefunden werden, alle Bildungsorte für Jugendliche zu erhalten.

Dies erfordert ein klares Bekenntnis zu einem ganzheitlichen Bildungsverständnis von Seiten des Bundesjugendministeriums, des Bildungsministeriums, der Kultusministerien, der Schulbehörden und der kommunalen Jugendämter. Die multiprofessionelle Zusammenarbeit zwischen formalen und nonformalen Angeboten muss in Krisen gestärkt und nicht geschwächt werden. Dies muss sich auch in einer verstärkten Abstimmung der Förderangebote abbilden.

- Gesellschaftliche Krisen erfordern mehr statt weniger politische Jugendbildung

Die Aufgaben politischer Bildung haben sich durch die Corona-Pandemie vergrößert und vervielfältigt. Politische Jugendbildung stellt einen zentralen Raum für die Ausei-

nersetzung mit den Folgen gesellschaftlicher Krisen, aber auch für die Entwicklung von Zukunftsentwürfen dar. Politische Jugendbildung muss daher mittel- und langfristig in den nächsten Jahren gestärkt werden, wenn sie diese Aufgaben angemessen übernehmen soll. Hierbei gilt es, die Potenziale bereits bestehender Angebote digitaler Bildung im non-formalen Bereich zu nutzen und die Weiterentwicklung von Digital- und Präsenzveranstaltungen zu fördern.

Zu dieser Stärkung gehört auch eine stabile und auf Dauer gestellte Förderung. Hierzu ist ein deutlicher Aufwuchs der Mittel für politische Jugendbildung im Kinder- und Jugendplan des Bundes dringend erforderlich.

- Spaltung überwinden und Inklusion fördern

Die Krise hat bereits bestehende gesellschaftliche Spaltungen vertieft. Der benötigte Aufwuchs des KJP-Programms „Politische Bildung“ ist für die Träger der politischen Jugendbildung im Bundesausschuss politische Bildung vor allem ein Auftrag, politische Bildung unter digitalen Bedingungen inklusiver zu gestalten. Dazu gehört auch die Kooperation mit anderen Handlungsfeldern der Jugendarbeit.

Ein wichtiger Unteraspekt ist dabei die Extremismusprävention, die unbedingt mit einem phänomenübergreifenden Ansatz politischer Bildungsangebote bearbeitet werden muss. Die Träger der politischen Jugendbildung in der GEMINI vertreten aber mit Nachdruck die Position, dass die Fixierung auf die Extremismusprävention eine Engführung der politischen Jugendbildung ist. Sie stehen bei aller weltanschaulichen Verschiedenheit für einen Bildungsansatz, der positiv auf eine Stärkung der demokratischen Mündigkeit und die Befähigung zur Mitgestaltung des demokratischen Gemeinwesens setzt.

Die GEMINI wendet sich mit dieser Stellungnahme insbesondere an die Verantwortungsträger*innen im parlamentarischen Raum und bittet sie, diese Schlussfolgerungen in ihren Beratungen und Haushaltsplanungen zu berücksichtigen.

Die Stellungnahme kann auch auf der Seite des bap (www.bap-politischebildung.de) heruntergeladen werden.

Gemeinnützigkeit von Vereinen und Verbänden politischer Bildung

Acht Verbände und Vereine der politischen Bildung haben sich mit einem gemeinsamen Brief an den Bundesfinanzminister Olaf Scholz und weitere Verantwortliche gewandt. Sie fordern die Schaffung gesetzlicher Rahmenbedingungen, die es Vereinen und Verbänden ermöglichen, politische Bildungsarbeit zu leisten, ohne die Aberkennung ihrer Gemeinnützigkeit befürchten zu müssen. Sie machen auf die große Bedeutung politischer Bildung in einer modernen demokratischen Gesellschaft aufmerksam. Hier der Brief im Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Bundesfinanzminister Scholz,

wir wenden uns an Sie, da uns die öffentlich gewordenen Aberkennungen der Gemeinnützigkeit von Körperschaften, zu deren Tätigkeit auch die politische Bildungsarbeit gehört, sehr besorgt macht. Als zentrale Träger und Akteure der politischen Bildung in Deutschland möchten wir Ihnen das Selbstverständnis politischer Bildung verdeutlichen und diesbezüglich auf problematische Aspekte des Attac-Urteils des Bundesfinanzhofes hinweisen, die der hohen Bedeutung politischer Bildung in einer modernen demokratischen Gesellschaft zuwiderlaufen.

Wir haben erfreut zur Kenntnis genommen, dass das Bundesfinanzministerium den Vorsatz hat, weitere Aberkennungen der Gemeinnützigkeit bis Ende 2021 auszusetzen. Wir denken aber, dass die politische Debatte in einer sehr grundsätzlichen Weise darüber geführt werden muss, welchen Stellenwert politische Bildung in einer demokratischen Gesellschaft hat. Wir fordern daher die Verantwortlichen dazu auf, gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die es Vereinen und Verbänden ermöglichen, politische Bildungsarbeit zu leisten, ohne die Aberkennung ihrer Gemeinnützigkeit befürchten zu müssen. Die Aberkennung der Gemeinnützigkeit politischer Bildungsakteure, die für eine demokratische Gesellschaft einstehen, muss zurückgenommen werden und darf nicht zu einer gängigen politischen Praxis werden.

Der Aspekt der „Volksbildung“ im Gemeinnützigkeitsrecht

Viele Vereine, die als gemeinnützig anerkannt sind, beziehen sich in ihren Satzungen auf den anerkannten Zweck der „Volksbildung“. Nicht nur dieser veraltete Wortlaut, auch die Auffassungen des Bundesfinanzhofes →

im Falle Attac widersprechen einem professionellen Verständnis einer demokratisch und zivilgesellschaftlich verankerten politischen Bildung. Hier sehen wir deutlichen Reformbedarf.

Das Urteil des Bundesfinanzhofes ist aus unserer Sicht in zweierlei Hinsicht problematisch, *erstens* mit Blick auf das Verständnis von politischer Bildung und *zweitens* hinsichtlich seiner Auffassung der demokratischen Zivilgesellschaft. Die beiden entsprechenden Leitsätze des Urteils lauten:

„Bei der Förderung der Volksbildung (...) hat sich die Einflussnahme auf die politische Willensbildung und Gestaltung der öffentlichen Meinung auf bildungspolitische Fragestellungen zu beschränken. (...) Politische Bildung vollzieht sich in geistiger Offenheit. Sie ist nicht förderbar, wenn sie eingesetzt wird, um die politische Willensbildung und die öffentliche Meinung im Sinne eigener Auffassungen zu beeinflussen.“

Der Aspekt der „geistigen Offenheit“, wie er in diesem Urteil verstanden wird, leitet sich nicht direkt aus Bundes- oder Landesgesetzen zur politischen Bildung ab. Im Gegenteil: Geistige Offenheit und demokratische Pluralität gehören zum Selbstverständnis politischer Bildung. Sie ergeben sich aber erst durch die vielfältigen Angebote politischer Bildung. Die politische Bildungslandschaft in Deutschland umfasst sehr heterogene Bildungsanbieter, die spezifische und vielfältige weltanschauliche oder religiöse Positionen und Werte vertreten. Diese stehen teils auch Organisationen nahe, die auf Politik und die politische Willensbildung Einfluss nehmen, zum Beispiel politische Stiftungen, Gewerkschaften oder Kirchen. Ihr Verständnis von Zweckbildung ist dabei als normatives erkennbar. Erst die Pluralität dieser Akteure politischer Bildung schafft eine vielstimmige demokratische Gesellschaft und bildet die Basis für deren geistige Offenheit.

Der Bundesfinanzhof greift mit seiner Auslegung politischer Bildung schwerwiegend in diese plurale Trägerstruktur ein und trägt zur diskursiven Veränderung des Grundverständnisses politischer Bildung bei. Nach seinem Verständnis solle politische Bildung nicht mehr förderfähig sein, wenn sie dazu dient, die politische Willensbildung und die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Aber genau dies, die politische Wirksamkeit politischer Bildungsarbeit, ist das Ziel vieler Bildungsträger. Die politische Bildungslandschaft wird aber auch von zivilgesellschaftlichen Bildungsakteuren mitgestaltet. Das ist eine erfreuliche Weiterentwicklung einer demokratischen Gesellschaft, die eher befördert anstatt eingeschränkt werden sollte.

Wir begrüßen daher die Argumente, die das Hessische Finanzgericht im Falle Attac vorgebracht hat:

„Mit dem Demokratieprinzip korrespondiert der Zweck der Volksbildung. Unter Volksbildung fallen dabei insbesondere auch die politische Bildung und die weltanschauliche Bildung. (...) Die für eine Demokratie notwendige Ausgewogenheit der demokratischen Willensbildung setzt zwingend eine entsprechende Bildung und Kenntnisse von den bestehenden Zusammenhängen voraus. Politische Bildung muss dabei sachlich und möglichst umfassend informieren (...). Dabei ist nicht nur die Darstellung des status quo erlaubt, sondern vielmehr ist es geboten, gesellschaftspolitische Themen aufzugreifen und auch Alternativen darzustellen. Hier taucht zwangsläufig wieder die politische Komponente auf. Auch besteht Bildung nicht nur in theoretischer Unterweisung, sondern kann auch durch den Aufruf zu konkreten Handlungen ergänzt werden.“

Der normative Rahmen politischer Bildung für ein Gemeinnützigkeitsrecht

Den normativen Rahmen für eine demokratisch verankerte politische Bildung setzen die Grund- und Menschenrechte. Das Grundgesetz gibt in vielen gesellschaftspolitischen Diskursen keine Denkrichtung vor. Eine Kritik an bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen widerspricht nicht dem Grundgesetz. Hoch problematisch sind allerdings solche Positionen, die Artikel 1 und 3 des Grundgesetzes missachten. Hier sollte unserer Auffassung nach eine deutliche Grenze markiert und kenntlich gemacht werden, dass Äußerungen und Aktionen, die diese Werte missachten, nicht mehr in den Rahmen einer pluralen demokratischen Gesellschaft gehören.

Dagegen sollten Akteure, die in ihrer Arbeit selbstlos für eine demokratische Gesellschaft eintreten, als Errungenschaften unserer Gesellschaft anerkannt, gefördert und wertgeschätzt werden. Der Motor einer sich entwickelnden demokratischen und emanzipativen Gesellschaft ist der Mut, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu hinterfragen. *Politische Bildungsarbeit ist nicht neutral, sondern plural, intervenierend und gemeinnützig.*

Was bedeutet das für ein aktualisiertes Gemeinnützigkeitsrecht aus Sicht der politischen Bildung?

- Die problematische Aberkennungspraxis der Gemeinnützigkeit von zivilgesellschaftlich verankerten Akteuren, die politische Bildungsarbeit leisten und

die demokratische Gesellschaft stützen, muss sofort beendet und zurückgenommen werden.

- Es müssen gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die Körperschaften eine Rechtssicherheit in Hinblick auf ihre Praxis politischer Bildungsarbeit geben.
- Hierfür müssen die Rechtsbegriffe „Volksbildung“ und „allgemeine Förderung des demokratischen Staatswesens“ begrifflich aktualisiert und aus der Engführung der Auslegung des Bundesfinanzhofes befreit werden.
- Politische Bildung muss von staatlichen Behörden und Instanzen in ihrer Pluralität und ihrem gesellschaftskritischen Charakter anerkannt, wertgeschätzt und gefördert werden. Politische Bildung ist ein gewichtiger Teil des politischen Meinungs- und Willensbildungsprozesses. Sie trägt in der Vielfalt ihrer Strukturen und Akteure dazu bei, gesellschaftliche Zusammenhänge verstehen und vor allem auch konstruktiv handelnd in diese eingreifen zu können. Sie ist nicht auf formales Lernen oder einen staatlich eng gefassten Politikbegriff zu reduzieren. Politische Bildung umfasst Demokratie als Lebensform und alltäglichen Handlungsraum.

Beziehen Sie die Akteure der politischen Bildung mit ein. Es braucht einen gemeinsamen öffentlichen Diskurs hinsichtlich dieses zentralen demokratiepolitischen Themas. Wir bitten um einen Gesprächstermin und erwarten Ihre Antwort bis zum 30. November 2020.

Zu den unterzeichnenden Organisationen gehören der Bundesausschuss politische Bildung e. V. (bap), der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB), die Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik e. V. (DeGeDe), die Amadeu Antonio Stiftung, die Deutsche Vereinigung für politische Bildung, die Bildungsstätte Anne Frank e. V., das Forum kritische politische Bildung (FkpB) und die Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (et).

Bei Fragen und Reaktionen wenden Sie sich bitte an Prof.in Dr.in Bettina Lösch, Forum kritische politische Bildung (bettina.loesch@uni-koeln.de), an Sebastian Bock, Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (bock@adb.de), oder an Steve Kenner, Deutsche Vereinigung für politische Bildung (steve.kenner@dvpb-nds.de)

Neue Rechte – Rassismus – Diskursverschiebungen – Gewalt. Stellungnahme der Zentralen für politische Bildung

Bei dem Treffen der Leiter*innen der Zentralen für politische Bildung, Landeszentralen und Bundeszentrale, im Frühjahr 2020 setzte sich die Runde mit den Beobachtungen aus dem Bereich der Gedenkstätten auseinander, dass es immer häufiger zu rassistischen, antisemitischen und völkisch-nationalistischen Äußerungen bei Besuchsgruppen von NS-Gedenkstätten kommt. Es herrschte Einigkeit, dass Diskursverschiebungen, zunehmende Aggressivität und Gewalt, aber auch eine gewisse Hilflosigkeit im Umgang mit der Veränderung des politischen Klimas nicht nur die Gedenkstätten betrifft, sondern eine Herausforderung für die politische Bildung insgesamt darstellt. Kurz nach den Gewalttaten von Halle und Hanau und der Ermordung Walter Lübkes war dies in der Runde sehr präsent. Verabredet wurde, dass eine Gruppe von drei Kollegen einen Entwurf für eine eigene Stellungnahme der Zentralen erarbeitet.

Daraus entwickelte sich in den kommenden Wochen und Monaten die Stellungnahme „Neue Rechte – Rassismus – Diskursverschiebungen – Gewalt. Was passiert

gerade in unserem Land und was bedeutet dies für die politische Bildung?“, die unter anderem bei einer eintägigen Klausur Anfang September 2020 detailliert zwischen den anwesenden und zugeschalteten Leiter*innen Absatz für Absatz diskutiert und abgestimmt wurde.

Neben der Beschreibung und Einschätzung der aktuellen Situation – gesamtgesellschaftlich, politisch und bezogen auf das Feld der politischen Bildung – war es vor allem die Absicht, konkrete Handlungsoptionen für die politische Bildung zu beschreiben.

Die Stellungnahme hat vier Zielgruppen im Blick. Zum einen richtet sie sich nach innen, an die Mitarbeiter*innen der Zentralen selbst, aber auch an deren Kuratorien, Beiräte etc. Zum zweiten ist sie ein Gesprächsangebot an die Akteure im Feld der politischen Bildung und zum dritten an weitere zivilgesellschaftliche Akteure insbesondere an migrantische und andere Selbstorganisationen. Und letztendlich versteht sich die Stellungnahme auch als eine Positionierung gegenüber Politik und allgemeiner →

Öffentlichkeit, als Selbstbeschreibung des eigenen Auftrags – unabhängig von externen Erwartungshaltungen und Fremdzuschreibungen.

Thomas Gill, Leiter der Berliner Landeszentrale für politische Bildung

Die Stellungnahme im Wortlaut: www.politische-bildung.de/fileadmin/pdfs/Rechtsextremismus_und_politische_Bildung_Stellungnahme_der_Zentralen.pdf

Vodafone-Studie zur politischen Beteiligung junger Menschen in Deutschland veröffentlicht

Im Auftrag Vodafone Stiftung Deutschland wurde die Studie „Jugend will bewegen. Politische Beteiligung junger Menschen in Deutschland“ erstellt und veröffentlicht. Sie setzt sich mit dem politischen Partizipationsverhalten von 14- bis 24-Jährigen in Deutschland auseinander und fußt auf einer Befragung von 2019, die vom Befragungsinstitut Infratest dimap durchgeführt wurde. Die Grundgesamtheit für die Befragung bildeten deutschsprachige junge Menschen im Alter von 14 bis 24 Jahren in Privathaushalten in Deutschland, die das Internet nutzen. Die Erhebung wurde vom 29. Mai bis zum 11. Juni 2019 durchgeführt. Insgesamt nahmen 2.149 Jugendliche an der Studie teil.

Im Folgenden einige ausgewählte Ergebnisse: 80 % der jungen Menschen in Deutschland ist es wichtig, Politik beeinflussen zu können. Dies tun sie auf vielfältige Weise und häufig außerhalb formaler Verfahren wie durch die Teilnahme an Online-Unterschriftenaktionen (28 %) oder Demonstrationen (13 %). Die Mehrheit (62 %) beteiligt sich aktiv am öffentlichen Meinungsbildungsprozess, indem sie sich zu politischen Themen online äußern.

Unabhängig von Alter, Geschlecht oder Bildungshintergrund ist die Mehrheit junger Menschen (73 %) unzufrieden damit, wie ihre Anliegen von der Politik berücksichtigt

werden. Gut ein Viertel (28 %) ist sogar sehr unzufrieden damit. Und obwohl junge Menschen insgesamt politisch sehr aktiv sind, gibt es auch eine größere Gruppe, die kaum Anteil am politischen Leben nimmt: 38 % der Befragten geben an, ihre Meinung zu politischen Themen noch nie online geäußert zu haben.

Der Ausbau digitaler Beteiligungsformate wird von jungen Menschen befürwortet: So wünschen sie sich etwa, online zu wählen (66 %), an Wahl- und Parteiprogrammen mitzuarbeiten (66 %), oder befürworten Online-Bürgerentscheide (77 %). Bei vergleichbaren analogen und digitalen Verfahren werden die digitalen von jungen Menschen zudem bereits jetzt eher genutzt. Ein gutes Viertel hat nach eigenen Angaben in den 12 Monaten vor der Befragung an Online-Unterschriftenaktionen (28 %) oder Online-Petitionen (25 %) teilgenommen, während offline nur ein Fünftel (20 %) eine der beiden Möglichkeiten nutzte.

Quelle, weitere Informationen und Download der Studie: www.vodafone-stiftung.de/jugend-will-bewegen

Bundesregierung verabschiedet Dritten Engagementbericht

Am 13. Mai 2020 nahm die Bundesregierung zum Dritten Engagementbericht mit dem Thema „Zukunft Zivilgesellschaft: Junges Engagement im digitalen Zeitalter“ Stellung. Das Gutachten wurde von einer von der Bundesregierung berufenen Sachverständigenkommission erstellt und bildet zusammen mit der Stellungnahme der Bundesregierung den Dritten Engagementbericht der Bundesregierung an den Deutschen Bundestag. Das Gutachten zeigt neue Themen, Praktiken und Typen des Engagements im digitalen Raum auf. Ebenso macht der Bericht deutlich, dass digi-

tal Engagierte eine höhere Selbstwirksamkeitserfahrung erleben als Engagierte, die dem Digitalen bei ihrem bürgerschaftlichen Engagement fernstehen. In ihrer Stellungnahme bekennt sich die Regierung zu den Zielen einer stärkeren Wertschätzung des digitalen Engagements, zu einer Verbesserung der digitalen Infrastruktur, einer Stärkung der Bedeutung politischer Bildung in Kombination mit der Medienbildung und einer Unterstützung von Organisationen und Initiativen, die sich gemeinwohlorientiert für die Digitalisierung der Zivilgesellschaft engagieren. Angestrebt

wird eine Stärkung von Engagement-Organisationen, um sie für die Digitalisierung handlungsfähig zu machen, und eine stärkere Beachtung der Rolle von Plattformen in der digitalen Engagementlandschaft. Der Bericht liegt online als kostenloser Download in einer Kurzfassung vor.

Der Dritte Engagementbericht, der eine gute Wissensbasis zum Thema „Engagement und Digitalisierung“ sowie Anregungen für die Engagementpolitik bietet, bildet den Auftakt einer Reihe von fünf Berichten, mit denen das BMFSFJ bis zum Ende der Legislaturperiode ein um-

fassendes Bild der Gesellschaft zeichnen wird: Es folgen der Altersbericht, der Familienbericht und der Kinder- und Jugendbericht sowie der Gleichstellungsbericht (Frühjahr 2021).

Quelle: Pressemitteilung 028 vom 13.05.2020; www.bmfsfj.de

Download der Kurzfassung: www.bmfsfj.de/bmfsfj/dritter-engagementbericht-kurzfassung-/155412

Wissen schafft Demokratie: Publikation

Die Ausgabe 7/2020 der Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft/Thüringer Dokumentations- und Forschungsstelle gegen Menschenfeindlichkeit „Wissen schafft Demokratie“ geht mit dem Schwerpunkt „Kontinuitäten“ der langen Geschichte rechter Ideologien und menschenfeindlicher Ressentiments in Deutschland nach, die dem Nationalsozialismus vorausgingen und ihn in beiden Deutschlands überdauerten. Die Beiträge zeigen in einem breiten Spektrum die Kontinuitäten rechtsradikalen, rassistischen, antisemitischen, antiziganistischen, frau-

en- und homosexuellenfeindlichen Denkens und Handelns in Deutschland und Österreich auf und erkundet Leerstellen in der Auseinandersetzung mit historischen, sozialwissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Perspektiven. Der Band ist als Onlineausgabe und in Print erhältlich.

Quelle, weitere Informationen und Download: www.idz-jena.de/schriftenreihe/band-7-kontinuitaeten

Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt 2020

Der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland hat sich in der Corona-Krise als robust erwiesen und ist in den ersten Monaten nach Ausbruch der Pandemie sogar noch gewachsen. Doch zugleich macht die Ausnahmesituation soziale Unterschiede sichtbar und verschärft die Probleme bestimmter Bevölkerungsgruppen. Das geht aus der Publikation „Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2020. Eine Herausforderung für uns alle. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsstudie“ hervor, die von Robert Follmer, Thorsten Brand und Kai Unzicker für die Bertelsmann Stiftung verfasst wurde.

Für die Studie wurden zunächst im Februar und März 3.010 Personen repräsentativ befragt, 1.000 hiervon dann noch einmal im Mai und Juni, also nach dem Ende der Kontaktbeschränkungen. Im Zeitverlauf zeigt sich, dass noch im Februar 46 % der Befragten den Zusammenhalt in Deutschland als gefährdet ansahen. Dieser Anteil reduzierte sich bereits im März auf 40 % und sank im Mai und

Juni weiter auf 36 % ab. Ebenso nahm der Eindruck ab, die Bürger*innen würden sich nicht um ihre Mitmenschen kümmern. Während dies im Februar noch 41 % sagten, äußerten im Mai und Juni nur noch 21 % diese Auffassung. Auch das Vertrauen in die Bundesregierung hat über die Monate deutlich zugelegt: von 19 % zunächst auf 30 % im März und schließlich bis auf 45 % beim dritten Befragungszeitpunkt.

Auch in der langfristigen Perspektive gibt die Studie Anlass zu Optimismus. Im Vergleich zur Vorgängeruntersuchung aus dem Jahr 2017 erweist sich der gesellschaftliche Zusammenhalt insgesamt als stabil. Die 36 Indikatoren, mit denen der Zusammenhalt auf einer Skala von 0 (gering) bis 100 (hoch) gemessen wurde, haben sich in den vergangenen drei Jahren kaum verändert.

Andererseits zeigt die Erhebung aber, dass es soziale Gruppen gibt, die den Zusammenhalt in der Gesellschaft systematisch als geringer erleben. Rund 43 % aller Befragten weisen mit Werten von weniger als 60 % unterdurch-

schnittliche Ergebnisse auf. In dieser Gruppe sind Menschen mit geringerer formaler Bildung, niedrigem ökonomischem Status und Migrationshintergrund häufiger vertreten. Ebenso finden sich darunter vergleichsweise viele Personen, die allein leben oder Alleinerziehende sind. Menschen, die einen geringen Zusammenhalt erleben, zeichnen sich außerdem durch eine größere Zukunftsangst aus.

Die Studienautoren empfehlen, das Augenmerk von Politik und Gesellschaft insbesondere auf die Bevölke-

rungsgruppen zu richten, die ein geringeres Maß von Zusammenhalt verspüren und von einer schlechteren Versorgung mit sozialer Infrastruktur in ihrem näheren Umfeld berichten.

Quelle: Bertelsmann Stiftung vom 12.08.2020

Download der Studie: www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/gesellschaftlicher-zusammenhalt-in-deutschland-2020

16. Kinder- und Jugendbericht an die Bundesjugendministerin übergeben

Am 2. September 2020 hat die Bundesjugendministerin, Dr. Franziska Giffey, den 16. Kinder- und Jugendbericht mit dem Titel „Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter“ entgegengenommen. Er wurde von einer unabhängigen Sachverständigenkommission erstellt. Der Bericht untersucht, wie junge Menschen für demokratische Teilhabe gewonnen und befähigt werden können.

Die unabhängige Sachverständigenkommission wurde am 18. Oktober 2018 von der Ministerin beauftragt, diesen Kinder- und Jugendbericht zu erarbeiten. Der Bericht unterstreicht nicht nur die Wichtigkeit und Bedeutung demokratiebildender Angebote für junge Menschen, sondern leuchtet das Feld der politischen und demokratiefördernden Bildung umfassend aus. Entwicklungsmöglichkeiten werden aufgezeigt.

Der Jugendberichtskommission gehören 14 Sachverständigen an: Wissenschaftler*innen unterschiedlicher Disziplinen sowie erfahrene Persönlichkeiten aus der Praxis. Die Geschäftsführerin des AdB, Ina Bielenberg, ist ebenso als Expertin in die Kommission berufen worden. Sie brachte gemeinsam mit anderen Expert*innen die Perspektive der außerschulischen politischen Bildung in den Bericht ein.

Die Bundesregierung ist verpflichtet, dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat in jeder Legislaturperiode einen „Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe“ vorzulegen. Sie wird nun eine Stellungnahme zum Bericht erarbeiten, die zusammen mit dem Bericht dem Bundestag zugeleitet und damit dann veröffentlicht wird.

Ergebnisse der EU-Jugendkonferenz an Politik übergeben

Am Ende der EU-Jugendkonferenz wurden der Bundesjugendministerin Franziska Giffey am 5. Oktober 2020 die Ergebnisse der EU-Jugendkonferenz übergeben.

Nach vielen Sessions und Dialogen mit politisch Verantwortlichen der EU konzentrierten sich die Jugendvertreter*innen auf sieben Forderungen, die in den nächsten Monaten im Mittelpunkt stehen sollen. Hier die Forderungen im Wortlaut:

1. „Wir fordern, dass kritisches Denken in den obligatorischen Lehrplan privater und öffentlicher Schulen für mindestens eine Stunde pro Woche für die Altersgruppe der 10–16-Jährigen aufgenommen wird, um gefälschte Nachrichten und Desinformation mit

Medien- und Informationskompetenz zu bekämpfen und die Partizipation/Motivation der Jugendlichen zu fördern, Teil der Debatte zu sein.

2. Wir fordern Mitentscheidungsprozesse auf allen Ebenen mit jungen Menschen und Jugendorganisationen, die auf einer rechtlichen Grundlage umgesetzt werden.
3. Wir fordern den Zugang junger Menschen zur formellen Entscheidungsfindung durch das Herabsetzen des Alters für die Stimmabgabe und die politische Kandidatur auf 16 Jahre bei allen Wahlen. Gleichzeitig soll sichergestellt werden, dass alle Jugendlichen die Möglichkeit haben, ausreichend motiviert zu werden und Kompetenzen zu erwerben, um aktiv und passiv

an den Wahlen teilzunehmen. Alle Hindernisse für die Stimmabgabe müssen beseitigt werden.

4. Wir fordern, dass Entscheidungsträger*innen Prozesse fördern und in diese investieren, die Stimmen junger Minderheiten verstärken und ihr direktes Engagement sicherstellen.
5. Wir fordern einen neuen EU-Fonds, um Jugendräume einzurichten und zu erhalten.
6. Wir fordern, dass die Europäische Kommission sichere digitale Räume für junge Menschen schafft. Sie muss die Unterstützung und Finanzierung der Entwicklung von Aktivitäten zur digitalen Kompetenz als eine der

obersten Prioritäten in allen Programmen festlegen und diese horizontal auf europäischer Ebene priorisieren.

7. Wir fordern Mittel, die für dauerhafte Strukturen der Beteiligung zur Verfügung stehen.“

Alle Ergebnisse der Jugendkonferenz werden aufbereitet und unter anderem zu Teilen in die Schlussfolgerungen des Rates zu Jugend und Demokratie einfließen.

Quelle: www.dbjr.de/artikel/ergebnisse-der-eu-ju1gendkonferenz-an-politik-uebergeben

Studie „Jugend 2020. Generation friedliche Revolution“

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat eine von Elisabeth Hoffmann verfasste Metastudie vorgelegt. Sie bietet eine Zusammenfassung der Ergebnisse aktueller Studien zu jungen Menschen. Quellen sind zum einen empirische soziologische Studien zu jungen Menschen und ihren Eltern. Sie werden ergänzt durch Trend- und Marktforschungsstudien, die vertiefte Einblicke in die Welt der Generationen Y und Z ermöglichen. Gedacht für die Analyse und Gewinnung einer weltweiten jungen Konsumentengruppe, sind die Ergebnisse für alle aufschlussreich, die mit jungen Menschen, z. B. im Bildungsbereich, zu tun haben und die

vor der Entwicklung von Konzepten und Maßnahmen einen genaueren Blick auf die Zielgruppe werfen möchten: Was sind die Wünsche, Bedürfnisse und Ängste der jungen Generationen? Wie kann man sie motivieren? Was müssen Verantwortliche über die jungen Menschen selbst wissen, bevor Empfehlungen ausgesprochen und Konzepte entwickelt werden?

Quelle und Download der Studie: www.kas.de/documents/259586/0/Generation_friedliche_Revolution_WEB.pdf

Kompetenznetzwerk Islam- und Muslimfeindlichkeit

Das im Januar gegründete Kompetenznetzwerk Islam- und Muslimfeindlichkeit hat zum Ziel, in den nächsten Jahren Expertise zum Themenfeld Islam- und Muslimfeindlichkeit und antimuslimischer Rassismus zu bündeln, weiterzuentwickeln und Bildung, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zur Verfügung zu stellen. Das Kompetenznetzwerk besteht aus drei bundesweit tätigen Partnern: CLAIM, getragen von dem AdB-Mitglied Teilseiid e. V., der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e. V. (aej) und dem Zentrum für Europäische und Orientalische Kultur e. V. (ZEOK). Dabei umfasst das Kompetenznetzwerk die Kernbereiche Bildung, Datenerfassung und Beratung, Strategische Kommunikation sowie Empowerment – vor allem der muslimischen Zivilgesell-

schaft. Auch wissenschaftliche Impulse werden durch das Kompetenznetzwerk gesetzt. So wird noch in 2020 eine erste Kurzstudie veröffentlicht, in der die Beratungssituation von Betroffenen von antimuslimischen Übergriffen und Diskriminierung eruiert wird. In 2021 folgt eine repräsentative Studie, die die Verbreitung islamfeindlicher Einstellungen unter Jugendlichen erfasst. Das Kompetenznetzwerk Islam- und Muslimfeindlichkeit wird für die nächsten fünf Jahre vom BMFSFJ im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gefördert.

Quelle und weitere Informationen: www.kompetenznetzwerk-imf.de

Handreichung „Islamismusprävention in Deutschland“

Die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb hat eine Handreichung zum Thema „Islamismusprävention in Deutschland – Akteure und Strukturen in Bund und Ländern“ veröffentlicht. Es ist die erste umfassende systematische Übersicht über die Akteure und Organisation der Präventionslandschaft im Bereich Islamismus in Deutschland – ein dynamisches Netzwerk. Mit Hilfe der Handreichung können Fachleute und Interessierte einen Überblick über die komplexen Strukturen der Zuständigkeiten und Aufgabenbereiche erhalten und ihre jeweiligen Netzwerk- und Ansprechpartner schnell identifizieren. Die Publikation bietet außerdem Links zu den zentralen Akteuren der Isla-

mismusprävention in ganz Deutschland sowie Überblicksgrafiken der Strukturen in Bund und Ländern.

Die Handreichung ist im Rahmen des bpb-Projektes „Infodienst Radikalisierungsprävention“ entstanden und ab sofort kostenfrei bestellbar. Für aktuelle und weiterführende Informationen rund um die Themen Radikalisierung, Prävention und Islamismus wurde ein regelmäßig erscheinender Newsletter eingerichtet.

Quelle: www.bpb.de

Newsletter: www.bpb.de/infodienst-newsletter

Bestellung der Handreichung: www.bpb.de/shop/infodienst-strukturen

Strategies and Insights for Creating and Maintaining Urban Commons

Was sind städtische Gemeinschaftsgüter, sogenannte Urban Commons, und wie fügen sie sich in die aktuellen Debatten in den Städten um Partizipation und Ko-Kreation ein? Welche Zutaten tragen zum Erfolg eines Urban-Commons Projekts bei? Und welche Instrumente und Methoden brauchen Bürger*innen für erfolgreiches Engagement in solchen Projekten? Dies sind die drei Fragen, die im Mittelpunkt des Urban Commons Cookbook stehen, eines Handbuchs für alle, die daran interessiert sind, Urban-

Commons-Projekte zu starten, auszubauen und zu unterstützen: „The Urban Commons Cookbook: Strategies and Insights for Creating and Maintaining Urban Commons“. Das Buch ist unter einer offenen Creative-Commons-Lizenz erschienen und wurde von Mary Dellenbaugh-Losse, Nils-Eyk Zimmermann und Nicole de Vries verfasst.

Weitere Informationen und Download: <http://urbancommonscookbook.com>

Deutsches Büro des Deutsch-Griechischen Jugendwerks in Leipzig eingeweiht

Anfang 2021 soll das Deutsch-Griechische Jugendwerk seine Arbeit aufnehmen. Mitte Oktober wurde ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg dorthin getan: Bundesjugendministerin Dr. Franziska Giffey hat gemeinsam mit dem Leipziger Oberbürgermeister Burkhardt Jung und dem Bürgermeister der Stadt Thessaloniki – dem künftigen Sitz des Büros in Griechenland – Konstadinos Servas das Leipziger Büro des Jugendwerks eingeweiht. Gemeinsam haben sie dem künftigen deutschen Generalsekretär, Gerasimos Bekas, die Schlüssel für die Büroräume übergeben. In den kommenden Monaten wird das deutsche Büro zusammen mit den griechischen Partnern die Voraussetzungen für den Start des Jugendwer-

kes schaffen, zum Beispiel indem die dafür notwendigen Förderrichtlinien erarbeitet und verabschiedet werden.

Das Ziel der Bundesregierung, den Jugendaustausch zwischen Deutschland und Griechenland auszubauen, geht auf den Koalitionsvertrag der vergangenen Legislaturperiode zurück. Die Gründung des Jugendwerkes hat das BMFSFJ mit einem Sonderprogramm zur Intensivierung des deutsch-griechischen Jugendaustausches vorbereitet. Dadurch konnten bereits viele wichtige Partner in beiden Ländern vernetzt werden.

Quelle: Pressemitteilung 074 des BMFSFJ vom 12.10.2020

Ausschreibungen und Wettbewerbe

Ausschreibung des Bundesprogramms „Jugend erinnert“

Zum 30. Jahrestag der deutschen Einheit wurde die Ausschreibung des Bundesprogramms „Jugend erinnert“ mit der Förderlinie „Aufarbeitung des SED-Unrechts“ gestartet. Bis zum 15. Februar 2021 können gemeinnützige Einrichtungen, Vereine und Institutionen der historisch-politischen Bildung Projekte beantragen, die sich mit der SED-Diktatur befassen. Ziel der Ausschreibung ist es, junge Menschen (12–27 Jahre) durch außerschulische Bildung dazu anzuregen, sich mit dem SED-Unrecht und seinen Folgen auseinanderzusetzen. Neben der Vermittlung historischen Wissens geht es insbesondere darum, das Demokratieverständnis der Zielgruppe zu stärken.

Das Förderprogramm motiviert Aufarbeitungseinrichtungen wie Gedenkstätten, Museen oder Wissenschaftsorganisationen, sich mit Trägern der Bildungs-, Jugend- und Kulturarbeit sowie mit Jugendorganisationen zu vernetzen.

Aus solchen Kooperationen sollen zeitgemäße, innovative Bildungsformate für und mit jungen Menschen geschaffen und weiterentwickelt werden.

Gefördert werden Vorhaben, die in der Art der Kooperation, der Nutzung neuer Methoden oder durch die überregionale Anwendbarkeit ihrer konzeptionellen Ansätze gesamtstaatliche Wirkung entfalten. Förderwürdige Projekte werden in Höhe von in der Regel 40.000 bis 200.000 Euro über eine Laufzeit bis maximal Ende 2023 bezuschusst.

Ausschreibung, Fördergrundsätze und weitere Informationen:
www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/foerderung/foerderprogramme/jugend-erinnert

Fonds Soziokultur: Ausschreibungen im Programm „Neustart Kultur“

Im Rahmen des Programms „Neustart Kultur“ der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) wurden vom Fonds Soziokultur verschiedene Förderprogramme für Projektträger*innen aufgelegt. Anfang 2021 erfolgen die Ausschreibungen „Diversität, Inklusion und Vielfalt“ (Antragsfrist: 4. bis 31. Januar 2021) und „Digitalität und Soziokultur“ (Antragsfrist 1. bis 31. März 2021).

Anträge können online gestellt werden. Der Fonds Soziokultur e. V. behält sich vor, weitere Ausschreibungen zu veröffentlichen.

Weitere Informationen: www.fonds-soziokultur.de/foerderung/foerderprogramme/sonderprogramm-neustart-kultur.html

GWP-Ideenwettbewerb: Die Corona-Krise im Unterricht

Die Corona-Krise erschüttert die Welt. Wie geht Deutschland damit um? Wie gehen Lehrende damit um? Welche Ereignisse oder Probleme erscheinen als charakteristisch für unsere Gesellschaft und sind als Thema für die politische Bildung geeignet? Der Ideenwettbewerb ruft Lehrende der politischen Bildung auf, ihre Erfahrungen und/oder Ideen mit anderen zu teilen. Die Texte (max. acht Seiten) können bis zum 1. Februar 2021 an die Redaktion von GWP (redaktion@gwp-pb.de) geschickt werden. Eine Jury wird die Preisträger*innen ermitteln. Es werden drei

Preise vergeben: Erster Preis ist ein Geldpreis von 300 Euro und die Veröffentlichung des Textes in der Print- und der Onlineausgabe von GWP; der zweite bis fünfte Preis ist je ein Buchgutschein des Verlages Barbara Budrich im Wert von 100 Euro.

Quelle und weitere Informationen zur Fragestellung finden Sie hier:
<https://budrich.de/Zeitschriften/GWP-Einladung-Ideenwettbewerb-Corona.pdf>

Veranstaltungen

28. und 29. Januar 2021

Berlin

AGJ-Fachtagung zum 16. Kinder- und Jugendbericht

Veranstalter: Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ

www.agj.de

23. März 2021

Bundesweit

Deutsche Weiterbildungstag unter dem Motto „Upskilling now! Weiterqualifizierung jetzt!“

Veranstalter: Nationalagentur beim BIBB und die Nationale Koordinierungsstelle
Europäische Agenda Erwachsenenbildung

www.deutscher-weiterbildungstag.de/motto-dwt-2020

23. bis 27. März 2021

Stuttgart

didacta 2021

Veranstalter: didacta – Verband der Bildungswirtschaft

www.messe-stuttgart.de/didacta

18. bis 20. Mai 2021

Essen

Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag

„Wir machen Zukunft – Jetzt!“

Veranstalter: Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ

www.agj.de/projekte/deutscher-kinder-und-jugendhilfetag.html

20. bis 22. September 2021

Nürnberg

3. Bundeskongress Kinder- und Jugendarbeit

Veranstalter: Forschungsverbund DJI/TU Dortmund, Bayerischer Jugendring in Kooperation
mit der Stadt Nürnberg

<https://bundeskongress-kja.de>

Zeitschriftenschau

Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zum Parlament (APuZ), Heft 33–34/2020 Schwerpunkt: Jahrestage, Gedenktage, Jubiläen

Heft 35–37/2020 Schwerpunkt: Corona-Krise

Heft 38/2020 Schwerpunkt: Parlamentarismus

Heft 39–40/2020 Schwerpunkt: Mindestlohn

Heft 41/2020 Schwerpunkt: Eigentum

Heft 42–44/2020 Schwerpunkt: (Anti-)Rassismus

Bezug: Bundeszentrale für politische Bildung / bpb, Adenauerallee 86, 53113 Bonn; www.bpb.de

Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 8/2020 Schwerpunkte z. B.: Corona und das Konsumdilemma; Corona und die akademische Spaltung; Biden auf dem Weg nach links; Black Votes Matter

Heft 9/2020 Schwerpunkte z. B.: 30 Jahre Einheit: Die zweite Chance für Europa; Die neue Protestwelle oder: Wer gehört zum Wir?; Corona oder: Die Krise als Chance

Heft 10/2020 Schwerpunkte z. B.: 30 Jahre Einheit: Die entzweite Republik; Das strukturelle Problem der Polizei; Wir und die Anderen: Kolonialismus, Rassismus und die deutsche Außenpolitik

Bezug: Blätter Verlagsgesellschaft mbH, Torstr. 178, 10115 Berlin; www.blaetter.de

Debatte. Beiträge zur Erwachsenenbildung. Budrich Journals, Heft 2/2019 Schwerpunkt: Auf Abwegen – Zur Kritik des Mobilitätsimperativs

Bezug: Verlag Barbara Budrich, Stauffenbergstr. 7, 51379 Leverkusen; <https://budrich-journals.de>

deutsche jugend, Heft 9/2020 Schwerpunkt: Die Persönlichkeitsentwicklung von Jugendlichen stärken

Heft 10/2020 Schwerpunkt: Politik und Jugendarbeit

Bezug: Julius Beltz GmbH & Co. KG, Beltz Juventa, Werderstraße 10, 69469 Weinheim; www.beltz.de

Die politische Meinung. Zeitschrift für Politik, Gesellschaft, Religion und Kultur, Heft 564/2020 Schwerpunkt: Öffentlich – Bewegungen im gemeinsamen Raum

Bezug: Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin; www.politische-meinung.de

EDUCATION PERMANENTE EP, Schweizerische Zeitschrift für Weiterbildung, Heft 3/2020 Schwerpunkt: Der Mehrwert in der Weiterbildung

Bezug: Schweizerischer Verband für Weiterbildung SVEB, Oerlikonstraße 38, CH-8057 Zürich; www.alice.ch

forum erwachsenenbildung, hrsg. von der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE e. V.) und vom Comenius-Institut, **Heft 3/2020** Schwerpunkt: Unsere Einrichtungen agil entwickeln

Bezug: Waxmann Verlag, Steinfurter Str. 555, 48159 Münster; www.waxmann.com

GWP. Gesellschaft – Wirtschaft – Politik. Sozialwissenschaften für politische Bildung, Heft 3/2020 Schwerpunkte z. B.: Bildungsföderalismus in Zeiten der Corona-Krise; Fake News gegen die Demokratie; Politische Einstellungen in Ostdeutschland

Bezug: Verlag Barbara Budrich, Stauffenbergstr. 7, 51379 Leverkusen; www.budrich-verlag.de

Hessische Blätter für Volksbildung, hrsg. vom Hessischen Volkshochschulverband e. V. Bielefeld, **Heft 3/2020** Schwerpunkt: Digitalisierung in der Erwachsenenbildung

Bezug: www.wbv.de/journals/zeitschriften/hessische-blaetter-fuer-volksbildung

Journal für politische Bildung, hrsg. vom Bundesausschuss für politische Bildung, **Heft 3/2020** Schwerpunkt: Musik und Politik

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50, 60489 Frankfurt am Main; www.wochenschau-verlag.de

Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis (KJug), hrsg. von der Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e. V. (BAJ), **Heft 4/2020** Schwerpunkt: Zeitgemäßer Jugendmedienschutz

Bezug: BAG Jugendschutz, Mühlendamm 3, 10178 Berlin; www.kjug-zeitschrift.de

Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs, **Heft 40/2020** Schwerpunkt: Messbarkeit von Bildungseffekten

Bezug: www.erwachsenenbildung.at/magazin

merz. medien + erziehung – zeitschrift für medienpädagogik, **Heft 4/2020** Schwerpunkt: Medien und Narrative – Die Kraft des Erzählens in mediatisierten Welten

Bezug: kopaed verlagsgmbh, Pfälzer-Wald-Str. 64, 81539 München; www.kopaed.de

Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte, **Heft 9/2020** Schwerpunkt: Nach der Krise

Heft 10/2020 Schwerpunkt: Lateinamerika – Wohin?

Bezug: Verlag J.H.W. Dietz, Dreizehmorgenweg 24, 53175 Berlin; <http://dietz-verlag.de>

POLIS, Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für politische Bildung, **Heft 3/2020** Schwerpunkt: Sprachbildung im Politikunterricht

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50, 60489 Frankfurt am Main; www.wochenschau-verlag.de

POLITIKUM. Analysen. Kontroversen. Bildung, **Heft 3/2020** Schwerpunkt: Gleichwertige Lebensverhältnisse – Vision oder Illusion

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50, 60489 Frankfurt am Main; www.wochenschau-verlag.de

weiter bilden. DIE Zeitschrift für Erwachsenenbildung, **Heft 3/2020** Schwerpunkt: Haltungen

Bezug: W. Bertelsmann Verlag, Auf dem Esch 4, 33619 Bielefeld; www.wbv.de

Wochenschau. Politik und Wirtschaft unterrichten, **Heft 5/2020** Schwerpunkt: EU (Sek. I); Digitalisierung (Sek. II)

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50, 60489 Frankfurt am Main; www.wochenschau-verlag.de

Zeitschrift für Menschenrechte, **Heft 1/2020** Schwerpunkt: Menschenrechte queer gelesen

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50, 60489 Frankfurt am Main; www.wochenschau-verlag.de

pd-digital

TEDx: Reimagining our Civic Learning Infrastructure: Lessons from Germany

Welche Lehren können die USA und andere Demokratien aus Deutschlands einzigartiger Infrastruktur für politische Bildung ziehen? Dieser Frage ging Katja Greeson, Bundeskanzler-Stipendiatin der Alexander von Humboldt-Stiftung beim Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V., im Rahmen des TEDx Kanzler Parks am 30. September 2020 in ihrem Vortrag "Reimagining our Civic Learning Infrastructure: Lessons from Germany" nach. Das TEDx-Veranstaltungsformat bietet den Redner*innen die Möglichkeit, durch kurze Vorträge zu einem breiten Themenspektrum Ideen zu teilen, zu inspirieren und zu informieren. In ihrem Vortrag reflektiert Katja Greeson über die Erfahrungen, die ihre eigene „civic identity“ geprägt haben, und über wichtige Erkenntnisse aus ihrer Forschung zur deutschen politischen Bildungslandschaft. Eine Aufzeichnung des TEDx-Vortrags finden Sie hier:

www.ted.com/talks/katja_greeson_reimagining_civic_learning_infrastructure_lessons_from_germany

Junge Menschen in der Politikberatung – Erklärfilm des Bundesjugendkuratoriums

Im November 2019 veröffentlichte das Bundesjugendkuratorium die Stellungnahme „Junge Menschen in der Politikberatung. Empfehlungen für mehr Beteiligung der jungen Generation auf Bundesebene“. Die zentralen Aspekte und Empfehlungen der Stellungnahme wurden nun noch einmal im Format eines Erklärfilms anschaulich dargestellt. Dieser richtet sich in erster Linie an Fachkräfte aus dem Arbeitsfeld der Kinder- und Jugendarbeit und soll sie dabei unterstützen, Kindern und Jugendlichen das Thema „Junge Menschen in der Politikberatung“ näherzubringen sowie dies gemeinsam mit ihnen zu diskutieren und weiterzuentwickeln. Das Bundesjugendkuratorium möchte mit dem Film einen Beitrag für eine breitere Beteiligung junger Menschen in der Politikberatung leisten sowie zu einer Kinder- und Jugendpolitik auffordern, die nicht nur für, sondern *mit* jungen Menschen gestaltet wird.

Quelle: www.bundesjugendkuratorium.de/stellungnahmen/junge-menschen-in-der-politikberatung.html

Stellungnahme: www.bundesjugendkuratorium.de/stellungnahmen

Im Fokus: Politische Bildung

Auf den Seiten der Nationalagentur beim Bundesinstitut für Berufsbildung (NA BIBB) gibt es eine aktuelle Themenseite „Politische Bildung“: Ökonomische Krisen, islamistischer Terrorismus, Flucht vor Krieg und Armut, Polarisierung der Gesellschaften sowie das Erstarken rechtsradikaler Bewegungen in Europa – dies sind Herausforderungen, deren Ursachen, Wirkungen und Bearbeitungsmöglichkeiten sich längst nicht mehr ausschließlich auf den jeweils nationalen Kontext zurückführen lassen. Politische Bildung spielt als Mittel gegen Radikalisierung eine Schlüsselrolle. Auf dieser Themenseite wird vorgestellt, wie politische und gesellschaftliche Bildung im Programm Erasmus+ umgesetzt werden.

www.na-bibb.de/themen/politische-bildung

Podcast: Was uns betrifft

Die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb hat Anfang Oktober einen neuen Podcast „Was uns betrifft“ gestartet. In diesem Podcast wird versucht deutlich zu machen, was politische und historische Themen mit dem Alltag zu haben. Ausgehend von persönlichen Erfahrungen und Beobachtungen machen sich die Akteure auf die Suche nach den politisch-gesellschaftlichen Hintergründen. Z.B. gehen sie in der ersten Folge auf die Spuren der Kolonialzeit, erklären den Begriff „Dekolonisierung“ und den Zusammenhang zwischen Kolonialismus und Rassismus, sprechen u. a. mit der Historikerin Katharina Oguntoye über den Zusammenhang zwischen Kolonialismus und Rassismus. „Was uns betrifft“ soll einmal im Monat erscheinen. Die nächsten Folgen beschäftigen sich mit den Themen Mobilität und Deutsche Einheit.

www.bpb.de/was-uns-betrifft

Impressum

Außerschulische Bildung

Zeitschrift der politischen
Jugend- und Erwachsenenbildung

4/2020

51. Jahrgang

Herausgeber: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V., vertreten durch Boris Brokmeier und Hon.-Prof.'in Dr. Beate Rosenzweig

Redaktion: Dr. Friedrun Erben

Redaktionsbeirat: Ulrich Ballhausen, Ina Bielenberg, Boris Brokmeier, Dr. Paul Ciupke, Petra Barz, Dr. Barbara Hopmann, Hon.-Prof.'in Dr. Beate Rosenzweig, Dr. Michael Schröder

Redaktions- und Bezugsanschrift:

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten
Mühlendamm 3, 10178 Berlin
Telefon: 030 400401-11
E-Mail: redaktion@adb.de
<https://fachzeitschrift.adb.de>
adb.de

Gestaltung und Satz: Berliner Süden, berlinersueden.de

Herstellung: Ruksaldruck GmbH + Co. KG, ruksaldruck.de

Bildnachweis: Copyrightthinweise siehe Fotos

Bezugsbedingungen

gültig ab Ausgabe 1/2015

Einzelheft: 7 €

1 bis 3 Abonnements (Print- und Online-Ausgabe): jährlich 20 €

ab 4 Abonnements (Print- und Online-Ausgabe): jährlich 16 €

Abonnements für Studenten, Praktikanten, Referendare,

Arbeitslose (Print- und Online-Ausgabe): jährlich 16 €

Alle Preise zzgl. Porto. Für Ermäßigungen bitte jährlich Bescheinigung übersenden.

Die Mitglieder des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten erhalten je ein Exemplar kostenlos.

Diese Zeitschrift wird von der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen unterstützt und maßgeblich aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Die **Außerschulische Bildung** ist eine Fachzeitschrift für politische Jugend- und Erwachsenenbildung. Sie wird vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) herausgegeben.

Die Fachzeitschrift Außerschulische Bildung ...

- trägt zur fachlichen und wissenschaftlichen Reflexion der Praxis politischer Jugend- und Erwachsenenbildung bei.
- stärkt die Professionalität pädagogischen Handelns.
- nimmt aktuelle und relevante Themen aus Politik und Gesellschaft in den Blick und bereitet sie für die politische Bildung auf.
- macht Beispiele der Bildungsarbeit öffentlich und ist ein Schaufenster des Arbeitsfelds.
- setzt theoretische und fachliche Diskussionen in Beziehung und macht die Diskurse in der Profession und den wissenschaftlichen Bezugsdisziplinen jeweils miteinander bekannt.
- stellt Methoden der politischen Bildung vor.
- präsentiert neue fachbezogene Publikationen und Medienprodukte und schätzt diese in ihrer Relevanz für die Bildungsarbeit ein.
- berichtet über bildungs- und jugendpolitische Entwicklungen in Bund und Ländern.
- verbreitet Nachrichten aus dem AdB und anderen Fachverbänden.



Arbeitskreis deutscher
Bildungsstätten e.V.

adb.de